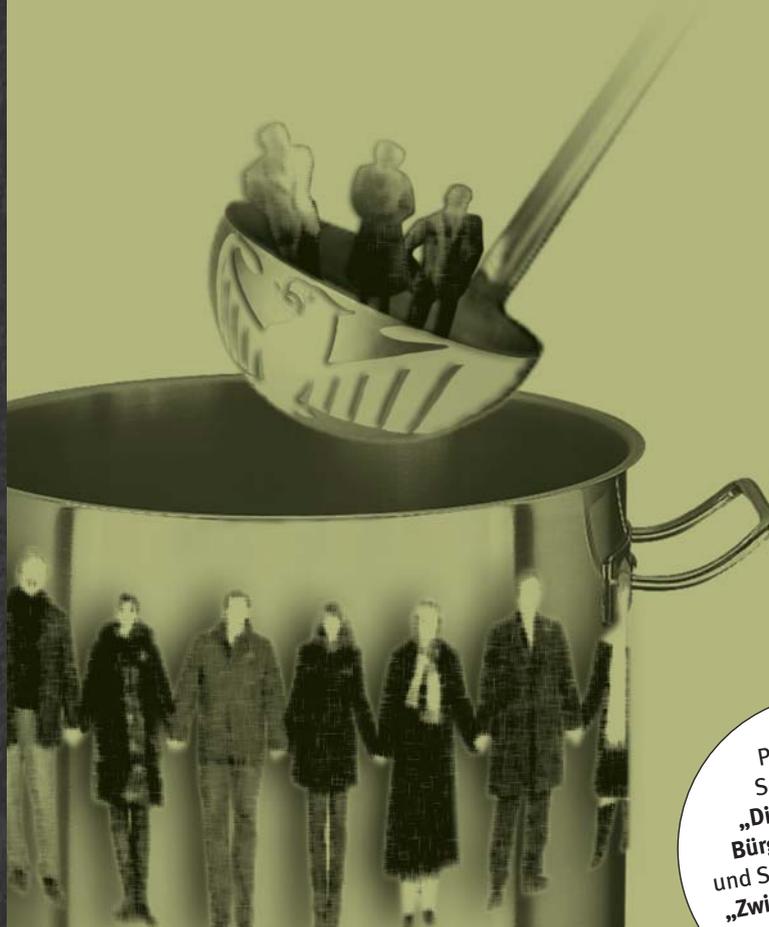


Forschungsjournal

Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft

Soziale Bewegungen



mit
Pulschlag-
Schwerpunkt
„Die Europäische
Bürgergesellschaft“
und Sonderschwerpunkt
„Zwischen den Wahlen:
Strategien auf
dem Prüfstand“

ZU VIEL ZIVILGESELLSCHAFT? Soziale Arbeit und Bürgerschaftliches Engagement

Heft 3 – September 2011 € 16,-

LUCIUS
LUCIUS



EDITORIAL

- 3 Zu viel Zivilgesellschaft?
Soziale Arbeit und bürgerschaftliches Engagement

AKTUELLE ANALYSE

- 20 Dieter Rucht
Zum Stand der Forschung zu sozialen Bewegungen

THEMENSCHWERPUNKT

- 48 Chantal Munsch
Engagement und Ausgrenzung – theoretische Zugänge zur Klärung eines ambivalenten Verhältnisses
- 56 Marion Bradl/Torsten Groß
Bürgerschaftliches Engagement und die Gestaltung von Integrationsprozessen – Das Kooperationsprojekt gemeinsam engagiert als gutes Praxisbeispiel
- 65 Wiebken Düx
Gesellschaftliches Engagement von Kindern und Jugendlichen
- 71 Bernhard Jirku
Ist sozial, was Arbeit schafft? Zivilgesellschaft und soziale Arbeit
- 76 Elke Becker
Engagement und Partizipation in der Stadtentwicklung
- 82 Serge Embacher
Wenig Staat, zu viel Regierung. Irrungen und Wirrungen aktueller Engagementpolitik
- 90 Berit Sandberg
Stiftungen als Trabanten der Engagementpolitik? Zum Versuch der Quangoisierung

des Stiftungswesens durch die Nationale Engagementstrategie

- 96 Helmut K. Anheier/Annelie Beller/Rabea Haß
Accountability und Transparenz des Dritten Sektors in Deutschland: Ein Paradox?
- 105 Holger Krimmer/Jana Priemer
Zivilgesellschaft in Deutschland – eine Standortbestimmung in Zahlen

SONDERSCHWERPUNKT**POLITISCHE STRATEGIEN**

- 115 Joachim Raschke/Ralf Tils
Jetzt ist die Praxis dran!
Über die Wechselwirkungen von Theorie und Praxis in Strategiefragen
- 119 Elmar Wiesendahl
Ist das Strategie? Strategische Richtungs-
suche von CDU und SPD zwischen den
Wahlen
- 129 Matthias Machnig
Wie strategiefähig ist heute Politik?
- 135 Reinhard Bütikofer
Wie geht's Grün?
- 140 Richard Meng
Qualen des Erfolgs
Die neuen Strategiefragen der Grünen
- 143 Hubert Kleinert
Die Zukunft der Grünen
- 145 Dietmar Bartsch
Strategische Herausforderungen für „DIE
LINKE“
- 148 Jens König
Die Linke. Fünf schnelle Thesen

PULSSCHLAG-SCHWERPUNKT**„DIE EUROPÄISCHE BÜRGERGESELLSCHAFT“**

- 150 *Thomas Olk/Mirko Schwärzel*
Die Europäische Bürgergesellschaft
6. Forum Bürgergesellschaft 2011
- 154 *Dirk Jarré*
Bürgergesellschaft in der Europäischen
Union
- 164 *Brigitte Russ-Scherer*
Europa eine Seele geben - Eine Heraus-
forderung für die Städte und Regionen und
für ihre BürgerInnen

TREIBGUT

- 168 Materialien, Notizen, Hinweise

LITERATUR

- 173 *Karin Urich*
Die Bewahrung des Sozialstaats als Her-
ausforderung für Politik und Zivilgesell-
schaft (Sammelbesprechung)
- 180 *Georg Mildenerberger/Stefan Tominski*
Dynamik und Struktur des freiwilligen En-
gagements (Ehrhardt, Jens: Ehrenamt. For-
men, Dauer und kulturelle Grundlagen des
Engagements.)
- 182 *Christian Schröder*
Eine erfolgreiche transnationale Koalition
von Koalitionen (Herkenrath, Mark: Die
Globalisierung der sozialen Bewegungen)

185 ABSTRACTS**195 IMPRESSUM**

Zu viel Zivilgesellschaft?

Soziale Arbeit und bürgerschaftliches Engagement

Mit der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestags hat hierzulande eine engagementpolitische Debatte Fahrt aufgenommen¹, die nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche berührt und von Vertreterinnen und Vertretern aller drei Sektoren – Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft – vorangetrieben wird. Entsprechend hoch, jedoch nicht immer unumstritten sind mittlerweile die Erwartungen, die an die Zivilgesellschaft und das freiwillige, nicht auf materiellen Gewinn ausgerichtete, gemeinwohlorientierte, im öffentlichen Raum stattfindende und in der Regel kooperativ ausgeübte Engagement (Enquete-Kommission 2002: 86) gerichtet werden: Bürgerschaftliches Engagement ist, so die Erwartungen, unverzichtbar für den Zusammenhalt der Gesellschaft, ist in seinen politischen Dimensionen gelebte Demokratie und eröffnet Wege zur gesellschaftlichen Teilhabe. Nicht zuletzt spielt bürgerschaftliches Engagement im Sozial- und Wohlfahrtsstaat, hier vor allem in der traditionellen Form des Ehrenamtes – etwa in Mitgliederverbänden und Einrichtungen – und mit steigender Bedeutung in der Koproduktion sozialer Leistungen von Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft eine zentrale Rolle in der Dimension selbstbestimmter, freiwillig erbrachter Tätigkeit. Unterstellt wird bürgerschaftlichem Engagement ein positiver Einfluss auf die Qualität sozialer Dienstleistungen und eine ergänzende Funktion zur professionellen sozialen Arbeit, die aber zugleich kritisch beobachtet und hinterfragt wird als Instrumentalisierung bürgerschaftlichen Engagements als kostenloser Dienstleistung durch einen auf dem Rückzug befindlichen Sozialstaat sowie durch Kosten sparende Unternehmen und Organisationen, die im Feld der Sozialen Arbeit tätig sind.

An der engagementpolitischen Debatte um Soziale Arbeit setzt das Themenheft an. Es

fragt im Wesentlichen danach, ob die eingangs skizzierten Erwartungen nicht vielleicht zu hoch gesteckt sind. Zum einen geht es demnach darum, was bürgerschaftliches Engagement in der Sozialen Arbeit leisten *kann*. Zum anderen dreht sich eine zentrale Kontroverse der Diskussion zwischen Staat (bzw. Kommunen; zu Differenzierung s.u.), Wirtschaft und Zivilgesellschaft darum, was bürgerschaftliches Engagement in der Sozialen Arbeit leisten *soll*. Insofern stellt die Einbindung bürgerschaftlichen Engagements in Konzeption und Umsetzung Sozialer Arbeit einen grundlegenden Aspekt des Diskurses dar, wie wir uns die Zukunft unserer Gesellschaft vorstellen.

Als sich das Forschungsjournal vor vier Jahren unter dem Titel „Bürgergesellschaft – Wunsch und Wirklichkeit“ (2/2007) dem seinerzeit aktuellen Stand der engagementpolitischen Diskussion widmete, konstatierte Warnfried Dettling (2007) eine Marginalisierung der Bürgergesellschaft durch die mangelnde politische Positionierung ihrer Protagonisten sowie durch die Abschottung des Dritten Sektors, der mit internen Umstrukturierungsprozessen und der Trennung von Geschäfts- und Engagementbereichen beschäftigt war. Die Zukunft der Bürgergesellschaft erfordere ein verändertes Selbstverständnis aller drei Sektoren: eine intelligente, ermöglichende Staatlichkeit, die Anerkennung der Eigenlogik der Bürgergesellschaft durch den Markt sowie selbstbewusste, „starke“ Bürgerinnen und Bürger, die zur Eigenverantwortung fähig sind.

Das vorliegende Themenheft knüpft an diese engagementpolitische Debatte mit der Schwerpunktsetzung „Zu viel Zivilgesellschaft? – Soziale Arbeit und Bürgerschaftliches Engagement“ an und versucht aus dieser Perspektive sowie unter zugespitzten Rahmenbedingungen staatlicher Engagementpolitik ein „Update“.

Die Koproduktion sozialer Dienste: Der Welfare-Mix

Soziale Leistungen – sichtbar etwa im Pflegebereich – werden im Zuge der Mittelkürzungen zurückgefahren. Vor dem Hintergrund ei-

ner anhaltend und derzeit zugespitzt krisenhaften Großwetterlage in Finanz- und Wirtschaftswelt ist absehbar, dass sich diese Entwicklung verschärfen wird. Dies führt zu der Frage, welche Rahmenbedingungen notwendig sind, um solche Aufgaben in gesamtgesellschaftlicher Koproduktion bewältigen zu können². Im Mittelpunkt der Diskussion um einen solchen Welfare-Mix steht die Frage, wie bürgerschaftliches Engagement als Teil dieser Koproduktion verstanden werden soll und aktiviert bzw. angereizt werden kann. Dabei sollten instrumentelle Zugriffe auf das Engagement seitens von Einrichtungen und Organisationen kritisch betrachtet und der „Eigensinn“ des Engagements gewahrt werden. Die deutsche Diskussion zum Welfare-Mix³ ist von der Erblast geprägt, die Leistungsbeteiligung der Bürgergesellschaft zu Lasten ihrer diskursiven Beteiligung zu betonen. Denn der wichtigste Anreiz für bürgerschaftliches Engagement im Rahmen der Koproduktion sozialer Leistungen ist die Möglichkeit zur partizipationsoffenen Gestaltung unter Einbringung der Anliegen und Interessen der Engagierten unter Wahrung und Entwicklung fachlicher Standards. Es gilt hier der Grundsatz: Wer leistet und gestaltet, sollte auch an Entscheidungsprozessen teilhaben können. Demnach sind zuvorderst die Institutionen und Organisationen, die Soziale Arbeit (im weitesten Sinn) leisten, gefragt, sich für das Engagement von Bürgerinnen und Bürger und insbesondere von Bewohnerinnen und Bewohnern des Umfelds, in das sie eingebettet sind, zu öffnen und ihnen Gestaltungs- und Entscheidungsspielräume zu schaffen. Am Beispiel der Schule zeigt Adalbert Evers⁴ auf, wie sich eine staatliche Angebotseinrichtung allmählich in ein soziales Unternehmen (als „hybride Organisation“) wandelt, das in einem gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Kräftefeld agiert: Schulen erhalten mittlerweile Budgets, mit denen sie selbst haushalten müssen, ein Teil öffentlicher Fördermittel ist an Modellprojekte gebunden, für die sie sich bewerben können, und die Einwerbung privater Mittel gewinnt ebenfalls an Bedeutung. Immer

mehr Schulen bringen Kooperationsprojekte mit Sport- und Kulturvereinen oder mit Einrichtungen der Jugendhilfe auf den Weg, ehrenamtlich Engagierte ergänzen mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen den Unterricht. Die Engagementquote von Eltern ist nicht zuletzt deshalb so hoch, weil sie ihre Kinder in Beiräten, Fördervereinen oder bei der Gestaltung des Schulhofs unterstützen.

Für die Wohlfahrtsverbände etwa ist die Einbindung des Engagements in die Profile ihrer Einrichtungen einerseits, ihrer verbandlichen Entscheidungsorgane andererseits das Argument für eine Selbstbeschreibung als zivilgesellschaftliche Akteure. Zugleich sind sie über das Subsidiaritätsprinzip eingebunden in die sozialstaatliche Leistungserbringung und aus ökonomischer Perspektive (dazu Holger Krimmer und Jana Priemer in diesem Heft) sind sie die größten Arbeitgeber Deutschlands. Als Organisationen des „Dritten Sektors“⁵ sind sie hybride Organisationen. Es kommt dann vor allem darauf an, welche Ausprägung und Stärke zivilgesellschaftliche Handlungslogiken innerhalb des Organisationsgefüges der Wohlfahrtsverbände und ihrer Einrichtungen gegenüber wirtschaftlicher oder sozialstaatlicher Handlungslogik gewinnen. Dies ist für die Weiterentwicklung eines Welfare-Mix eine zentrale Frage. Es macht eben einen Unterschied, ob Instrumente der Engagementförderung wie die sog. „Übungsleiterpauschale“ in Kombination mit einem 400 Euro-Job Arbeitssuchenden (!) als „legales Steuersparmodell“ angeboten werden und damit die Situation wachsender Anteile prekärer Arbeit in den sozialen Diensten fortgeschrieben wird (dazu siehe den Beitrag von Bernhard Jirku in diesem Heft), oder ob man diese Instrumente in Verbund mit anderen Maßnahmen zur Stärkung der Freiwilligenkultur und -praxis einer Einrichtung nutzt.⁶

Die Wohlfahrtsverbände sind freilich vor allem durch den Wandel der gesetzlichen Rahmenbedingungen seit Jahren genötigt, ihre Angebote v.a. unter dem Aspekt der Kostengünstigkeit zu entwickeln. Durch gewandelte

staatliche Vorgaben geraten sie in ein wachsendes Spannungsverhältnis zu den eigenen Ansprüchen, nach denen sie sich als zivilgesellschaftliche Akteure verstehen. Vor diesem Hintergrund bedarf es einer grundlegenden Debatte darüber, wie die künftige gesetzliche Rahmung sozialer Leistungserbringung aussehen soll: Soll sie, was die derzeit wahrscheinlichste Variante darstellt, weiterhin v.a. unter dem Gesichtspunkt kostengünstigster Leistungserbringung als reines Marktprodukt verstanden werden (das ist auch die aus der Europäischen Union ständig verstärkte Perspektive), oder soll unter dem Gesichtspunkt einer wachsenden Einbindung des bürgerschaftlichen Engagements in die soziale Leistungserbringung der Eigensinn des Engagements eine größere Rolle spielen? Vor diesem Hintergrund wäre die derzeit erneut aufgenommene Diskussion über Sozialunternehmen im Sinne eines hybriden Arrangements von Handlungslogiken, das einer zivilgesellschaftlichen Handlungslogik eher förderlich ist, zu vertiefen. Soziale Arbeit dürfte künftig immer mehr von einem Ressourcen-Mix aus Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft geprägt sein – es kommt dann v.a. darauf an, dass die zivilgesellschaftlichen Ressourcen ihren Spielraum und Eigensinn behaupten und dass dafür förderliche gesetzliche Rahmungen für Wohlfahrtsverbände als Sozialunternehmen entwickelt werden. Eine derartige Diskussion des Konzepts der Sozialunternehmen mit der zugehörigen Komplexität reduziert sich dann natürlich nicht, wie es in Teilen der aktuell gehypten einschlägigen Diskussion der Fall ist, auf Fragen kreativer Unternehmenspersönlichkeiten im Feld des Sozialen.

Engagement als Motor für Integration, Inklusion und Teilhabe?

Teilhabe ermöglichen, Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern: Diese Erwartung an das bürgerschaftliche Engagement wird in der Fachöffentlichkeit weithin geteilt. Damit ist auch die Vorstellung verbunden, bisher engagementferne Menschen zu gewinnen und für sie passgenaue Möglichkeiten zur

Beteiligung und zur Mitgestaltung eines pluralen, demokratischen Gemeinwesens zu schaffen. Integrationschancen sollen dabei auf unterschiedlichen Ebenen liegen. Eine wichtige Dimension besteht darin, dass sich über das Engagement Gelegenheiten für das Knüpfen sozialer Beziehungen und für Interaktionen zwischen Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft, aber auch aus verschiedenen gesellschaftlichen Schichten und Milieus ergeben sollen. Jemand, der sich engagiert und Verantwortung für andere übernimmt, fühlt sich anerkannt, zugehörig und eingebettet in einen größeren Zusammenhang. Durch Engagement bieten sich zudem Anstöße und Gelegenheiten, um Wissen und Kompetenzen zu erwerben, was positive Auswirkungen auch auf Ausbildung und berufliche Positionierung haben kann. Bei näherer Betrachtung zeigt sich allerdings, dass die genannten Integrationschancen zwar real bestehen, aber auch voraussetzungsreich sind.

Die Ergebnisse des Freiwilligensurveys (Genesicke/Geiss 2010) weisen in der nun dritten Befragungswelle erneut darauf hin, dass Bildungsstatus, sozioökonomische Faktoren und Engagementbeteiligung eng zusammenhängen: Angehörige der Mittelschicht, vor allem die Erwerbstätigen unter ihnen, engagieren sich überproportional – Menschen also, die ohnehin sozial gut integriert sind. Dies gilt vor allem für das in organisierten Strukturen stattfindende Engagement. Einkommensschwächere Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen partizipieren hingegen vergleichsweise wenig an dieser öffentlich sichtbaren, organisierten Form des Engagements.⁷

Gleichzeitig hat sich die professionelle Förderung und Begleitung des bürgerschaftlichen Engagements zu einem innovativen Handlungsfeld in der Sozialen Arbeit entwickelt. Zugangschancen zum Engagement auch für sozial Benachteiligte zu verbessern, sie gezielt anzusprechen und zu beraten, passende Einsatzmöglichkeiten zu entwickeln und Öffnungsprozesse in Organisationen anzustoßen, sind hier wichtige Anliegen. Zahlreiche Förderpro-

gramme des Bundes, der Länder, aber auch von Stiftungen haben sich in den vergangenen Jahren mit je unterschiedlichen Akzentsetzungen dieser Aufgabe zugewendet. Entstanden sind unter anderem Freiwilligendienst-Angebote für benachteiligte Jugendliche, Qualifizierungsprojekte für Migrantenorganisationen und Mentoren-Netzwerke.

Ein solcher Ansatz von Freiwilligenmanagement, der dem „Mittelschicht-Bias“ des Engagements entgegenwirken möchte, ist gut gemeint, gerät oft jedoch an seine Grenzen. Unbeabsichtigte Ausgrenzungsprozesse, die auf kulturelle Unterschiede in Habitus oder Diskussionskultur, aber auch auf ungleich verteilten Ressourcen zurückgehen, werden hier wirksam. Sie lassen sich mit herkömmlichen Instrumenten des Freiwilligenmanagements nur schwer überwinden. Chantal Munsch legt genau an dieser Stelle den Finger in die Wunde und analysiert unter anderem mit diversitätstheoretischen und ethnographischen Zugängen den Zusammenhang zwischen sozialer Benachteiligung und Ausgrenzungsprozessen im Engagementkontext. Ob das Erklärungsmuster stärker in der Dominanzkultur der Mehrheitsgesellschaft oder in struktureller sozialer Ungleichheit zu verorten ist: Das Grundverständnis, wie Ausgrenzung und Engagement zusammenhängen, muss Auswirkungen haben auf die Vorgehensweise und die Methoden der Sozialen Arbeit, die bürgerschaftliches Engagement von Benachteiligten unterstützen und aktivieren will.

Mit Blick auf die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund gerät ein weiteres Hindernis in den Blick. Engagement, jedenfalls in seinen öffentlich wahrgenommenen und statistisch vermessenen Form, findet überwiegend in den Organisationsstrukturen, in den Verbänden, Vereinen und Projekten der Mehrheitsgesellschaft statt. Überdies handelt es sich vielfach um ein Engagement *für* Migrantinnen und Migranten, im Sinne der Beratung und Betreuung durch Angehörige der Mehrheitsgesellschaft. Die im informellen Bereich von Familie, Nachbarschaft oder ethnischer Communi-

ty auffindbaren Formen von Engagement und Solidarität werden demgegenüber wenig bemerkt und kaum öffentlich anerkannt. Das Engagement in eigenethnischen Migrantenselbstorganisationen ist lange Zeit sogar im Zusammenhang mit Abschottungstendenzen und Parallelgesellschaften diskutiert worden. Dieser Blick hat sich in den letzten Jahren deutlich geweitet, inzwischen wird der Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten mehr Wertschätzung entgegengebracht. Das gravierende Problem des Ungleichgewichts bleibt jedoch bestehen. Migrantenorganisationen verfügen höchst selten über eine den Organisationen der Mehrheitsgesellschaft, zumal den Freien Trägern in der Sozialen Arbeit, vergleichbare Ausstattung, Finanzierung oder Professionalisierung. Die Freien Träger arbeiten im Rahmen ihrer interkulturellen Öffnung zwar zunehmend mit Migrantenorganisationen zusammen, etwa um einen guten Zugang zu Migrantinnen und Migranten und somit zu ihrer Zielgruppe im Handlungsfeld Migration/Integration zu bekommen. Marion Bradl und Torsten Groß zeigen am Beispiel der Engagementförderung jedoch, dass diese Herangehensweise paternalistische Züge trägt, wenn sie nicht mit einer gleichberechtigten Teilhabe und einer Wechselseitigkeit bei der Gestaltung von Integrationsprozessen einhergeht. Sie betonen die aktive Rolle von Migrantenorganisationen.⁸ Um diese auszufüllen, müssen finanzielle Mittel und Informationen bereitgestellt und Kompetenzen transferiert werden. Als Beispiel guter Praxis stellen die Autoren das bayerische Kooperationsprojekt „gemeinsam engagiert“ vor, das von der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY) und dem Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern (LBE) durchgeführt wird.

Bildung und Kompetenzerwerb im Engagement

Das Potential des freiwilligen Engagements, Lernort und Bildungsressource zu sein und damit Integrationschancen zu verbessern, ge-

hört zu den wichtigen Aufmerksamkeitsfeldern in der Fachdebatte. In der Tat bietet das Engagement vielfältige Gelegenheiten für informelles Lernen, für den Erwerb bzw. für die Weiterentwicklung von auch am Arbeitsmarkt nachgefragten Schlüsselkompetenzen wie Teamfähigkeit, Selbständigkeit, Organisationsfähigkeit, Kreativität, Kommunikations- und Konfliktfähigkeit. Viele Engagierte erwerben außerdem im Rahmen von Qualifizierungsangeboten spezielle Fachkenntnisse, die sie für ihr Einsatzfeld benötigen, etwa in der Pflege, der Telefonseelsorge oder bei Bildungspatenschaften.

Gerade die Möglichkeit, Kompetenzen und Fachwissen zu erwerben, stellt eine entscheidende Engagementmotivation dar. Dies gilt vor allem für jüngere Menschen (vgl. Gensicke/Geiss 2010). Der Beitrag von Wiebken Düx in diesem Heft fasst Forschungsergebnisse zum Bildungspotential des Engagements im Jugendalter zusammen und skizziert die zentralen Herausforderungen für die Jugendverbände und für die klassische außerschulische Jugendarbeit. Dazu gehören die Zunahme unterschiedlicher jugendlicher Milieus und Subkulturen, die zeitliche Verdichtung im formalen Bildungssystem und die Konkurrenz mit kommerziellen Angeboten. Die Jugendverbandarbeitsarbeit steht damit vor neuen Problemen, die sie allein mit ihren traditionell von Ehrenamtlichkeit geprägten Strukturen nicht bewältigen kann. Sie ist zunehmend auf fachlich-professionelles Handeln und auf eine entsprechend finanziell abgesicherte Infrastruktur angewiesen.

Dass Engagement so stark als Lernort wahrgenommen wird, hängt nicht zuletzt mit einem bildungspolitischen Paradigmenwechsel zusammen, der in den letzten Jahren vor allem im europäischen Kontext Fahrt aufgenommen hat. Außerhalb von Bildungsinstitutionen stattfindende Lernprozesse rücken zunehmend in den Blick und werden als Teil des sich in allen Alltagsbereichen vollziehenden lebenslangen Lernens aufgewertet. Parallel dazu hat sich eine breite Diskussion um die

Zertifizierung informell erworbener Kompetenzen entwickelt, in deren Folge zahlreiche Verfahren zur Kompetenzerfassung entstanden sind. Diese Kompetenznachweise sind Teil der Anerkennungskultur im bürgerschaftlichen Engagement geworden und lassen sich für Übergänge in Ausbildung oder Erwerbsarbeit nutzen (Flachmeyer/Schulte-Hemming 2011).

Die Förderung von Engagement zur aktiven Unterstützung von Übergängen in Erwerbsarbeit ist ein recht neuer Ansatz, der zudem in der Fachdebatte nicht unumstritten ist. Gerade Jugendliche mit niedrigen formalen Bildungsabschlüssen, die Probleme haben, einen Ausbildungsplatz zu finden und den Einstieg in die Berufsphase zu bewältigen, können von den informellen Bildungschancen des Engagements besonders profitieren. Hier Barrieren zu beseitigen und Engagement zu fördern, etwa im Rahmen eines Freiwilligendienstes, hat sich zu einem sozialpädagogischen Tätigkeitsfeld mit einer gewissen Bedeutung entwickelt. Zugleich werden in der Debatte aber Bedenken geäußert, Jugendsozialarbeit bzw. Jugendberufshilfe unzulässig mit Engagement zu vermischen und als Ausfallbürge für verfehlte Bildungs- und Beschäftigungspolitik herhalten zu müssen. Vor allem die Jugendverbände und die Träger der außerschulischen Bildungsarbeit befürchten, den Eigensinn und die Autonomie des jugendlichen Engagements zu beschädigen und es für die Bedarfe des Arbeitsmarktes zu instrumentalisieren. Kritik richtet sich im Übrigen auch dagegen, mit der Zertifizierung und Standardisierung von Kompetenzen die offenen, selbstbestimmten, selbstorganisierten Bildungsprozesse in der außerschulischen Jugendarbeit einzuschränken. Einig ist man sich in dieser Debatte darüber, die kompetenzfördernde Wirkung des Engagements nicht einseitig auf Übergänge in Ausbildung und Beruf zu verengen. Vielmehr sollte Bildung durch Engagement in einer umfassenden Weise als Möglichkeit für Teilhabe und Integration verstanden und bereits im Jugendalter entsprechend gefördert werden.

Bürgerschaftliches Engagement und Erwerbsarbeit

Trotz berechtigter Vorbehalte gegenüber einer Instrumentalisierung von Engagement etwa zur Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit: Die Realität der Arbeitswelt ist längst von einer weiter zunehmenden Durchlässigkeit zwischen den Bereichen Erwerbsarbeit und Engagement geprägt. Dem Engagement wird dabei die Funktion zugeschrieben, Brücken zu einem sich verändernden Arbeitsmarkt zu schlagen, der von der Erosion des Normalarbeitsverhältnisses und der Zunahme atypischer, oft auch prekärer Beschäftigung geprägt ist.

Interessant ist hier vor allem der Blick auf bestimmte biographische Phasen und Übergänge, die sich aus stärker „Patchwork“-artigen Lebensläufen ergeben. Der Eintritt in Ausbildung und Beruf ist bereits angesprochen worden; der berufliche Wiedereinstieg nach der Familienphase oder nach einer Zeit der Erwerbslosigkeit sowie der Ausstieg aus der Erwerbsarbeit im Rentenalter markieren weitere biographische Übergänge. Aktuelle engagementpolitische Diskussionen kreisen um die positiven Wechselwirkungen von Engagement und Erwerbsarbeit (BBE 2008) und um die Frage, wie auf dieser Grundlage die genannten biographischen Übergänge aktiv und optimal gestaltet werden können.

Diskutiert werden aber auch negative Aspekte. Bis in die 1990er Jahre hatte die öffentliche Förderung des sozialen Arbeitsmarktes eine Reihe positiver Begleiteffekte für den Dritten Sektor. So haben sich durch Instrumente wie die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) auch Impulse für Infrastrukturbildung und Professionalisierung ergeben, unter anderem bei Organisationen im soziokulturellen Bereich. Mit dem Übergang zur aktivierenden Arbeitsmarktpolitik des „Förderns und Forderns“ im Zuge der Agenda-Politik haben sich jedoch solche Effekte weitgehend ins Negative verkehrt und sind sogar neue Konkurrenzen entstanden. Seit den Hartz-Reformen dominierten die sogenannten Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigungen (MAE-

Maßnahmen oder „Ein-Euro-Jobs“), bei denen wohl von einer Verdrängung freiwilligen Engagements ausgegangen werden kann, auch wenn dazu bisher keine empirisch fundierten Forschungsergebnisse vorliegen. Nachgewiesen ist hingegen die Verdrängung regulärer Beschäftigung (vgl. Kettner/Rebien 2007). Ziel dieses Instruments ist es vor allem, die Arbeitsbereitschaft der betroffenen Gruppe der Arbeitslosen zu testen und ihre soziale Integration zu fördern. Die Teilnahme ist verpflichtend, bei Verweigerung drohen den MAE-Kräften Leistungskürzungen. Das 2010 bundesweit eingeführte, aber nur schleppend anlaufende Programm „Bürgerarbeit“ unterscheidet sich von den (aktuell von starken Kürzungen betroffenen) MAE-Maßnahmen hinsichtlich der längeren Laufzeit und der Ausgestaltung als sozialversicherungsspflichtiges Beschäftigungsverhältnis. Die Zielgruppe sind ebenfalls Langzeitarbeitslose mit mehreren Vermittlungshemmnissen, die zur Teilnahme verpflichtet werden. Welche Konkurrenzen sich hier gegenüber dem freiwilligen Engagement ergeben, sollte aufmerksam beobachtet werden.⁹

Sicher ist jedoch – und hier ergeben sich klare Züge zum Feld der sozialen Arbeit –, dass solche arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in eben jenen sozialen Einrichtungen umgesetzt werden, die zugleich auch freiwillig Engagierte und Freiwilligendienstleistende einsetzen und auf der Erwerbsarbeitsseite Beschäftigte im gesamten Spektrum von Vollzeit über Teilzeit bis hin zu Mini-Jobs. Dies bringt für Organisationen im Dritten Sektor eine Reihe von Widersprüchlichkeiten und ungelösten Problemen mit sich. So versteht sich ein Teil der Organisationen, die Ein-Euro-Jobber oder Bürgerarbeiter beschäftigen und von Fördermitteln der Arbeitsverwaltungen profitieren, zugleich als sozialpolitischer Akteure und als Themenanwälte, die sich für eine Besserstellung eben jener Gruppe von Menschen verstehen, die Transferleistungen beziehen und sozial ausgegrenzt werden. Überdies kann es zu einer Verdrängung von freiwillig Engagierten kommen, zumal diese unabhängiger agieren,

nicht wie Beschäftigte behandelt werden können und keinen Weisungen unterliegen – und damit auch als vergleichsweise unbequeme Hilfskräfte bei der Erbringung sozialer Dienstleistungen gelten können.

In dieser Gemengelage ergibt sich ein weiteres bisher nicht befriedigend gelöstes Problem: die Zahlung von Aufwandschädigungen für Engagierte. Der kritische Blick gilt hier vor allem den pauschalen Vergütungen, die Ausgleichszahlungen für einen bestimmten Zeitaufwand oder eine erbrachte Arbeitsleistung darstellen. Sie ähneln damit Honoraren oder geringfügiger Beschäftigung und stellen in diesem Sinne eine gewisse Nähe zu Beschäftigungsverhältnissen her. Organisationen des Dritten Sektors werden sich künftig verstärkt die Frage stellen müssen, wie sich die verschiedenen Formen entgoltenen und unentgeltlichen Engagements zueinander verhalten und welche negativen Auswirkungen dieses Nebeneinander auf Engagementmotivationen hat. Hier wird es darum gehen müssen, den Kern von Engagement als von Unentgeltlichkeit und Freiwilligkeit geprägt zu bewahren. Zugleich gilt es, gemeinwohlbezogene Tätigkeitsformen stärker zu differenzieren – nicht, um sie im moralischen Sinne in gute ehrenamtliche und weniger gute bezahlte Formen von Engagement zu unterteilen, sondern um die Chancen und Risiken für Individuen und Organisationen besser abwägen zu können. Damit lässt sich auch der Gefahr entgegen treten, das Engagement als Lückenbüßer für (angeblich) nicht mehr finanzierbare öffentliche Aufgaben zu funktionalisieren.

Bernhard Jirku thematisiert einen weiteren Aspekt der Wechselwirkungen von Engagement und Erwerbsarbeit: die Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit und das Verhältnis von Haupt- und Ehrenamt. Er spricht Prozesse der Dequalifizierung, Deprofessionalisierung und Prekarisierung in den Feldern der Sozialen Arbeit an, wie sie in Folge der Ökonomisierung und Wettbewerbsorientierung und umfangreichen Kürzungen öffentlicher Mittel vor allem für das

Sozial- und Gesundheitswesen zu verzeichnen sind. Mehr Druck und Arbeitsverdichtung lasten auf den Beschäftigten, mit der Konsequenz, dass auch die Qualität der Sozialen Arbeit unter Druck gerät. Unter diesen Bedingungen kann das Nebeneinander von Haupt- und Ehrenamt kaum gelingen. Das Engagement findet sich in der Instrumentalisierungsfalle wieder. Eine Abgrenzung zwischen freiwilligem Engagement und guter, existenzsichernder Arbeit findet nicht im notwendigen Maße statt. Zudem werden ungute Tendenzen einer Zwei-Klassen-Bildung in der Sozialen Arbeit sichtbar: einerseits die von freien Trägern ausgeführte, staatlich (noch) finanzierte Soziale Arbeit, andererseits die von freiwillig Engagierten übernommene Notversorgung von Armen in wohlthätigen Einrichtungen wie Suppenküchen, Tafeln und Kleiderkammern.¹⁰

Abgrenzungsfragen sind in der Tat entscheidende Faktoren im Verhältnis von Engagement und Erwerbsarbeit und sind eine Voraussetzung für bessere soziale Dienstleistungen. Roß/Tries (2010) konstatieren, dass die „Kernfrage des freiwilligen Engagements im Kontext sozialer Einrichtungen (...) nicht die Gewinnung der Freiwilligen, sondern die Gewinnung der Hauptberuflichen“ ist. Für die Hauptamtlichen bedeutet die Einbeziehung von Freiwilligen angesichts des hohen Zeitdrucks, unter dem sie arbeiten müssen (zusätzliche Planungs-, Dokumentations- und Qualitätsmanagementaufgaben), angesichts eines erhöhten Legitimitätsdrucks (Personalkosten in der sozialen Arbeit sind ein verstärkt zu rechtfertigende Kostenfaktor) und angesichts unsicherer, oft befristeter und schlecht bezahlter Arbeitsplätze häufig einen Zusatzaufwand.

Dass sich das mitunter spannungsbeladene Verhältnis zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen durch Gelegenheiten für Kommunikation und Austausch verbessern lässt und Leitung hier eine ermöglichende und Freiräume schaffende Rolle einnehmen muss, dass es einer Anerkennungskultur nicht nur gegenüber

Freiwilligen, sondern auch gegenüber den Professionellen bedarf – dies sind in diesem Zusammenhang keine ganz neuen Erkenntnisse, die dennoch vielerorts ihrer Berücksichtigung im Rahmen des Freiwilligenmanagements harren. Der Blick richtet sich hier auf die Bedarfe, Interessen, Fähigkeiten und Gefühlslagen der Hauptamtlichen auf der einen und der Ehrenamtlichen auf der anderen Seite. Interessant ist auch eine Perspektive, die nach der Qualität sozialer Dienstleistungen in Relation zum jeweiligen Hilfe-Mix fragt. Wie kann also aus einer guten und produktiven Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen ein spezifischer Nutzen für die Klientinnen und Klienten der jeweiligen Dienstleistung erwachsen? Demnach ist Freiwilligenmanagement vor allem dort systematisch erfolgreich, wo es sich auch auf Innovationen, auf die Weiterentwicklung der Fachlichkeit im jeweiligen sozialen Handlungsfeld bezieht. So haben sich für die Felder der Sozialen Arbeit vielfach Konzepte wie Sozialraumorientierung, Empowerment, flexible, ambulante und individualisierte Hilfen und Fallmanagement durchgesetzt und bestimmen das Handeln der Fachkräfte in der sozialen Arbeit. Vor diesem Hintergrund ist die Einbeziehung von Freiwilligen eine auch fachliche gebotene Öffnung hin zum Gemeinwesen. Hierdurch lassen sich Ressourcen des Umfeldes erschließen und mobilisieren, Impulse aus dem Sozialraum aufnehmen und innovative, maßgeschneiderte Lösungen für die Klient/innen finden.

Freiwilligendienste

Der Wegfall des Zivildienstes ist zwar seit langem erwartet worden, dennoch stellt er die Verbände aktuell vor große Herausforderungen. Hier geht es aktuell nicht nur darum, ob die von Zivildienstleistenden gewährleisteten sozialen Dienstleistungen nun durch mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, sondern auch durch mehr freiwillig Engagierte und mehr Freiwilligendienstleistende erledigt werden können. Der neue Bundesfreiwilligendienst kann nur bedingt und nur teilweise den Zivildienst er-

setzen. Er ist, jedenfalls wenn man dem Gesetzestext folgt, als Lerndienst angelegt, in dem Bildungsangebote gemacht werden und Kompetenzen erworben werden können. Aus dieser Perspektive bedeutet das auch, dass bestimmte Hilfsdienste (wie Hausmeister, Fahrer, Pfortner, Küchenhilfe etc.), die im Rahmen eines Pflichtdienstes von vielen jungen Männern ja durchaus akzeptiert worden sind, als Tätigkeitsprofile für einen solchen Lerndienst nicht geeignet sind. Auch ältere Menschen, die den Bundesfreiwilligendienst nun ebenfalls absolvieren können, dürften an anspruchsvolleren Tätigkeitsprofilen interessiert sein. Insofern bieten die aktuellen Entwicklungen der neuen Dienstform zahlreiche Ansatzpunkte für weitere Diskussionen.

Andererseits bietet die Absicht des Bundesfamilienministeriums, Konzepte der politischen Bildung in den Bundesfreiwilligendienst als Lerndienst systematisch zu integrieren, auch eine Chance für neue Konzeptdiskussionen der pädagogischen Begleitung, in denen die politische Dimension des bürgerschaftlichen Engagements im Sinne einer „civic education“ stärker konturiert werden könnte. Dies erfordert allerdings als zwingende Voraussetzung, dass die Tätigkeitsprofile im Bundesfreiwilligendienst für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Anknüpfungspunkte zur Selbstwirksamkeitserfahrung und tatsächlichen Verantwortungsübernahme bereithalten – und somit entsprechend attraktive Freiwilligendienstplätze, womit die Träger der Jugendfreiwilligendienste schon lange Erfahrungen haben.

Mit der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes, der im Vergleich zum bewährten Freiwilligen Sozialen Jahr mit einer stärkeren staatlichen Steuerung einhergeht,¹¹ wächst insgesamt die staatliche Einflussnahme auf die Verbände. Damit beschleunigen sich möglicherweise Prozesse, wie sie als Modernisierung des korporatistischen Wohlfahrtsmodells mit seiner privilegierten Stellung der Wohlfahrtsverbände teilweise durchaus begrüßt

werden. Von anderer Seite wird diese Entwicklung hingegen abgelehnt als Verstaatlichung der Freiwilligendienste und als Abkehr vom bewährten Subsidiaritätsprinzip, wie es die deutsche wohlfahrtsstaatliche Tradition geprägt hat. Wie diese Prozesse hinsichtlich der Weiterentwicklung der Freiwilligendienste schlussendlich zu bewerten sind, lässt sich derzeit noch nicht klar abschätzen. Fakt ist, dass mit der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes Bundesmittel in erheblicher Höhe in den Freiwilligensektor fließen und zu dessen Stärkung führen können.

Die „bürgerorientierte Kommune“: Stadtentwicklung und bürgerschaftliches Engagement

Für die Partizipationsorientierung kommunaler Planungs- und Entwicklungsprozesse sprechen zumindest drei gute Gründe (Rehling et al. 2011: 274): Unserem Demokratieverständnis und Grundgesetz folgend (Art. 28 Abs. 2) ist die kommunale Selbstverwaltung die Aufgabe aller Bewohnerinnen und Bewohner eines Gemeinwesens, nicht alleine von Politik und Verwaltung. Traditionell festgelegte Beteiligungsformen (Wahlen, Resonanz auf veröffentliche Planungen, öffentliche Anhörungen) lassen indes oftmals nur Reaktionen auf bereits gefällte Entscheidungen zu. Zudem wären bereits heute viele institutionell und professionell erbrachte Dienstleistungen ohne ergänzendes bürgerschaftliches Engagement qualitativ schlechter oder gar nicht finanzierbar. Angesichts der – insbesondere im Zuge des demographischen Wandels – in den nächsten Jahren zu bewältigenden Probleme sind Verwaltungen, Stadt- bzw. Gemeinderäte sowie Organisationen der Wohlfahrt vor Ort auf Sachverstand, Kreativität und konkrete Leistungen der Bewohnerinnen und Bewohner angewiesen. Sie erleben Vorzüge und Schwächen ihrer Stadt (ihres Dorfes) oder Quartiers täglich und haben oftmals sehr präzise Vorstellungen davon, was erhaltenswert ist und was der Veränderung bedarf. Kontroversen und Bedürfnisorientierung sind hierbei nicht von Nachteil, sondern

tragen vielmehr zur Erweiterung der Perspektiven bei. Und schließlich trägt die bewusste Gestaltung der bürgerorientierten oder – in einer verhalteneren Erwartungshaltung formuliert – kooperativen Kommune (vgl. Holtkamp et al. 2006; Bogumil/Holtkamp 2010) wesentlich zu erhöhter Lebensqualität und Attraktivität bei, Teilhabeoptionen beleben eine Kultur des Miteinanders und stärken die Identifikation der Bewohnerschaft mit „ihrem Ort“. Unstrittig ist „Soziale Stadt“ ein zukunftsweisendes Programm der Bundesregierung, das Aktivierung und Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern als integralen Bestandteil integrierter Stadtentwicklung versteht und fördert. Offen ist allerdings oftmals, was unter Partizipation vor Ort verstanden und wie sie jeweils umgesetzt wird. Förderliche Faktoren für eine erfolgreiche Umsetzung von Aktivierung und Beteiligung sind (vgl. Bock et al. 2007) der Ausbau niedrigschwelliger Angebote und aufsuchender Arbeit, die Schaffung tragfähiger Organisationsstrukturen vor Ort, die Berücksichtigung spezifischer regionaler bzw. lokaler Kontextbedingungen, klare Verfahrensregeln, die Etablierung von Verfügungsfonds bzw. Stadteilbudgets und nicht zuletzt die erforderliche Rückendeckung durch Politik und Verwaltung.

Auch *Elke Becker* sieht Selbstorganisation und aktive Beteiligung betroffener Akteure als zentrales Anliegen einer interdisziplinären integrierten Stadtentwicklung. Sie zeigt im Kontext „Soziale Stadt“, wie sich damit Selbstverständnis, Rolle und Aufgaben von Planerinnen und Planern verändern. Gleichwohl sind die Anforderungen an Beteiligung oftmals sehr hoch gesetzt, was eine klare Abgrenzung der Aufgaben von Politik und Verwaltung einerseits und zivilgesellschaftlichen Akteuren andererseits erfordert. Ein aus Sicht ihrer Akteure vorzugsweise vermeidbarer Indikator dafür, dass „Soziale Stadt“ ein Erfolgsmodell engagementpolitischer Programme darstellt, ist die beachtliche Mobilisierung gegen die aktuellen massiven Kürzungen im Programm.¹²

Engagementpolitik: Eine Herausforderung für die Formentwicklung des Staates und die zivilgesellschaftliche Kooperationskultur

Engagementpolitik ist der Versuch, seitens der Politik zur Entwicklung der Zivilgesellschaft beizutragen. Seit der Bundestags-Enquete-Kommission (2002) hat sich Engagementpolitik als ein – allerdings fragiles – Politikfeld in Bund und Ländern etabliert (Klein et al. 2010). Die politische Entwicklung guter Rahmenbedingungen des Engagements, so die naheliegende Annahme der Enquete-Kommission, erfordere die Mitwirkung zumindest der organisierten Bürgergesellschaft und möglichst auch die partizipative Einbindung der einzelnen Engagierten. Die Idee der „solidarischen Bürgergesellschaft“ (vgl. Embacher/Lang 2008: 105ff) geht davon aus, dass sich staatliches Handeln und bürgerschaftliches Engagement nicht nur ergänzen, sondern aufeinander angewiesen sind: Der Staat braucht die Impulse der Bürgergesellschaft, die staatliches Handeln anregen, gegebenenfalls korrigieren, in jedem Fall aber legitimieren. Die Bürgergesellschaft braucht einen ermöglichenden Staat, der Rahmenbedingungen schafft, damit sich das gemeinsinnige Engagement von autonomen Bürgerinnen und Bürgern entfalten kann. Wesentlich ist auch die enge Verbindung von Engagement- und Demokratiep politik (Klein 2001; Embacher/Lang 2008; Ziekow/Beck 2011)

In diesem Sinne hat die Bundesregierung zunächst in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ein „Nationales Forum für Engagement und Partizipation“ (NFEP) als Beratungsplattform für eine nationale Engagementstrategie eingerichtet. In den Jahren 2009 und 2010 hat das NFEP 450 Expertinnen und Experten in 16 Dialogforen und in Kongressen zusammengebracht. Die Beratungsergebnisse hat das BBE in 4 ausführlichen Dokumentationen öffentlich gemacht (BBE 2009 und 2010a, b und c).

Serge Embacher, der das NFEP 2010 für das BBE geleitet hat, diagnostiziert in seinem Bei-

trag ein Scheitern dieser als Governance-Prozess angelegten Beratungsplattform. Aktuelle Engagementpolitik verfolgt nicht länger die Förderung partizipativer Impulse im Rahmen einer partnerschaftlichen Verständigung zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Vielmehr konzentriert sie sich auf die Indienstnahme vermeintlich unpolitischer, ehrenamtlicher „Helfer“ für staatliche Zwecke und orientiert sich vorwiegend an einer top down-Prozesskontrolle. Der Kurswechsel im Umgang des Bundesfamilienministeriums mit dem NFEP und seinen Akteuren belegt dies.¹³

Damit werden die großen Fragen der Engagementstrategie – etwa die Schaffung nachhaltiger Engagementinfrastrukturen unter Wegfall des föderalismusrechtlichen Kooperationsverbotes in der kommunalen und regionalen Engagementförderung, eine notwendige Förderkompetenz des Bundes bei zeitintensiven Engagementformen sowie die Vermeidung von Doppelstrukturen im Feld der Freiwilligendienste und das Aufgabenprofil des neu geschaffenen Bundesamtes für zivilgesellschaftliche Aufgaben – aus einem auf Beteiligung ausgerichteten Beratungsprozess ausgeklammert. Stattdessen alleine auf die Stärkung überkommener Korporatismusmuster (vgl. auch Sandberg in diesem Heft) zu setzen, findet jedoch auch seitens der Wohlfahrtsverbände keineswegs einheitlich Zustimmung. Die mit Blick auf den Deutschen Olympischen Sportbund formulierte Einsicht, dass neben die Sportpolitik eine Engagementpolitik des organisierten Sports treten müsse und dass eine solche Engagementpolitik systematische Vernetzungsanstrengungen mit anderen Akteuren erfordert (Braun 2011), kann mittlerweile bei einem Großteil der Wohlfahrtsverbände durchaus als gesichertes Wissen gelten: Die Sozialpolitik setzt im Welfare-Mix zunehmend auf Engagement, aber die Förderung des Engagements erfordert die Einbindung einer Vielzahl, oftmals auch kleinerer Organisationen, eine enge Verbindung von Engagement- und Demokratiep politik sowie entsprechende Formate der Vernetzung und Abstimmung. Erforderlich sind daher auch eine

bereichsübergreifende Kooperation der Akteure (Soziales, Sport, Kultur, Umwelt, Kommunen etc.) sowie ein permanenter Austausch zwischen Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft. Damit sind große Herausforderungen einer zivilgesellschaftlichen Kooperationskultur und -praxis angesprochen.¹⁴

Die Entwicklung des engagementpolitischen Feldes und seiner Institutionen ist eng verbunden mit der Einsicht, dass nicht nur die unterschiedlichen Bereiche der Bürgergesellschaft und deren organisierte Akteure (Soziales, Sport, Umwelt, Kultur etc.), sondern auch die großen gesellschaftlichen Sektoren (Bürgergesellschaft, Staat, Wirtschaft) gemeinsame Interessen, Themen und Anliegen in der Engagementförderung und -rahmung haben. Diese Einsicht führt zu Fragen einer zivilgesellschaftlichen Ordnungspolitik. Diese kann das vorliegende Themenheft nur an exemplarischen Beispielen behandeln. Neben Fragen der Stiftungskultur und Stiftungspraxis greift das Themenheft die Frage der Transparenz im Non-Profit-Bereich sowie die Thematik der Zivilgesellschaftsforschung am Beispiel des Projekts „Zivilgesellschaft in Zahlen“ auf. Auch *Berit Sandberg* kritisiert die Nationale Engagementstrategie, genau genommen ihren Versuch der Quantifizierung¹⁵ des Stiftungswesens: Hierfür liefert der Wortlaut der Nationalen Engagementstrategie Indizien und verweist damit auf eine Abkehr von der Idee einer partizipativen Einbindung der organisierten Zivilgesellschaft. Anhand der von der Bundesregierung formulierten Erwartungen an Funktionen von Stiftungen und mit Bezug auf den zu erwartenden Einfluss von Stiftungen auf die Engagementpolitik werden Parallelen zu korporatistischen Arrangements zwischen Staat und freien Trägern deutlich. Angesichts der demokratiepolitischen Problematik einer Quantifizierung von Stiftungen werden die Grenzen dieser „Strategie innerhalb der Engagementstrategie“ deutlich: Sie deklassiert zivilgesellschaftliche Impulse innerhalb und außerhalb des Stiftungswesens und

widerspricht einer Vorstellung von Staat als einem Ermöglicher originär zivilgesellschaftlicher Lösungen. Zudem privilegiert und instrumentalisiert er Stiftungen zugleich und „spaltet“ damit die Stiftungslandschaft.

Einen verblüffenden Befund zum gegenwärtigen Wechselspiel von Staat, Drittem Sektor und Zivilgesellschaft präsentieren Helmut K. Anheier, Annelie Beller und Rabea Haß. Eine aktuelle Studie zu Accountability und Transparenz im Dritten Sektor in Deutschland zeigt, dass sich in der Aufmerksamkeit, die deutschen Non-Profit-Organisationen (NPO) entgegengebracht wird, weder deren sozialpolitische noch ihre wirtschaftliche Bedeutung widerspiegeln; auch angesichts der Empörung in der medialen Öffentlichkeit über Skandale und Fehlverhalten: Die Anforderungen an sie in Bezug auf Accountability und Transparenz bleiben weit hinter denen an private und staatliche Organisationen, aber auch hinter denen an NPO in anderen Ländern zurück. Diese Anforderungen begründen sich weniger auf die kritische Aufmerksamkeit der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit als auf ein relativ stabiles staats- und steuerzentriertes System, dem branchenspezifische Accountability- und Berichtspflichten nachgeschaltet sind. Gleichwohl kann zum gegenwärtigen Forschungsstand kein Transparenz- und Accountability-Problem des Dritten Sektors in Deutschland nachgewiesen werden. Mit Blick auf engagementpolitischen Handlungsbedarf bleibt jedoch abzuwarten, inwieweit dieses System auch zukünftig Veränderungen infolge der zunehmenden Delegation staatlicher Aufgaben an NPO („Neue Subsidiarität“) und des postulierten Wandels eines staatszentrierten Accountability-Regimes hin zu ausgeweiteten inter- und intrasektoralen Partnerschaften („Governance-Hypothese“) genügen wird.

Um die gesellschaftliche und ökonomische Bedeutung des zivilgesellschaftlich organisierten Dritten Sektors geht es in einem weiteren Beitrag aus der Engagementforschung. Holger Krimmer und Jana Priemer stellen erste Ergebnisse aus dem Projekt „Zivilgesellschaft

in Zahlen“ vor. Sie kommen zu dem Schluss, dass gegenüber dem Gewicht, das einer starken Zivilgesellschaft im öffentlichen Diskurs beigemessen wird, die empirische Datenlage weit hinter dem Bedarf zurückbleibt. Das Projekt soll eine Lücke bei der datenbasierten Vermessung und Beschreibung des Dritten Sektors schließen. In einem ersten Schritt wurden Daten aus dem vom Statistischen Bundesamt geführten Unternehmensregister ausgewertet. Auf dieser Grundlage lassen sich Aussagen über den Zusammenhang von Organisationsgrößen, Beschäftigtenzahlen und Tätigkeitsbereichen und über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Sektors treffen. Die Klassifikationsgrundlagen der Unternehmensdaten erlauben jedoch nur einen eingeschränkten Blick auf die Zivilgesellschaft. Künftige Organisationserhebungen müssen daher auch Aussagen zur sozialintegrativen und demokratiepolitischen Bedeutung der Zivilgesellschaft berücksichtigen.

In seiner Zwischenbilanz im Themenheft „Bürgergesellschaft - Wunsch und Wirklichkeit“ (2/2007) kam Adalbert Evers zu dem Schluss, dass die von den an den Rand des politischen Diskurses geratenen Protagonisten der Bürgergesellschaft eingeforderte Wertschätzung und Einbeziehung durch Politik und maßgebliche Träger sozialstaatlicher Institutionen möglich sind, wenn die Entpolitisierung des Diskurses durch eine Reduzierung der Bürgergesellschaft auf eine Wohltätigkeitsveranstaltung überwunden wird. Wo Bürgergesellschaft einbezogen und gefordert werde, beginne hingegen eine neue Runde der Auseinandersetzung, in der es darum gehe, „inwieweit deren Horizonte und Praktiken auch die Kultur von Politik, sozialen und kulturellen Einrichtungen verändern können“ (Evers 2007: 54). Das Forschungsjournal möchte mit diesem Themenschwerpunkt einen Beitrag leisten, diese Runde einzuläuten.

Das Heft wird eingeleitet durch eine Bestandsaufnahme der Bewegungsforschung von Dieter Rucht in unserer Rubrik „Aktuelle Analyse“. Das Forschungsjournal würdigt mit diesem Artikel sein langjähriges Beiratsmitglied.

Dieter Rucht beendet in diesem Jahr seine berufliche Tätigkeit am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Ergänzend publiziert das Forschungsjournal zwei weitere Schwerpunkte in Fortsetzung bewährter Kooperationen.

Sonderschwerpunkt: Zwischen den Wahlen: Strategien auf dem Prüfstand

Zum mittlerweile 6. Strategie-Workshop luden im Mai 2011 Joachim Raschke, Elmar Wiesendahl und Ralf Tils von der Agentur für Politische Strategie (APOS) und der Mitherausgeber des Forschungsjournals Thomas Leif. Zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Medien diskutierten über Strategieoptionen der fünf im Bundestag vertretenen Parteien. Zugespitzt lassen sich die Diskussionen wie folgt auf den Punkt bringen:

- Die **Union** hat zwar in gewisser Weise eine Strategie der Modernisierung, die aber an den traditionellen Partei- und Wählermilieus scheitern könnte. Wählergewinne von SPD und Grünen und eine Koalitionsfähigkeit mit diesen beiden Parteien orientieren eine kleine Reformgruppe um die Kanzlerin unter Loslösung von der innerparteilichen Meinungs- und Willensbildung. Fakt ist aber: Die Unionsparteien haben seit vielen Jahren bei Landtags- und Bundestagswahlen kaum bis gar keine Zugewinne zu verzeichnen. Daraus werden derzeit aber keine erkennbaren Konsequenzen erkennbar, außer dass Angela Merkel die Position der Bundeskanzlerin ohne erkennbare Konkurrenten behauptet.
- Die **SPD** hat sich von ihrem Wahldesaster 2009 noch nicht erholt. Auf Bundesebene fehlt ihr immer noch ein glaubwürdiger Kurs (mit einer erkennbaren Strategie), um für die Wähler wieder interessant und wählbar zu werden. Insbesondere fehlen überzeugende Antworten auf eine zunehmende soziale Spaltung. Kurz gesagt: Erst wenn der Glaubwürdigkeitsverlust aus den Re-

gierungsjahren (vor allem mit der Agenda 2010) auch innerparteilich aufgearbeitet und abschließend geklärt ist, kann die SPD wieder zu sich kommen und Richtungsthemen entschlossen inhaltlich benennen und polarisierend wie glaubwürdig vertreten.

- Die gegenwärtige Entwicklung der **Grünen** mit ihren Wahlerfolgen (bis hin zum ersten grünen Ministerpräsidenten in Baden Württemberg) kann nur dann von Dauer bleiben, wenn sie ihre Politikangebote und -positionen auch unabhängig von Themenkonjunkturen, die ihnen in die Hände spielen (Atomausstieg), glaubwürdig vertreten und vermitteln können. Eine Politik des Ungefähren und „sich alle Koalitionsoptionen offen halten wollen“ funktioniert dabei auf Dauer nicht.
- Die **Linke** findet derzeit in den politischen Debatten kaum statt. Ihr strategischer Vorteil, sich im Vorfeld der Bundestagswahl 2009 als soziale Alternative zu einer identitätslosen SPD zu präsentieren, funktioniert nicht mehr. Für eine einheitliche Parteistrategie sind die Gegensätze und Verankerungen in Ost und West noch zu stark präsent, als dass sich daraus ein Gesamtbild zeichnen ließe. Hinzu kommt ein Führungsproblem.
- Ähnlich geht es der **FDP**. Der rapide Absturz der Partei ist mit der bisweilen biederen Politik ihrer Bundesminister, aber vor allem ihrer inhaltlichen Beschränktheit auf steuerpolitische Fragen eng verbunden. Erst wenn die Partei sich inhaltlich „breiter“ und glaubwürdiger aufstellt, könnte sie gegebenenfalls wieder eine Kraft im bürgerlichen Lager werden, die Mehrheiten mit der Union möglich machen könnte. Derzeit ist dies aber aufgrund des Zustandes der Partei kaum zu erwarten.

Der Workshop wurde mit Unterstützung der Hans Böckler Stiftung und der Berlin-Brandenburgischen Akademie durchgeführt. Die Otto-Brenner-Stiftung hat die Publikationskosten des Forschungsjournals abgedeckt. Das Forschungsjournal Soziale Bewegungen berichtet mit Ein-

zelbeiträgen von Joachim Raschke und Ralf Tils, Elmar Wiesendahl, Matthias Machnig, Hubert Kleinert, Reinhard Bütikofer, Richard Meng, Hubert Kleinert, Dietmar Bartsch sowie von Jens König von den Debatten im Workshop. Herausgeber und Redaktion danken den Veranstaltern, den Unterstützern und nicht zuletzt den Autoren für ihre Kooperation.

Pulsschlag-Schwerpunkt: Die Europäische Bürgergesellschaft

Im Pulsschlag-Schwerpunkt dokumentiert das Forschungsjournal in guter Tradition Beiträge und Ergebnisse des Forums Bürgergesellschaft der Stiftung Bürger für Bürger auf Schloss Diedersdorf. Das Forum beschäftigte sich am 6./7. Mai 2011 anlässlich des derzeit laufenden „Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit“ 2011 mit Perspektiven der Europäischen Bürgergesellschaft. Thomas Olk und Mirko Schwärzel geben einen Überblick über Rahmen und Schwerpunkte der Diskussion: An die Europäische Bürgergesellschaft wird vermehrt die Erwartung adressiert, der wachsenden Kluft zwischen den europäischen Institutionen und Bürgern entgegenwirken und bürgerschaftliche Beteiligung am Projekt Europa herstellen zu können. Im Mittelpunkt stand dabei zum einen die Frage nach dem Beitrag der organisierten Zivilgesellschaft und den „repräsentativen Verbänden“ im politischen Entscheidungsprozess der Europäischen Union und seiner Perspektive. Dirk Jarré beschreibt etablierte Akteure und Einflussstrukturen sowie die Möglichkeiten, die sich seit dem Lissabon-Vertrag 2009 unter dem Schlagwort „partizipative Demokratie in Europa“ bieten: Das Instrument der Europäischen Bürgerinitiative sowie die Erweiterungen des zivilen Dialogs.

Zum anderen ging es um die Frage, wie man der europäischen Idee jenseits der institutionellen Einflusslogik ihre Überzeugungskraft zurückgeben und ein „Europa der Bürger“ stärken kann. Brigitte Russ-Scherer diskutiert am Beispiel der Initiative „A Soul for Europe“,

welche Verantwortung und Handlungsmöglichkeiten auf Seiten der Städte und Gemeinden liegen, hier neue Impulse zu setzen.

Susanne Rindt, Berlin/Ludger Klein, Frankfurt a.M./Ansgar Klein, im August 2011 auf Achill Island

Anmerkungen

- ¹ Aktuelle Informationen zu Entwicklungen im Feld der Engagement- und Demokratiepoltik liefern die Newsletter des BBE und der Stiftung Mitarbeit; siehe <http://www.b-b-e.de> und <http://www.buergergesellschaft.de>.
- ² Wir bedanken uns beim Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat für die Anregungen aus der Diskussion über diese „Vergesellschaftung von Aufgaben“ auf der 42. Sitzung des Arbeitskreises am 1. Juli d.J.
- ³ Unter der Perspektive einer Entwicklung vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft wurde die Perspektive des Welfare-Mix etwa bereits im Forschungsjournal *Neue Soziale Bewegungen* im Jahr 1997 erörtert: *Vom Sozialstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft? Akteure zwischen Pflicht und Engagement* (FJ NSB Jg. 11/1998, Heft 2, 124 Seiten, Westdeutscher Verlag).
- ⁴ Auf der 42. Sitzung des Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat am 1. Juli d.J. verdeutlichte Adalbert Evers die „Hybridisierung von Organisationen“ am Beispiel der Schule und des Altenheims (vgl. www.fes.de/buergergesellschaft/debatten/index.htm).
- ⁵ Siehe dazu bereits das Themenheft 4/1995 „Zwischen Markt und Staat“ des *Forschungsjournals*, Schüren-Verlag Marburg.
- ⁶ Das Fernsehmagazin *Panorama* hatte diese Praxis im Sommer 2010 öffentlich gemacht. Daraufhin wurde die Frage eines „Missbrauchs“ der Engagementförderpauschalen Gegenstand einer Fachdiskussion der Arbeitsgruppe „Bürgerschaftliches Engagement“ der SPD-Bundestagsfraktion.
- ⁷ Johanne Klatt und Franz Walter haben in der Analyse des Engagementzugangs von Menschen mit wenig Einkommen und geringem Bildungsgrad darauf hingewiesen, dass für diese Zugänge v.a. über Nachbarschaft, Wohnquartier und Stadtteil eine zentrale Bedeutung hat – siehe Klatt/Walter 2011.
- ⁸ Zum Engagement von Migrantinnen und Migranten und zur Bedeutung von Migrantenorganisationen siehe auch Heft 2/2011 des *Forschungsjournals Soziale Bewegungen*: „Engagierte Einwanderer. Chancen und Probleme der Partizipation von Migranten.“
- ⁹ Der neue Bundesfreiwilligendienst kann auch von Arbeitslosen mit Bezügen nach Hartz IV wahrgenommen werden. Dies könnte unter Bedingungen strikter Freiwilligkeit durchaus auch eine Chance für selbstgewählte und sinnvolle Tätigkeiten sein, doch ist die Gefahr sehr groß, dass Sanktionen im Sinne des Abzugs von Transfergeldern zum Einsatz kommen. Dies würde einem Freiwilligendienst grundsätzlich widersprechen. In diesem Sinne hat das Bundesfamilienministerium im Sommer 2011 denn auch einigen Bundestagsabgeordneten widersprochen, die gefordert hatten, der neue Bundesfreiwilligendienst müsse mehr Menschen in Hartz IV aufnehmen und dies vor allem im Sinne sanktionsbewehrter Zuweisungen verstanden haben.
- ¹⁰ Der Bundesverband der „Tafeln“ betont daher immer wieder, dass die Arbeit der Tafeln nicht als Ersatz für eine armutsverhindernde Sozialpolitik instrumentalisiert und missverstanden werden dürfe.
- ¹¹ So wird die Verwaltung des Bundesfreiwilligendienstes durch das „Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben“ erfolgen, das aus dem alten „Bundesamt für Zivildienst“ hervorgegangen ist. Damit werden nicht nur Doppelstrukturen der Verwaltung zu den bisherigen Jugendfreiwilligendiensten geschaffen, sondern es stellt sich auch die Frage, wie sich das neu geschaffene Bundesamt für zivilgesellschaftliche Aufgaben als staatliche Behörde zu den freien Trä-

gern, bestehenden Kompetenz- und Servicestellen oder bestehenden Vernetzungsstrukturen wie dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement verhalten wird. Hier liegen zahlreiche Konfliktpunkte, die nur dann vermieden werden könnten, wenn das neue Bundesamt sich jenseits zentralistischer Steuerung als Servicestelle auf Augenhöhe und in enger Abstimmung mit den bestehenden Prinzipien und Strukturen der Bürgergesellschaft entwickelt. Zur Kritik des neuen Bundesamtes siehe die pointierte Stellungnahme von Strachwitz (2011) in einer Bundestagsanhörung am 14.3.2011 zum Bundesfreiwilligendienst.

¹²Die engagementfördernden Bestandteile des Programms „Soziale Stadt“ wurden freilich durch die Bundesregierung in diesem Jahr massiv gekürzt und die bisherigen Effekte des Programms in Bezug auf Engagement und Partizipation werden so in Frage gestellt. Vor diesem Hintergrund hat sich ein „Bündnis für eine soziale Stadt“ gegründet – siehe buendnis-soziale-stadt@vhw.de und www.buendnis-soziale-stadt.de.

¹³Das BBE, das als nationales Netzwerk das NFEP als ein Governance-Format mit dem ausdrücklichen Ziel der Stärkung der Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Engagementpolitik und seiner Strategiebildung entwickelt hatte, wurde als Veranstalter des NFEP abgelöst. Seit 2011 werden die Themen und die Teilnehmer vom Bundesfamilienministerium vorgegeben. Damit hat sich das NFEP trotz weiterhin gleichen Namen zu einem konventionellen Beratungsformat zurückentwickelt.

¹⁴Derzeit lassen sich in der deutschen Engagementpolitik neben dem Versuch einer tri-sektoralen Vernetzung der Akteure der Engagementpolitik und -förderung im BBE, dem die Annahme eines in starkem Maße auf Beteiligung und Dialog ausgerichteten Governanceprozesses zugrunde liegt, auch Strukturen eines gemeinsamen Lobbyverbundes der Dachverbände der Bürgergesellschaft über das „Bündnis für Gemeinnüt-

zigkeit“ sowie – derzeit dominant – ein top down von der Bundesregierung gesteuerter Korporatismus unterscheiden, der sich auf die Kooperation der Bundesregierung mit ausgewählten Verbänden bei zunehmend stärkeren staatlichen Vorgaben konzentriert.

¹⁵Quangos (Quasi-Non-Governmental Organizations) sind Hybride, die einerseits in der Sphäre des Privatrechts angesiedelt sind, andererseits aber staatliche Aufgaben erfüllen und insofern maßgeblich unter dem Einfluss der öffentlichen Hand stehen.

Literatur

Bock, Stephanie/Böhme, Christa/Franke, Thomas 2007: Aktivierung und Beteiligung in der integrativen Stadtteilentwicklung. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 20, Heft 2, 64-71.

Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars 2010: Die kommunale Ebene. In: *Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuß, Birger* (Hg.): *Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 382-403.

Braun, Sebastian 2011: *Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) in der Zivilgesellschaft. Eine sozialwissenschaftliche Analyse zur sportbezogenen Engagementpolitik*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) 2008: *Engagement und Erwerbsarbeit*, Berlin.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) (Hg.) 2009: *Nationales Forum für Engagement und Partizipation. Erster Zwischenbericht*, Berlin.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Hg.) 2010a: *Auf dem Weg zu einer nationalen Engagementstrategie – Perspektiven und Positionen*, Berlin.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Hg.) 2010b: *Engagement ermöglichen – Strukturen gestalten*, Berlin.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Hg.) 2010c: Engagementpolitik in Dialog, Berlin.

Detting, Warnfried 2007: Vom Rand in die Mitte? Perspektiven der Bürgergesellschaft. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 20, Heft 2, 7-14.

Embacher, Serge/Lang, Susanne 2008: Lern- und Arbeitsbuch Bürgergesellschaft. Eine Einführung in bürgerschaftliche Gegenwarts- und Zukunftsfragen. Bonn: Dietz.

Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag 2002: Bericht. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen.

Evers, Adalbert 2007: Dabei sein ist alles? Wie die Bürgergesellschaft Eingang in Politik und Sozialstaat findet. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 20, Heft 2, 48-54.

Flachmeyer, Marcus/Schulte-Hemming, Andreas (Hg. in Kooperation mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, BBE) 2011: Bürgerschaftliches Engagement und Kompetenzbilanzierung - eine Handbuch, Bonn (Stiftung MITARBEIT, im Erscheinen).

Gensicke, Thomas/ Geiss, Sabine 2010: Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement; veröffentlicht unter www.bmfsfj.de

Holtkamp, Lars/Bogumil, Jörg/Kißler, Leo 2006: Kooperative Demokratie. Das politische Potential von Bürgerengagement. Frankfurt a.M./New York: Campus-Verlag.

Kettner, Anja/Rebien, Martina 2007: Soziale Arbeitsgelegenheiten. Einsatz und Wirkungsweise aus betrieblicher und arbeitsmarktpolitischer Perspektive. IAB-Forschungsbericht, 02/2007, Nürnberg, 69.

Klatt, Johanna/Walter, Franz 2011: Sozial Benachteiligte und Engagement, Bielefeld: transcript.

Klein, Ansgar 2001: Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Hintergründe und demokratietheoretische Folgerungen, Opladen: Leske + Budrich.

Klein, Ansgar/Olk, Thomas/Hartnuß, Birger 2010: Engagementpolitik als Politikfeld: Entwicklungserfordernisse und Perspektiven. In: *Olk,Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuß, Birger* (Hg.) 2010: Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 24-59.

Rehling, Brigitte/Klein, Ludger/Stallmann, Ludger (unter Mitarbeit von Leonore Köhler, Manuela Kraft, Veronika Pfeiffer) 2011: Kommunale Planung und Entwicklung in der alternden Gesellschaft. Der demographische Wandel als Herausforderung und Chance. In: *Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit*. 62. Jg., Heft 4/11, 268-277.

Roß, Paul-Stefan/Tries, Hillie 2010: Freiwilliges Engagement in der Bruderhaus Diakonie. Wissenschaftliche Evaluation zur Implementierung des Konzepts in der Gesamteinrichtung. Abschlussbericht Juli 2010. Kurzfassung: Roß, Paul-Stefan/Tries, Hillie: Die Kernfrage des freiwilligen Engagements ist die Gewinnung der Hauptberuflichen. In: *Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft* 10/2010.

Strachwitz, Rupert Graf 2011: Stellungnahme am 14. März 2011 im Familienausschuss des Deutschen Bundestags, veröffentlicht als Opusculum Nr. 48 des Meacenata-Instituts Berlin, download unter http://www.institut.maecenata.eu/resources/2011_Opusculum48.pdf.

Ziekow, Jan/Beck, Kurt (Hg.) 2011: Mehr Bürgerbeteiligung wagen. Wege zur Vitalisierung der Demokratie, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Handbuch Kommunale Engagementförderung im sozialen Bereich

Herausgegeben von Ansgar Klein, Petra Fuchs und Alexander Flohé

2011, 376 Seiten, kart., 25,90 €,
für Mitglieder des Deutschen Vereins 19,80 €
(inkl. MwSt., zzgl. Versandkosten)
ISBN 978-3-7841-2025-6



Was braucht das bürgerschaftliche Engagement?

Das Handbuch gibt praxisnahe Orientierungshilfen für sozial-räumlich ausgerichtete Handlungsfelder, Zielgruppen, organisatorische Veränderungsprozesse und eine engagementfördernde Infrastruktur – von kommunalen Leitbildern über Qualifizierungsangebote bis zur digitalen Vernetzung.

Für eine gelingende Engagementförderung vor Ort!

Bestellungen für Mitglieder des Deutschen Vereins beim Cornelsen Verlagskontor,
Tel. 0521/97 19-121, Fax-206,
E-Mail: thomas.ulber@cvk.de

Bestellungen für Nichtmitglieder beim Lambertus-Verlag,
Tel. 0761 / 36825-0, Fax-33;
E-Mail: info@lambertus.de



Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.
Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin
Tel. 030 629 80-0, Fax 030 629 80-150
www.deutscher-verein.de

Besuchen Sie auch unseren Online-Buchshop:
<http://verlag.deutscher-verein.de>

Zum Stand der Forschung zu sozialen Bewegungen¹

Dieter Rucht

Soziale Bewegungen setzen sich zur Gesellschaft in Beziehung. Darin liegt die Pointe ihrer Charakterisierung als *soziale* Bewegungen.² Sie benennen Probleme und Missstände, drängen auf Veränderungen oder wollen sich solchen widersetzen. In der Reflexion auf die Gesellschaft bedenken soziale Bewegungen zwangsläufig auch ihre eigene Rolle. In ihrem öffentlichen Auftritt suchen sie nicht nur ihre Deutung des Zustands von Gesellschaft, sondern

auch ein bestimmtes Bild von sich zu vermitteln. Die öffentliche Selbstdarstellung und Selbstbeschreibung ist elementarer Bestandteil von Bewegungspolitik. Allerdings muss diese außengerichtete Darstellung weder der internen Selbstbeschreibung noch den Befunden wissenschaftlicher Bewegungsforschung entsprechen.

Für die Wissenschaft bilden die Selbstbilder von Bewegungen eine „soziale Tatsache“

Liebe Leserinnen und Leser,

mit Dieter Rucht ist in diesem Jahr einer der profiliertesten Bewegungsforscher Deutschlands in den Ruhestand gegangen. Rucht, der in München und Berlin, aber auch in England, Frankreich und den USA gelehrt und geforscht hat, war zuletzt Honorarprofessor für Soziologie an der Freien Universität Berlin und Leiter der Forschungsgruppe *Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa* am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Mit seiner Arbeit und seinen Veröffentlichungen hat er maßgeblich zur Professionalisierung und Internationalisierung der deutschen Bewegungsforschung beigetragen.

Dem Forschungsjournal ist Dieter Rucht seit der ersten Ausgabe verbunden und ist Mitglied des Beirats. Er hat zahlreiche Beiträge im Journal publiziert. Wir freuen uns, den vorliegenden Artikel zum *Stand der Bewegungsforschung* veröffentlichen zu können, der aus der Tagung „Theoretische Ansätze und Konzepte der Sozialen Bewegungs-Forschung in den Geschichtswissenschaften“ hervorgegangen ist, die am 2. bis 4. April 2009

vom Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum durchgeführt wurde. Der Beitrag ist Teil eines Sammelbandes, der die Ergebnisse der Tagung dokumentiert und im Herbst 2011 erschienen ist. Die Artikel des Bandes beleuchten Stand und Perspektiven der historischen Bewegungsforschung mit Blick auf theoretische und konzeptionelle Perspektiven. In empirischen Fallstudien werden gängige Theoreme der Bewegungsforschung einer näheren Betrachtung unterzogen. Die vor allem seitens der Sozialwissenschaften entwickelten Ansätze werden auf historische Fragestellungen und Quellen bezogen und im Hinblick auf ihre analytische Tragweite – und ihre Grenzen – untersucht.

Helke Stadtland/Jürgen Mittag (Hg.): Theoretische Ansätze und Konzepte in der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft. Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe A – Darstellungen, Band 47. Essen: Klartext.

Wir möchten uns bei den Herausgebern des Sammelbandes, beim Klartext-Verlag und bei Dieter Rucht für die Möglichkeit des Abdrucks herzlich bedanken.

und als solche einen instruktiven Gegenstand der Analyse. Jedoch kann sich die Bewegungsforschung neben all ihren sonstigen Themen – dazu gehören vor allem Entstehungs- und Verlaufsbedingungen, Welt- und Problemsichten, Strukturen, Strategien, Aktivitäten und Wirkungen von Bewegungen – nicht mit der Wiedergabe solcher Selbstbilder bescheiden. Vielmehr hat sie sich den Akteuren in kritischer Distanz zuzuwenden, den Realitätsgehalt von deren interessegeleiteten Selbstbildern zu überprüfen und auch den latenten Sinn des Bewegungshandelns zu ergünden.

Im Folgenden befaße ich mich zunächst mit der Selbstbeschreibung sozialer Bewegungen und dann, im Hauptteil dieses Beitrags, mit der Entwicklung und den Erträgen der Bewegungsforschung. Dabei handelt es sich um eine Beobachtung zweiter Ordnung, also einen Blick darauf, wie und was die Bewegungswissenschaft beobachtet. Welche Schwerpunkte, Fortschritte und auch Defizite sind hier zu konstatieren? Meine Betrachtung bezieht sich überwiegend, aber nicht ausschließlich auf den deutschen Sprachraum.

1 Selbstbeschreibung und Selbstreflexion sozialer Bewegungen

Um auf die Gesellschaft einzuwirken, brauchen soziale Bewegungen die Beachtung und, darüber hinausgehend, den Rückhalt größerer sozialer Gruppen.³ Entsprechend suchen sie die Aufmerksamkeit des unmittelbar anwesenden Publikums, vor allem aber die Aufmerksamkeit der Massenmedien. Anders als für manch andere Akteure, die über privilegierte und direkte Zugänge zu den Machteliten verfügen, ist für soziale Bewegungen die politische Öffentlichkeit der zentrale Schauplatz, auf dem über die Relevanz einer Bewegung und ihres Anliegen vorentschieden wird. Entsprechend werben Bewegungen öffentlich für ihre Sichtweisen und Forderungen. Nicht zuletzt sind sie mehrheitlich darum bemüht, sich als eine positive, glaubwürdige, notwendige und Erfolg versprechende Kraft darzustellen.⁴ Soziale Be-

wegungen haben somit, ebenso wie Interessengruppen und politische Entscheidungsträger, ein hohes Interesse an einer für sie vorteilhaften Selbstdarstellung. Sie betreten aber die öffentliche Bühne nur selten in einer naiv-authentischen Haltung, sondern betreiben zumeist ein gezieltes *image management*. Dies beinhaltet entsprechende Selbststilisierungen, Inszenierungen und Überhöhungen, aber auch gewisse Verdrängungsleistungen. Gegenkräfte wiederum suchen diese Bemühungen zu konterkarieren, die Schwachstellen von Bewegungsakteuren bloßzustellen und sich selbst in vorteilhaftem Licht zu präsentieren.

Die Selbstdarstellungen wie auch die Problemsichten sozialer Bewegungen nehmen zuweilen krude, plakative oder gar die Realität verleugnende Formen an. Das mag der Blindheit der Akteure geschuldet sein, die beispielsweise ihre Kräfte überschätzen. Es kann aber auch taktischem Kalkül entspringen und in der politischen Auseinandersetzung durchaus von Vorteil sein. Populistische und mehr noch religiös- oder politisch-fundamentalistische Bewegungen sind zuweilen nicht trotz, sondern *wegen* der Schlichtheit ihrer Selbst- und Weltbilder erfolgreich. Charakteristisch ist dabei eine dichotomische Sichtweise: wir versus sie, richtig versus falsch, gut versus böse, Rettung versus Katastrophe. In solchen Fällen ist die Selbstdarstellung Teil einer agitatorischen oder gar manipulativen Deutungsstrategie, wie sie prototypisch im Nationalsozialismus und in chiliastischen Bewegungen zum Ausdruck kam.

Aber es gibt auch Bewegungen, die komplexere Selbstbilder und Weltdeutungen liefern, sei es, weil sie aus rivalisierenden Strömungen bestehen, welche sich auf keinen eindeutigen Nenner bringen lassen, sei es, dass sie reflexiv mit Ambivalenzen und Widersprüchen umgehen und eigene Schwächen offenlegen. Das gilt vor allem für Bewegungen, deren Diskurse stark von Intellektuellen bzw. Wissenschaftlern geprägt sind. Es gilt auch für Bewegungen, die ein relativ aufgeschlossenes gesellschaftliches Umfeld vorfinden. Auf eher wohlwollende Reaktionen stoßen zum Beispiel die

ökologischen Bewegungen und die Menschenrechtsbewegungen in vielen Ländern. Aber auch bei diesen Bewegungen sind die Ambiguitätstoleranzen und Fähigkeiten zur Selbstkritik eingeschränkt, vollzieht sich doch das Ringen um öffentliche Aufmerksamkeit und Zustimmung in einer konflikthaften Konstellation. Dabei sind, gerade im Hinblick auf die mediale Wirkung, Zuspitzungen geboten. Deutlich wird dies bei den Militanz oder gar Gewaltbereitschaft signalisierenden Auftritten des anarchistisch-libertären Schwarzen Blocks ebenso wie bei den sympathieheischenden Aktionen von Greenpeace, in denen das Bild von David gegen Goliath evoziert wird.

Insoweit Bewegungen vor allem über ihre nach außen gerichteten Selbstdarstellungen und Protesthandlungen in das Blickfeld kommen, kann dies zu Fehlwahrnehmungen auf Seiten der wissenschaftlichen Beobachter führen. Diese neigen dann dazu, ein auf Inszenierung angelegtes und/oder durch mediale Selektionsmechanismen bestimmtes Bild einfach zu übernehmen. So erklären sich dann kategoriale Urteile der Art, „die Einheit des Systems einer Protestbewegung [ergebe] sich aus ihrer Form, eben dem Protest“ (Luhmann 1996: 204), oder die durch Tschernobyl aufgeschreckte Ökologiebewegung zeige „eine in der Rhetorik aufgekochte Angst ohne empirisch verlässliches Fundament“ (ebd.: 66). Wohl stark der medialen Deutung verdanken sich auch generelle Urteile über die neuen sozialen Bewegungen, deren gemeinsamer Nenner in Neoromantik (Schimank 1983) oder Angst (Eder 1986) bestehe. Damit werden nicht nur die oft weitaus komplexeren externen Kommunikationen sozialer Bewegungen verfehlt. Übersehen wird auch, dass soziale Bewegungen in ihrer Binnenkommunikation ein beträchtliches internes Reflexionsniveau aufweisen können. Gleichwohl kann auch dieses intern vermittelte Bild seine Blindstellen aufweisen, fehlt doch den in Auseinandersetzungen verstrickten Akteuren jene Distanz und jene methodische Systematik, die Wissenschaft aufzubringen in der Lage sein kann und soll.

2 Ausrichtung und Entwicklungen der Bewegungsforschung

Mit Bewegungsforschung soll hier jene im weitesten Sinne sozialwissenschaftlich ausgerichtete Forschung bezeichnet werden, die sich dem Objekt „soziale Bewegung“ in einer Haltung des „organized scepticism“⁵ zuwendet. Eine solche themenbezogene Forschung mit unterschiedlicher disziplinärer Herkunft sowie unterschiedlichen Fragestellungen und methodischen Präferenzen ist immer schon geleitet vor einem vorgelagerten Erkenntnisinteresse und Wissenschaftsverständnis (vgl. dazu Habermas 1982).

Das generelle Schisma zwischen einer Wissenschaft mit striktem Anspruch auf Neutralität und Objektivität im Gegensatz zu einer Wissenschaft, die sich selbst als wert- und interessenengebunden begreift, spiegelt sich auch innerhalb der Bewegungsforschung. So gibt es Vertreter einer Bewegungswissenschaft, die sich explizit jeglicher gesellschaftspolitischen Position enthalten. Dem methodologischen Ideal der Naturwissenschaften folgend sollen allgemeine Gesetzmäßigkeiten identifiziert werden. In diesem Sinne propagiert etwa Karl-Dieter Opp (1994) eine Bewegungsforschung, die, von Prämissen des methodologischen Individualismus ausgehend, alles kollektive Handeln auf von Individuen vorgenommene Kosten-Nutzen-Kalküle zurückführt. Auf der anderen Seite steht ein breites Spektrum wissenschaftlicher Ansätze, die ihre vor- und außerwissenschaftlichen Erkenntnisinteressen anerkennen, aber sich in deren Gewichtung und ihrem Wissenschaftsverständnis markant unterscheiden. Das Spektrum reicht von Bemühungen um streng analytische und systematische Ansätze über hermeneutisch-kritische Ansätze bis hin zu solchen, die, etwa im Rahmen einer Aktionsforschung, zusammen mit den von ihnen analysierten Bewegungsakteuren Partei ergreifen oder gar die Identifikation und Zusammenarbeit mit den zu analysierenden Bewegungen zur Voraussetzung ihres wissenschaftlichen Tuns erheben.⁶

2.1 Ansätze der Bewegungsforschung

In der Darstellung und Selbstbeobachtung der Bewegungsforschung wurden verschiedene Versuche unternommen, die in der Vergangenheit und Gegenwart relevanten wissenschaftlichen Annäherungen an diesen Gegenstand zu systematisieren. Dabei ist wahlweise von Paradigmen, Theorien, Schulen oder auch, bescheidener und unspezifischer, von Ansätzen die Rede. Ich bleibe bei dem letztgenannten Begriff, der durchaus ambitionierte Theorien einschließen kann.

Es ist nicht eindeutig, ab wann von einer Bewegungsforschung gesprochen werden kann. Einige grundlegende Überlegungen dazu boten bereits Lorenz von Stein, Karl Marx und, mit deutlich anderer Orientierung, die Massenpsychologen um die Wende zum 20. Jahrhundert. Abgesehen von einer überwiegend deskriptiven Geschichtsschreibung sozialer Bewegungen kann erst ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von einer halbwegs systematischen Bewegungsforschung gesprochen werden. Deren Schwerpunkt lag zunächst eindeutig in den USA. Dort wurden, zumeist unter dem Oberbegriff *collective behavior*, auch die ersten Überblicke zu diesem Themenfeld vorgenommen.⁷ Bezugspunkte bildeten klassische Ansätze massenpsychologischer oder strukturtheoretischer Ausrichtung, die teilweise von neueren Ansätzen abgegrenzt wurden. Einflusreich für letztere waren insbesondere der symbolische Interaktionismus, später auch Theorien relativer Deprivation und organisationssoziologische Ansätze. Noch 1968 wird in einem für eine Enzyklopädie bestimmten Artikel die Analyse sozialer Bewegungen als „amorphous and diffuse field of sociological research and theory“ bezeichnet, das wahlweise dem allgemeineren Bereich *collective behavior* oder dem Bereich *voluntary associations* zugeordnet werde (Gusfield 1968: 445).

Eine instruktive und detaillierte Bestandsaufnahme stammt von Marx/Wood (1975). Die Autoren heben den stark wachsenden Literaturbestand hervor⁸, machen auf neuere Ansät-

ze aufmerksam, mustern Teilaspekte der Forschung (*strains underlying collective behavior, ideology, mobilization, recruitment, dynamics, development, and consequences*) und listen sieben Probleme bzw. Defizite auf (darunter die Vernachlässigung von prozessualen Aspekten und von Theoriebildung). Der Beitrag endet, analog zu den Zehn Geboten, mit 22 kategorischen Imperativen, darunter: „*I Thou shalt study social movements in their organizational and environmental contexts*“ und „*VII Thou shalt ground statements about social movements in careful empirical observation*“ (Marx/Wood: 416).

In den 1970er Jahren leiteten Vertreter des so genannten Resource Mobilization Approach eine markante Neuorientierung ein. In scharfer Abgrenzung zu massenpsychologischen Ansätzen – rückblickend war zuweilen von *contagion approach* die Rede – betonten sie die rationalen Momente sozialer Bewegungen und, in Analogie zu ökonomischen Ansätzen, die Bedeutung organisatorischer Ressourcenbeschaffung (McCarthy/Zald 1977; für einen frühen Überblick vgl. Jenkins 1983). Kehrseite dieser paradigmatischen Wende war freilich eine stark vereinfachende und in Teilen geradezu klischeehafte Stilisierung früherer Theoriebildung zu *collective behavior*, die ja keineswegs auf den Nenner der Massenpsychologie zu bringen war. Nicht nur wurden marxistische und strukturfunktionalistische Ansätze, sondern auch solche in der Traditionslinie des Symbolischen Interaktionismus weitgehend ausgeblendet, um vor einer stilisierten negativen Kontrastfolie das Novum des Ansatzes der Ressourcenmobilisierung besser zur Geltung bringen zu können.⁹

Erst nach einer Weile öffnete sich erneut der Blick für die tatsächliche Breite von Ansätzen. Dies spiegelt sich in dem nach analytischen Gesichtspunkten – im Gegensatz zu Ansätzen oder Theorien – gegliederten Handbuchartikel von McAdam et al. (1988) wie auch dem Überblick von Morris/Herring (1987). Letztere stellen zunächst sechs grundlegende Konzepte sozialer Bewegungen vor

(Marx, Weber, *collective behavior, mass society, relative deprivation, resource mobilization*). Weiterhin identifizieren die Verfasser drei klassische Modelle (*Chicago School of Collective Behavior, Smelser and the Structural Approach to Collective Behavior, Mass Society and Relative Deprivation Approaches*) und schließlich drei jüngere Modelle der Ressourcenmobilisierung (*Rational Action Approach, Organizational-Entrepreneurial Approach, Political Process*).

In einem späteren Aufsatz haben Crist und McCarthy (1996) die quantitative und qualitative Entwicklung der Forschung zu *collective behaviour and social movements* anhand einer allerdings nicht zeitlich durchgehenden Auswertung von Artikeln in vier US-amerikanischen Fachzeitschriften („*elite journal production*“) analysiert. Sie konstatieren für den Zeitraum ab 1960 eine wachsende Zahl von einschlägigen Beiträgen, ein größeres Gewicht von zeitspezifischen Analysen, die Zunahme von Länder vergleichenden Analysen, eine Verbreiterung des Spektrums untersuchter Bewegungen, eine Abkehr von Individuen als Untersuchungseinheiten sowie eine Tendenz zu anspruchsvolleren Auswertungsverfahren.

Erst nach einer Weile erlangten Traditionslinien, die schon vor dem Aufkommen des Resource Mobilization Approach vorhanden waren, wieder die ihnen gebührende Beachtung. Ein Beispiel dafür ist der Symbolische Interaktionismus, der durch die Thematisierung von Framing-Prozessen zu neuen Ehren kam.¹⁰ Die zumindest bis weit in die 1990er Jahre bestehende Dominanz des Ressourcenmobilisierungsansatzes zeigt sich an den einschlägigen Zeitschriftenaufsätzen, aber auch daran, dass allein dieser Ansatz in der Neuausgabe der *International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences* mit einem gesonderten Artikel bedacht wurde (Jenkins 2001), während alle übrigen Ansätze unter breiten Sammelkategorien wie „Social Movements: Psychological Perspectives“ und „Social Movements: Sociology of“ abgehandelt wurden. Der Ressourcen-Ansatz wie auch das Konzept politischer

Gelegenheitsstrukturen sahen sich in späteren Phasen – gerade in den USA – auch massiver Kritik ausgesetzt. Bemängelt wurde u.a. die Überbetonung struktureller Aspekte unter Vernachlässigung von kulturellen und expressiv-performativen Dimensionen sozialer Bewegungen.¹¹

Die europäische Bewegungsforschung, die zumindest in Deutschland, mit Ausnahme der Geschichte der Arbeiterbewegung¹², ohnehin nicht weit entwickelt war, wurde in den USA bis etwa Mitte der 1980er Jahre kaum wahrgenommen.¹³ Dagegen wurden die US-amerikanischen Arbeiten in Europa früher rezipiert.¹⁴ Das vor allem in den USA einflussreiche Buch von Neil Smelser (1962), einem Schüler von Talcott Parsons, erschien 1972 in deutscher Sprache, hinterließ aber hierzulande wenig Spuren.

Die Rezeption der US-amerikanischen Forschung spiegelt sich auch in den Arbeiten des holländischen Sozialpsychologen Bert Klanters (1984) und meinen eigenen Beiträgen, etwa der Anwendung von Konzepten der Ressourcenmobilisierung (Rucht 1984), des Framing (Gerhards/Rucht 1992) und der Political Opportunity Structure (Rucht 1994). Der letztgenannte Ansatz war bereits durch die Übersetzung eines Beitrags von Tarrow (1991) in den deutschen Sprachraum eingeführt worden.

Inhaltlich war die Forschung in der Bundesrepublik weitgehend auf die neuen sozialen Bewegungen beschränkt. Im Unterschied zur Bewegungsforschung in den USA sind allerdings die Arbeiten in Deutschland und anderen europäischen Ländern stärker mit Theorien von Gesellschaft verknüpft (siehe z.B. Roth 1983). In einer „Zwischenbilanz“ im Sonderheft¹⁵ des Forschungsjournal *Neue Soziale Bewegungen* wird vermerkt, dass die Forschung zu neuen sozialen Bewegungen „relativ spät, ohne akademische Heimat und ohne institutionelle Unterstützung“ begonnen habe (Rucht 1989: 164), allmählich eine distanziertere, stärker analytisch ausgerichtete Perspektive einnehme, in ihrer Qualität hinter der Quan-

tität zurückbleibe und vor allem „theoriegeleitete, systematisch angelegte und mit methodischem Raffinement betriebene empirische Forschungen“ vermissen lasse, „wie sie insbesondere im angloamerikanischen Raum, aber auch in einzelnen europäischen Ländern betrieben werden“ (ebd.: 165).

Bereits in dieser Phase setzte allerdings ein Aufholprozess ein. In einem in Deutschland konzipierten, aber international besetzten englischsprachigen Sammelband zum *state of the art* (Rucht 1991) werden *Political Opportunity Structure* und *Framing Processes* als neuere Themen der Bewegungsforschung genannt. Das abschließende Kapitel bezeichnet weitere Felder als untersuchungsbedürftig, darunter das Studium von Bewegungsmilieus, Protestereignissen sowie der externen Bezugsgruppen von Bewegungen einschließlich der staatlichen Kontrollagenturen, Massenmedien und Interessengruppen (Neidhardt/Rucht 1991). Insgesamt plädieren Neidhardt und Rucht für eine stärkere Integration diverser Ansätze und Perspektiven, zumal diese in ihrer Mehrzahl komplementär und nicht konkurrierend zueinander stehen (siehe auch Neidhardt/Rucht 1993). Im gleichen Band bilanziert Rucht den Stand der Bewegungsforschung in Deutschland unter dem Rubrum *Between Activism and Social Science*. Neben dem etwa im Vergleich zu Frankreich späten Beginn einer genuinen Bewegungsforschung im deutschen Sprachraum wird erneut auf deren noch unterentwickelte theoretische und vor allem methodologische Basis hingewiesen.

Vier Jahre später resümiert der aus den Niederlanden stammende Politikwissenschaftler Ruud Koopmans den Stand der Bewegungswissenschaft in Deutschland im Blick auf die zurückliegenden zehn Jahre (Koopmans 1995). Kritisch vermerkt er einen Begriffsfundamentalismus, ein Missverhältnis zwischen Theorie und Empirie (speziell die mangelnde empirische Überprüfung von Theorien), die methodologische Unterentwicklung und die Überkonzentration auf neue soziale Bewegungen¹⁶, die beispielsweise zu Lasten der Erforschung

von Bürgerbewegungen in der ehemaligen DDR sowie der Gewaltwelle gegen Immigranten und des Rechtsextremismus gehe.

In dem 1998 publizierten Sammelband mit dem Titel „Paradigmen der Bewegungsforschung“ gibt Kai-Uwe Hellmann einen Überblick zu Forschungs- und Erklärungsansätzen (Hellmann 1998). Er unterscheidet, ebenso wie Koopmans (1998) im Schlusskapitel desselben Bandes, fünf Paradigmen, orientiert an den Aspekten von *Structural Strains*, *Collective Identity*, *Framing*, *Resource Mobilization* und *Political Opportunity Structures*. Bereits die Begrifflichkeiten indizieren die für diese Zeit charakteristische Orientierung an der US-amerikanischen Forschung unter Vernachlässigung britischer, französischer, italienischer und deutscher Autoren. Vernachlässigt werden auch z.B. die individualistischen Theorien rationaler Wahl, der *cognitive approach* (Eyerman/Jamison 1991) sowie sozialpsychologische Theorien.

En vogue ist in dieser Phase die konzeptionelle Trias von „Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framing“, die im Titel eines 1996 erschienenen und viel zitierten Sammelbandes angesprochen wird (McAdam et al. 1996). In dieser Edition setzt sich auf personeller wie sachlicher Ebene die Verschränkung von US-amerikanischer und europäischer Forschung fort, die bereits in einem früheren Sammelband angelegt war (Klandermans et al. 1988). Die Achse USA/Europa bleibt produktiv und im internationalen Rahmen tonangebend, während Arbeiten zu sozialen Bewegungen von lateinamerikanischen, asiatischen, afrikanischen und australischen Autoren vernachlässigt werden. In der Tendenz sind die in den USA verfassten Arbeiten methodisch stärker entwickelt als in anderen Ländern. In Europa dagegen sind die Verbindung der Bewegungsforschung mit klassischen Theorien sowie die länder- und zeitvergleichende Forschung stärker vertreten.

Einen breiten Überblick zur aktuellen Bewegungsforschung liefern mehrere neuere Werke, darunter das einführende Buch von della Porta/Diani (1999) sowie *The Blackwell Com-*

panion to Social Movement Research, an dem zahlreiche Experten mitgewirkt haben (Snow et al. 2004). Ein noch ausladender angelegtes mehrbändiges Werk, die *Blackwell Encyclopedia of Social and Political Movements*, wird derzeit vorbereitet.¹⁷ Schließlich ist auch auf eine neuere Bestandsaufnahme der methodischen Repertoires der Bewegungsforschung hinzuweisen (Klandermans/Staggenborg 2002).¹⁸ All dies sind Belege für eine zunehmende Konsolidierung und Kanonisierung dieses Forschungsbereichs.

2.2 Bewegungsforschung in verschiedenen Disziplinen

Bewegungsforschung wird, wenngleich nicht immer unter diesem Etikett, in verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen betrieben. Gelegentlich findet sie auch in interdisziplinärem Rahmen statt. Wie stark sie in einzelnen Ländern und einzelnen Fächern jeweils vertreten ist, scheint weitgehend von der Initiative weniger Einzelpersonen oder kleiner Forschungsgruppen abzuhängen. Einen aktuellen, wenngleich nicht in allen Bereichen überzeugenden Überblick gibt das *Handbook of Social Movements Across Disciplines* (Klandermans/Roggeband 2007). Dort werden Soziologie, Kulturwissenschaften, Politikwissenschaft, Sozialpsychologie, Anthropologie und Geschichtswissenschaft behandelt. Durch die Auswahl der zwölf Autorinnen und Autoren, die ausschließlich aus Nordamerika und Holland stammen, ergeben sich aber zwangsläufig einige Blickverengungen.

Geschichtswissenschaft

Es ist naheliegend, dass soziale Bewegungen, insbesondere sofern sie eine relevante oder gar geschichtsmächtige Kraft bilden, die Aufmerksamkeit von Fachhistorikern gefunden haben. Diese haben sich fast der gesamten Bandbreite zumindest der größeren sozialen Bewegungen zugewandt, wobei die sozialistischen Bewegungen bzw. die Arbeiterbewegungen die meiste

Forschung und die meisten Publikationen auf sich gezogen haben. Hervorzuheben sind aber auch die Studien zu frühneuzeitlichen Bauernbewegungen, bürgerlich-radikalen Bewegungen, nationalistischen und faschistischen Bewegungen, Frauenbewegungen, Friedensbewegungen und Lebensreformbewegungen. Zudem bildeten diverse Aufstände, Revolten und Revolutionen einen eigenen Schwerpunkt der Analyse. Die zeitgeschichtliche Forschung widmet sich, meist hoch spezialisiert, fast dem gesamten Bewegungsspektrum der letzten Jahrzehnte, wobei in Europa die Studentenbewegung und in den USA zudem die Bürgerrechtsbewegung gewisse Schwerpunkte darstellen. Hier ergeben sich auch zunehmend Überschneidungen mit den stärker gegenwartsbezogenen Sozialwissenschaften. Die geschichtswissenschaftliche Literatur zu Bewegungen, das zeigen schon allein die Bibliographien zur Arbeiterbewegung, ist aufgrund ihrer Fülle und ihrer Verzweigungen kaum überschaubar.

Charakteristisch für die Geschichtswissenschaft war lange Zeit, dass sie den Bewegungsbegriff ohne explizite Kriterien und konzeptuelle Reflexion verwendete, indem sie einfach den üblichen, oft als Selbstbezeichnung vorgegebenen Sprachgebrauch kommentarlos übernahm.¹⁹ Das änderte sich erst im zeitlichen Heranrücken an Gegenwartsphänomene und in der Kooperation bzw. Auseinandersetzung mit Sozialwissenschaftlern anderer Fächer. So wurden Konzepte der Bewegungswissenschaft von US-amerikanischen Geschichtswissenschaftlern aufgegriffen.²⁰ Ebenso haben sich deutsche Historiker in der Befassung mit der Arbeiterbewegung, der 68er-Bewegung oder den Anfängen der Friedens- und Ökologiebewegung in der Bundesrepublik mit soziologischer Theorie oder spezieller mit Konzepten der Bewegungsforschung angefreundet (z.B. Gilcher-Holtey 2000; Engels 2006; Ziemann 2008; Schmidt in Vorbereitung). Auch in der von deutschen und ausländischen Historikern betriebenen Protest- und Revolutionsforschung finden sich solche Anleihen (z.B. Volkmann/Bergmann 1984; Reiss 2007).²¹

Soziologie und Sozialpsychologie

Die zumindest konzeptionell und theoretisch wichtigsten Beiträge zu sozialen Bewegungen stammen aus der Soziologie. Dynamik und sozialer Wandel der Gesellschaft, die ja auch durch Bewegungen vorangetrieben werden, gehören zu den Ausgangsfragen der soziologischen Klassiker. Bis heute sind sie ein nicht unwichtiges Teilgebiet der Soziologie geblieben. Fast alle so genannte Großtheoretiker, von Marx und Weber über Parsons bis hin zu Luhmann, Habermas und Bourdieu, haben sich mit Bewegungen befasst, wenngleich diesen, sicherlich mit Ausnahme von Marx, keine zentrale Beachtung geschenkt. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Soziologen, die vornehmlich, oder zumindest in bestimmten Phasen ihrer beruflichen Laufbahn, Bewegungen und Protest analysiert haben. Je nach Fragestellungen und Vorlieben liefern sie eher theoretisch-systematische oder eher empirische Beiträge, während die Verbindung beider Komponenten seltener ist. Vereinzelt wurden auch historische bzw. begriffsgeschichtliche Abhandlungen vorgelegt (siehe z.B. Pankoke 1970). In Frankreich erlangten Alain Touraine, in Italien Alberto Melucci großen, weit über die Landesgrenzen hinausreichenden Einfluss. Touraine wurde zudem stark in Lateinamerika, Melucci stark im angloamerikanischen Raum rezipiert. Im deutschen Sprachraum sind, in alphabetischer Reihenfolge, insbesondere die Beiträge von Karl-Werner Brand, Klaus Eder, Claus Offe, Karl-Dieter Opp, Friedhelm Neidhardt und Otthein Rammstedt sowie des Schweizer Soziologen und Politikwissenschaftlers Hanspeter Kriesi zu nennen.

Spiegelbildlich zu den Stärken und Schwächen einschlägiger Arbeiten der Geschichtswissenschaft stehen die der Soziologie. So gibt es etliche Soziologen, die Bewegungs- und Protestphänomene ohne empirische Kontrolle theoretisieren bzw., ausgehend von einzelnen Beispielen oder Fallstudien, weitreichende Generalisierungen vornehmen. Zugleich findet man Soziologen, die dezidiert empirisch arbeiten,

aber die untersuchten Phänomene nicht oder kaum kontextualisieren. Am deutlichsten zeigt sich dieses Defizit bei der Umfrageforschung und bei der so genannten Variablensoziologie, die, zumeist mit großer statistischer Raffinesse, mit großen Fallzahlen operiert, aber teilweise die Validitäts- und Reliabilitätsprobleme ihrer Daten unter den Teppich kehrt.

Auch spezielle Soziologien, etwa zu Jugend, Religion, Stadt, Modernisierung, Arbeit, Konflikt und abweichendem Verhalten, haben immer wieder Fragen der Bewegungsforschung aufgegriffen. Unter den Sozialpsychologen ist insbesondere der Niederländer Bert Klaundermans hervorzuheben.²² Eine eigenständige Soziologie sozialer Bewegungen und kollektiven Verhaltens hat sich allerdings, mit Ausnahme der USA, nirgends etablieren können.

Politikwissenschaft

Da soziale Bewegungen als dezidiert politische Akteure auftreten und sich kritisch zu Regimen, Regierungen oder Fachpolitiken verhalten, liegt es auch nahe, dass Politikwissenschaftler soziale Bewegungen und Protest thematisiert haben. Dies geschieht in großen Bereichen des Fachs wie der Internationalen Politik und der Politischen Soziologie, aber auch in engeren Teilbereichen wie der Forschung zur Regimetransformation, zu Revolutionen und außerparlamentarischem Protest. Zumeist weisen diese Arbeiten eine Affinität zur Soziologie auf oder sind explizit in der Politischen Soziologie angesiedelt, welche institutionell in der Politikwissenschaft und/oder der Soziologie verankert sein kann.

In der Bundesrepublik ist vor allem der Hamburger Politikwissenschaftler Joachim Raschke mit einem Grundlagenwerk zu sozialen Bewegungen hervorgetreten (Raschke 1985). Weitere bekannte Politikwissenschaftler, etwa der auch als Soziologe bereits angesprochene Claus Offe, Klaus Beyme und Max Kaase, haben zumindest gelegentlich zu Fragen sozialer Bewegungen publiziert. Andere Autoren, so Wolfgang Kraushaar, Roland

Roth und Dieter Rucht, haben die Analyse sozialer Bewegungen und von politischem Protest zum Dreh- und Angelpunkt ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit gemacht.²³ Gleiches gilt auch, um nur wenige Beispiele zu nennen, für Sidney Tarrow in den USA, Donatella della Porta in Italien, Olivier Fillieule in Frankreich und Marco Giugni in der Schweiz.

Anthropologie und Ethnologie

Für diese beiden sich oft überlappenden Disziplinen liegen soziale Bewegungen und Protest am Rande oder ganz außerhalb ihrer Themenschwerpunkte. Am ehesten behandelt werden sie bei der Beschreibung nicht-westlicher Gesellschaften im Zusammenhang mit ethnischen und religiösen Konflikten, Fragen kollektiver Gewalt, kollektiver Identitätsbildung sowie der Analyse von Festen und Ritualen. Hier ergeben sich auch enge Verbindungen zu cultural studies bzw. der Kulturosoziologie, zum British Cultural Marxism und zu Studien zur Resistenz im Alltagsleben. Neuerdings haben sich Anthropologen auch der Analyse einzelner Protestereignisse (Juris 2008) und der Binnenkommunikation von Bewegungsgruppen zugewandt, wobei die Methode der teilnehmenden Beobachtung eine zentrale Rolle spielt (Juris 2007).

Einen Überblick zur Thematisierung sozialer Bewegungen in der Anthropologie bietet der Handbucharikel von Salman und Assies (2007). Hier zeigt sich aber auch, dass etliche der dort genannten Autoren zwar Berührungspunkte zur Anthropologie aufweisen, aber primär in anderen Disziplinen beheimatet sind.

Bezogen auf Deutschland sind nach meiner Kenntnis nur wenige einschlägige Arbeiten aus dem Feld der Anthropologie zu nennen. Erwähnenswert ist zum Beispiel die Dokumentation zu politischen Demonstrationen, die im Tübinger Institut für empirische Kulturwissenschaft erstellt wurde (Ludwig-Uhland-Institut 1986). Ethnologische bzw. anthropologische Arbeiten, die sich Fragen der Alltagskultur oder der Jugendkulturen widmen (zum Beispiel Stu-

dien von Wolfgang Kaschuba), scheinen keine Brücke zur Bewegungsforschung zu schlagen.

Interdisziplinäre Studien und disziplinäre Grenzgänger

Die Befassung mit sozialen Bewegungen führt gelegentlich zu einer Zusammenarbeit einzelner Wissenschaftsdisziplinen. Dies geschieht, wie schon angedeutet, besonders im Bereich der Politischen Soziologie, aber auch in der Verbindung zwischen Fachhistorikern und anderen Sozialwissenschaftlern. In wenigen Fällen verkörpern sogar einzelne Personen eine solche Fächerverbindung, so etwa Charles Tilly in der Verknüpfung von Geschichtswissenschaft und Soziologie, Bert Klandermans in der Verbindung von Soziologie und Sozialpsychologie, Alberto Melucci in der Verbindung von Soziologie und Psychologie. Zudem sind einzelne Fachgebiete wie die *cultural studies* und die feministische Forschung zu nennen, die ohnehin quer zu den etablierten Wissenschaftsdisziplinen liegen.

In einigen Fällen brachten mehrjährige Forschungsprojekte Vertreter unterschiedlicher Disziplinen zusammen. Das galt etwa für das am *Institute for Advanced Studies* (Stanford University) angesiedelte Projekt zu *Contentious Politics*, an dem Historiker, Soziologen und Politikwissenschaftler beteiligt waren (McAdam et al. 2001; Aminzade et al. 2001). Dieses Projekt, an das hohe Erwartungen geknüpft waren, scheiterte jedoch zumindest teilweise an seinem Anspruch, größere Forschungszweige (zu sozialen Bewegungen, politischem Protest, Revolutionen, Aufständen etc.) unter dem Konzept von *contentious politics* zusammenzuführen und dabei bestimmten *mechanisms* eine Schlüsselrolle zuzuweisen.²⁴

Ebenso verbanden mehrere große ländervergleichende Forschungsprojekte in Europa Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen.²⁵ Eine weitere Initiative starteten drei jüngere Wissenschaftler aus den Fächern Geschichte (Martin Klimke), Kommunikationswissenschaft (Kathrin Fahlenbrach) und Literaturwissen-

schaft (Joachim Scharloth), die unter dem Obertitel *European Protest Movements Since the Cold War* in den Jahren 2006 bis 2009 eine Serie internationaler Konferenzen organisierten (www.protest-research.com), eine eigene Buchreihe starteten (*Protest, Culture, and Society*, Berghahn Publishers) und derzeit ein zweibändiges *Handbook Protest Cultures* vorbereiten.

2.3 Institutionelle Verankerung

Institutionell ist die Bewegungs- und Protestforschung in einzelnen Ländern in sehr ungleichem Maße und in unterschiedlichen Formen verankert. Am stärksten ist diese Thematik in der über 800 Mitglieder umfassenden Sektion *Collective Behavior and Social Movements* der *American Sociological Association*²⁶ vertreten. Daneben bestehen in diesem Rahmen noch weitere, aber deutlich kleinere Sektionen – insbesondere (1) *Labor and Labor Movements*, (2) *Peace, War and Social Conflict* sowie (3) *Conflict Processes*, in denen ebenfalls Bewegungsthemen bearbeitet werden. Dagegen gibt es keine explizite Vertretung dieser Themen in der *American Political Science Association*. Am ehesten ließen sie sich noch der Sektion *Conflict Processes* zuordnen.

In Deutschland besteht seit 1985 der Arbeitskreis Soziale Bewegungen (früher: Arbeitskreis Neue soziale Bewegungen) in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft²⁷, aber keine entsprechende Gruppierung innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Der Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands kennt mit einer Ausnahme²⁸ nur nach Epochen gegliederte Sektionen und schließt somit keine auf Bewegungen spezialisierte, formelle Gruppe ein.²⁹ Auch in anderen größeren europäischen Ländern, darunter Frankreich, Italien und Großbritannien, existieren nach meiner Kenntnis innerhalb der soziologischen und politikwissenschaftlichen Vereinigungen keine formellen Gruppen, die sich explizit mit Bewegungs- und Protestthemen befassen.³⁰

Auf europäischer Ebene besteht im Rahmen der *European Sociological Association* ein bislang nicht sonderlich aktives *Research Network* zu *Social Movements*. Unter den *Standing Groups* im Rahmen des *European Consortium for Political Research* ist keine explizit auf das Thema soziale Bewegungen ausgerichtet. In den regelmäßigen Konferenzen beider Vereinigungen spielt jedoch diese Thematik durchaus eine bedeutsame Rolle. Auf globaler Ebene ist das Bewegungsthema in der *International Sociological Association* in drei Sektionen repräsentiert: (1) *Social Classes and Social Movements*, (2) *Labour Movements* und (3) *Social Movements, Collective Action and Social Change*.³¹ Wiederum gibt es keine entsprechenden Sektionen innerhalb der *International Political Science Association*.

Weltweit konzentrieren sich nur relativ wenige Forschungseinrichtungen auf soziale Bewegungen. In den USA gibt es heute keine dieser Thematik gewidmeten Institute. Vormalig spielte jedoch das von Charles Tilly geleitete *Center for Research on Social Organization* an der University of Michigan (Ann Arbor) eine wichtige Rolle.³² Kleinere Cluster von Bewegungsforschern bestanden oder bestehen an weiteren Universitäten, so früher an der University of Arizona in Tucson und gegenwärtig an der University of California in Irvine, der University of Notre Dame und der Cornell University. In Paris gibt es zwei auf soziale Bewegungen spezialisierte Forschungseinrichtungen.³³ Weitere kleinere Institute bzw. Forschungsgruppen mit allerdings bescheidener Ausstrahlungskraft existieren in Großbritannien, Spanien, Russland, Kanada, Japan und Lateinamerika.³⁴

In Deutschland wurde eine von Nicht-Historikern betriebene Bewegungs- und Protestforschung in größerem Maßstab erstmals in der Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung institutionalisiert. Nachfolgende Arbeits- und Forschungsgruppen haben diese Arbeiten dort weitergeführt – derzeit auch im Verbund mit Historikern.³⁵ Daneben ist vor

allem das Bochumer Institut für soziale Bewegungen zu nennen, das sich auf die Geschichte der Arbeiterbewegung konzentriert.³⁶ Am Rande spielen Bewegungsthemen auch im Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (Universität Bielefeld), am Center for Conflict Studies (Universität Marburg) und im Rahmen der Dritter-Sektor-Forschung und der Forschung zu Interessengruppen eine Rolle. Ansonsten werden einschlägige Themen lediglich von Einzelpersonen bearbeitet. Eigene, dieser Thematik gewidmete Lehrstühle gibt es nicht. Jedoch werden von einzelnen etablierten Wissenschaftlern faktisch auch Fragen sozialer Bewegungen behandelt. Zu nennen sind etwa Klaus Eder (Berlin) für die Soziologie sowie, für die Geschichtswissenschaft, Jürgen Kocka (Berlin), Klaus Tenfelde (Bochum), Thomas Welskopp und, mit Themen jenseits der Arbeiterbewegung, Ingrid Gilcher-Holtey (Bielefeld). Generell gilt für die deutsche Bewegungsforschung, dass sie nur über eine dürftige institutionelle Absicherung verfügt (Klein 2003).

Neben Forschungseinrichtungen ist auf einige Zeitschriften hinzuweisen, die auf soziale Bewegungen bzw. kollektive Mobilisierung spezialisiert sind: *Mobilization*³⁷ (USA, seit 1996), *Social Movement Studies* (Großbritannien, seit 2002), das Forschungsjournal *Neue Soziale Bewegungen* (Deutschland; seit 1988) und das Mitteilungsblatt³⁸ des Instituts für soziale Bewegungen in Bochum. Weitere Zeitschriften haben einen breiteren thematischen Rahmen, aber widmen sich häufig Bewegungsthemen. Dazu gehört zum Beispiel *Civitas – Revista de Ciências Sociais* (Brasilien, seit 2001). Hinzugekommen ist im Jahr 2009 die auch im Internet zugängliche italienische Zeitschrift *Partecipazione e Conflitto*. Weiterhin sind einige Buchreihen zu nennen, darunter *Research in Social Movements, Conflicts and Change* (JAI Press; seit 1977), *Social Movements, Protest & Contention* (University of Minnesota Press; seit 1994), *Cambridge Studies in Contentious Politics* (University of Cambridge Press, seit 2001), und *Protest, Culture and Society* (Berghahn Books, seit 2008).

Nicht zu unterschätzen ist die Bedeutung informeller internationaler Netzwerke, insbesondere ein in seinem Kern recht stabiler Kreis, der sich nach einem ersten kleinen Workshop an der Cornell University (1985) zusammengefunden hat und seitdem in unregelmäßigen Abständen und an wechselnden Orten (Amsterdam, Berlin, Washington D.C., Lausanne, Schottland, Bellagio/Italien) Tagungen organisiert hat. Aus diesen Treffen ging auch zumeist eine Buchpublikation hervor. Inzwischen sind in mehreren Ländern Netzwerke von Nachwuchswissenschaftlern entstanden, die zu sozialen Bewegungen und politischem Protest arbeiten.

Bewegungsforschung in deutschsprachigen Zeitschriften

Die deutschsprachige Bewegungsforschung hat seit den 1980er Jahren einen deutlichen Aufschwung genommen, ohne sich jedoch, in Relation zu anderen Themenbereichen, zu einem quantitativ bedeutsamen und institutionell gut verankerten Gebiet der Sozialwissenschaften zu entwickeln. Über einige quantitative und qualitative Veränderungen dieses Feldes gibt eine kleine, von Wolfgang Stuppert angefertigte Analyse von Artikeln in vier Fachzeitschriften aus drei Disziplinen Auskunft.

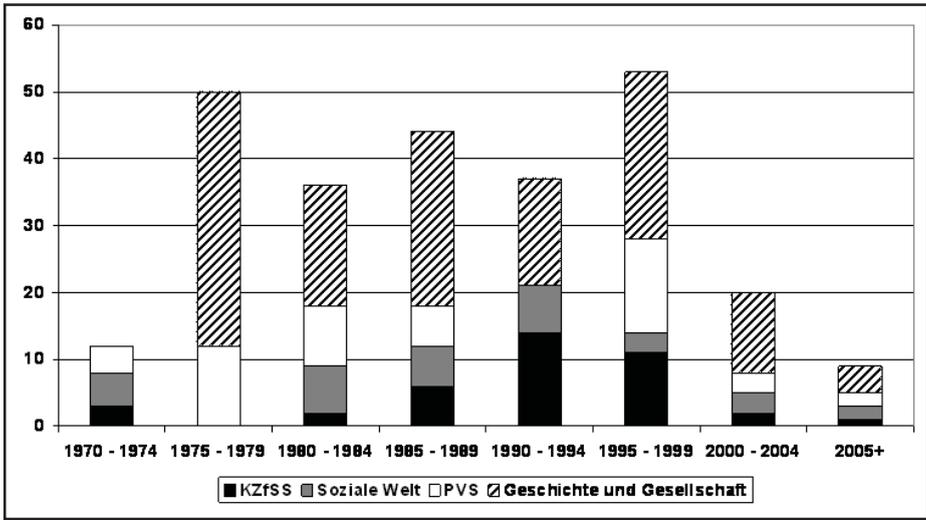
Gesichtet und kodiert wurden Artikel, die sich faktisch, wenngleich nicht notwendig durch die explizite Verwendung dieser Begriffe, auf den Gegenstandsbereich soziale Bewegungen und/oder Protest bezogen.³⁹ Ausgewertet wurden die Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS), die Soziale Welt (SW), die Politische Vierteljahresschrift (PVS) und Geschichte und Gesellschaft (GG). Herangezogen wurden die Ausgaben von 1970 bis 2008 (inklusive der Sonderhefte), im Falle von GG die Ausgaben von 1976 bis 2008.

Bei den drei nicht-historischen Zeitschriften wächst die Zahl der einschlägigen Artikel von den 1970er über die 1980er bis zu den 1990er Jahren, um dann rapide abzunehmen.

Die quantitative Verteilung nach Jahrfünften ist in Abbildung 1 ausgewiesen. Bemerkenswert ist hier insbesondere der hohe Anteil von

Artikeln in Geschichte und Gesellschaft (siehe schraffierte Fläche) in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre.

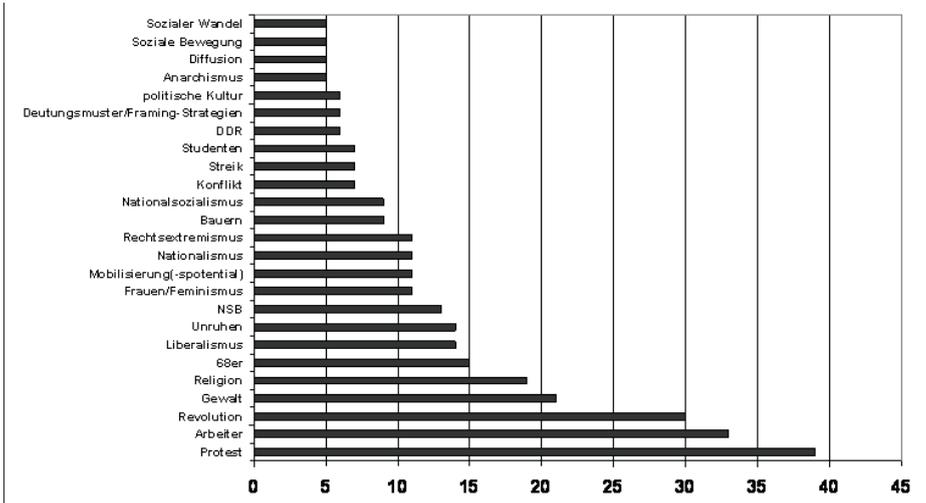
Abb. 1: Anzahl Artikel nach Zeitschriften, 1970-2008



Unter den angesprochenen Themenbereichen (bei Berücksichtigung von Mehrfachnennungen) dominiert Protest, gefolgt von den Themen Arbeiterbewegung/-proteste, Revolution, Gewalt, Religion und '68er-Bewegung

(Abbildung 2). Am Ende der Liste, sofern Themen berücksichtigt werden, die in mindestens fünf Artikeln behandelt werden, rangieren die Themen Diffusion, Soziale Bewegung (allgemein) und Sozialer Wandel.

Abb. 2: Die häufigsten Themen, 1970-2008



Hier nicht ausgewiesene Daten zeigen, dass neue soziale Bewegungen erst in den 1980er Jahren eine Rolle spielen; neben der Arbeiterbewegung nehmen sie dann den Spitzenplatz ein. Im folgenden Jahrzehnt steht das Gewaltthema im Vordergrund, gefolgt von Protest und, gleichrangig, Rechtsextremismus.

Die Klassifizierung der Artikel nach groben paradigmatischen Orientierungen („Ansätze“) zeigt, dass in den 1970er und 1980er Jahren strukturorientierte und konstruktivistische Ansätze am stärksten vertreten waren. Hinzu treten später individualistische Rational Choice-Ansätze und, besonders ab 2000, auch organisationssoziologische Ansätze (Abbildung 3).

Abb. 3: Verteilung der wissenschaftlichen Ansätze im Zeitverlauf, 1970-2008

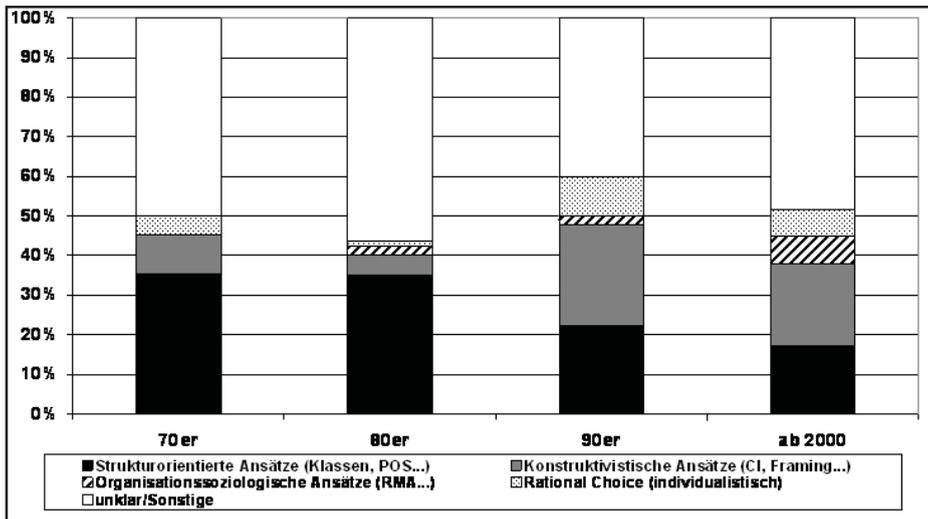
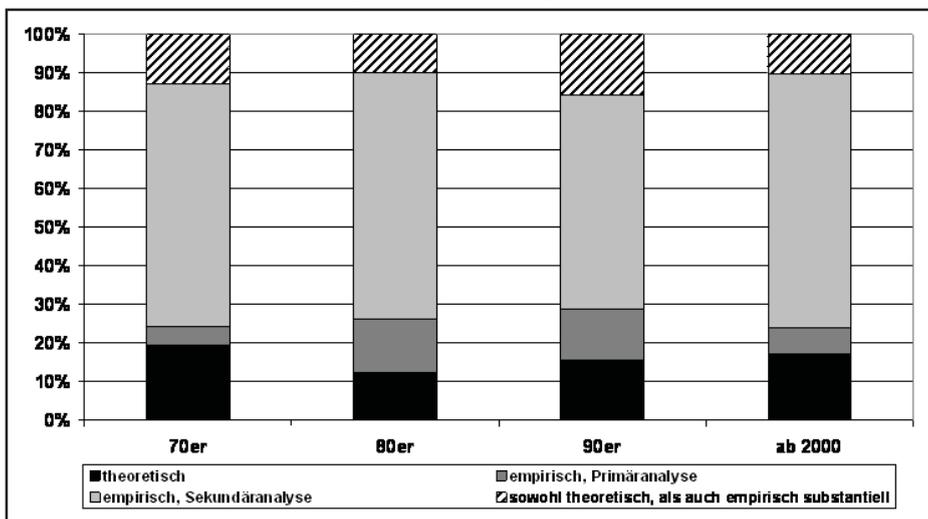


Abb. 4: Theoretische und/oder empirische Ausrichtung der Artikel im Zeitverlauf, 1970-2008



Hinsichtlich der theoretischen bzw. empirischen Ausrichtung der Artikel ergibt sich kein klarer Trend im Zeitverlauf (Abbildung 4). Bemerkenswert ist jedoch der relativ geringe Anteil von Artikeln, welche theoretische und empirische Orientierungen verbinden. Der Vergleich von Geschichte und Gesellschaft mit den drei

übrigen Zeitschriften zeigt für die historische Zeitschrift einen geringeren Anteil theoretischer Beiträge und einen ebenfalls geringeren Anteil empirischer Primäranalysen (Daten hier nicht ausgewiesen). In Geschichte und Gesellschaft werden theoretische Bezüge meist nur genannt, aber nicht näher ausgeführt oder diskutiert.

Abb. 5: Untersuchungseinheiten der Analyse (in %)

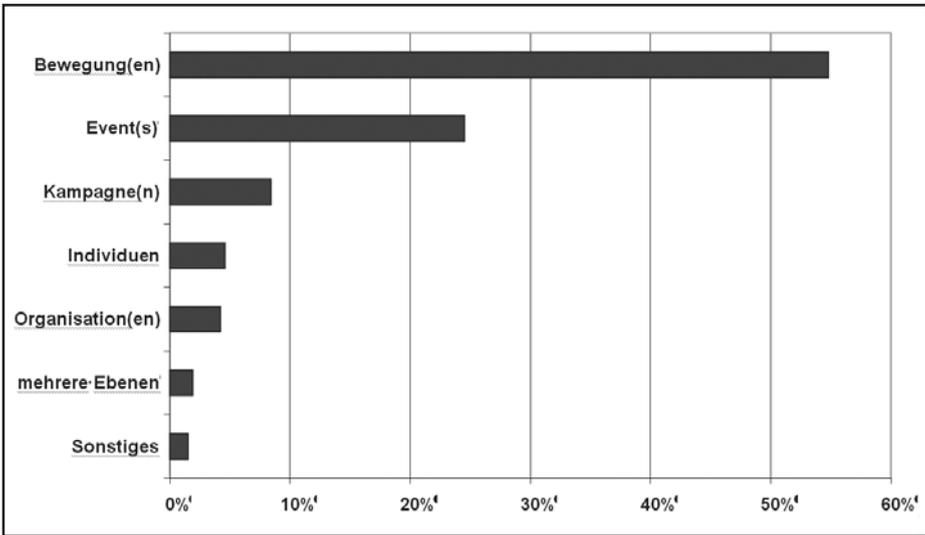
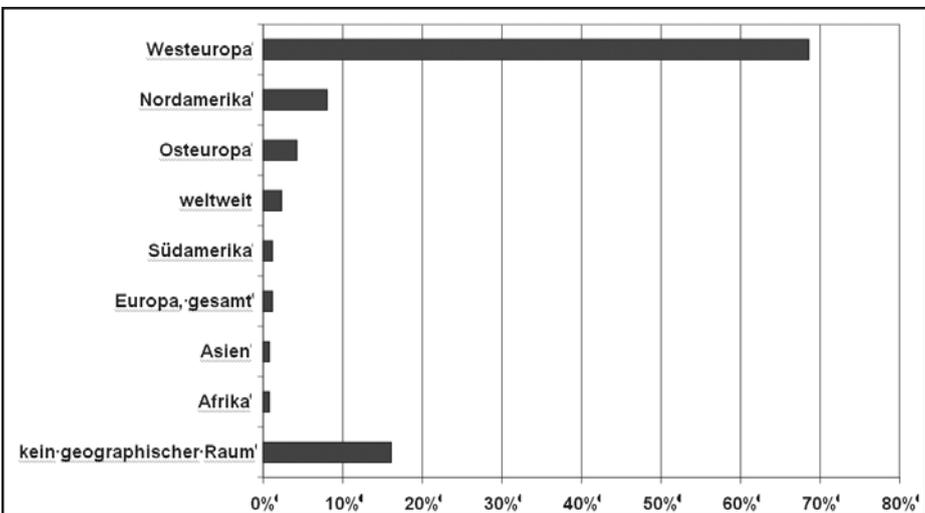


Abb. 6: Geographischer Fokus der Analyse (% der Fälle)



Eine hier nicht ausgewiesene Kategorisierung nach der Zahl der Untersuchungseinheiten erweist, dass Analysen von Einzelfällen (ein Ereignis, ein Konflikt, eine Bewegung, ein Land) mit fast zwei Dritteln dominieren, während die übrigen Kategorien (hohe Fallzahl zum Beispiel bei der Befragung von Individuen, Vergleiche mit hoher Fallzahl, vergleichende Fallstudie) weitaus seltener sind.

Unter den Untersuchungseinheiten der Artikel dominieren mit rund 55 Prozent soziale Bewegungen, gefolgt von einzelnen Ereignissen, Kampagnen und Individuen (Abbildung 5). Seltener stehen Organisationen im Mittelpunkt, und noch seltener geht es um mehrere Untersuchungseinheiten.

Ein Blick auf den geographischen Bezug der Zeitschriftenartikel zeigt, dass rund 16 Prozent keinen bestimmten Raum ansprechen. Dies betrifft in erster Linie die theoretisch ausgerichteten Artikel. Die verbleibenden Artikel konzentrieren sich sehr stark auf Westeuropa, gefolgt von Nordamerika und Osteuropa. Beiträge mit einem explizit globalen Bezugsraum und solchen zu den übrigen Kontinenten sind sehr selten (Abbildung 6).

3 Erträge und Defizite der Bewegungsforschung

Im Großen und Ganzen hat sich die Bewegungsforschung in den vergangenen Jahrzehnten recht dynamisch fortentwickelt. Neben qualitativen Fortschritten hat auch die schiere Zahl einschlägiger Publikationen zugenommen. Chazel spricht von einer „abundance of books on social movements during the 1990s“ (Chazel 2001: 14374). Das Interesse an sozialen Bewegungen ist wohl auch deshalb gestiegen, weil viele Sozialwissenschaftler eine politische Affinität zu bestimmten sozialen Bewegungen, etwa Bürgerrechtsbewegungen, Studentenbewegungen und neuen sozialen Bewegungen, aufweisen oder sogar, vor oder neben ihrer beruflichen Tätigkeit, in solchen Bewegungen engagiert waren bzw. sind.

Ohne auf die an sich gebotenen länder- und phasenspezifischen Differenzierungen näher einzugehen, ist bei einer Bilanz der Bewegungswissenschaft auf der *Haben-Seite* Folgendes festzuhalten:

1. Die theoretische Produktivität ist in europäischen Ländern einschließlich Deutschlands gestiegen. Die Theoriebildung – vor allem als *middle range theories* – ist elaborierter und spezifischer auf einzelne Perspektiven bzw. Aspekte zugeschnitten worden.⁴⁰ Dabei werden Anleihen bei in anderen Kontexten entwickelten Theorien gemacht, etwa der Organisationssoziologie, der Kulturosoziologie, der Diffusionstheorie, der Netzwerktheorie und der Theorie rationaler Wahl. Umgekehrt strahlen auch Theorien und Konzepte, die in der Bewegungsforschung entwickelt oder angewandt wurden, auf andere Wissenschaftsbereiche aus. Das gilt insbesondere für die Konzepte zu politischen und diskursiven Gelegenheitsstrukturen, zur Ressourcenmobilisierung und zum Framing.
2. Die zunächst überwiegend national geprägten Diskussions- und Forschungskontexte sind zunehmend internationalisiert worden. Konnte Herbert Kitschelt noch 1985 vermerken, die Theorie sozialer Bewegungen sei „fast ausschließlich ein Feld der anglo-amerikanischen und französischen Soziologie und Politikwissenschaft geblieben“ (Kitschelt 1985), so haben sich diese Einflüsse seitdem abgeschwächt. In Deutschland und anderen Ländern wurde spätestens in den 1990er Jahren der Anschluss an den internationalen, nach wie vor stark von den USA vorgegebenen Diskussions- und Forschungsstand hergestellt. Zugleich wurden eigenständige Entwicklungen eingeleitet, die in Einzelfällen auch auf internationaler Ebene Einfluss erlangten. Das betrifft zum Beispiel die Netzwerkforschung von Mario Diani (Diani/McAdam 2002), die *Claims Making Analysis* von Ruud Koopmans und Paul Statham (Koopmans/Statham 1999) sowie die Systematisierung

der Wirkungsdimensionen von sozialen Bewegungen durch Marco Giugni (1998).

3. Die für einige Länder charakteristische Engführung auf neue soziale Bewegungen⁴¹ ist inzwischen weitgehend überwunden. So wird der Bewegungscharakter zum Beispiel rechtsradikaler Gruppierungen und auch islamisch-fundamentalistischer Gruppierungen zunehmend anerkannt. Zudem ist das Spektrum der angesprochenen und analysierten Untersuchungsdimensionen erweitert worden. Verstärkte Beachtung fanden in den letzten Jahren beispielsweise kulturelle Prägungen des Protests und kulturwissenschaftliche Ansätze⁴², die Interaktion von Bewegungen und Massenmedien, Emotionen in sozialen Bewegungen, transnationale Transfer- und Diffusionsprozesse, situative Protestauslöser sowie multidimensionale Folgewirkungen von sozialen Bewegungen und Protestkampagnen.

4. Die Herangehensweisen und Methoden sind vielfältiger, systematischer und anspruchsvoller geworden. In einigen Feldern ist der Bestand an systematisch gewonnenen, teilweise auch zeit- und ländervergleichenden Daten deutlich gewachsen. Dies gilt zum Beispiel für die zunehmend kontextualisierte und neuerdings auch im Rahmen von Protestaktivitäten vorgenommene Umfrageforschung (Verhulst/Walgrave 2007; Walgrave/Rucht 2010), die Protestereignisforschung und die diese erweiternde *Claims-Making Analysis* (Koopmans/Rucht 2002) sowie eine methodisch kontrollierte teilnehmende Beobachtung (della Porta/Rucht 2008).
5. Die Forschung hat sich von disziplinären Blickverengungen ein Stück weit befreien können und die wechselseitige Aufmerksamkeit ist gestiegen. Zum Beispiel fand die historische Dimension gegenwärtiger



Protestphänomene verstärkt Beachtung. Umgekehrt haben Historiker damit begonnen, sich mit Konzepten der nicht-historisch ausgerichteten Sozialwissenschaften zu befassen.

6. Schließlich haben im Zuge einer allgemeinen Professionalisierungstendenz etliche Wissenschaftler, die ihrem Untersuchungsgegenstand zunächst relativ unkritisch gegenüberstanden, eine größere Distanz gewonnen und fühlen sich stärker professionellen Standards verpflichtet. Nicht eingetreten ist die Befürchtung Michael Th. Grevens, die Bewegungswissenschaft zeige eine auffällige „Tendenz zur Hermetisierung“ (Greven 1988: 51) und drohe „zu einer bloß affirmativen Begleit- und Akzeptanzforschung zu verkümmern“ (ebd.: 58).⁴³

Auf der anderen Seite ist aber auch auf eine Reihe von teilweise bereits früher konstatierten *Schwächen und Defiziten* hinzuweisen.

1. Viele Arbeiten haben zwar einzelne Konzepte und Theorien der Bewegungsforschung aufgegriffen, aber kaum kritisch diskutiert oder konstruktiv weiterentwickelt. Oft wird eher beiläufig auf hochabstrakte Theorien rekurriert⁴⁴; teilweise reduziert sich der Theoriebezug auf ein bloßes *name dropping*. Eng damit verbunden ist auch das meist dünne Band zwischen Theorie und Empirie. Zuweilen stehen diese Aspekte unverbunden nebeneinander. Die üblicherweise in Einleitungen platzierte Bezugnahme auf Theorie bleibt dann für die Empirie folgenlos; die empirischen Befunde haben keine Rückwirkung auf die Theoriebildung.
 2. Die Komplexität von Bewegungsphänomenen hat einerseits dazu verleitet, diese relativ pauschal im Rahmen hochabstrakter Theorien (funktionalistische Systemtheorie, Modernisierungstheorien, Postfordismus-Theorie, Theorie der Netzwerkgesellschaft usw.) abzuhandeln. Diese Neigung hat aus guten Gründen abgenommen. Andererseits hat die wachsende Spezialisierung inner-
- halb der Disziplinen dazu geführt, dass immer kleinteiligere Aspekte durchaus sachkompetent und akribisch, aber doch ohne die gebotenen Querbezüge, Vergleiche und Einbettungen in einen größeren theoretischen und/oder empirischen Rahmen behandelt werden. Dieser Trend hält an. Somit sind größere synthetisierende Analysen, seien sie eher theoretischer Natur, seien sie eher empirisch-systematischer oder empirisch-deskriptiver Natur, eine Mangelware.⁴⁵ Es fehlt an Vergleichen einer Bewegung in der *longue durée*; es fehlt an Vergleichen eines Bewegungstyps in verschiedenen Sprach- und Kulturräumen (anstelle der bevorzugten Untersuchungseinheit Nationalstaaten); es fehlt an Vergleichen verschiedener Bewegungen oder Bewegungstypen in gleichen oder in verschiedenen Kulturräumen.
3. Ohnehin ist die Bewegungs- und Protestforschung noch stark auf die monographische Darstellung einzelner Fälle ausgerichtet. Zudem besteht nach wie vor die Fokussierung auf die kapitalistischen Kernländer des Westens, während Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa, und mehr noch im globalen Süden, unterbelichtet bleiben. Sofern Bewegungen auch dieser Regionen thematisiert werden, erfolgt dies zumeist durch Personen, die mit dem Rüstzeug der Bewegungsforschung kaum vertraut sind. Dazu gehören die im Westen ansässigen *area specialists* und Fachjournalisten ebenso wie Wissenschaftler im globalen Süden, die von nennenswerten Forschungsressourcen und internationalen Kontakten weitgehend abgeschnitten sind.
 4. Aufgrund der Dominanz der englischsprachigen Literatur finden durchaus interessante Ideen, Ansätze und Befunde, die in anderen Sprachen vorgelegt wurden, immer weniger Beachtung. Die englischsprachige Publikationstätigkeit von Wissenschaftlern, die selbst nicht aus diesem Sprachraum stammen, verführt dazu, vorhandene englischsprachige Literatur auch dann zu be-

vorzugen, wenn „heimische“ Publikationen mehr und Besseres zu bieten haben.

5. Ein anhaltendes Desiderat bildet die konzeptionell und methodisch sehr anspruchsvolle Analyse der Wirkungen sozialer Bewegungen. Immerhin ist dieses Defizit inzwischen erkannt und in einzelnen Arbeiten auch energisch angegangen worden (Gamson 1990 [1975]; Giugni et al. 1999; Kolb 2007).

Speziell für Deutschland sollen abschließend vier anstehende Herausforderungen benannt werden:

- die Verbindung der Bewegungsforschung mit grundsätzlicheren, über diesen speziellen Gegenstand hinausgehenden Fragen der Sozialwissenschaft, wie sie insbesondere im Rahmen der politischen Soziologie und der historischen Sozialwissenschaft behandelt werden;
- die interdisziplinäre Kooperation, die über das Zusammentreffen auf Tagungen und Workshops hinausgehen und in gemeinsame Forschungsprojekte münden sollte;
- eine bessere Fundierung des empirischen Wissens durch breit und/oder vergleichend ansetzende Studien, die im Regelfall eine Kooperation mehrerer Personen erfordern und eine entsprechende institutionelle Absicherung verlangen. Das Feld der Bewegungen ist zu weit und zu komplex, als dass es zureichend durch Einzelgänger erschließbar wäre;
- eine intensivere Reflexion der Haltung von Bewegungsforschern – eine Haltung, die in zweifacher Hinsicht konkurrierenden Anforderungen entsprechen sollte. Bezüglich des Blickwinkels ist es von Vorteil, Distanz und Nähe zu verbinden (Touraine 1978; Elias 1983). Distanz bedeutet, bei bestimmten Fragen eine Vogelperspektive einzunehmen, aus der große Linien und Konturen sichtbar werden, womit auch die Möglichkeit von *huge comparisons* (dazu Tilly 1984) und der Bezug zur „Historizität“ im Sinne Touraines eröffnet wird. Das müssten wohl vor allem Wissenschaftler

leisten, die über eine reiche Erfahrung verfügen und größere Gebiete überschauen. Nähe bedeutet, den Akteuren gleichsam auf den Leib zu rücken, sich mit deren Wahrnehmungsmustern, Denk- und Handlungsweisen vertraut zu machen, um den Sinn ihres Tuns verstehend zu entschlüsseln. Einerseits sollten die Forscher anerkennen, dass sie ihren Objekten nicht neutral gegenüberstehen, also sich immer, wenngleich nicht immer explizit, zu ihren Objekten weltanschaulich und politisch positionieren. Es ist nichts Ehrenrühiges oder Unprofessionelles daran, wenn Bewegungswissenschaft in aufklärerischer Absicht praxisrelevant wird.⁴⁶

Andererseits sollte sie sich nicht als Problemlösungswissenschaft verstehen (Offe 1981). Somit muss sie auch die Fähigkeit zu professioneller Distanz aufbringen, darf sich also nicht von ihren Sympathien oder Antipathien dazu verleiten lassen, jene Dinge auszublenden, die ihren außerwissenschaftlichen wie wissenschaftlichen Vorlieben und Vorannahmen widersprechen.

Dieter Rucht ist Honorarprofessor am Institut für Soziologie der FU Berlin und war Ko-Leiter der ehemaligen Forschungsgruppe Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Anmerkungen

¹ Ich danke den Mitgliedern der Forschungsgruppe Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung am Wissenschaftszentrum Berlin sowie Felix Kolb für Anregungen zu einer früheren Fassung des Manuskripts.

² „Eine soziale Bewegung ist ein auf gewisse Dauer gestelltes und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobiler Netzwerke von Gruppen und Organisationen, welche sozialen Wandel mit Mitteln des Protests – notfalls bis hin zur Ge-

waltanwendung – herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen wollen“ (Rucht 1994: 76f.). Diese Definition enthält keine Annahmen über die ideologische Orientierung der Bewegung – im Gegensatz etwa zu der Auffassung von Werner Hofmann (1970: 7): „Soziale Bewegung ist Emanzipationsbewegung.“ In historischer Perspektive spreche ich erst seit dem Zeitalter der Aufklärung von sozialen Bewegungen. Den Aufständen und Revolten davor lag nicht die Vorstellung zugrunde, Gesellschaft könnte als Ganze von Menschen gestaltet werden. Vielmehr richtete sich Protest und Widerstand gegen die Verletzung einer hergebrachten bzw. von Gott gegebenen Ordnung.

- ³ Einen Sonderfall stellt der Terrorismus dar. Er maximiert Aufmerksamkeit und minimiert Zustimmung – zumindest in demokratischen Gesellschaften. In schwächerem Maße gilt dies auch für radikale politische Gruppen, die sich nicht zuletzt durch ihre Protestinszenierung von herrschenden Meinungen distanzieren und gerade daraus ihr Selbst- und Fremdbild als einer antagonistischen Kraft gewinnen.
- ⁴ Das Interesse sozialer Bewegungen an einer vorteilhaften Selbstdarstellung kann durchaus zum Selbstzweck werden. In der Regel ist es jedoch ein Mittel zur Erreichung der erklärten Bewegungsziele, welche oft weit über die Verbesserung der eigenen Lage hinausgehen.
- ⁵ Dies ist einer der vier „institutional imperatives“, die Robert Merton (1973 [1942]) den Sozialwissenschaften zuschrieb. Die drei übrigen sind universalism, communism (verstanden als kooperative Herstellung eines gemeinsamen und öffentlich zugänglichen Gutes) und disinterestedness (Abwesenheit kommerzieller Interessen bei gleichzeitigem Streben nach wissenschaftlicher Anerkennung).
- ⁶ So die Position der Feministin Maria Mies (1978). Die absurde Konsequenz dieser Forderung wäre, dass nur noch Rechtsradikale über Rechtsradikalismus, Liberale über Liberalismus usw. forschen sollten.
- ⁷ Einschlägige Autoren dieser Phase sind Herbert Blumer, Rudolf Heberle, Joseph Gusfield, Lewis Killian, Neil Smelser, Hans Toch und Ralph Turner. Einen Überblick bieten Michael Brown/Amy Goldin (1973).
- ⁸ Die Autoren vermerken, dass sich in den zurückliegenden 15 Jahren mindestens 24 Bücher direkt auf Themen kollektiven Verhaltens bezogen, während in den davor liegenden 25 Jahren nicht einmal halb so viele entsprechende Werke publiziert worden waren (Marx/Wood 1975: 363). Die zunehmende Bedeutung und Institutionalisierung der Bewegungsforschung spiegelt sich in einführenden Werken (Oberschall 1973; Wilson 1973) und Neuauflagen früherer Werke (Turner/Killian 1957, 2. Ausgabe 1972, dritte Ausgabe 1987). Sie spiegelt sich auch, beginnend mit Killian, in diversen Überblicken in Fachzeitschriften und Handbüchern zum Stand dieses Forschungsbereichs: Killian 1964; Killian 1973; Marx/Wood 1975; Jenkins 1983; Morris/Herring 1987; Edwards/McCarthy 1992; McAdam et al. 1988. Die Konsolidierung dieses Bereiches indiziert die Herausgabe von Textsammlungen (zum Beispiel McAdam/Snow 1997).
- ⁹ Siehe dagegen den Beitrag des aus Deutschland in die USA emigrierten Rudolf Heberle (1968), der eine breitere Perspektive beibehält; vgl. auch Heberle 1951. Ralf Turner (1981: 20) wies darauf hin, dass resource mobilization nur dann als ein neues und kontrastierendes Paradigma verstanden werden kann, wenn der Ansatz auf einige wenige und zudem nicht sehr realitätsnahe Grundannahmen reduziert wird. Zum phasenweise beliebten Spiel des theory bashing siehe die Kritik von John Lofland (1993).
- ¹⁰ Maßgeblich waren in diesem Zusammenhang die Arbeiten von David Snow (vgl. Snow et al. 1986; Snow/Benford 1988) und William A. Gamson (1992). Für eine Erweiterung des Ressourcenmobilisierungsansatzes plädiert auch Carol Mueller. Sie fordert „a broader paradigm that is at once sensitive to historical, cultural,

and structural differences between groups seeking to mobilize on behalf of collective ends and more attuned to the mobilization contexts in which social movement identities and grievances are forged out of specific experiences of constraint and opportunity“ (Mueller 1992: 22).

¹¹ Goodwin/Jasper 1999; Jasper 1997. Siehe die vehemente Replik von Ruud Koopmans 1999. Bereits früher gab es Kontroversen zwischen dem stärker identitätsorientierten Soziologen Alberto Melucci und dem stärker strukturorientierten Politikwissenschaftler Sidney Tarrow.

¹² Es ist bezeichnend, dass im Handwörterbuch der Sozialwissenschaften (Ausgabe 1956) zwar die Stichworte Arbeiterbewegungen und Arbeitskampf enthalten sind, nicht jedoch Stichworte zu Frauenbewegung (oder feministische Bewegung) und zu sozialer Bewegung. Auch das Werk Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland (hrsg. von Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck, 7 Bde., Stuttgart) enthält keinen Artikel zu soziale(n) Bewegung(en). Unter dem Stichwort „Arbeiter“ findet sich allerdings ein zweiseitiger Abschnitt zur „Arbeiterbewegung“.

¹³ Vor allem durch die Vermittlung von Sidney Tarrow in den USA sowie Bert Klandermans in Europa begann der Vergleich amerikanischer und europäischer Arbeiten, welche zunächst auf die jeweils vorherrschenden Ansätze – Ressourcenmobilisierung einerseits, neue soziale Bewegungen andererseits – reduziert wurden. Vgl. Klandermans/Tarrow 1988.

¹⁴ Für den deutschsprachigen Raum siehe Heinz/Schöber 1972; Rammstedt 1978; Raschke 1985.

¹⁵ Der Band erschien unter dem Titel „40 Jahre Soziale Bewegungen: von der verordneten zur erstrittenen Demokratie“. Er bezog sich ausschließlich auf die Analyse neuer sozialer Bewegungen.

¹⁶ Kritisiert wurde nicht nur die Fokussierung auf den Gegenstand neue soziale Bewegungen, sondern auch die Eignung des darauf bezogenen Konzepts, da sich diese Bewegungen gewandelt hätten und die entsprechenden Bewegungsmilieus „in der Bundesrepublik zunehmend an Kohäsionskraft“ verlören (Brand 1998: 73).

¹⁷ Herausgeber sind David Snow, Bert Klandermans, Donatella della Porta und Doug McAdam. Hinzu kommt eine größere Zahl von advisory editors.

¹⁸ Für einen früheren Sammelband zu methodischen Zugängen und Problemen der Bewegungsforschung siehe Eyerman/Diani 1992.

¹⁹ Innerhalb der Geschichtswissenschaft war der Terminus Arbeiterbewegung so selbstverständlich, dass er offensichtlich keinerlei konzeptionellen Reflexion und Untermauerung bedurfte. Dies gilt im Großen und Ganzen für die Arbeiten renommierter Historikerinnen und Historiker der Arbeiterbewegung wie Helga Grebing, Jürgen Kocka, Gerhard A. Ritter, Klaus Tenfelde und Thomas Welkopp. Aber auch in anderen Wissenschaftsdisziplinen einschließlich der Soziologie findet sich eine undiskutierte Übernahme des Bewegungsbegriffs (zum Beispiel Klönne 1989 [1980]). Im Gegensatz dazu steht zum Beispiel die historisch-soziologische Arbeit von Otthein Rammstedt (1966) sowie der „Grundriß“ zu sozialen Bewegungen von Joachim Raschke (1985).

²⁰ Zu nennen ist beispielsweise Ron Aminzade. Umgekehrt gibt es auch Nicht-Historiker wie die Soziologen Craig Calhoun, Jack Goldstone und Roger Gould sowie den Politikwissenschaftler Aristide Zolberg, die ein dezidiertes Interesse für historische Phänomene zeigen.

²¹ Für die USA ist neben Charles Tilly (siehe dazu den Abschnitt Interdisziplinäre Studien und disziplinäre Grenzgänger) vor allem auf die Arbeiten von Barrington Moore hinzuweisen.

²² Er erlangte nicht nur aufgrund seiner Publikationen, sondern auch seiner vielfältigen

Kontakte und seines wissenschaftlichen Unternehmertums, etwa als Herausgeber von Buchreihen, Organisator von Konferenzen und (ehemaliger) Vorsitzender einer Sektion der International Sociological Association, großen Einfluss auf die Bewegungsforschung. Unter den deutschen Sozialpsychologen befasst sich Bernd Simon mit Bewegungsthemen. Er hat auch gelegentlich zusammen mit Bert Klandermans publiziert.

²³ Von deren zahlreichen Publikationen werden hier lediglich exemplarisch genannt: Kraushaar 2008; Roth 1994; Rucht 1994.

²⁴ Zur Kritik daran siehe diverse Beiträge in *Mobilization*, Jg. 8, Heft 1 (Februar 2008).

²⁵ Hervorzuheben ist das von Hanspeter Kriesi geleitete Projekt zu neuen sozialen Bewegungen in vier europäischen Ländern (Kriesi et al. 1995), weiter das sechs europäische Länder vergleichende Projekt *Transformation of Environmental Activism* (Koordination Christopher Rootes), das ebenfalls sechs Länder umfassende Projekt *Democracy in Europe and the Mobilization of Society* (Koordination Donatella della Porta) und das Projekt zur Befragung von Demonstranten gegen den Irakkrieg in sieben europäischen Ländern und den USA (Koordination Stefaan Walgrave). Weitere Projekte hatten zumindest am Rande auch mit Fragen von Protestmobilisierung zu tun: zum Beispiel *Mobilization on Ethnic Relations*, *Immigration and Citizenship* sowie *The Contentious Politics of Unemployment in Europe: Political Claim-Making, Policy Deliberation, and Exclusion from the Labour Market*.

²⁶ Die Vereinigung hatte im Frühjahr 2009 mehr als 14.000 Mitglieder.

²⁷ Zwei wichtige Anstöße zur Gründung des formellen Arbeitskreises bildeten die von Hans-Dieter Klingemann und Richard Stöss geleitete Arbeitsgruppe „Neue Issues und neue soziale Bewegungen“ im Rahmen des Fachkongresses der DVPW 1983 (vgl. dazu die Beiträge in Falter et al. 1984) sowie ein im August 1985 in Köln durchgeführter internationaler Workshop „Analysis of New

Social Movements“, der von Dirk Gerdes, Wilfried Nelles und Dieter Rucht initiiert worden war. Hier kamen erstmals etliche bislang unabhängig voneinander auf diesem Gebiet arbeitende Wissenschaftler mehrerer europäischer Länder zusammen, darunter, neben den genannten Initiatoren, Karl-Werner Brand, Donatella della Porta, François Dubet, Klaus Eder, Mats Friberg, Leo Huberts, Hanspeter Kriesi, Margit Mayer, Maria Mies, Abby Peterson, Philip van Praag jr., Roland Roth, Kenth Ottermark und Leif Thompsen. Es ist bemerkenswert, dass in dieser frühen Phase noch vereinzelt bezweifelt wurde, dass es überhaupt so etwas wie neue soziale Bewegungen gebe – so Richard Stöss (1984) in seinem provozierenden Beitrag.

²⁸ Dies ist die Sektion für Didaktik der Geschichtswissenschaft.

²⁹ Allerdings gibt es außerhalb der Vereinigung Zirkel wie den Verein zum Studium Sozialer Bewegungen.

³⁰ Immerhin war der Jahreskongress 1989 der französischen Soziologen dem Thema kollektive Aktionen und soziale Bewegungen gewidmet (Chazel 1993).

³¹ Die zuletzt genannte Sektion, die auf eine Initiative von Bert Klandermans zurückgeht, entstand in Abgrenzung zu den bereits bestehenden, aber stärker politisierten Sektionen.

³² Nach Tillys Übersiedelung nach New York erlangte auch das dortige Center for Studies of Social Change an der New School for Social Research eine gewisse Bedeutung.

³³ Das von Alain Touraine gegründete Centre d'Etude des Mouvements Sociaux (CEMS) sowie das später ebenfalls von Touraine initiierte und lange geleitete Centre d'analyse et d'interventions sociologiques (CADIS), dem heute Michel Wieviorka vorsteht.

³⁴ Dies sind das Centre for the Study of Social and Political Movements (University of Kent), das Centro de Estudios Sobre Movimientos Sociales (Barcelona), das Departamento de Historia del Pensamiento y de los Movimi-

entos Sociales y Políticos (Universidad Complutense Madrid), das Institut für kollektive Aktionen in Moskau (www.ikd.ru), das Monash Institute for the Study of Global Movements (Victoria, Kanada), das Osaka Institute for Social Movements (Shakai Undo Kyokai, or Shaunkyo) und das Departamento de Estudios sobre Movimientos Sociales (Mexico). Daneben besteht eine Reihe von außeruniversitären Zentren und Einrichtungen, die vor allem der Unterstützung verschiedener Bewegungen dienen, so zum Beispiel das Centro de Investigación y Formación de Movimientos Sociales und das Centro Nueva Tierra (Buenos Aires).

³⁵ Dies ist die Forschungsgruppe „Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa“.

³⁶ Das der Ruhr-Universität Bochum zugehörige und durch eine Stiftung mitfinanzierte Institut erhielt im Sommer 1999 seinen heutigen Namen. Damit sollte der thematischen, über die Arbeiterbewegung hinausreichenden Öffnung Rechnung getragen werden. Leiter des Instituts ist seit den 1990er Jahren Klaus Tenfelde.

³⁷ Der Untertitel lautet: „The International Quarterly Review of Research in Social Movements, Protest, and Contentious Politics“.

³⁸ Der Name Mitteilungsblatt geht auf die frühen Ausgaben (ab 1977) in Form einer Blättersammlung zurück. Unter dem heutigen Titel erscheint die Zeitschrift seit 1998 mit mindestens zwei Ausgaben pro Jahr (mit den Heften 41-42 im Jahr 2009 und 43-44 im Jahr 2010). Zudem gibt das Bochumer Institut eine Buchreihe heraus, die jedoch weit über die Thematik sozialer Bewegungen hinausreicht.

³⁹ Ohne Rezensionen, Tagungsberichte etc., aber inklusive der Sonderbände.

⁴⁰ Eine sehr engagierte und kritische Bilanzierung aktueller Bewegungstheorien bietet aus dem Blickwinkel von Rational Choice Karl-Dieter Opp (2009).

⁴¹ Zur deutschen Situation kritisch Koopmans 1998.

⁴² So auch die Wahrnehmung von Simon Teune (2008). Zu kulturellen Aspekten sozialer Bewegungen siehe Stephen Hart (1996) und Hank Johnston/Bert Klandermans (1995).

⁴³ Zu Reaktionen auf die breiter ansetzende Kritik von Greven vgl. Karl-Werner Brand (1989) und Roland Roth/Dieter Rucht (1989). Siehe auch das Editorial vom Heft 1/1998 des Forschungsjournals *Neue Soziale Bewegungen*: Impulse, Bilanzen, Perspektiven (Jg. 11, Heft 1, 2-13). Dort heißt es: „Die normative Emphase der Bewegungsforschung, die sich in den 80er Jahren beinahe ausschließlich mit den progressiv-emanzipatorischen neuen sozialen Bewegungen beschäftigt hatte, wurde durch die Mobilisierungs- und Vernetzungserfolge im rechten Spektrum der Gesellschaft gedämpft.“ (3)

⁴⁴ Teune meint aufgrund seiner Sichtung aktueller Literatur, dass die gesellschaftstheoretische Deutung sozialer Bewegungen inzwischen brach liege (Teune 2008: 528).

⁴⁵ Optimistisch ist Chazel, der „some overemphasis on one analytical dimension or empirical type of movements“ konstatiert, aber dann doch meint: „A true synthesis seems to be under way, although it is not an easy job to articulate distinctive dimensions with one another“ (Chazel 2001: 14374).

⁴⁶ So hofft zum Beispiel Wolf-Dieter Narr hinsichtlich der Bewegungsforschung auf die „Leidenschaft zur demokratischen Sache“ und rät davon ab, eine „zu große Hab-Acht-Stellung gegenüber den etablierten Wissenschaftseinrichtungen“ einzunehmen (Narr 1995: 89).

Literatur

Aminzade, Ron/McAdam, Doug/Perry, Elizabeth J./Sewell, William H. Jr./Tarrow, Sidney 2001: *Silence and Voice in Contentious Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.

Brand, Karl-Werner 1989: *Bewegungswissenschaft oder Bewegungsforschung? – Einige*

„ganz unironische“ Anmerkungen zu Michael Th. Grevens Beitrag. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 2, Heft 1, 50-53.

Brand, Karl-Werner 1998: Neue Soziale Bewegungen: ‚Europäische‘ Erklärungskonzepte. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 11, Heft 1, 63-79.

Brown, Michael/Goldin, Amy 1973: *Collective Behavior: A Review and Reinterpretation of the Literature*. Pacific Palisades: Good-year Publishing

Chazel, François (Hg.) 1993: *Action collective et mouvements sociaux*. Paris: Presses Université de France.

Chazel, François 2001: Social Movements, Sociology of. In: *International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences*, Vol. 21, Amsterdam u. a.: Elsevier, Pergamon, 14371-14375.

Crist, John R/McCarthy, John D. 1996: If I Had a Hammer: The Changing Methodological Repertoire of Collective Behavior and Social Movements Research. In: *Mobilization*, Jg. 1, Heft 1, 87-102.

della Porta, Donatella/Diani, Mario 1999: *Social Movements. An Introduction*, zweite, überarb. Auflage, 2006 Oxford: Wiley-Blackwell.

della Porta, Donatella/Rucht, Dieter 2008: *Microanalysis of Practices of Deliberative Democracy*. WP6 Report for „Democracy in Europe and the Mobilization of Society“. Florence.

Diani, Mario/McAdam, Doug (Hg.) 2002: *Social Movements and Networks. Relational Approaches to Collective Action*. Oxford: Oxford University Press.

Eder, Klaus 1986: Soziale Bewegungen und kulturelle Evolution. Überlegungen zur Rolle der neuen sozialen Bewegungen in der kulturellen Evolution der Moderne. In: *Berger, Johannes* (Hg.): *Die Moderne. Kontinuitäten und Zäsuren. Soziale Welt, Sonderband 4*, Göttingen: Schwartz, 335-357.

Edwards, Bob/McCarthy, John D. 1992: *Social Movement Schools*. In: *Sociological Forum*, Jg. 7, Heft 3, 541-550.

Elias, Norbert 1983: *Engagement und Distanzierung*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Engels, Jens Ivo 2006: *Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950-1980*. Paderborn: Schöningh.

Eyerman, Ron/Diani, Mario (Hg.) 1992: *Issues in Contemporary Social Movement Research*. Beverly Hills.

Eyerman, Ron/Jamison, Andrew 1991: *Social Movements: A Cognitive Approach*. Cambridge: Polity Press.

Falter, Jürgen W./Fenner, Christian/Greven, Michael Th. (Hg.) 1984: *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Gamson, William A. 1990 [1975]: *The Strategy of Social Protest*, Belmont: Wadsworth.

Gamson, William A. 1992: *Talking Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.

Gerhards, Jürgen/Rucht, Dieter 1992: *Mesomobilization: Organizing and Framing in Two Protest Campaigns in West Germany*. In: *American Journal of Sociology*, Jg. 98, Heft 3, 555-595.

Gilcher-Holtey, Ingrid 2000: Der Transfer zwischen den Studentenbewegungen von 1968 und die Entstehung einer transnationalen Gegenöffentlichkeit. In: *Berliner Journal für Soziologie*, Jg. 10, Heft 4, 485-500.

Giugni, Marco 1998: Was it Worth the Effort? The Outcomes and Consequences of Social Movements. In: *Annual Review of Sociology*, Jg. 98, 371-393.

Giugni, Marco/McAdam, Doug/Tilly, Charles (Hg.) 1999: *How Social Movements Matter*. Minneapolis: University of Minnesota Press.

Goodwin, Jeff/Jasper, James M. 1999: Caught in a Winding, Snarling Vine: The Structural Bias of Political Process Theory. In: *Sociological Forum*, Jg. 14, Heft 1, 27-54.

Greven, Michael Th. 1988: Zur Kritik der Bewegungswissenschaft. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 1, Heft 4, 51-60.

- Gusfield, Joseph R.* 1968: The Study of Social Movements. In: International Encyclopedia of the Social Sciences Band XIV. New York: Macmillan u. a., 445-452.
- Habermas, Jürgen* 1982: Zur Logik der Sozialwissenschaften, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Hart, Stephen* 1996: The Cultural Dimension of Social Movements: A Theoretical Reassessment and Literature Review. In: *Sociology of Religion*, Jg. 57, Heft 1, 87-100.
- Heberle, Rudolf* 1951: Social Movements: An Introduction to Political Sociology. New York: Appleton-Century-Crofts.
- Heberle, Rudolf* 1968: Types and Functions of Social Movements. In: International Encyclopedia of the Social Sciences XIV, New York: Macmillan u. a., 438-444.
- Heinz, Walter K./Schöber Peter* (Hg.) 1972: Theorien kollektiven Verhaltens. Beiträge zur Analyse sozialer Protestaktionen und Bewegungen, 2 Bde. Darmstadt-Neuwied: Luchterhand.
- Hellmann, Kai-Uwe* 1998: Paradigmen der Bewegungsforschung. Forschungs- und Erklärungsansätze - ein Überblick. In: Hellmann, Kai-Uwe/Koopmans, Ruud (Hg.): Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von Neuen Sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus. Opladen: Westdeutscher Verlag, 9-30.
- Hofmann, Werner* 1970: Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts. Berlin: de Gruyter.
- Jasper, James M.* 1997: The Art of Moral Protest: Culture, Biography and Creativity in Social Movements. Chicago/London: University of Chicago Press.
- Jenkins, Craig* 1983: Resource Mobilization Theory and the Study of Social Movements. In: *Annual Review of Sociology*, Jg. 9, 527-553.
- Jenkins, Craig* 2001: Social Movements: Resource Mobilization Theory. In: International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences, Vol. 21, Amsterdam u. a.: Elsevier, Pergamon, 14368-14371.
- Johnston, Hank/Klandermands, Bert* (Hg.) 1995: Social Movements and Culture. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Juris, Jeffrey S.* 2007: Practicing Militant Ethnography with the Movement for Global Resistance (MRG) in Barcelona. In: Stephen Shukaitis/David Graeber (Eds.): *Constituent Imagination: Militant Investigation, Collective Theorization*, Oakland: AK Press, 164-176.
- Juris, Jeffrey S.* 2008: Performing Politics: Image, Embodiment, and Affective Solidarity during Anti-Corporate Globalization Protests. In: *Ethnography*, Jg. 9, Heft 1, 61-97.
- Killian, Lewis M.* 1964: Social Movements. In: Robert E. L. Faris (Ed.): *Handbook of Modern Sociology*, Chicago: McNally, 426-455.
- Killian, Lewis M.* 1973: Social Movements: A Review of the Field. In: Robert R. Evans (Ed.): *Social Movements: A Reader and Source Book*, Chicago: Rand McNally, 9-53.
- Kitschelt, Herbert* 1985: Materiale Politisierung der Produktion. In: *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 14, Heft 3, 188-208.
- Klandermands, Bert* 1984: Mobilization and Participation: Social-Psychological Expansions of Resource Mobilization Theory. In: *American Sociological Review*, Jg. 49, Heft 5, 583-600.
- Klandermands, Bert/Roggeband, Conny* (Hg.) 2007: *Handbook of Social Movements Across Disciplines*, New York: Springer.
- Klandermands, Bert/Staggenborg, Suzanne* (Hg.) 2002: *Methods of Social Movement Research*, Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Klandermands, Bert/Tarrow, Sidney* 1988: Mobilization into Social Movements. Synthesizing European and American Approaches. In: Bert Klandermands/Hanspeter Kriesi/Sidney Tarrow (Eds.): *From Structure to Action: Comparing Social Movement Research Across Cultures*, Greenwich: YAI Press, 1-38.
- Klein, Ansgar* 2003: *Bewegungsforschung: Quo vadis? Ein Überblick zu Entstehung, Aus-*

prägung und Forschungsstand. In: Vorgänge 164, 12-21.

Klönne, Arno 1989 [1980]: Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte, Ziele, Wirkungen, München: dtv.

Kolb, Felix 2007: Protest and Opportunities: The Political Outcomes of Social Movements. Frankfurt/M.: Campus.

Koopmans, Ruud 1995: Bewegung oder Erstarrung? Bestandsaufnahme der deutschen Bewegungsforschung in den letzten Jahren. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 8, Heft 1, 90-96.

Koopmans, Ruud 1998: Konkurrierende Paradigmen oder friedlich ko-existierende Komplemente? Eine Bilanz der Theorien sozialer Bewegungen. In: Kai-Uwe Hellmann/Ruud Koopmans (Hg.): Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von Neuen Sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus, Opladen: Westdeutscher Verlag, 215-231.

Koopmans, Ruud 1999: Political. Opportunity. Structure. Some Splitting to Balance the Lumping. In: Sociological Forum, Jg. 14, Heft 1, 93-105.

Koopmans, Ruud/Rucht, Dieter 2002: Protest Event Analysis. In: Bert Klandermand/Suzanne Staggenborg (Eds.): Methods in Social Movement Research, Minneapolis: University of Minnesota Press, 231-259.

Koopmans, Ruud/Statham, Paul 1999: Political Claims Analysis. Integrating Protest Event and Public Discourse Approaches. In: Mobilization 4, Special Issue 1999, Protest Event Analysis (hrsg. von Dieter Rucht/Ruud Koopmans), 203-222.

Kraushaar, Wolfgang 2008: Achtundsechzig. Eine Bilanz. Berlin.

Kriesi, Hanspeter/Koopmans, Ruud/Duyvendak, Jan Willem/Giugni Marco G. 1995: New Social Movements in Western Europe: A Comparative Analysis, Minneapolis: University of Minnesota Press.

Lofland, John 1993: Theory-Bashing and Answer-Improving in the Study of Social Movements. In: American Sociologist, Jg. 24, 37-58.

Ludwig-Uhland-Institut für empirische Kulturwissenschaft der Universität Tübingen 1986: Als die Deutschen demonstrieren lernten. Das Kulturmuster „friedliche Straßendemonstration“ im preußischen Wahlrechtskampf 1908-1910, Tübingen.

Luhmann, Niklas 1996: Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen (hrsg. von Kai-Uwe Hellmann), Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Marx, Gary T./Wood, James L. 1975: Strands of Theory and Research in Collective Behavior. In: Annual Review of Sociology, Vol. 1, 363-428.

McAdam, Doug/McCarthy, John D./Zald, Mayer N. (Hg.) 1996: Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings, Cambridge: Cambridge University Press.

McAdam, Doug/McCarthy, John D./Zald, Mayer N. 1988: Social Movements. In: Neil J. Smelser (Hg.): Handbook of Sociology, Newbury Park: Sage, 695-737.

McAdam, Doug/Snow, David A. (Hg.) 1997: Social Movements. Readings on Their Emergence, Mobilization, and Dynamics, Los Angeles: Roxbury.

McAdam, Doug/Tarrow, Sidney/Tilly, Charles 2001: Dynamics of Contention, Cambridge: Cambridge University Press.

McCarthy, John D./Zald, Mayer N. 1977: Resource Mobilization and Social Movements: A Partial Theory, American Journal of Sociology 82, 1212-1241.

Merton, Robert K. 1973 [1942]: The Normative Structure of Science. In: ders. The Sociology of Science: Theoretical and Empirical Investigations (hrsg. von Norman W. Storer), Chicago: University of Chicago Press, 267-278.

Mies, Maria 1978: Methodische Postulate zur Frauenforschung – dargestellt am Beispiel der Gewalt gegen Frauen. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Jg. 1, Heft 1, 47-52.

Morris, Aldon/Herring, Cedric 1987: Theory and Research in Social Movements: A Critical Review. In: Samuel Long (Ed.): An-

nual Review of Political Science, Jg. 2, 137-198.

Morris, Aldon/Herring, Cedric 1987: Theory and Research in Social Movements: A Critical Review. In: Samuel Long (Ed.): Annual Review of Political Science, Jg. 2, 137-198.

Mueller, Carol McClurg 1992: Building Social Movement Theory. In: Aldon Morris/Carol McClurg Mueller (Eds.): Frontiers in Social Movement Theory, New Haven: Yale University-Press, 3-25.

Narr, Wolf-Dieter 1995: Zwischen Profession und Bewegung: 10 Jahre Arbeitskreis ‚Soziale Bewegungen‘. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 8, Heft 1, 82-89.

Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter 1991: The Analysis of Social Movements: The State of the Art and Some Perspectives for Further Research. In: Rucht (Ed.), Research on Social Movements: The State of the Art in Western Europe and the USA, Frankfurt/M.: Campus, 421-464.

Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter 1993: Auf dem Weg in die „Bewegungsgesellschaft“? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen. In: Soziale Welt, Jg. 44, Heft 3, 305-326.

Oberschall, Anthony 1973: Social Conflict and Social Movements, Englewood Cliffs: Prentice Hall.

Offe, Claus 1981: Vom politischen Nutzen der Gesellschaftswissenschaften oder: Sozialwissenschaften zwischen Auftragsforschung und sozialer Bewegung. In: Vorgänge, Heft 50, 40-47.

Opp, Karl Dieter 1994: Der „Rational Choice“-Ansatz und die Soziologie sozialer Bewegungen. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 7, Heft 2, 11-26.

Opp, Karl-Dieter 2009: Theories of Political Protest and Social Movements: A multidisciplinary introduction, critique and synthesis, London: Routledge.

Pankoke, Eckart 1970: Soziale Bewegung - Soziale Frage - Soziale Politik. Grundfragen der deutschen „Socialwissenschaft“ im 19. Jahrhundert, Stuttgart: Klett.

Rammstedt, Otthein 1966: Sekte und soziale Bewegung. Soziologische Analyse der Täufer in Münster (1534/35), Köln/Opladen: Westdeutscher Verlag.

Rammstedt, Otthein 1978: Soziale Bewegung, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Raschke, Joachim 1985: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt/New York: Campus.

Reiss, Matthias (Hg.) 2007: The Street as a Stage: Protest Marches and Public Rallies since the Nineteenth Century, Oxford: Oxford University Press.

Roth, Roland 1983: Gesellschaftstheoretische Konzepte zur Analyse neuer sozialer Bewegungen. In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 24, Heft 3, 311-328.

Roth, Roland 1994: Demokratie von unten. Neue soziale Bewegungen auf dem Wege zur politischen Institution, Köln: Bund-Verlag.

Roth, Roland/Rucht, Dieter 1989: Reaktionen aus dem Ghetto - Anmerkungen zu Michael Th. Grevens ‚Kritik der Bewegungswissenschaft‘. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 2, Heft 1, 44-49.

Rucht, Dieter 1984: Zur Organisation der neuen sozialen Bewegungen. In: Jürgen W. Falter/Christian Fenner/Michael Th. Greven (Hg.): Politische Willensbildung und Interessenvermittlung, Opladen: Westdeutscher Verlag, 609-620.

Rucht, Dieter 1989: Die Analyse der neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland - Eine Zwischenbilanz. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 2, Sonderheft: 40 Jahre Soziale Bewegungen: von der verordneten zur erstrittenen Demokratie, 158-169.

Rucht, Dieter 1991: The Study of Social Movements in West Germany: Between Activism and Professionalism. In: Dieter Rucht (Hg.): Research on Social Movements: The State of the Art in Western Europe and the USA, Frankfurt/M.: Campus, 175-202.

Rucht, Dieter 1994: Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frank-

reich und USA im Vergleich. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Salman, Ton/Assies, Willem 2007: Anthropology and the Study of Social Move-

ments. In: Bert Klandermans/Conny Roggeband (Eds.): Handbook of Social Movements Across Disciplines, New York: Springer, 205-265.



Schimank, Uwe 1983: Neoromantischer Protest im Spätkapitalismus, Bielefeld: AJZ-Dr. & Verl.

Schmidt, Jürgen in Vorbereitung: Brüder, Bürger und Genossen. Die deutsche Arbeiterbewegung zwischen Klassenbewegung und Zivilgesellschaft 1800-1875, Bonn.

Smelser, Neil 1962: Theory of Collective Behavior, New York: Free Press of Glencoe.

Snow, David A./Benford, Robert D. 1988: Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization. In: Bert Klandermans/Hanspeter Kriesi/Sidney Tarrow (Hg.): From Structure to Action: Comparing Social Movement Research Across Cultures, Greenwich: JAI Press, 137-196.

Snow, David A./Rochford, E. Bourke/Worden, Steven K./Benford, Robert D. 1986: Frame Alignment Processes, Micromobilization, and Movement Participation. In: American Sociological Review, Jg. 51, Heft 4, 464-481.

Snow, David A./Soule, Sarah A./Kriesi, Hanspeter (Hg.) 2004: The Blackwell Companion to Social Movement Research, Oxford: Blackwell.

Stöss, Richard 1984: Vom Mythos der ‚neuen sozialen Bewegungen‘. Neun Thesen und ein Exkurs zum Elend der NSB-Forschung. In: Jürgen W. Falter/Christian Fenner/Michael Th. Greven (Hg.): Politische Willensbildung und Interessenvermittlung, Opladen: Westdeutscher Verlag, 548-565.

Tarrow, Sidney 1991: Kollektives Handeln und politische Gelegenheitsstruktur in Mobilisierungswellen: Theoretische Perspektiven. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 43, Heft 4, 647-670.

Teune, Simon 2008: Gibt es so etwas überhaupt noch? Forschung zu Protest und

sozialen Bewegungen. In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 49, Heft 3, 528-547.

Tilly, Charles 1984: Big Structures, Large Processes, Huge Comparisons, New York: Sage.

Touraine, Alain 1978: La voix et le regard, Paris: Senil.

Turner, Ralph H. 1981: Collective Behavior and Resource Mobilization as Approaches to Social Movements: Issues and Continuities. In: Research in Social Movements, Conflict and Change, Vol. 4, hrsg. von Louis Kriesberg, 1-24.

Turner, Ralph H./Killian, Lewis M. (Hg.) 1957: Collective Behavior, Englewood Cliffs: Prentice-Hall (2. Ausgabe 1972, dritte Ausgabe 1987).

Verhulst, Joris/Walgrave, Stefaan 2007: Protest and protesters in advanced industrial democracies: the case of the 15th February global anti-war demonstrations. In: Derrick Purdue (Ed.): Civil societies and social movements: potentials and problems, London: Routledge, 255-285.

Volkmann, Heinrich/Bergmann, Jürgen (Hg.) 1984: Sozialer Protest. Studien zu traditioneller Resistenz und kollektiver Gewalt in Deutschland vom Vormärz bis zur Reichsgründung, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Walgrave, Stefaan/Rucht, Dieter (Hg.) 2010: The World Says No to War: Demonstrations against the War on Iraq, Minneapolis: University of Minnesota Press.

Wilson, John D. 1973: Introduction to Social Movements, New York: Basic Books.

Ziemann, Benjamin (Hg.) 2008: Peace Movements in Western Europe, Japan and the USA during the Cold War, Essen: Klartext-Verlag.

Engagement und Ausgrenzung – theoretische Zugänge zur Klärung eines ambivalenten Verhältnisses

Chantal Munsch

Bürgerschaftliches Engagement „bietet auch bislang engagementfernen Menschen Möglichkeiten zum Engagement und damit zur Integration und Teilhabe an unserer Gesellschaft“, so lautet eine zentrale Aussage der Engagementstrategie der Bundesregierung (2010: 6). In Diskrepanz zu dieser oft postulierten Integrationskraft gibt es gleichzeitig empirische Hinweise und theoretische Ansätze, welche den Schluss nahelegen, sozial benachteiligte Menschen seien im bürgerschaftlichen Engagement unterrepräsentiert bzw. würden ausgegrenzt. Ziel des vorliegenden Artikels ist es, das ambivalente Verhältnis zwischen sozialer Benachteiligung und bürgerschaftlichem Engagement aus verschiedenen theoretischen Perspektiven zu beleuchten. Zunächst werden Argumente dafür angeführt, dass bürgerschaftliches Engagement ein Weg zu mehr Partizipation sozial benachteiligter Gruppen sein könnte. Der Schwerpunkt des Beitrages liegt jedoch auf Erklärungen, welche aus unterschiedlichen theoretischen Perspektiven begründen, wieso bürgerschaftliches Engagement allem integrativen Anspruch zum Trotz ein (weiterer) Ort der Reproduktion sozialer Ausgrenzung ist.

1 | Bürgerschaftliches Engagement als Ort der Partizipation

Ein erstes Argument dafür, dass bürgerschaftliches Engagement sozial benachteiligten Gruppen Partizipationsräume eröffnen könnte, ließe sich in seinen zivilgesellschaftlichen Wurzeln begründen. Im vielstimmigen Diskurs der Zivilgesellschaft betrifft dies vor allem bestimmte Strömungen, welche die Erweiterung

von Partizipation in vermachteten Strukturen in den Vordergrund stellen: Aus der Perspektive der Neuen Sozialen Bewegungen wird Zivilgesellschaft zuvorderst als radikaldemokratisches Konzept verstanden; in der ostmitteleuropäischen Zivilgesellschaftsdiskussion spielt die antitotalitäre Stoßrichtung eine wesentliche Rolle, und die Frauenbewegung betont das Ziel einer Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse (vgl. Klein 2001). Hier geht es – vereinfacht dargestellt – um mehr Mitbestimmung in politischen Meinungs- und Willensbildungsprozessen jenseits von Parteienpolitik, und diese Mitbestimmung richtet sich (auch) gegen etablierte hierarchische Strukturen. Wenn man bürgerschaftliches Engagement im Kontext eines solchen Verständnisses von Zivilgesellschaft verortet, dann könnte es ein Ort sein, an dem benachteiligte Gruppen sich mit ihren Anliegen am öffentlich-politischen Diskurs beteiligen können. Beispiele dafür sind die Frauenbewegung, die Schwulen- und Lesbenbewegung, die Krüppelbewegung oder das *black movement*. Gleichzeitig jedoch spielt die Frage nach den Beteiligungsmöglichkeiten sozial benachteiligter Gruppen im Diskurs um Zivilgesellschaft eine untergeordnete Rolle.

Eingeschränkt wird das Argument für bürgerschaftliches Engagement als Ort der Partizipation dadurch, dass es sich bei den Diskursen um bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft – allen inhaltlichen Parallelen zum Trotz – um zwei weitgehend getrennte Diskussionsbereiche handelt. Insbesondere hinsichtlich radikaldemokratischer zivilgesellschaftlicher Ansätze (vgl. ebd.: 259ff) finden sich Stimmen im Diskurs um bürgerschaftliches

Engagement, welche seinen politischen, v.a. radikaldemokratischen Gehalt in Frage stellen. Von dieser Seite wird bürgerschaftliches Engagement eher im Sinne freiwilligen Engagements verstanden – als Bestandteil eines Welfare-Mix, bei dem Verantwortungsübernahme im Vordergrund steht: Nicht mehr nur der Staat, sondern auch die Wirtschaft und die Bürger sollen Verantwortung übernehmen und wohlfahrtsstaatliche Leistungen erbringen. Wenn es in diesem Zusammenhang um soziale Benachteiligung geht, dann stehen im Vergleich zu radikaldemokratischen Ansätzen hier weniger Veränderungen der gesellschaftlichen Strukturen bzw. der Machtverhältnisse zur Debatte, die diese reproduzieren. Nicht mehr gesellschaftliche Konflikte stehen im Vordergrund, Ziel ist vielmehr die Erbringung von Wohlfahrt zur Linderung schwieriger Lebensverhältnisse.

Gleichwohl lässt sich auch im Zusammenhang des Welfare-Mix ein zentrales Argument für das integrative Potential bürgerschaftlichen Engagements verorten: Es wird als möglicher Ort der Integration gerade jener thematisiert, welche nicht mehr über Erwerbsarbeit integriert sind. Im Sinne eines erweiterten Arbeitsbegriffs wird argumentiert, bürgerschaftliches Engagement biete „sinnvolle Tätigkeiten“ jenseits der Erwerbsarbeit. Dieses Argument von Integration jenseits der Erwerbsarbeit stellt eine wichtige Begründung für die öffentliche Förderung von bürgerschaftlichem Engagement dar – als ein Lösungsversuch vor dem Hintergrund der Krise sowohl der Erwerbsarbeitsgesellschaft als auch des Sozialstaates.

Neben den Argumenten von Zivilgesellschaft als Gegenmacht und von Integration über Arbeit jenseits von Erwerbsarbeit spielt drittens der Begriff der Öffentlichkeit eine zentrale Rolle bei der Begründung der Integrationskraft bürgerschaftlichen Engagements. In Anlehnung an die Definitionen von politischer Partizipation wird auch bürgerschaftliches Engagement konzeptuell in einem öffentlichen Raum verortet, der klassischerweise als Gegensatz zur Privatsphäre verstanden wird. Während die Privatsphäre als Ort gezeichnet

wird, zu dem nur ausgewählte Mitglieder Zugang haben, wird die Öffentlichkeit als Raum dargestellt, dessen Diskurse und Unterstützungsleistungen prinzipiell für alle zugänglich sind. So definiert die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ bürgerschaftliches Engagement in Übereinstimmung mit vielen anderen AutorInnen als Tätigkeit, welche sich „in der Regel in Organisationen und Institutionen im öffentlichen Raum der Bürgergesellschaft“ entfaltet (Enquete-Kommission 2002: 90). Die „Öffentlichkeit“, welche die Enquete-Kommission als Bedingung bürgerschaftlichen Engagements nennt, soll die Transparenz und „Anschlussfähigkeit für potenzielle Kooperationspartner“ (ebd.: 88) garantieren. Öffentlichkeit als konstitutives Element bürgerschaftlichen Engagements hat also keine per se inklusive Wirkung, sie wird jedoch mit dem Anspruch verbunden, Zugang für alle zu ermöglichen (vgl. Munsch 2010; 2011). Während jedoch das explizite Ziel dieser Verortung von Engagement im öffentlichen Raum seine Öffnung ist, hat dieses Konstrukt öffentlichen Engagements jedoch gleichzeitig ausgrenzende Wirkung, wie im Folgenden zu zeigen sein wird.

2 | Bürgerschaftliches Engagement als Ort der Ausgrenzung

Ausgrenzung als ein wesentliches Merkmal von bürgerschaftlichem Engagement auszumachen, widerspricht dem eben skizzierten Diskussionshintergrund. Dies mag umso mehr Erstaunen hervorrufen, als dass bürgerschaftlich engagierte Gruppen in ihrem Selbstverständnis fast durchgängig ihre Offenheit betonen: „Hier wird jeder gebraucht!“. Die drei vorangegangenen Argumente für die Offenheit und das Integrationspotential bürgerschaftlichen Engagements sind indes eher auf der Ebene von Intentionen bzw. Absichtserklärungen anzusiedeln. Im Gegensatz dazu stehen bei der Analyse von Ausgrenzungsprozessen v.a. nicht bewusst intendierte Prozesse im Fokus der Betrachtung: In dieser Analyse richtet sich der

Blick nicht auf die Metaebene der Aushandlungsprozesse zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppen und staatlichen sowie wirtschaftlichen Akteuren, sondern vielmehr auf die Interaktionsprozesse zwischen Angehörigen von Minderheiten bzw. sozial benachteiligter Gruppen und Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft, die sich zusammen engagieren.

Eine zweite Perspektive wird durch die Analyse von Ausgrenzungsprozessen im Rahmen von bürgerschaftlichem Engagement eröffnet: Es ist eine dekonstruktive Sicht auf die im ersten Teil dieses Beitrages vorgestellten Ideale bzw. normativ geprägten Merkmale von Zivilgesellschaft. Diese Perspektive ist jedoch nicht (wie zuweilen fälschlicherweise verstanden) als Kritik an diesen Idealen zu verstehen! Kritisiert wird jedoch ihre Gleichsetzung mit der *Realität*. Eine unhinterfragte Reifizierung der integrativen Ideale hat dabei – so die These – oft die Funktion, Ausgrenzungsprozesse im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements und damit deren Rolle bei der Reproduktion sozialer Hierarchien zu verdecken.

Einen ersten Hinweis auf Ausgrenzungsprozesse geben quantitativ-empirische Studien über die Merkmale von bürgerschaftlich bzw. freiwilligen Engagierten. Sie zeigen, dass Menschen mit niedrigem Einkommen, erwerbslose Menschen und Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen signifikant weniger bürgerschaftlich engagiert sind als erwerbstätige Menschen mit höherem Einkommen und höheren Bildungsabschlüssen (Erlinghagen et al. 1999). Die letzten Freiwilligensurveys (Gensicke et al. 2005; Gensicke/Geiss 2010) zeigen darüber hinaus, dass Männer eher im freiwilligen Engagement repräsentiert sind als Frauen, BewohnerInnen der alten Bundesländer eher als solche der neuen Bundesländer und Menschen ohne Migrationshintergrund eher als Menschen mit Migrationshintergrund. Die statushöhere soziale Gruppenzugehörigkeit ist diesen Studien zufolge also jeweils mit einer stärkeren Repräsentation im bürgerschaftlichen Engagement verbunden. Dieser Zusammenhang legt einen

diversitätstheoretischen Erklärungsversuch nahe.

2.1 | Diversitätstheoretische Erklärungsansätze

Eine wesentliche Grundlage einer diversitätstheoretischen Perspektive ist die Analyse von als allgemeingültig deklarierten Postulaten. Diversitätstheorien fragen danach, wessen Normen und Werte repräsentiert und verallgemeinert und welche Positionen dabei als besondere ausgegrenzt werden. In Bezug auf politisches Engagement haben feministische Politikwissenschaftlerinnen und DiversitätstheoretikerInnen v.a. den Begriff der Öffentlichkeit daraufhin analysiert, welche Formen und Themen von Engagement damit abgewertet bzw. ausgegrenzt werden. Im Zentrum ihrer Kritik steht die Dichotomie zwischen einer öffentlich-politischen und einer privat-persönlichen Sphäre. Sie hat zur Folge, dass bestimmte Themen und Handlungsformen dem vorpolitischen bzw. privaten Raum zugeschrieben und somit aus dem öffentlichen Raum ausgeschlossen werden.

In diesem Sinne analysieren Iris Marion Young (1996) und Sheyla Benhabib (1996) die mehr oder weniger implizit festgelegten und als universell und kulturell neutral angenommenen Interaktionsformen, die mit der klassischen Vorstellung der öffentlich-politischen Sphäre verbunden werden. Besonders kritisieren sie das deliberative Demokratiemodell, wie es nicht zuletzt Jürgen Habermas (1996) vertritt. Der Schwerpunkt dieses Demokratiemodells liegt auf öffentlichen Diskussionsformen, bei denen verschiedene Standpunkte argumentativ vertreten werden und das bessere Argument siegen soll. Grundlage dieses argumentativen Streitgesprächs ist die Sichtweise von BürgerInnen als frei und gleich, bzw. das Ideal einer Verhandlungssituation, in der Macht- und ökonomische Unterschiede keine Rolle spielen sollen, in der also die Qualität der Argumente und nicht die Positionen der SprecherInnen entscheidend sei (vgl. ebd.).

Obwohl in diesem Modell großer Wert auf die Beteiligung möglichst vieler Menschen gelegt wird, privilegiert der geforderte wett-kampffähliche Austausch von Argumenten jedoch soziale Gruppen, die es gewohnt sind, sich selbstbewusst und konfrontativ zu äußern. Vorläufige, erklärende und versöhnliche Aussagen haben demgegenüber weniger Erfolg. Das dominierende Prinzip der Vernunft führt somit dazu, dass nicht-emotionale, entkörperlichte Kommunikationsformen höher bewertet werden als emotionale und gestikulierende. Dadurch werden besonders die Sprechweisen sozialer Minderheiten, insbesondere von ethnischen Minderheiten, Frauen und Angehörigen der Unterschicht ausgegrenzt. Besonders wenn Menschen sich aus eigener Betroffenheit, aus der Sorge um alltägliche und existenzielle Fragen engagieren, spielen Emotionen wie Wut eine wichtige Rolle. Aktionsformen werden vor allem dann als nicht konform zu den Interaktionsnormen der öffentlich-politischen Sphäre abgewertet, wenn sie von privaten Erfahrungen und Emotionen geprägt sind. Sie passen nicht zu der „Sachlichkeit, Apersonalität, Distanziertheit und Verfahrensregulierung“ (Holland-Cunz 1994: 227), welche das klassische Verständnis der öffentlich-politischen Sphäre kennzeichnen (vgl. Munsch 2011).

Ähnliche Ausschlussmechanismen betreffen neben den Interaktionsformen auch die Themen des Engagements: Bestimmte Themen werden als unpolitisch ausgegrenzt, weil sie dem vopolitischen bzw. privaten Raum beispielsweise der Familie zugeschrieben werden. Erfahrungen sozialer Ausgrenzung äußern sich jedoch, so analysieren feministische wie postkoloniale TheoretikerInnen, gerade auch in persönlichen Erfahrungen (Ferree 2000; Miethe 2000). Die Ausgrenzung persönlicher Erfahrungen und Nöte aus einer entpersonalisierten öffentlichen Meinungs- und Entscheidungsbildung und ihre Verdrängung in eine entpolitisierte Privatsphäre trägt also zur Ausblendung von Ausgrenzungserfahrungen bei (vgl. Munsch 2011). Im bürgerschaftlichen Engagement werden Gruppen, die sich aus ei-

gener Betroffenheit engagieren, in diesem Sinne oft eher als Selbsthilfegruppen wahrgenommen, welche sich für eigene Ziele engagieren – im Gegensatz zu einem Engagement für das Allgemeinwohl, welches als bürgerschaftliches höhere Anerkennung erfährt.

Diese Kritik an den genannten universellen Kriterien bürgerschaftlichen Engagements bedeutet m.E. nicht, dass diese pauschal verworfen werden sollten. Sie bieten einerseits immer noch wichtige Rahmenbedingungen, haben aber andererseits nicht intendierte Folgen, denen entgegengesteuert werden muss – das Spannungsfeld zwischen universalistischen Ansprüchen und der damit verbundenen Ausgrenzung von Minderheiten lässt sich m.E. nicht einseitig auflösen.

2.2 | Lebensweltliche Perspektiven

Eine weitere Perspektive, welche eine universalistische Sicht auf bürgerschaftliches Engagement irritieren kann, stellt der lebensweltliche Zugang dar. Rekonstruktive Studien, welche soziales und politisches Engagement aus biografischer oder ethnografischer Perspektive erforschen, öffnen den Blick für eine Vielfalt unterschiedlicher Engagementformen. Indem sie vom gelebten Engagement ausgehen, zeigen sie vielfältige Formen von informeller Solidarität, Widerständigkeit und öffentlicher Meinungsbildung, welche aus einem klassischen Verständnis bürgerschaftlichen Engagements heraus kaum als solches wahrgenommen werden (vgl. für ethnische Minderheiten Munsch 2010). Auf diese Weise verdeutlichen sie die kulturelle Eindimensionalität bürgerschaftlichen Engagements, d.h. sie verweisen aus der lebensweltlichen Perspektive darauf, dass der dominierende Diskurs über bürgerschaftliches Engagement bestimmte Engagementformen verallgemeinert, die vor allem in der Mittelschicht verbreitet sind. Dies betrifft insbesondere die Fokussierung auf formal organisiertes Engagement in Vereinen, Verbänden u.ä. Organisationen. Diese eindimensionale Sichtweise hat zur Folge, dass Engagementformen sozial benach-

teiliger Gruppen öffentlich weniger Anerkennung erfahren.

Ein Aspekt der lebensweltlichen Perspektive auf bürgerschaftliches Engagement stellt der biografische Zugang dar. Gisela Jakob (1993; 2003) hat in ihrer Studie über ehrenamtliches Engagement herausgearbeitet, dass „ein Engagement [...] nur dann zustande [kommt], wenn mit der Übernahme einer Aufgabe Bezüge zur eigenen Biografie hergestellt werden können“ (Jakob 2003: 79). Sie zeigt, wie Menschen biografisch relevante Themen mit ehrenamtlichem Engagement bearbeiten. Wenn wir dies weiter denken, können wir Engagement „als biografisch erlerntes Bewältigungsverhalten biografisch und kulturell eingebetteter Themen“ (Munsch 2010: 11) definieren. Engagement als Lebensbewältigung zu verstehen, scheint zunächst für den Kontext sozialer Benachteiligung oder für Selbsthilfegruppen einleuchtend. Aber auch in vermeintlich gesicherten Lebensverhältnissen (in deren Kontext Jakob forscht) ermöglicht Engagement die Reproduktion von Handlungsfähigkeit, sozialer Integration und einer individuellen, lebensgeschichtlich konsistenten Identität¹ – auch wenn dies im Rahmen des Engagements nicht thematisiert wird. Obwohl also Begriffe wie Ehrenamt, bürgerschaftliches oder politisches Engagement oft dahingehend verstanden werden, dass sie ein Engagement für die Allgemeinheit, für andere darstellen, so verdeutlicht die biografische Passung des Engagements, dass auch dieses Engagement „für andere“ immer im Kontext der eigenen Lebensbewältigung zu verstehen ist. In diesem Sinne dekonstruiert die biografische Passung die Dichotomie zwischen privat-persönlicher und öffentlich-politischer Sphäre.

Die biografische Passung des sozialen und politischen Engagements betrifft nicht nur die Themen des Engagements, d.h. den Zusammenhang zwischen lebensgeschichtlich relevanten Erfahrungen und Problemen und dem Engagement, mit dem diese bearbeitet oder bewältigt werden sollen. Sie bezieht sich auch auf die Formen und sozialen Netzwerke, in

denen das Engagement stattfindet. Positive Erfahrungen mit Engagement im Kontext von Vereinen und Verbänden dominieren vor allem bei Angehörigen der Mittelschicht, während sich in Milieus, die durch Armut und Arbeitslosigkeit geprägt sind, eher informelle Formen der Solidarität in der Familie und unter Freunden, aber auch informelle Formen von Widerständigkeit finden lassen. Das soziale und politische Engagement kann somit im Kontext eines biografisch erworbenen Habitus bzw. kulturellen Kapitals verstanden werden.

In diesem Sinne verweist der biografische Aspekt der lebensweltlichen Passung auf ihren kulturellen Aspekt: Menschen engagieren sich mit Gleichgesinnten, und dies bezieht sich nicht nur auf ähnliche Vorstellungen über die Ziele von Engagement, sondern auch auf die Wege, die zu diesen Zielen führen sollen. Ob Kirchengemeinde, Antifa, Lyonsclub oder informelle Unterstützungsnetzwerke: Alle diese verschiedenen Zusammenhänge sind von einem eigenen Umgang mit Sprache, spezifischen Interaktionsmustern und Ritualen geprägt, und auch die Ästhetik der Räume, in denen die Engagierten sich treffen, unterscheidet sich hinsichtlich kultureller Aspekte. Diese Spezifik kulturell geprägter Räume von Engagement führt dazu, dass sich manche Menschen zugehörig fühlen und andere nicht, dass sie für manche die passende Form des Engagements bieten und andere sich ausgegrenzt fühlen. Auch in Bezug auf den kulturellen Aspekt von Engagement wird also deutlich, dass soziales und politisches Engagement immer in spezifische Kulturen eingebettet ist – gerade auch dann, wenn diese der impliziten Normalität zivilgesellschaftlichen Engagements entsprechen. Die theoretischen Ansätze zu *diversity* lenken dabei unseren Blick darauf, dass manche dieser Engagementkulturen unhinterfragt als normal verstanden, während v.a. diejenigen von Minderheiten als besondere, das heißt als „a-normale“ hervorgehoben werden.

Aus ethnografischer Perspektive schließlich wird besonders die Reproduktion sozialer Ausgrenzung im Zusammenhang der „lebenswelt-

lichen Passung“ des Engagements (Munsch 2010) deutlich. Die Grundlage der hier zusammengefassten Überlegungen bildet ein ethnografisches Forschungsprojekt, welches in einem Stadtteilhaus erforschen sollte, wieso sich sozial benachteiligte Gruppen weniger engagieren (vgl. Munsch 2005). Aus der Perspektive der teilnehmenden Beobachterin wurde dabei erfahrbar, wie sozial benachteiligte BewohnerInnen als störend wahrgenommen werden, wenn sie sich an einem Arbeitskreis beteiligen, in dem Menschen aus der Mittelschicht dominieren: Die Studie verdeutlicht die hohe Bedeutung von *Effektivität* für letztere. Es ist ihnen wichtig, dass ihr Engagement ohne viele Umwege zu Ergebnissen führt. Die Rekonstruktion der Interaktionen macht dabei deutlich, dass die *Effektivität* des Engagements mit bestimmten Formen der Interaktion gleichgesetzt wird. So bestehen implizite, aber klare Regeln für die Interaktionen. Sie führen dazu, dass Engagementformen, die diesen Regeln nicht entsprechen, als störend empfunden werden – auch dann, wenn sie sich nur leicht, z.B. sprachlich unterscheiden. Ein wesentliches Ergebnis der Studie besteht demzufolge in der Erkenntnis, wie schwer es Menschen aus der Mittelschicht fällt, Formen von Engagement zu akzeptieren, die (oft nur leicht) von den impliziten Interaktionsnormen abweichen. Durch die teilnehmende Beobachtung wird der Blick also weg von den vermeintlich engagementfernen Menschen und hin zu einer mittelschichtgeprägten Kultur des Engagements gelenkt, welche durch ihre Eindimensionalität Engagement marginalisierter Menschen tendenziell als anders und störend ausgrenzt.

Die bislang skizzierten Zugänge aus diversitätstheoretischer, biografischer, lebensweltlicher und ethnografischer Perspektive vereint, dass sie v.a. kulturelle Aspekte fokussieren. Diese Analyse ist notwendig, weil Ausgrenzungsprozesse im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements auf der Normalisierung bestimmter Vorstellungen von Engagement beruhen, welche v.a. in der Mehrheitsgesellschaft verankert

sind. Würden wir es jedoch bei diesen Zugängen belassen, so gerieten wir in Gefahr, Marginalisierungsprozesse einseitig zu kulturalisieren. Deswegen benötigen wir ergänzend eine systemische Analyse auf der Metaebene, um die Systematik der Marginalisierung im Kontext sozialer Ungleichheit zu erfassen. Dies ist notwendig, um individualisierende und kulturalisierende Erklärungsmuster zu relativieren. Denn um die „mangelnde Beteiligung“ von sozial benachteiligten Gruppen beim bürgerschaftlichen Engagement zu erklären, werden zumeist individuelle oder gruppenbezogene Merkmale, insbesondere fehlende Ressourcen oder kulturelle Differenzen zu den Engagementstraditionen der Mehrheitsgesellschaft herangezogen.

Grundlage dieser strukturellen Perspektive ist ein Verständnis sozialer Benachteiligung als Ergebnis eingeschränkter Zugänge zu sozialen Positionen und Gütern (vgl. Kreckel 2001). Diese eingeschränkten Zugänge beruhen auf sozialen Differenzierungen, insbesondere in Bezug auf soziale Klasse, Geschlecht, Nationalität, Hautfarbe oder Wohnort (ebd.: 1730). Menschen, deren Zugang z.B. zu Erwerbsarbeit, Bildung, Einkommen oder statushöheren sozialen Positionen eingeschränkt ist, haben – so die These – ebenfalls einen erschwerten Zugang zu bürgerschaftlichem Engagement. Eingeschränkte Zugänge wirken sich auf zweierlei Weise auf das Engagement aus: Zugänge zu Erwerbsarbeit, Einkommen und Bildung bestimmen zum einen die Ressourcen, die Menschen für ihr Engagement zur Verfügung stehen (oder nicht). Gerade in existentiellen Notlagen bleiben zumeist nur noch wenige Ressourcen, um sich „für andere“, „für die Allgemeinheit“ zu engagieren, wie es das herrschende Verständnis z.B. von bürgerschaftlichem Engagement vorsieht. Sie bestimmen zum zweiten die Problemlagen, welche Menschen mit Engagement zu bewältigen oder zu verändern versuchen. Der theoretische Ansatz der *political opportunity structures* (vgl. z.B. Kriesi 2004) schärft in besonderer Weise den Blick für die strukturellen Bedingungen von Enga-

gement. Am Beispiel ethnischer Minderheiten kann z.B. gezeigt werden, welch großen Einfluss nationale Inkorporationsmodi auf ihr Engagement haben (vgl. Koopmans 2004) oder wie unterschiedliche ethnische Gruppen von unterschiedlichen Förderbedingungen profitieren.

Fazit

Aus der vielfältigen finanziellen Förderung hat sich ein neues Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit im Bereich der Unterstützung und Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements entwickelt. Das Verständnis des Zusammenhangs zwischen sozialer Benachteiligung und bürgerschaftlichem Engagement wirkt sich dabei maßgeblich auf die Projekte aus: Wird den „engagementfernen“ Gruppen ein Mangel an Ressourcen, Fähigkeiten oder Motivation unterstellt, so bietet dies einen Ansatzpunkt für eher individualistisch und defizitorientierte Trainingsprogramme. Wird demgegenüber die Ursache für die geringe Repräsentation sozial benachteiligter Gruppen in den Dominanzkulturen (vgl. Rommelpacher 1995; Munsch 2010) gesehen, so würde sich eher eine Sensibilisierung derjenigen anbieten, welche im Engagement am stärksten repräsentiert sind. Gefragt wäre eine Reflexion der Rahmenbedingungen (Räume, Interaktionsformen etc.) daraufhin, für welche sozialen Gruppen sie gewohnt und für welche sie eher ungewohnt oder ausgrenzend wirken. Hilfreich wären z.B. Moderationsmethoden, die auf gleichberechtigte Beteiligung hinwirken. Die Strukturperspektive schließlich könnte eher an kritische Ansätze der Gemeinwesenarbeit anknüpfen, deren Ziel in der Ermächtigung sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen und der Veränderung von Lebensbedingungen lag. Im Gegensatz zur Diskussion um bürgerschaftliches Engagement spielten Machtverhältnisse und soziale Konflikte hier eine zentrale Rolle (vgl. Oelschlägel 2001).

Insgesamt aber tut sich die skizzierte dekonstruktive Perspektive eher schwer mit Handlungsvorschlägen für eine Praxis, die eine gleich-

berechtigte Beteiligung an bürgerschaftlichem Engagement zu fördern versucht. Sowohl die lebensweltliche als auch die strukturelle Perspektive, welche die Ursachen der Ausgrenzung in den (impliziten) Interessen der Mehrheitsgesellschaft und der Reproduktion sozialer Ungleichheit verorten, erinnern uns vielmehr an die Beschränkung pädagogischer Programme, gerade dann, wenn sie sich an ausgegrenzte Gruppen richten.

Anmerkung

¹ Dies sind die drei wesentlichen Aspekte von Lebensbewältigung, wie sie Lothar Böhnisch (2002) definiert.

Literatur

Benhabib, S. (Hrsg.) 1996: *Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political*. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.

Böhnisch, L. 2002: *Lebensbewältigung. Ein sozialpolitisch inspiriertes Paradigma für die Soziale Arbeit*. In: W. Thole: *Grundriss Soziale Arbeit*. Opladen: Leske + Budrich, 199–213.

Bundesregierung 2010: *Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung*, Berlin.

Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ 2002: *Bericht. Bürgerschaftliches Engagement. Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft*. Opladen.

Erlinghagen, M./Rinne, K./Schwarze, J. 1999: *Ehrenamt statt Arbeitsamt? Sozioökonomische Determinanten ehrenamtlichen Engagements in Deutschland*. In: *WSI Mitteilungen* 4/1999, 246–255.

Ferree, M. M. 2000: *Was bringt die Biografieforschung der Bewegungsforschung? In: Miethe, I./Roth, S.* (Hrsg.): *Politische Biografien und sozialer Wandel*. Gießen, Psychosozial, 111–127.

Gensicke, T. / Picot, S. / Geiss, S. 2005: *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004. Ergebnisse der repräsentativen Trender-*

hebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Durchgeführt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. München.

Gensicke, T. / Geiss, S. 2010: Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftlichem Engagement. München.

Habermas, J. 1996: Three Normative Models of Democracy. In: Benhabib, S. (Hrsg.): Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political. Princeton, New Jersey: Princeton University Press. 21-30.

Holland-Cunz, B. 1994: Öffentlichkeit und Intimität - demokratiethoretische Überlegungen. In: Biester, E./Holland-Cunz, B./Sauer, B. (Hrsg.): Demokratie oder Androkratie? Theorie und Praxis demokratischer Herrschaft in der feministischen Diskussion. Frankfurt a. M. und New York: Campus, 227 - 246.

Jakob, G. 1993: Zwischen Dienst und Selbstbezug. Eine biografieanalytische Untersuchung ehrenamtlichen Engagements. Opladen: Leske + Budrich.

Jakob, G. 2003: Biografische Strukturen bürgerschaftlichen Engagements. Zur Bedeutung biografischer Ereignisse und Erfahrungen für ein gemeinwohlorientiertes Engagement. In: Munsch, C. (Hrsg.): Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Über lokales Engagement und soziale Ausgrenzung und die Schwierigkeiten der Gemeinwesenarbeit. Weinheim und München: Juventa.

Klein, A. 2001: Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Kontexte und demokratiethoretische Bezüge der neueren Begriffsverwendung. Opladen: Leske + Budrich.

Koopmans, R. 2004: Migrant Mobilisation and Political Opportunities: Variation Among German Cities and a Comparison with the United Kingdom and the Netherlands. In: Journal of Ethnic and Migration Studies, Jg. 30, Heft 3, 449-470.

Kreckel, R. 2001: Soziale Ungleichheit. In: Otto, H.-U./ Thiersch, H. (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit Sozialpädagogik. Neuwied: Luchterhand, 1729- 1735.

Kriesi, H. 2004: Political Context and Opportunity. In: Snow, D. A./Soule, S. A./Kriesi H. (Hrsg.): The Blackwell Companion to social movements. Malden, Oxford und Victoria: Blackwell.

Miehte, I. 2000: Biografie als Vermittlungsinstanz zwischen öffentlichen und privaten Handlungsräumen: Das Beispiel von Frauen der DDR-Opposition. In: Miehte, I./Roth, S. (Hrsg.): Politische Biografien und sozialer Wandel. Gießen: Psychosozial, 163-188.

Munsch, C. 2005: Die Effektivitätsfalle. Bürgerschaftliches Engagement und Gemeinwesenarbeit zwischen Ergebnisorientierung und Lebensbewältigung. Hohengehren: Schneider.

Munsch, C. 2010: Engagement und Diversity. Der Kontext von Dominanz und sozialer Ungleichheit am Beispiel Migration. Weinheim und München: Juventa.

Munsch, C. 2011: Engagement als Dominanzkultur - Entwurf eines diversitätsreflexiven Begriffs sozialen und politischen Engagements. In: DGfE-Kommission Sozialpädagogik (Hrsg.): „Bildung des Effective Citizen - Sozialpädagogik auf dem Weg zu einem neuen Sozialentwurf?“. Weinheim und München, 227-241.

Oelschlägel, D. 2001: Gemeinwesenarbeit. In: Otto, H.-U./Thiersch, H. (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit Sozialpädagogik. 2. Auflage. Neuwied: Luchterhand, 653-659.

Rommelspacher, B. 1995: Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. Berlin: Orlanda-Frauenverlag.

Young, I. M. 1996: Communication and the Other: Beyond Deliberative Democracy. In: Benhabib, S. (Hrsg.): Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political. Princeton, New Jersey: Princeton University Press, 120-135.

Bürgerschaftliches Engagement und die Gestaltung von Integrationsprozessen

Das Kooperationsprojekt *gemeinsam engagiert* als gutes Praxisbeispiel

Marion Bradl/Torsten Groß

Die Gestaltung von Integrationsprozessen – darüber gibt es inzwischen einen breiten politischen Konsens – ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die die Mitwirkung des Staates und der Zivilgesellschaft, der Mehrheitsgesellschaft und der Menschen mit Migrationshintergrund erfordert. Bürgerschaftlichem Engagement kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, verweist es doch immer auch auf Möglichkeiten der Mitgestaltung sowie auf die Mitverantwortung für Gemeinwesen und Gesellschaft. Denn wer sich freiwillig und unentgeltlich engagiert, sei es in der Nachbarschaft, im Stadtteil oder im Verein, „möchte nicht nur etwas ganz konkret tun – etwa jemanden helfen oder einen Missstand beseitigen –, sondern damit auch die Gesellschaft, zumindest im Kleinen, gestalten“ (Naumann/Klein 2010: 27). Bürgerschaftliches Engagement hat also per se bereits eine integrative Funktion und Wirkung. Für die Gestaltung von Integrationsprozessen ist es darüber hinaus auch Motor und Ausdruck gelebter Integration.

In der Bundesrepublik Deutschland hat Bürgerschaftliches Engagement im Bereich Integration eine gewachsene Tradition und umfasst vielfältige Formen, Themen und Akteur/innen. Ausgerechnet im Bereich Integration wurde lange Zeit aber nur das Engagement der Mehrheitsgesellschaft für Menschen mit Migrationshintergrund im Sinne ihrer Betreuung durch Einheimische wahrgenommen. In ihrer Rolle als engagierte Akteur/innen der Zivilgesellschaft wurden Migrant/innen selbst hingegen lange übersehen. Gerade gegenüber Migrant*innenvereinen herrschte vielmehr Skepsis, gerieten sie doch allzu oft unter den Verdacht der Abschottung und der Entwicklung sogenannter Parallelgesellschaften.

Mittlerweile sind die identitätsstiftende, den sozialen Zusammenhalt stärkende und für

die individuelle Handlungskompetenz förderliche Funktion von Migrant*innenorganisationen (vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2007: 173f.) sowie die Bedeutung des Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund für Integrationsprozesse anerkannt und erfahren in Politik, Forschung und Projektförderung große Aufmerksamkeit. So hat beispielsweise die noch junge Engagementforschung das Thema vor einigen Jahren aufgegriffen und seither unter anderem einen großen Anteil dazu beigetragen, dass der Vorwurf der Engagementferne oder gar der gesellschaftlichen Abkapselung von Menschen mit Migrationshintergrund entkräftigt werden konnte – freilich noch ohne eine abschließende Ausdifferenzierung des Engagementbegriffs, der Themen, Erhebungsmethoden und Messkriterien im Hinblick auf die spezifischen Formen des Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund.

Im Folgenden wird zunächst die Bedeutung von Bürgerschaftlichem Engagement von Migrant/innen für die Gestaltung von Integrationsprozessen verdeutlicht. In einem zweiten Schritt werden grundlegende Aspekte der kontroversen Fachdiskussion zum Thema vorgestellt. Sowohl in Wissenschaft und Praxis als auch in der Politik ist ein Paradigmenwechsel von einem eher auf die Mehrheitsgesellschaft ausgerichteten, karitativen Ansatz der Engagementförderung hin zur zunehmenden Berücksichtigung der Potenziale des Engagements von Migrant/innen und ihrer Bedeutung für Integrationsprozesse wahrzunehmen. Schließlich stellen wir mit „*gemeinsam engagiert*“ ein Projekt aus Bayern vor, das unseres Erachtens ein Beispiel guter Förderpraxis im Themenfeld liefert und viel versprechende integrations- und engagementpolitische Wege weist.

1 | Engagement von Migrant/innen und Migrantenorganisationen

Nicht nur das Bürgerschaftliche Engagement von Einheimischen für Migrant/innen, sondern auch das Bürgerschaftliche Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund hat eine lange Tradition und findet in vielfältigen Formen der Selbst- und Nachbarschaftshilfe, in Vereinen, in Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräten und in Projekten statt.

Die häufigste Organisationsform des Bürgerschaftlichen Engagements ist auch bei Migrant/innen der Verein. Laut Sinus Migranten-Milieu-Studie kennen fast alle befragten Migrant/innen einen Migrantenverein, ca. 50 Prozent haben schon einmal deren Angebote genutzt, 22 Prozent sind aktives oder passives Mitglied und 16 Prozent sind in Migrantenvereinen aktiv (vgl. Jungk 2010: 10). Die Funktionen von Migrantenvereinen sind genauso vielfältig wie ihr Selbstverständnis und ihre inhaltliche Ausrichtung: Migrantenvereine bieten Beratung und Unterstützung, sind Freizeit- und Begegnungsstätte und widmen sich der Kulturpflege und der Hilfestellung für neu Zugewanderte genauso wie aktuellen sozialen, politischen und religiösen Themen. Ihre Entwicklungsgeschichte ist eng mit den sich verändernden Herausforderungen von Migration und Integration verbunden. So orientieren sich Migrantenvereine insbesondere seit Mitte der 1980er Jahre zunehmend an Themen und Anforderungen der bundesdeutschen Gesellschaft und entwickeln entsprechende Angebote und Aktivitäten. Zeitgleich ist auch ein deutlicher Anstieg bei den Gründungen von Migrantenvereinen zu verzeichnen: Von den im Jahr 2001 im Ausländervereinsregister des Bundesverwaltungsamtes registrierten 16.000 Migrantenvereine wurde ein Drittel in den 1980er Jahren und 62,5 Prozent in den 1990er Jahren gegründet (Hunger 2005: 225)¹.

Als ethnien-, nationalitäten- und religionen-übergreifende Organisationsformen von Menschen mit Migrationshintergrund kommt den rund 400 Ausländer-, Migranten- und Integra-

tionsbeiräten Deutschlands (vgl. Roth 2009: 201) eine besondere Rolle in der Gestaltung von Integrationsprozessen zu. Ihre Gründung ist eng verbunden mit der dauerhaften Niederlassung der sogenannten Gastarbeiter, die ab den 1950er bis in die 1970er Jahre von der Bundesrepublik Deutschland angeworben wurden. Den Kommunen wurde bewusst, dass sie die Bedürfnisse und Probleme von Migrant/innen nicht kannten und die Zugewanderten selbst keine Möglichkeit hatten, ihre Interessen zu artikulieren oder zu vertreten (vgl. Wagner 2000: 37). Vor diesem Hintergrund wurden in den 1970er Jahren die ersten Ausländerbeiräte in der Bundesrepublik gegründet. Beiräte sind in der Regel gewählte Gremien der kommunalen Selbstvertretung von Migrant/innen und Beratungsgremien für Stadtrat, Verwaltung und Öffentlichkeit. Sie engagieren sich für ein demokratisches und gleichberechtigtes Miteinander und bringen ihr Wissen, ihre Erfahrungen und ihre Kontakte zu den Migrantennetzwerken in die kommunale Integrationsarbeit ein. Beiräte machen auf Problemlagen aufmerksam, engagieren sich mit für ihre Lösungen und leisten wichtiges und wertvolles Engagement für die Gestaltung der Integrationsprozesse in den Städten und Kommunen. Förderlich für ihre (vernetzende) Wirkung ist auch, dass viele Beiratsmitglieder gleichzeitig in Migrantenvereinen aktiv sind und somit dort eine Multiplikatorenfunktion innehaben.

Neben dem Engagement in Migrantenvereinen und Beiräten nimmt auch das Engagement von Migrant/innen in Einrichtungen der Mehrheitsgesellschaft zu. 18 Prozent der Befragten der Sinus Migranten-Milieu-Studie sind in Vereinen und Organisationen aktiv, die von Deutschen getragen werden², 12 Prozent der dort nicht Aktiven würden sich gerne beteiligen (vgl. Leipp 2010). Vor dem Hintergrund der besonders skeptischen Betrachtung des Engagements von Muslimen in der Bundesrepublik liefert die Studie über „Muslimisches Leben in Deutschland“ erhellende Ergebnisse: So sind 36,6 Prozent der befragten Muslime sowohl Mitglieder in Migrantenvereinen als

auch in deutschen Vereinen, 17,9 Prozent der Befragten sind ausschließlich in deutschen Vereinen organisiert und lediglich 4,2 Prozent ausschließlich in Migrantenvereinen (Haug/Müssig/Stichs 2009: 257).

Während es zu den organisierten Engagementformen von Migrant/innen inzwischen eine Reihe wissenschaftlicher Untersuchungen und Expertisen gibt, ist über das informelle Engagement von Migrant/innen in Nachbarschaften und (ethnischen) Communities bisher nur wenig bekannt: „Das vorherrschende Konzept von Engagement ist durch unsere westeuropäische Sicht geprägt und so häufig auf formelles Engagement in Vereinskontexten reduziert. (...) Menschen mit Migrationshintergrund werden (...) eher informell in Bereichen der gegenseitigen Hilfe und Selbsthilfe und in ihren ethnischen Gemeinschaften aktiv, deren Zielsetzungen auf ihre kulturellen, religiösen und Bildungsbedarfe sowie auf die Erlangung von sozialer und politischer Partizipation ausgerichtet sind“ (Huth 2007: 25). Eine Erweiterung der Forschung in Richtung informelles Engagement würde sicher zu einer differenzierteren und angemesseneren Sicht auf das bürgerschaftliche Engagement von Migrant/innen führen.

2 | Die Fachdiskussion zur gesellschaftlichen Bedeutung von Migrantenvereinen

Die Einordnung und Bewertung des bürgerschaftlichen Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund wurde lange von der kontroversen Diskussion um integrationshemmende und -fördernde Funktionen von Migrantenvereinen dominiert und beeinflusst. Auf der einen Seite wurde die These vertreten, dass ethnische Organisationen die Abgrenzung gegenüber der Aufnahmegesellschaft verstärken und die Segregation durch die Selbstethnisierung fördern. Auf der anderen Seite wurde festgestellt, dass Menschen mit Migrationshintergrund erst durch den Zusammenhalt und die Unterstützung in der eigenen ethnischen

Gruppe die Sicherheit und Orientierung erhalten, die notwendig ist, um selbstbewusst in der Aufnahmegesellschaft zu agieren („Integration durch Binnenintegration“; Elwert 1982). In Begriffen der Fachdiskussion um Sozialkapitel (vgl. Braun 2002) bedeutet das, dass dessen „brückenbildende“ nach außen integrativ wirksame Funktion (bridging) seine nach innen bindende Funktion (bonding) im Sinne von Selbstorganisation voraussetzt.

In der Fachdiskussion hat sich in den letzten Jahren eine ressourcenorientierte Perspektive auf Migranten(selbst)organisationen (MSO) durchgesetzt: „Das Integrationspotenzial von Selbstorganisationen von Menschen mit Migrationshintergrund belegen zahlreiche empirische Untersuchungen, in denen eine differenzierte Sicht auf Wirkungsweisen, Rollen und Funktionen von MSOs zum Ausdruck kommt, die in der Multifunktionalität von MSOs ihren begrifflichen Ausdruck fanden“ (BMFSFJ 2010: 16). Migrant/innen und Migrantenorganisationen werden von Wissenschaft, Forschung und Projektförderung auch zunehmend als *Akteure der Zivilgesellschaft*³ wahrgenommen und thematisiert.

So hat ein Paradigmenwechsel weg von einem eher karitativen, gleichsam paternalistischen Ansatz hin zu einem Konzept, das die aktive Rolle von Menschen mit Migrationshintergrund für die Integrationsprozesse ernst nimmt, stattgefunden.

Damit hat sich auch ein demokratisches Verständnis von Integration durchgesetzt. Dieses zielt auf die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben und verweist auf der Grundlage von Anerkennung und Wertschätzung sozialer und kultureller Vielfalt auch auf die notwendige Wechselseitigkeit der Gestaltung von Integrationsprozessen.

Hiermit eröffnen sich neue Perspektiven für die Gestaltung von Integrationsprozessen. Für engagierte Menschen mit Migrationshintergrund ist damit auch die Hoffnung verbunden, dass eine gemeinsame Gestaltung von

Integration auf Augenhöhe möglich wird und das Wissen, Know How und Engagement, das sie in die Gestaltung von Integrationsprozessen einbringen, endlich auch sichtbar gemacht, anerkannt und unterstützt wird. Denn gesellschaftliche Integration setzt voraus, an der Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes mitwirken zu können. Sie setzt aber auch voraus, dass diese Gestaltung und Mitwirkung auch gesellschaftliche Anerkennung und entsprechende Rahmenbedingungen findet.

In ihrer gemeinsamen Projektarbeit haben sich die Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY) und das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern (LBE) genau das zur Aufgabe gemacht.

3 | *gemeinsam engagiert* – Ziele, Maßnahmen und Ergebnisse des Kooperationsprojektes

Am 1. Juni 2007 startete in erstmaliger Kooperation von AGABY und LBE „Gemeinsam engagiert für eine gemeinsame Zukunft – Bürgerschaftliches Engagement im Bereich Integration“ (kurz: *gemeinsam engagiert*) als bayrisches Modellprojekt mit einer dreijährigen Laufzeit. Finanziert vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge war *gemeinsam engagiert* das erste Projekt auf Landesebene, das in gemeinsamer Trägerschaft einer Migranten- und einer deutschen Organisation stand und sich die Förderung und Unterstützung des Bürgerschaftlichen Engagements von und mit Menschen mit Migrationshintergrund zum Thema machte (vgl. BAMF/Stiftung Bürger für Bürger 2009).

3.1 | Projektziele

Ziel des Projektes war es, Bürgerschaftliches Engagement im Bereich Integration durch Beratung und Informationsvermittlung, durch Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen

sowie durch Austausch und Vernetzung zu fördern und zu unterstützen. Der Fokus lag dabei nicht auf der Förderung des Engagements *für* Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auf der Unterstützung des vielfältigen Engagements, das unmittelbar *von* und gemeinsam *mit* Menschen mit Migrationshintergrund in den Kommunen, in Einrichtungen und Vereinen vor Ort ausgeübt wird. Denn bislang erreichten Programme zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements hauptsächlich deutsche Institutionen der Freiwilligenarbeit, wie etwa Wohlfahrts- oder Jugendverbände. Förderprogramme oder Unterstützungsangebote, die speziell für Menschen mit Migrationshintergrund, für Migrantenvereine oder Ausländer- und Integrationsbeiräte konzipiert sind, waren bis dahin die Ausnahme. Dabei zeigen die Erfahrungen aus anderen Themenbereichen der Engagementförderung, dass es hauptamtliche Unterstützung, aktivierende Rahmenbedingungen und Qualifizierungsmöglichkeiten braucht, damit sich die Zielgruppen weiterentwickeln können. Dies gilt für die Menschen mit Migrationshintergrund umso mehr, da sie im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung über weitaus weniger Zugänge zu finanziellen und materiellen Ressourcen, zu Qualifizierungsmöglichkeiten oder auch zu den lokalen und überregionalen Netzwerken der Mehrheitsgesellschaft verfügen, was eine effiziente Entfaltung vorhandener bürgerschaftlicher Potenziale erschwert.

Neben der Verbesserung der Rahmenbedingungen und der Sichtbarmachung des Bürgerschaftlichen Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund war auch die interkulturelle Sensibilisierung und Öffnung von Einrichtungen, Strukturen und Förderprogrammen des Bürgerschaftlichen Engagements Ziel der Projektarbeit. So gab es zum Zeitpunkt des Projektbeginns nur wenig Berührungspunkte oder gar Kooperationen zwischen Einrichtungen des deutschen Freiwilligensektors und den Engagementformen von Menschen mit Migrationshintergrund. Sie tauchten in den Einrichtungen des Freiwilligensektors zwar verstärkt

als Nutzer/innen auf, kaum aber in den Entscheidungsstrukturen. Sowohl im deutschen Freiwilligensektor als auch bei den Migrantenorganisationen hatte und hat also eine interkulturelle Öffnung, wie sie für die Integration notwendig ist, noch längst nicht ausreichend stattgefunden.

3.2 | Teilprojekte

In vier exemplarischen Teilprojekten kooperierte *gemeinsam engagiert* mit zentralen Zielgruppen und Organisationsformen des Engagements von und mit Menschen mit Migrationshintergrund:

- In Kooperation mit dem Vorstand der AGA-BY und den kommunalen Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräten Bayerns hat *gemeinsam engagiert* auf Grundlage einer Bedarfserhebung Maßnahmen für die Fortbildung und Weiterqualifizierung – wie etwa Grundlagenseminare zur Einführung in die Beiratsarbeit – sowie zur besseren Vernetzung der Beiräte erarbeitet.
- In Zusammenarbeit mit dem Amt für Kultur und Freizeit und dem Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg entwickelte das Projekt übertragbare Fortbildungsmodulare für die Qualifizierung von Migrantenvereinen (Abendseminare zu Öffentlichkeitsarbeit, Vereinsrecht & Steuern, Veranstaltungsorganisation, Fundraising) und führte sie im Rahmen einer viersemestrigen Fortbildungsreihe für Nürnberger Vereine durch.
- Als Partner im Themenfeld der interkulturellen Öffnung kooperierte das Projekt mit dem Landesverband der Mütter- und Familienzentren in Bayern und konzipierte und initiierte einen Prozess der interkulturellen Öffnung für und mit den Mütterzentren in Germering und Erding. Eingesetzt wurden hierbei interkulturelle Trainings, Impulsworkshops sowie begleitete Arbeitstreffen.
- Die interkulturelle Öffnung, vor allem aber die Sichtbarmachung des Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund war

zentrales Thema des Projektes „Ingolstädter Brückenbauer“, das in Kooperation mit der Freiwilligenagentur Ingolstadt entwickelt und durchgeführt wurde. Das Projekt umfasste interkulturelles Training, eine gemeinsame Konzeptentwicklung, eine Wanderausstellung über engagierte Menschen mit Migrationshintergrund sowie die Erstellung einer Webseite.

Der Konzeption der Aktivitäten und Maßnahmen lag eine örtliche, zielgruppenspezifische Bedarfsanalyse zugrunde, die gemeinsam mit den jeweiligen Kooperationspartnern durchgeführt und ausgewertet wurde.

Die vier Teilprojekte konnten in der dreijährigen Laufzeit nur exemplarisch bearbeitet werden. Im Dienste ihrer fortdauernden Umsetzung sowie der Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere Träger und Einrichtungen wurden Ergebnisse und Erfahrungen des Modellprojektes fortlaufend online und abschließend in einer schriftlichen Projektdokumentation (siehe www.gemeinsam-engagiert.net) festgehalten.

3.3 | Ergebnisse: Handlungsfelder integrationsfördernder Engagementpolitik

Zu den wichtigsten Ergebnissen und Erkenntnissen der Projektarbeit zählen unter anderem folgende Punkte:

- Es besteht ein großer Bedarf an Weiterbildungs- und Qualifizierungsangeboten bei Beiräten und Migrantenvereinen. Die Angebote müssen allerdings dezentral, zielgruppenspezifisch, kostengünstig und den zeitlichen Ressourcen Ehrenamtlicher angepasst sein. Inhalte und Ausgestaltung der Fortbildungsmodulare müssen gemeinsam mit Multiplikator/innen aus den Zielgruppen sowie den Referent/innen entwickelt werden.
- Es gibt einen großen Nachholbedarf bei der interkulturellen Öffnung (IKÖ) von Einrichtungen der Freiwilligenarbeit. Insbesondere müssen Konzepte zur IKÖ von

ehrenamtlich geführten Einrichtungen mit ihren begrenzten Ressourcen entwickelt und die Akteur/innen für die Notwendigkeit der IKÖ sensibilisiert werden.

- Die Sichtbarmachung des Engagements von Migrant/innen ist ein wirkungsvoller Weg zur Sensibilisierung der Mehrheitsgesellschaft für die identitätsstiftende und die gesellschaftliche Bedeutung des Engagements von Migrant/innen und Migrantinnenorganisationen.
- Eine Nachhaltigkeit der Projektarbeit ist am ehesten bei frühzeitiger Kooperation mit bzw. Einbindung von relevanten Trägern und Einrichtungen vor Ort gewährleistet.
- In einer gemeinsamen Projektträgerschaft ist eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe nur möglich, wenn das strukturelle Ungleichgewicht zwischen dem etablierten (deutschen) Träger und der Migrantinnenorganisation wenigstens dahingehend ausgeglichen wird, dass auch in die notwendige Infrastruktur der Migrantinnenorganisation investiert wird.

3.4 | Trägerschaft

Das besondere Augenmerk der (Fach-)Öffentlichkeit richtete sich immer wieder auf die modellhafte Trägerschaft des Projektes durch AGABY und LBE. Die gemeinsame Trägerschaft einer Migrantinnenorganisation und einer deutschen Einrichtung spiegelte zugleich die interne Struktur, den inhaltlichen Ansatz und die Zielsetzung des Projektes wider: Integration gemeinsam und auf Augenhöhe zu gestalten. *gemeinsam engagiert* konnte somit auf die Potenziale beider Seiten zurückgreifen und profitierte dabei gerade auch vom beispielhaften Engagement der Menschen mit Migrationshintergrund bei der Gestaltung der Integrationsprozesse in Bayern. Das Kooperationsprojekt stand damit für eine Integrationsphilosophie, die nicht nur von einem offenen und gleichberechtigten Umgang sprach, sondern sie auch auf allen Ebenen der Zusammenarbeit,

von der strategischen Steuerung bis zum Alltagsgeschäft, lebte.

4 | Fazit

Die dreijährige Projektarbeit von AGABY und LBE hat gezeigt, dass das Bürgerschaftliche Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund gerade auch im Bereich Integration vielfältig und groß ist. Zu einer Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements und damit auch der Gestaltung von Integrationsprozessen bedarf es daher weniger der Motivierung für mehr Engagement, sondern vielmehr

- verbesserter Rahmenbedingungen,
- einer verbesserten Anerkennungskultur,
- der Interkulturellen Öffnung bestehender Einrichtungen der Mehrheitsgesellschaft
- und eines Ausgleichs struktureller Ungleichheiten.

In Positionspapieren und Konzepten der Wissenschaft und Politik (z.B. Nationaler Integrationsplan, Bundesweites Integrationsprogramm, Nationales Forum Engagement und Partizipation) wurden dazu in letzter Zeit konkrete Empfehlungen entwickelt. Um die Rolle von Migrantinnenorganisationen als Akteure der Integrationsförderung zu stärken, empfiehlt beispielsweise das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) den „Auf- und Ausbau tragfähiger Strukturen für die Integrationsarbeit von Migrantinnenorganisationen“ (Bundesministerium des Innern/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2010: 119ff.). In Bezug auf seine eigene Projektmittelvergabe hat das BAMF selbst praktische Konsequenzen gezogen und mittels adressatengerechter Information und Beratung dazu beigetragen, den Anteil von Migrantinnenorganisationen an geförderten Projektträgern innerhalb von zwei Jahren zu verdreifachen. Allerdings ist dies eine bemerkenswerte Ausnahme.

Zwischen den Empfehlungen und dem integrationspolitischen Alltag liegen allerdings immer noch Welten: So gibt es nach wie vor zahlreiche Beispiele dafür, wie ehrenamtliche Vertreter/innen von Migrantinnenorganisationen

in hauptamtliche Gremien der Integrationsarbeit und -politik auf kommunaler oder Landesebene berufen werden, ihr Engagement, ihr Know How und ihre Erfahrungen gerne abgefragt werden, sie aber ihre Fahrtkosten und Auslagen privat leisten müssen. Doch nicht nur auf Auslagenerstattung müssen die ehrenamtlichen Protagonisten der Integrationsarbeit oftmals verzichten, vielmehr wird ihren Trägervereinen allzu oft auch die verlässliche Förderung einer Infrastruktur mit hauptamtlichen Stellen verwehrt. Das Ehrenamt der Migrantorganisationen wird in der Regel also nicht vom Hauptamt flankiert und unterstützt. Als struktureller Nachteil erweist sich diese fehlende Förderung oftmals auch in den sogenannten Tandemprojekten zwischen einer (etablierten) deutschen und einer Migrantorganisation: In einer gleichberechtigten Partnerschaft muss diese Zusammenarbeit auf Augenhöhe erfolgen. Das ist nicht gegeben, wenn nur in

die Funktionsfähigkeit des etablierten Trägers investiert wird.

Für die betroffenen Migrantorganisationen entsteht hier nicht selten der Eindruck von Instrumentalisierung: Ihr Wissen, ihre Kompetenzen, ihr Know How und ihre Zugänge zu den Migrantcommunities werden, so scheint es, von den etablierten Trägern der Mehrheitsgesellschaft abgeschöpft, während die Migrantorganisationen nach der Projektträgerschaft wieder mit leeren Händen dastehen. Ein Paradigmenwechsel in der Strukturförderung wäre also auch hier grundlegende Voraussetzung für eine tatsächlich gleichberechtigte Beteiligung.

Marion Bradl ist Projektkoordinatorin und Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migrant- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY). Kontakt: bradl@agaby.de



Torsten Groß ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (LBE) / Institut für soziale und kulturelle Arbeit Nürnberg (ISKA). Kontakt: gross@iska-nuernberg.de

Gemeinsame Projekte der AGABY und des LBE:

Gemeinsam engagiert – Bürgerschaftliches Engagement im Bereich Integration (6/2007-5/2010), www.gemeinsam-engagiert.net; Empowerment und Partizipation – Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements und der Beteiligung von Migrantenorganisationen in Bayern (6/2010-5/2013), www.partizipation-in-bayern.de.

Anmerkungen

¹ Zur Definition von Ausländervereinen: § 14 Gesetz zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts – Vereinsgesetz (VereinsG): „(1) Vereine, deren Mitglieder oder Leiter sämtlich oder überwiegend Ausländer sind (Ausländervereine), können über die in Artikel 9 Abs. 2 des Grundgesetzes genannten Gründe hinaus unter den Voraussetzungen des Absatzes 2 verboten werden. Vereine, deren Mitglieder oder Leiter sämtlich oder überwiegend ausländische Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Union sind, gelten nicht als Ausländervereine.“ Laut Vereinsgesetz (§19-21) müssen Ausländervereine den örtlichen Behörden Auskunft über ihre Tätigkeit sowie über alle Änderungen der Satzung, der Vorstandsmitglieder (inkl. der jeweiligen Anschriften) geben. Wenn sie sich politisch betätigen, müssen sie auf Verlangen der zuständigen Behörden auch Auskunft über Namen und Anschrift ihrer Mitglieder sowie über Herkunft und Verwendung ihrer Mittel geben. Die örtlichen Behörden geben die Daten dann gemäß § 22 an das Bundesverwaltungsamt weiter.

² Zum Vergleich: Nur 16 Prozent sind in Migrantenvereinen aktiv engagiert. Beispielhaft genannt seien hier erfolgreiche Projektansätze wie Stadtteilmütter (www.stadtteilmuetter.de) oder „Migranten für Migranten“ (MiMi) genannt (www.bkk-bv-gesundheit.de/bkk-promig).

de) oder „Migranten für Migranten“ (MiMi) genannt (www.bkk-bv-gesundheit.de/bkk-promig).

³ So auch der Titel einer Tagungsreihe des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement.

Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2007: Nationaler Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen, Berlin. www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/IB/Anlagen/nationaler-integrationsplan,property=publicationFile.pdf [14.7.2011].

Braun, Sebastian 2002: Soziales Kapital, sozialer Zusammenhalt und soziale Ungleichheit. Integrationsdiskurse zwischen Hyperindividualismus und der Abdankung des Staates. In: Bundeszentrale für Politische Bildung: Aus Politik und Zeitgeschichte, 29-30. www.bpb.de/publikationen/6ME8WR,0,Soziales_Kapital_sozialer_Zusammenhalt_und_soziale_Ungleichheit.html [15.6.2011].

Bundesministerium des Innern/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hg.) 2010: Bundesweites Integrationsprogramm. Angebote der Integrationsförderung in Deutschland – Empfehlungen zu ihrer Weiterentwicklung. www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2010/integrationsprogramm.pdf;jsessionid=8644235817EE6B4A6FCFE591BE51CEBD.1_cid156?__blob=publicationFile [14.7.2011].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2010: Forschungsstudie Migrantinnenorganisationen in Deutschland. Berlin. www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Migrantinnenorganisationen-in-Deutschland-Abschlussbericht,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf [14.7.2011].

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)/Stiftung Bürger für Bürger 2009: Engagiert für Integration – Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen aus 16 Modellprojekten

ten zum interkulturellen bürgerschaftlichen Engagement. Nürnberg/Berlin. www.integration-in-deutschland.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Integration/Publikationen/Integrationsprogramm/EngagiertFuerIntegration,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/EngagiertFuerIntegration.pdf [14.7.2011].

Elwert, Georg 1982: Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Jg. 34, Heft 4, 717-731.

Haug, Sonja/Müssig, Stephanie/Stichs, Anja 2009: Muslimisches Leben in Deutschland. Im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, Forschungsbericht Nr.6. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Hunger, Uwe 2005: Ausländervereine in Deutschland. Eine Gesamterfassung auf der Basis des Bundesausländervereinsregisters. In: Weiss, Karin/Thranhardt, Dietrich (Hg.): Selbsthilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen. Freiburg i. Br.: Lambertus, 211-244.

Huth, Susanne 2007: Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten – Lernorte und Wege zu sozialer Integration. Frankfurt. www.inbas-sozialforschung.de/download/0705_BE_Migranten_Lernorte_Integration_SHuth.pdf [14.7.2011].

Jungk, Sabine 2010: Migrantenselbstorganisation: Formen, Aktivitäten, Potenziale und Wege des Empowerments. In: Deutscher Caritasverband (2010): Migrantenorganisationen – ein Schlüssel zur selbstbestimmten Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund. Dokumentation des Expertenworkshops, Fulda, 23./24. März 2010, Freiburg i. Br., 9-21.

Leipp, Thomas 2010: Migrantenorganisationen – Bekanntheit, Nutzung, Erwartungen. In: Deutscher Caritasverband (2010): Migrantenorganisationen – ein Schlüssel zur selbstbestimmten Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund. Dokumentation des Expertenworkshops, Fulda, 23./24. März 2010, Freiburg i. Br., 42-57. www.caritas.de/aspect_shared/download.asp?id=10CBA120C6F459DD000D30B63BAB9D8437E8CF24264FF86F7099E E8AB90FE4038CFA3D802F3ED97CFE075E6521F59007&Description=Dokumentation%20des%20Expertenworkshops%20vom%20M%E4rz%202010&Filename=Doku_Expertenworkshop_Migrantenorganisationen_2010.pdf [14.7.2011].

Naumann, Siglinde/Klein, Ansgar 2010: Zur Partizipation von Migrantinnen und Migranten durch bürgerschaftliches Engagement. In: gemeinsam engagiert – Bürgerschaftliches Engagement im Bereich Integration. Projektdokumentation der AGABY und des LBE. Mai 2010. Nürnberg, 27-30. www.gemeinsam-engagiert.net/fileadmin/ge/Abschlussdoku/Dokumentation_gemeinsam_engagiert_gesamt.pdf [14.7.2011].

Roth, Roland 2009: Integration durch politische Partizipation und bürgerschaftliches Engagement. In: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft – Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen. 1. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag, 195-215.

Wagner, Marc 2000: Der Ausländerbeirat. Frankfurt a.M., Europäischer Verlag der Wissenschaften.

Gesellschaftliches Engagement von Kindern und Jugendlichen

Wiebken Düx

Demokratien sind auf aktive Beteiligung angewiesen. Das soziale und politische Engagement im Jugendalter ist ein Gradmesser für die aktive Teilhabe von Menschen an der Gestaltung einer demokratischen Zivilgesellschaft in ihrem weiteren Lebensverlauf. Um auch zukünftig bürgerschaftliches Engagement in gemeinnützigen Organisationen und damit die Basis der Zivilgesellschaft aufrechtzuerhalten, kommt der Einbindung von Kindern und Jugendlichen eine eigene wichtige Bedeutung zu: „Sollen langfristig Grundlagen und Voraussetzungen für die Entwicklung und Gestaltung der Bürgergesellschaft geschaffen werden, stehen und fallen diese Bemühungen mit der Gewinnung und Integration der kommenden Generation“ (Enquete-Kommission 2002: 202).

Neben der gesellschaftlichen Bedeutung wird dem ehrenamtlichen Engagement junger Men-

schen auch eine hohe individuelle Bedeutung zugemessen. So lässt sich in den letzten Jahren ein wachsendes Interesse an der Relevanz freiwilligen Engagements für die Entwicklung, Bildung, gesellschaftliche Partizipation und Integration Jugendlicher feststellen (vgl. Buhl/Kuhn 2005). In einer Reihe neuerer empirischer Studien werden Fragen des Kompetenzerwerbs und der demokratischen Teilhabe durch jugendliches Engagement untersucht (vgl. etwa Fischer 2001; Reinders 2005; Richter et al. 2006; Düx et al. 2008).

Gefragt danach, wo junge Menschen sich typischerweise engagieren, hat der Bereich der Kinder- und Jugendarbeit eine unübersehbare Bedeutung. Hier engagieren sich besonders viele junge Menschen (vgl. Gensicke et al. 2006; Düx et al. 2008). Die Jugendarbeit ist ein klassisches Einstiegsfeld für jugendliches



Engagement und gesellschaftliche Verantwortungsübernahme.

Mit ihren freiwilligen, niedrigschwelligen Angeboten setzt sie an den alltäglichen Bedürfnissen, Freizeitinteressen und Bildungswünschen der Heranwachsenden an. Sie eröffnet mit ihren Möglichkeiten zur aktiven Teilnahme, Mitgestaltung, Selbstorganisation und Verantwortungsübernahme eine breite Palette von Gelegenheiten für Bildungs- und Entwicklungsprozesse.

Kern des ehrenamtlichen Engagements von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist die Jugendverbandsarbeit. Die Jugendlichen kommen – so die klassische „Verbandsbiographie“ – über Familie und Freunde als Teilnehmende und/oder Mitglieder zu den Jugendverbänden und übernehmen dann nach und nach auch Aufgaben und Funktionen – etwa die Leitung einer Gruppe oder die Mitwirkung an den Organisationsarbeiten im Verband. Das vielfältige Angebot für Kinder und Jugendliche ist nur durch die große Zahl an überwiegend jungen Ehrenamtlichen möglich. Allerdings sind die Organisationen in der Folge gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse herausgefordert, neue Wege und Strategien zu erproben, wenn sie auch in Zukunft eine ausreichende Zahl an Heranwachsenden gewinnen und für freiwilliges Engagement begeistern wollen.

1. | Potenziale jugendlichen Engagements

Anhand einer neueren Studie zum Kompetenzerwerb Jugendlicher (vgl. Dux et al. 2008) konnte gezeigt werden, dass die Settings des freiwilligen Engagements jungen Menschen durch die Verknüpfung gesellschaftlicher Verantwortungsübernahme mit individuellen Lernprozessen besondere Lern- und Bildungschancen eröffnen. Demnach hat der Kompetenzerwerb hier nachhaltige Effekte, die auch noch im Erwachsenenalter wirksam sind, und zwar sowohl mit Blick auf Kompetenzprofil und Persönlichkeitsentwicklung als auch hinsichtlich gesellschaftlicher und politischer Beteiligung.

Wie die Untersuchung empirisch belegt, können Heranwachsende in einem freiwilligen Engagement eine große Bandbreite und Vielfalt an Kenntnissen und Fähigkeiten personeller, sozialer, kultureller und instrumenteller Art erwerben. Wenn sich dem Dritten Freiwilligen-survey zufolge 35 Prozent aller deutschen Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren freiwillig engagieren, so bedeutet dies, dass das Engagement ein – auch quantitativ – bedeutsames gesellschaftliches Lernfeld für junge Menschen bildet.

Neben sozialen und persönlichkeitsbildenden Eigenschaften und Fähigkeiten werden den Befunden der Studie zufolge im jugendlichen Engagement insbesondere Organisations-, Leitungs-, Team- und Gremienkompetenzen entwickelt und vertieft. Dabei verfügen in ihrer Jugend engagierte Erwachsene verglichen mit der Gruppe der früher nicht Engagierten insgesamt über ein breiteres Spektrum an Erfahrungen und Kompetenzen. Besonders groß sind die Differenzen zwischen den beiden Gruppen, wenn es um Organisations- und Leitungskompetenzen geht.

Durchgehend zeigt sich bei im Jugendalter Engagierten eine Tendenz zu mehr gesellschaftlicher Beteiligung. Sie sind politisch interessierter und engagieren sich in weit stärkerem Umfang (54 Prozent) als Nicht-Engagierte (15 Prozent). Wer sich also bereits als jugendlicher engagiert, tut dies mit großer Wahrscheinlichkeit auch als Erwachsener. Da junge Menschen Fähigkeiten wie Interessenvertretung, Anwendung formal-demokratischer Spielregeln, Mitarbeit in Gremien oder Leitungskompetenzen in anderen gesellschaftlichen Bereichen kaum erwerben können, stellen die Organisationen freiwilligen Engagements ein besonders relevantes Lernfeld zum Einüben demokratischer Beteiligungsformen und Verfahrensweisen dar.

Während Heranwachsende heutzutage durch die lange Schulphase, den Aufschub von Erwerbstätigkeit und ökonomischer Selbständigkeit weitgehend von Verantwortungsübernahme ferngehalten werden, bietet ihnen das

freiwillige Engagement demgegenüber die Möglichkeit, in einem geschützten Rahmen sukzessiv Aufgaben und Verantwortung für andere zu übernehmen. Dadurch können Heranwachsende die für sie wichtige Erfahrung „konkreter Nützlichkeit“ sowie gesellschaftlicher Relevanz ihres Tuns machen (vgl. von Hentig 2007). Empirisch zeigt sich, dass Verantwortungsübernahme im Rahmen freiwilligen Engagements jungen Menschen einen wichtigen Schritt aus dem privaten in den öffentlichen Raum und damit eine Ausweitung ihres Erfahrungshorizonts, ihrer Kontakte und ihrer Handlungsmöglichkeiten über Schule, Familie und Freundeskreis hinaus ermöglicht.

Die Studie belegt, dass freiwilliges Engagement ein wichtiges gesellschaftliches Lernfeld ist, in dem sich Kompetenzerwerb, Persönlichkeitsbildung, biographische Orientierung und gesellschaftliche Solidarität verbinden können. Hier können vielfältige Kenntnisse, Einstellungen und Fähigkeiten erworben werden, die für eine eigenständige und sozial verantwortliche Lebensführung sowie die Beteiligung an demokratischen Verfahren unabdingbar sind, in schulischen Settings jedoch kaum vorkommen. Wenn in einer demokratischen Gesellschaft das Ziel des Aufwachsens eigenverantwortliche und gemeinschaftsfähige sowie informierte, kompetente Bürger/innen sind, die sich aktiv an der Gestaltung einer demokratischen Zivilgesellschaft beteiligen, sind neben der schulischen Bildung auch die beschriebenen Bildungspotenziale eines freiwilligen Engagements wichtig.

3. | Herausforderungen

Schon die normale alters- und lebensphasenbedingte Fluktuation der Ehrenamtlichen ist in den Jugendverbänden recht hoch, so dass sich das Problem der Kontinuität der Arbeit und der Rekrutierung Ehrenamtlicher stets von neuem stellt. Das Ende der Schulzeit oder Ausbildung, Studienbeginn, Berufseinstieg, Partnerschaft oder Familiengründung sowie Ortswechsel und neue zeitliche Belastungen

bedeuten häufig auch eine Beendigung des Engagements. Darüber hinaus beeinflussen gesellschaftliche Veränderungsprozesse das Engagementpotenzial der Kinder- und Jugendarbeit: Verberuflichung und Verfachlichung der Arbeit, die Auflösung traditioneller sozial-kultureller Milieus, wachsende Mobilität, Migrationsbewegungen sowie die demografische Entwicklung wirken sich auf die Mitglieds- und Ehrenamtlichenstruktur aus. Die Bemühungen der Verbände um ehrenamtlichen Nachwuchs sowie die Diskussionen der letzten Jahre weisen auf strukturelle Probleme der Jugendverbände hin, auf die sie reagieren müssen.

Demografische Entwicklung

Die Jugendarbeit muss sich damit auseinandersetzen, dass - insbesondere im ländlichen Raum - die Zahl der Kinder und Jugendlichen spürbar zurückgeht. Dies wird voraussichtlich auch zu Rückgängen beim jugendlichen Potenzial für ehrenamtliches Engagement führen.

Migration

Die Organisationen suchen ehrenamtlichen Nachwuchs, der sich mit ihren Zielen und Werten identifiziert und diese an Heranwachsende weitergibt. Durch die wachsende Zahl von Kindern und Jugendlichen mit Migrationserfahrung kommen vor diesem Hintergrund auf die Anbieter von Kinder- und Jugendarbeit neue Herausforderungen zu. Dabei geht es auf der individuellen Ebene um die Frage, wie die Zugänge für junge Menschen mit Migrationshintergrund zu den Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit und damit auch zu einem Engagement verbessert werden können, da diese die Angebote bislang noch vergleichsweise selten nutzen. Um Heranwachsende mit Migrationshintergrund anzusprechen und zu gewinnen, können Angebote im Rahmen der Ganztagschule einen niedrigschwelligen Zugang eröffnen.

Zum anderen bietet sich die Möglichkeit an, auf der strukturellen Ebene die Potenziale der Selbstorganisation deutlicher zu nutzen und infolgedessen das Engagement in den Migran-

tenjugendselbstorganisationen nicht nur zu fördern, sondern diese in die gesamte Verbandsstruktur bzw. in die Stadt- und Kreisjugendringe zu integrieren.

Heterogene Milieus

Auch wenn sich aus der Gruppe der Mitglieder immer noch viele ehrenamtlich Engagierte gewinnen lassen, nehmen die stabilen traditionellen Milieus ab, die durch eine gewisse Einheitlichkeit von Inhalten, Werten und Stilen gekennzeichnet sind und sich darüber auch bestimmten Jugendorganisationen verbunden fühlen. In Anbetracht der anhaltend hohen Migrationszahlen wächst die Vielfalt und Heterogenität mit Blick auf die nationale Herkunft und die lokale Verwobenheit ebenso wie mit Blick auf die kulturellen und religiösen Wurzeln. Heute sprechen Jugendverbände nur noch Teile der jugendlichen Milieus, Szenen, Kulturen und Cliques an (vgl. Wippermann/Calmbach 2007). Eine an homogenen Milieus ausgerichtete Jugendarbeit muss sich auf diese veränderte Ausgangslage einstellen und auf die damit verbundene Heterogenität konzeptionell reagieren. Die Schlüsselfrage lautet dabei, wie man nicht-affine Gruppen und Milieus besser ansprechen und einbeziehen kann.

Da Zugänge zur Jugendarbeit oft über Freunde und Familie, also über persönliche Kontakte, erfolgen, müssten andere Zugangswege gesucht und „milieu-multiple“ Konzepte für die Jugendarbeit entwickelt werden. Bleiben die Jugendverbände ihrer traditionellen Selbstergänzungslogik verhaftet, so finden damit nicht korrespondierende Milieus, junge Menschen mit Migrationshintergrund oder bildungsferne bzw. sozial benachteiligte Jugendliche auch weiterhin nur in Ausnahmefällen einen Zugang zu den entsprechenden Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit.

Soziale Teilnahmeselektion

Die Daten unterschiedlicher Studien belegen, dass sich überwiegend sozial gut integrierte deutsche Jugendliche mit höherer Schulbil-

dung engagieren. Der Zugang zum Engagement sowie die Art des Engagements stehen in engem Zusammenhang mit den sozialen Ressourcen und den kulturellen Interessen im Elternhaus. Dabei ist bereits die Mitgliedschaft in einem Verein oder einer Organisation, die oft die Voraussetzung für ein freiwilliges Engagement ist, abhängig vom Bildungsstatus. Freiwilliges Engagement nimmt schon im Jugendalter mit dem Bildungsstatus zu und ist umso intensiver, je höher der Bildungsgrad ist. Jugendliche aus sozial unterprivilegierten, partizipations- und bildungsfernen Bevölkerungsgruppen sind im Engagement unterrepräsentiert und damit zu einem großen Teil von den hier möglichen Lernerfahrungen, sozialen Kontakten und Kompetenzgewinnen ausgeschlossen (vgl. Gensicke et al. 2006; Dux et al. 2008). Daraus folgt, dass die Jugendarbeit eine wachsende Zahl von Heranwachsenden, insbesondere in den größeren Städten, nicht mehr erreicht. Insofern stellt sich künftig vermehrt die Herausforderung, systematische Strategien zu entwickeln, die solchen „Exklusionsprozessen“ entgegenwirken. Bislang existieren noch kaum Modelle und Strategien, wie bildungsferne junge Menschen, die keine persönlichen Bezüge zu Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit haben, erreicht werden können.

Konkurrenz alternativer Angebote

Jugendverbände sind heute in Bezug auf Freizeitangebote für Heranwachsende nur noch ein Veranstalter unter vielen, kommerziellen wie nicht-kommerziellen. Zudem hat der rasante Wandel des Medienangebots das Freizeitverhalten Heranwachsender in den letzten Jahren stark verändert. Insofern wird es für die Jugendorganisationen schwieriger, Kinder und insbesondere Jugendliche zu gewinnen und zu halten.

Zeitverdichtung

Darüber hinaus scheint mit der Zunahme von Ganztagschulen ein Konkurrenzproblem hinsichtlich der freien Zeit Heranwachsender zu

entstehen. Das Engagement der Alterskohorte von 14 bis 21 Jahren ist zu 88 Prozent ein Engagement von Schülerinnen und Schülern (vgl. Gensicke et al. 2006). Diese sind die Gruppe, die am ehesten über frei einteilbare Zeit verfügt. Ihr Engagement findet häufig während der Woche am Nachmittag statt, während erwerbstätige Jugendliche eher auf die Abendstunden und Wochenenden angewiesen sind. Daher bietet die Halbtagschule mit Vormittagsunterricht günstige Voraussetzungen für freiwilliges Engagement.

Empirische Studien liefern inzwischen erste Hinweise, dass Prozesse schulischer Verdichtung durch Ganztagschulen sowie die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit von neun auf acht Jahre zulasten des freiwilligen Engagements Jugendlicher gehen könnten (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010). Eine Ausweitung schulinterner Engagementformen lässt sich demgegenüber bisher nicht erkennen. Hier wird künftig verstärkt zu beachten sein, inwieweit durch die Verkürzung der Gymnasialzeit (G 8) sowie die Verbreitung der Ganztagschule oder die stärker verpflichtenden Bachelor-Studiengänge Jugendlichen die Zeit für das Engagement fehlt.

Zudem macht sich eine Tendenz bemerkbar, dass Jugendliche sich nicht mehr langfristig binden wollen, sondern eher bereit sind, sich an zeitlich begrenzten Projekten und Events zu beteiligen und kurzfristig Verantwortung zu übernehmen (vgl. Wippermann/Calmbach 2007).

Wenn sich die Jugendphase in den kommenden Jahren weiter verdichtet, dann kann freiwilliges Engagement nicht einfach durch ein altersmäßiges Vorziehen der Zielgruppe aufgefangen werden. Es braucht vor allem die älteren Jugendlichen, die in der Jugendarbeit sozialisiert wurden, um die Kontinuität der Arbeit über Jugendgenerationen hinweg zu sichern. Kommerzielle Angebote, die genau diese Zielgruppe der älteren Jugendlichen und jungen Erwachsenen ansprechen, sind für diese Tradierung eine nicht zu übersehende Herausforderung.

Fachlichkeit und Professionalität

Jugendverbandsarbeit ist zwar nach wie vor ein ehrenamtlich geprägtes Arbeitsfeld, dennoch benötigt Ehrenamtlichkeit aufgrund komplexerer Rahmenbedingungen sowie gesteigerter pädagogischer, fachlicher und organisatorischer Anforderungen in zunehmendem Maß eine berufliche Unterstützung. Ein ausschließlich ehrenamtliches Engagement wird es in Anbetracht einer weiterhin unter Verfachlichungs- und Professionalisierungsdruck stehenden Kinder- und Jugendarbeit immer weniger geben können, schon gar nicht auf überregionaler Ebene. Das Ehrenamtsmanagement der Jugendverbände verlangt nach einer Ergänzung durch berufliche Fachkräfte, zu deren Aufgaben auch die Gewinnung, Bindung und Weiterbildung der Ehrenamtlichen gehört. Hierfür benötigt die Jugendarbeit entsprechende Ressourcen, auch deshalb, weil der demografisch bedingte Rückgang der jungen Menschen sich auch auf das Potenzial und die absolute Zahl an ehrenamtlich engagierten Jugendlichen auswirken wird.

Ohne eine Mindestausstattung an beruflichem Personal sind die gesamten Strukturen einer ehrenamtlich organisierten Kinder- und Jugendarbeit in ihrem Bestand, in ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Funktionalität gefährdet. Um das große Potenzial gesellschaftlichen Engagements bei jungen Menschen auch in Zukunft zur Geltung zu bringen, bedarf es einer weiterentwickelten und ausgebauten personellen Infrastruktur einer fachlichen Kinder- und Jugendarbeit (vgl. Rauschenbach et al. 2010).

4. | Fazit

Die Kinder- und Jugendarbeit muss angesichts des sozialen und demografischen Wandels, der zeitlichen Verdichtung der Jugendphase, der vielfältigen Konkurrenz anderer Freizeit- und Bildungswelten neue Wege finden, wie sie eine kulturell und sozial heterogener werdende Gruppe von jungen Menschen auch in Zukunft ansprechen und für ein ehrenamtliches Engagement gewinnen kann.

Mit den traditionellen Rekrutierungsstrategien und Konzepten sowie den derzeitigen Personal- und Finanzressourcen lassen sich jedoch weder die Angebote im erforderlichen Umfang erweitern noch neue Zielgruppen erschließen.

Wiebken Düx ist Diplom-Pädagogin und arbeitete bis März 2010 im Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut/Technische Universität Dortmund. Kontakt: wduex@fk12.tu-dortmund.de

Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hg.) 2010: Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel. Bielefeld: Bertelsmann.

Bubl, Monika/Kuhn, Hans-Peter 2005: Erweiterte Handlungsräume im Jugendalter: Identitätsentwicklung im Bereich gesellschaftlichen Engagements. In: Schuster, Beate H./Kuhn, Hans-Peter/Uhlendorf, Harald (Hg.): Entwicklung in sozialen Beziehungen - Heranwachsende in ihrer Auseinandersetzung mit Familie, Freunden und Gesellschaft. Stuttgart: Lucius u. Lucius, 217-237.

Düx, Wiebken/Prein, Gerald/Sass, Erich/Tully, Claus J. 2008: Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Enquete-Kommission 2002: „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“. Deutscher Bundestag. Bericht. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Schriftenreihe. Band 4. Opladen: Leske u. Budrich.

Fischer, Corinna 2001: „Das gehört jetzt irgendwie zu mir“. Mobilisierung von Jugend-

lichen aus den neuen Bundesländern zum Engagement in einem Umweltverband. Eine explorative Studie am Beispiel der BUNDjugend. Diss. TU Chemnitz.

Gensicke, Thomas/Picot, Sibylle/Geiss, Sabine 2006: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hentig, Hartmut von 2007: Bewährung: Von der nützlichen Erfahrung, nützlich zu sein. Weinheim: Juventa.

Rauschenbach, Thomas/Borrmann, Stefan/Düx, Wiebken/Liebig, Reinhard/Pothmann, Jens/Züchner, Ivo 2010: Lage und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg. Eine Expertise. Stuttgart: Landeszentrale für politische Bildung.

Reinders, Heinz 2005: Jugend. Werte. Zukunft. Wertvorstellungen, Zukunftsperspektiven und soziales Engagement im Jugendalter. Landesstiftung Baden-Württemberg (Hg.), Schriftenreihe der Landesstiftung. Stuttgart.

Richter, Helmut/Jung, Michael/Riekemann, Wibke 2006: Jugendverbandsarbeit in der Großstadt. Perspektiven für Mitgliedschaft und Ehrenamt am Beispiel der Jugendfeuerwehr Hamburg. Hamburg.

Wippermann, Carsten/Calmbach, Marc 2008: Sinus-Milieustudie U27. Wie ticken Jugendliche? Lebenswelten von katholischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Grundorientierung, Vergemeinschaftung, Engagement, Einstellung zu Religion/Kirche vor dem Hintergrund des Sinus-Milieus® 2007. Sozialwissenschaftliche Lebensweltanalysen von Sinus Sociovision im Auftrag vom Bund der Katholischen Jugend und MISEREOR (Hg.). Düsseldorf/Aachen: Haus Altenberg.

Ist sozial, was Arbeit schafft? Zivilgesellschaft und Soziale Arbeit

Bernhard Jirku

Die Lücken wurden im Lauf der vergangenen Jahre immer größer: Immer öfter machten sich Aufgabenbereiche bemerkbar, in denen soziale Arbeit zu verrichten gewesen wäre, die indes unerledigt blieb. Die Lage der Dinge hat sich im Lauf der vergangenen zehn Jahre eher verschlimmert als verbessert; sei es mit Blick auf öffentliche Infrastrukturen, öffentliche Daseinsvorsorge, soziale Sicherung oder auf die Fürsorge. Immer mehr Menschen benötigen bessere Entfaltungsmöglichkeiten, Unterstützung oder gar Fürsorgeleistungen.

1 | Brachliegende Aufgaben

Diejenigen, die professionell mit Arbeiten in den Branchen sozialer Dienstleistungen betraut sind, sind oft gestresst oder gar überlastet. Ihre Aufgabenfelder wurden ausgedehnt, Personal ausgedünnt, Arbeit verdichtet. Viele notwendige und sinnvolle Tätigkeiten können von ihnen nur noch hastig oder oberflächlich oder gar nicht mehr verrichtet werden. Ganze Aufgabenbereiche liegen mittlerweile brach.

Langjährig erfahrene Fachkräfte erinnern sich an Zeiten, in denen in ihren Tätigkeitsbereichen sorgfältiger gearbeitet werden konnte, für Hilfe- oder Unterstützungsbedürftige mehr Zeit verwendet werden konnte. „Früher“ ist im Lauf der Jahre unversehens zu einer „Utopie“ geworden, zum Maßstab des Abgleichs von Zuständen, in denen eine bessere Aufgabenbewältigung möglich war und auch wieder möglich werden sollte.

Kann es bei einem derartigen Mangel an sozialen Dienstleistungen ein „Zuviel“ an bürgerschaftlichem Engagement geben? Haben wir nicht vielmehr in unserer demokratischen Zivilgesellschaft zu wenig Bürgerinnen und Bürger, die sich wofür oder wogegen auch immer engagieren?

2 | Vier Schritte vor, ein Schritt zurück

Früher? Bis vor einigen Jahrhunderten zählten soziale Dienstleistungen zur Domäne der Familien und der aus Spenden finanzierten kirchlichen Barmherzigkeit, bevor sie im Zeitalter der Aufklärung zur kommunalen Aufgabe der Armenfürsorge wurden. Im Zeitalter der Industrialisierung und Säkularisierung wurden die Sozialversicherungen geschaffen, die kommunale Daseinsvorsorge bildete sich heraus und Wohlfahrtsverbände entstanden. Schrittweise löste sich die Finanzierung gemeinwohlorientierter Arbeit von unstetigen Spenden, Schenkungen und Stiftungen. Soziale Dienstleistungen erhielten ein solides Fundament, sei es über Sozialversicherungsbeiträge, sei es über Steuermittel. Verbunden damit waren Arbeitsplätze, die wenngleich bescheidene so doch angesehene Existenzen ermöglichten.

Mit dem Auf- und Ausbau des Sozialstaates, dem Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft sowie der Stärkung der sozialgesetzlichen Vorsorge und des gesellschaftlichen, sozialen Ausgleichs konnte in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts ein Zustand erreicht werden, der aus heutiger Sicht schon fast als „klassisch“ angesehen werden kann: als der Zustand eines Besseren, das Kürzungsrunde um Kürzungsrunde immer mehr in Bedrängnis geraten ist.

Jetzt stehen wir seit etwa zwei Jahrzehnten mitten im Übergang von der industrieorientierten zur personenbezogenen Dienstleistungsgesellschaft, in einem Prozess der informationstechnologischen Automatisierung von Dienstleistungs- und Industrieprozessen, in einem Wandel vom „Raubbau“ zur Nachhaltigkeit.

In diesem Übergang sehen wir uns mit verschiedenen Paradoxien konfrontiert: Auf der

einen Seite bleiben immer mehr notwendige und sinnvolle Arbeiten liegen oder können nur allzu unzulänglich verrichtet werden, auf der anderen Seite heißt es, uns ginge die Arbeit aus. In Dienstleistungsbranchen wie Betreuung und Pflege sowie Erziehung und Bildung wachsen die Erwerbstätigkeitsquoten stetig, während sie in der Industrie schon seit Jahrzehnten rückläufig sind. Und obschon es auch in Zukunft um genügend Arbeit im Prinzip nicht schlecht bestellt scheint, mangelt es an einer ausreichenden Finanzierung von Zukunftsbranchen und -berufen in den Dienstleistungswelten.

3 | Ist Arbeit die Hauptsache?

Fehlgeleitet wurde die Art und Weise des Übergangs von der industrieorientierten zur personenbezogenen Dienstleistungsgesellschaft durch das auch international medial stetig verkündete Credo, Arbeit sei die Hauptsache. Parteiprogrammatisch heißt es dann, „Sozial ist, was Arbeit schafft“, im Klartext: Arbeit um jeden Preis, zu jedem Preis, egal unter welchen Bedingungen. Infolgedessen weht ein zunehmend rauerer Wind, den auch die dem Gemeinwohl verpflichtete Soziale Arbeit zu spüren bekam, herrscht eine Großwetterlage, unter deren Einfluss viele Akteure sozialer Dienstleistungen seit einiger Zeit nach Wegen suchen, die notwendigen und sinnvollen Aufgaben in den Griff zu bekommen. Ein fast schon „klassischer“ Ausweg scheint da die Zusammenarbeit von professionellen Fachkräften und hilfsbereiten Freiwilligen zu sein. Von bürgerschaftlichem Engagement, Zivilgesellschaft, trisektoraler Koproduktion, einem Welfare Mix oder einer Koproduktion bei der Erbringung sozialer Dienstleistungen ist die Rede. Eine nationale Engagement-Strategie soll eine tragfähige Engagement-Infrastruktur herbeiführen.

Doch können wir den eigentlichen Herausforderungen einer sich wandelnden Dienstleistungsgesellschaft damit wirklich begegnen? Instrumentalisieren der Staat und andere Ak-

teure damit nicht die Zivilgesellschaft, um billige Arbeitskräfte zu gewinnen? Ist bürgerschaftliches Engagement letztlich sozio-ökonomisch tragfähig, ist es bei der Transformation hin zu mehr personenbezogenen Dienstleistungen überhaupt nachhaltig?

4 | Parallelgesellschaften

Um die Soziale Arbeit und die Gestaltung der Wandlungsprozesse in den gemeinwohlorientierten Dienstleistungswelten könnte es in der Tat wesentlich besser bestellt sein, hätten wir es nicht zeitgleich vor dem Hintergrund globaler Machtverhältnisse mit Finanzmarktakteuren zu tun, die sich mit viel Geld und prächtig medial flankiert eine Parallelgesellschaft mit Schattenbanken und anderem mehr aufbauen konnten. Diese Akteure haben Beitragsmittel zur sozialen Sicherung (Stichwort „Privatisierung“) und Steuermittel (Stichwort „Niedrigsteuern“) Stück für Stück auf ihre Mühlen umgeleitet und es sogar vermocht, Staaten und Steuerzahler bzw. die Mittelschichten in die Gewährleistungshaftung für ihre Gewinne zu nehmen – ohne für ihre Finanztransaktionen auch nur einen einzigen Prozentpunkt Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer zu bezahlen, bereit von Steueroase zu Steueroase weiterzuziehen, in aller Herren Länder auf der Suche nach neuen Finanzquellen. Selbst ein Land wie Deutschland trägt zurzeit in Teilbereichen – wie zum Beispiel bei der fehlenden Vermögensbesteuerung sowie der tatsächlichen Besteuerung von Unternehmen und Banken – Züge einer Steueroase.

Hingegen wurde die am Gemeinwohl orientierte Soziale Arbeit zunehmend ausgedünnt und an den Rand gedrängt. Ein anschauliches neoliberaleres „soziales“ Leitbild findet sich in den USA: Hier gibt es kaum noch Sozialhilfe nach Bedarfslage und aktive Unterstützung, anzutreffen sind vielmehr Suppenküchen, Kleiderkammern und Obdachlosenasyile für die Armen, die durch bürgerschaftliches Engagement der Mittelschicht erbracht werden, eine Gesundheitsversorgung für die Armen durch bürgerschaftliches Engagement der Ärzte,

Rechtsvertretung durch bürgerschaftliches Engagement der Anwälte usw. Das, woraus sich kein Gewinn erzielen lässt, wird (wieder) der Barmherzigkeit anheimgestellt. Ein Leitbild, dem sich in Deutschland außer einigen Medien, Unternehmen und Bankenkreisen auch eine kleinere politische Partei in aller Form verschrieben hat. Ihr derzeitiger Vorsitzender hat es einmal in einer bekannten Talkshow sinngemäß so ausgedrückt: Die Menschen würden deshalb mehr Netto vom Brutto benötigen, weil sie die fehlende soziale Sicherung zukünftig selbst privat bezahlen müssten. Was für den Gesundheits- und Pflegebereich beispielsweise bedeutet, dass die Leistungsfähigkeit der sozial-gesetzlichen (Kranken-)Versicherung zusammengestrichen wird und die Steuern gesenkt werden, damit zusätzliche private Kranken- und Pflegeversicherungen und steigende Zusatzbeiträge bezahlt werden können. Dass die privat-kommerziell erbrachten Leistungen letztlich ausgedünnt und teurer sind und immer weniger Menschen erreichen, wird dabei natürlich verschwiegen.

5 | Ist Arbeit eine Nebensache?

Gerade die dem Gemeinwohl verpflichtete Soziale Arbeit benötigt indes zweifellos eine weit bessere finanzielle Basis als wir sie heute vorfinden; eine solide Basis, von der aus personenbezogene Dienstleistungen nachhaltig entwickelt und finanziert werden können. Diese Basis wurde der Sozialen Arbeit in Deutschland sowie in einigen Ländern der EU und der OECD in den vergangenen Jahrzehnten in einem beträchtlichen Maße entzogen – in anderen Ländern, mit einer teils weit besseren ökonomischen Entwicklung als bei uns, übrigens nicht.

Bei den sozialen Dienstleistungen mussten, sollten oder wollten neben den Zivildienstleistenden in den vergangenen zehn Jahren immer mehr Freiwillige und seit fünf Jahren immer mehr sozial Hilfsbedürftige in die Bresche des Personalabbaus in der Sozialen Arbeit springen. Parallel zu diesem Prozess wurde eine all-

gemeine Niedrig- und Hungerlohnstrategie zur „Entwicklung“ von Dienstleistungen etabliert: mit Mini-Jobs, Leiharbeit, (Schein-)Selbstständigkeit beziehungsweise ihrer Begünstigung und Subventionierung sollten im Rahmen der so genannten Agenda-Politik neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Inzwischen ist klar: In diesem Prozess wurde existenzsichernde Beschäftigung verdrängt, Personalkapazitäten ausgedünnt und gerade die Arbeit in den Dienstleistungsbranchen prekärer gemacht. Besonders betroffen waren und sind übrigens (wieder einmal) Frauen.

Die Qualität der Dienstleistungen und der Sozialen Arbeit sowie die dazu notwendige Qualifizierung wurde im Rahmen der Agenda-Politik aus dem Blickfeld gerückt: Es sollte alles nur recht billig sein und möglichst noch billiger werden. Qualifizierung kostet hingegen Geld und qualifizierte Beschäftigte sollten dann auch besser bezahlt werden. Das wäre jedoch eine Ausrichtung, die sich wenig mit den magersüchtigen Modellen von neoliberaler Staatlichkeit, entwerteter sozialer Sicherung und rudimentärer Fürsorge verträgt.

6 | Prekäre Arbeitsmärkte

Unter derartigen Rahmenbedingungen wurden im Laufe der vergangenen zehn Jahre der Agenda-Politik im tertiären Sektor verstärkt prekäre Arbeitsmarktlandschaften entwickelt: Freiwillige, die nicht nur Zeit und ihr soziales Engagement mitbringen, sondern auch keine Aufwandsentschädigung erwarten, wurden beliebter denn je. Menschen, die gern ein kleines Zubrot verdienen möchten oder dringend etwas mehr Geld brauchen, konnten mit (pauschalen) Aufwandsentschädigungen von bis zu 175 Euro verpflichtet bzw. bei der Stange gehalten werden. Für die besonders Tüchtigen bzw. Unentbehrlichen winkt im günstigen Fall der so genannte Mini-Job mit 400 Euro pur oder plus Aufwandspauschale. Von 0 über 175 und 400 auf 575 Euro – so könnte man die Orientierungspunkte in einigen neueren Arbeitsmarktlandschaften pointiert zusammenfas-

sen; zunächst teilweise noch ohne, später dann in der Regel mit Unfallversicherung.

Für Jugendliche wurden über den Zivildienst hinaus Sonderprogramme eingerichtet, Tätigkeitsverhältnisse mit unterschiedlichen Bezeichnungen und mit Einkommen unterhalb des Sozialhilfesatzes; teils mit, teils ohne Sozialversicherung, die bei Jugendlichen und Frauen stillschweigend als Familienversicherung unterstellt wird.

Einen starken Auftrieb erhielt die Prekariisierung der Beschäftigungslandschaften im tertiären Sektor durch die so genannten Ein-Euro-Jobs, die zunächst von Sozialhilfeempfänger/innen erbracht und 2005 auf die Bezieher/innen von Hartz-IV-Leistungen ausgedehnt wurden. Der Lebensunterhalt und die soziale Absicherung dieses Personenkreises werden über das so genannte Arbeitslosengeld II gewährleistet. Eine eigenständige Existenzsicherung der Betroffenen – z.B. in Form einer öffentlich geförderten Beschäftigung in der Entgeltvariante – wird nur in seltenen Fällen für notwendig erachtet. Euphemistisch werden die mehr oder weniger freiwillig Gedungenen von einigen Akteuren gar als „Ehrenamtliche“ bezeichnet.

Das ganze Ausmaß an Verkennung und Dequalifizierung Sozialer Arbeit ergoss sich in den Medien, wenn es immer mal wieder darum ging, Lücken in gemeinwohlorientierten Arbeitsmärkten so billig wie möglich zu schließen: Aus den vom Arbeitsmarkt angeblich so völlig entwöhnten Hartz-Empfänger/innen und hochgradig sozial Hilfebedürftigen wurden über Nacht für qualifizierte Tätigkeiten einsetzbare Menschen.

7 | Mehr und bessere soziale Dienstleistungen!

Was für ein Ausmaß an Verachtung und Missachtung der vielseitigen Anforderungen an hochwertige soziale Dienstleistungen! Was für eine Verkennung der Erfordernisse, moderne, qualitativ hochwertige Dienstleistungen, insbesondere bei personenbezogener Sozialer Arbeit

zu entwickeln und zu stabilisieren! Was für ein Mangel an Zivilcourage, an Engagement, sich den Notwendigkeiten einer sozial gerechteren, ökonomisch tragfähigeren und gesellschaftlich verantwortbareren Finanzierung sozialer Dienstleistungen zu stellen!

Soziale Arbeit verdient mehr Achtung, mehr Beachtung, mehr Ansehen, mehr Qualität, mehr Qualifizierung, bessere Arbeitsbedingungen und eine weit bessere Finanzierung – sowohl im Interesse derjenigen, die als Betroffene auf personenbezogene Dienstleistungen angewiesen sind, als auch derjenigen, die soziale Arbeiten erbringen. Nicht nur Menschenrechte, Humanismus und Demokratie, auch ökonomische Faktoren sprechen für mehr gesellschaftliche Ausgewogenheit, für einen umfassenden sozio-ökonomischen Ausgleich über Steuermittel und Sozialversicherungsbeiträge sowie für deren Einsatz zur Entwicklung moderner, besserer, personenbezogener Dienstleistungen.

8 | Beschäftigungsmotor Pflegeversicherung

Ein mittlerweile nahezu klassisches Beispiel der adäquaten Begleitung des gesellschaftlichen wie des wirtschaftlichen Wandels ist die Einführung und Stabilisierung der sozialgesetzlichen Pflegeversicherung. Die Transformation zur personenbezogenen Dienstleistungsgesellschaft wurde frühzeitig unterstützt und mit einer zwar bescheidenen aber beständigen finanziellen Basis versehen.

Kontraproduktiv sieht es hingegen bei den öffentlichen Infrastrukturen und der sozialen Daseinsvorsorge aus. Durch den an vielen Punkten herbeigeführten Ausfall von Steuermitteln und durch zahlreiche Steuergeschenke wurden mit den öffentlichen Mitteln auch soziale Dienstleistungen zurückgenommen und Infrastrukturen teils in die Privatisierung, teils in die Unterfinanzierung getrieben – mit den entsprechenden Konsequenzen für die am Gemeinwohl orientierten öffentlichen Dienstleistungen und die Beschäftigung im Dritten Sektor.

9 | Wegweiser aus Irrwegen?

Im Sinne einer mehr personenbezogenen Dienstleistungsgesellschaft, einer am Menschen ausgerichteten nachhaltigen Dienstleistungs- und Industriegesellschaft wird indes eine umfassende sozio-ökonomische Umgestaltung und deren Finanzierung benötigt: beispielsweise für eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung, eine sozialere Daseinsvorsorge, eine bessere Bildung sowie Aus- und Weiterbildung, eine bessere Integration bildungsferner Schichten, bessere Dienstleistungen in der Fürsorge. Dort, wo Mittel eingesetzt werden, können mehr und bessere Arbeit sowie bessere Dienstleistungen entstehen – dort, wo sie fehlen, nicht. Dies gilt gerade auch für die Soziale Arbeit.

Zur Umorientierung, zur Entwicklung einer zukünftig tragfähigen personenbezogenen Dienstleistungsgesellschaft muss die Zivilgesellschaft mit mehr bürgerschaftlichem Engagement beitragen, mit nachdrücklichem Engagement in den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, in der Öffentlichkeit, in den Parteien und auch in den Gewerkschaften. Die Zivilgesellschaft sollte das im Prinzip stärker tun und sich nicht darauf beschränken, eine grundlegend defizitäre Ausrichtung beim Wandel zur personenbezogenen Dienstleistungsgesellschaft durch Befürwortung und Unterstützung der Ausweitung prekärer Arbeitsformen auszugleichen. Freiwillige Helfer taugen in der Sozialen Arbeit weder als Heinzelmännchen, noch als Ersatz für schlechte sozio-ökonomische und gesellschaftliche Weichenstellungen.

Die Zivilgesellschaft muss sich umso dringlicher engagieren, da in den vergangenen Jahren die Mittel und die Instrumente für eine Begleitung, Abfederung und Flankierung der ökonomischen und sozialen Wandlungsprozesse eher weiter verringert als gesteigert worden sind. Die Infrastrukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge, der Leistungsfähigkeit der Sozialversicherungen und die Wirkungsmöglichkeiten der Fürsorge sind stärker unterfinanziert denn je. Die Löhne sanken im vergangenen Jahrzehnt ebenso wie das Niveau der sozialen

Sicherung und die Belastbarkeit von öffentlicher Daseinsvorsorge und Fürsorge. Armut wurde verstärkt, Kaufkraft reduziert, Arbeitsplätze wurden prekariert. Viele Menschen wissen immer weniger, worauf sie ihr Leben noch bauen können. Notlagen nahmen zu statt ab.

10 | Mehr und bessere Arbeit – Zeit für bürgerschaftliches Engagement

Vor diesem Hintergrund haben die Gewerkschaften erst recht bessere Arbeitsbedingungen, einschließlich eines existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohns, auf ihre Fahnen geschrieben. Hierzu gehören eine bessere soziale Sicherung und eine bessere öffentliche Daseinsvorsorge. Es geht vor diesem Hintergrund zugleich um eine gerechtere Besteuerung hoher Vermögen und großer Erbschaften. Es geht darum, mehr und zuverlässige Mittel für gemeinwohlorientierte öffentliche Infrastrukturen zu erwirtschaften und für zukunftssträchtige Dienstleistungen einsetzen zu können. Es geht darum, die Kommunen und den Staat aus der Verschuldungsfalle herauszuholen, statt ihn mit „Schuldenbremsen“ weiter hinein zu bugsieren.

Mehr und bessere, existenzsichernde und gute Arbeit: Es geht dabei nicht um „Vollbeschäftigung“ um jeden Preis. Es geht um eine bessere Verteilung der Arbeitszeiten (Stichwort „hohe Teilzeit“) und der Arbeit, eine bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben (Stichwort „work-life-balance“) sowie um die Entwicklung sinnvoller Tätigkeitsfelder und der Erwirtschaftung der entsprechenden finanziellen Ressourcen.

Zudem geht es in derartigen Kontexten um eine auskömmliche finanzielle Unterstützung (seien es Mittel für Sachausgaben oder Aufwendungen) von gemeinnützigen Projekten, die im Rahmen des Leistbaren auch von bürgerschaftlichem Engagement begleitet werden sollten. Dabei ist das Element der Freiwilligkeit zu stärken, ökonomische Abhängigkeiten sind auszuschließen. Zwischen Erwerbsarbeit und freiwilligen Tätigkeiten muss sorgfältig unterschieden werden. Die Unterstützung des

bürgerschaftlichen Engagements aus öffentlichen Mitteln muss auf gemeinnützige Tätigkeiten in gemeinnützigen Kontexten fokussiert werden. Mehraufwendungen sind zu erstatten, damit auch einfach bemittelte Bevölkerungskreise Zugang zu bürgerschaftlichem Engagement haben können. Es bleibt verfehlt, bürgerschaftliches Engagement für unentgeltliche Arbeiten zu missbrauchen.

11 | Dienstleistungswelten gestalten

Über die Ermöglichung des bürgerschaftlichen Engagements hinaus ist die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di an einer Weiterentwicklung der Dienstleistungen mit qualitativ hochwertiger, zumindest existenzsichernder Erwerbsarbeit gelegen, sei es im Bereich der Wohlfahrt, des öffentlichen als auch des privaten Sektors. Dazu bedarf es solider Finanzierungen der öffentlichen Hand und der Sozialversicherungen durch eine umfassende Beteili-

gung aller gesellschaftlichen Akteure entsprechend ihrer Leistungsfähigkeiten.

Ver.di setzt sich für einen qualitativ hochwertigen Begriff von Dienstleistungen ein, tritt einer Prekarisierung und Dequalifizierung in den Dienstleistungsbranchen entgegen und wendet sich gegen eine Arbeitsmarktpolitik, die Niedriglöhne ausweitet und vertieft. Unser Anliegen ist, analog zu einer Industriepolitik auch eine dezidierte Dienstleistungspolitik zu fördern. Unser Ziel bleibt mehr und bessere Arbeit für mehr und bessere Dienstleistungen und bessere Entfaltungsmöglichkeiten auch jenseits der Erwerbsarbeitswelten.

Bernhard Jirku ist bei ver.di auf der Bundesebene für Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zuständig. In den vergangenen Jahren war er in unterschiedlichen Kontexten mit örtlicher, regionaler, bundesweiter und europäischer Beschäftigungspolitik befasst. *Kontakt:* bernhard.jirku@verdi.de

Engagement und Partizipation in der Stadtentwicklung

Elke Becker

Man mag sich womöglich die Frage stellen, was bürgerschaftliches Engagement mit Stadtentwicklung zu tun hat. Eine erhöhte Aufmerksamkeit erhält diese Frage vor dem Hintergrund der Kürzungen in dem Förderprogramm „Soziale Stadt“. Dieser Beitrag versucht die aktuelle Situation einzuordnen.

Eigentlich gibt es inzwischen einen Konsens bei stadtentwicklungsrelevanten und -interessierten Akteuren: Der Ansatz der integrierten Stadtentwicklung ist notwendig, um Räume nachhaltig und akteursgerecht zu entwickeln. Hinter diesem Ansatz verbirgt sich

zum einen der Anspruch, betroffene Akteure in Raumentwicklungsprozesse – möglichst zielgruppenspezifisch – einzubeziehen. Zum anderen sollen durch ressort- und hierarchieübergreifende Zusammenarbeit bessere Kommunikation und Kooperation, mehr Transparenz und Effektivität erreicht werden. Auch wenn es für den Begriff der integrierten Stadtentwicklung keine verbindliche Definition gibt, ist er maßgeblicher Bestandteil der „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“, die im Rahmen der Deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Mai 2007 von den für

Stadtentwicklung zuständigen Ministern¹ unterzeichnet wurde.

In Europa waren es die Gemeinschaftsinitiativen URBAN (1994-1999) sowie URBAN II (2000-2006), die diesen Ansatz forcierten. Beispielhaft steht in Deutschland – auch als europäisches Vorbild – das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ für den integrierten Ansatz. Es wurde im Jahr 1999 zur Aufwertung so genannter benachteiligter Stadtteile ins Leben gerufen. Als Programmziele werden hier beispielhaft die Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen in solchen Stadtteilen, die Stärkung lokaler Ökonomien, aber auch die Beteiligung betroffener Bewohner und Akteure genannt. Zusätzlich gibt es, initiiert vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), bei dem auch die „Soziale Stadt“ angesiedelt ist, seit 2007 eine Nationale Stadtentwicklungspolitik (NSP), in Folge der genannten Leipzig Charta. Die NSP verfolgt u.a. das Ziel, Stadt zu einem öffentlichen Thema zu machen und damit mehr Bewusstsein und Verantwortungsgefühl für Stadtentwicklung, -gestaltung und -gesellschaft zu erreichen. Damit mag es auch leichter fallen, sich für städtische Belange einzusetzen.

Soweit die Programmatik, denn wie dieser integrierte Ansatz und entsprechende Programme tatsächlich umgesetzt werden, hängt nicht unwesentlich davon ab, ob die betreffenden Akteure ihn auch mittragen. Dies beginnt bereits auf Länderebene. „Soziale Stadt“ wird keinesfalls in jedem Bundesland gleichermaßen umgesetzt, was sich in der jeweiligen Ausformulierung oder Untersetzung der Programme zeigt. Lokal mag der goldene Zügel der Förderung zwar funktionieren, erfolgreich und nachhaltig ist der integrierte Ansatz aber erst dann, wenn er vor Ort gewollt ist und praktiziert wird.

Dass er politisch gerne als Erfolg gefeiert und in der Realität halbherzig umgesetzt wird, zeigen die Kürzungen der aktuellen Bundesregierung beim Programm „Soziale Stadt“ von 95 auf 27 Mio. Euro für das Jahr 2011.

Kritische Stimmen fragen, warum ein Bundesbauministerium soziale Projekte unterstüt-

zen soll, assoziiert man mit diesem doch eine Zuständigkeit für den investiven Bereich mit Fokus auf Städtebau und Verkehrsinfrastruktur. Diese Frage sollte durchaus laut gestellt und vor allem öffentlich diskutiert werden, aber nicht hinter verschlossenen Türen im Kabinett – um anschließend drastische Kürzungen zu beschließen und zu verkünden. Doch der Reihe nach: Die Frage, was soziale Komponenten und Beteiligung in der Stadtentwicklung und der „Sozialen Stadt“ eigentlich bedeuten, setzt voraus, sich zunächst mit dem Begriff der Stadtentwicklung zu befassen.

1 | Von der Stadtplanung zur interdisziplinären Stadtentwicklung

Wird mit dem Berufsfeld der Stadt- und Regionalplanung zunächst die hoheitliche Aufgabe der Planung in Verbindung gebracht, hat sich doch bei dem Gros der praktizierenden Planer mittlerweile ein erheblicher Wandel vollzogen. Stadtplanung ist zur Stadtentwicklung geworden. Damit wird hoheitliche Planung nicht abgelöst. Sie bleibt eine öffentliche Aufgabe, wird aber erweitert und damit nachhaltiger. Planung geht inzwischen weit über die Sicherstellung des Verkehrsflusses, Bereitstellung von Infrastruktur, Bausicherheit oder den Anspruch an Bauästhetik hinaus. Stadtentwicklung lässt sich ohne ökonomische, soziale und ökologische Aspekte nicht mehr denken – und praktizieren. Sie impliziert Stadtgesellschaft in all ihrer Aufgaben- und Akteurs-Heterogenität. Die Interessen der Wirtschaft ebenso zu berücksichtigen wie die Belange der Umwelt, die der Kinder ebenso wie die der Senioren, war zwar schon immer ein Ziel des Planers, der sich für das Gemeinwohl in der Gesellschaft zuständig und verantwortlich sah. Er meinte aber in der Regel abschätzen zu können, was gut für andere sei, ohne die jeweiligen Akteursgruppen einzubeziehen oder gesamtgesellschaftlich zu denken. Die Folgen sind bekannt: Satelliten- und Trabantenstädte, Segregation und Suburbanisierungsprozesse (vgl. z.B. Häußermann et al. 2008: 109ff; ARL 2005: 1021ff). So wie die Planung ein Prozess ist,

unterliegt auch der Beruf des Planers selbst einem Wandlungsprozess. Seine Rolle hat sich verändert. So ist die Interdisziplinarität Teil der Ausbildung und Praxis geworden. Der Planer sieht sich heute zusehends in der Rolle des neutralen Dritten, als Moderator, Prozesssteuerer oder als Übersetzer und Vermittler zwischen unterschiedlichen Interessen. Dies zeigt sich auch im Programm der „Sozialen Stadt“. Im Zuge dessen sind zahlreiche Quartiers- oder Stadtteilbüros entstanden, unter anderem, um die Bürger da einzubeziehen, wo sie leben und ihnen einen Raum für Mitgestaltung und Mitsprache zu geben.

2 | Das Programm „Soziale Stadt“ – Eine Erfolgsstory?

Die positiven Erfahrungen mit dem Programm „Soziale Stadt“ entbinden nicht von der Verantwortung, sich auch kritisch mit der Strategie und Umsetzung, mit den Zielen oder einzelnen Projekten zu befassen. Beispielsweise ist es fraglich, ob jemand nur deshalb in einem Gebiet wohnen bleibt, weil es dort Maßnahmen der „Sozialen Stadt“ gibt. Außer Frage steht aber, dass sie die Situation der Menschen verbessern können, die dort bleiben (müssen). Es ist anzunehmen, dass nicht bei jedem Projekt Erfolgsgeschichte geschrieben wurde. Das Zusammenwirken unterschiedlicher hierarchischer Strukturen innerhalb einer Verwaltung, aber auch bezogen auf die Abstimmung und Kommunikation zwischen den Kommunen und Ländern hat nicht überall gleichermaßen Anklang gefunden. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, dass Strukturen oftmals wieder zusammenbrechen, wenn Förderungen auslaufen. Vielfach erweist sich aber, dass Stadtentwicklung nicht nur die Planer etwas angeht und dass betroffene Akteure eine Meinung und eine Stimme haben bzw. entwickeln können, wenn man sie mit entsprechenden Teilnahmeverfahren, wie Zukunftswerkstätten, Stadtteilspaziergängen oder Planungszellen, mitnimmt.

Mehr noch: Beteiligung und ressortübergreifendes Arbeiten haben die Qualität der

Planung verbessert. Nicht zuletzt sind die gesammelten Erfahrungen ein Lernfeld für Planer und Bürger gleichermaßen. Die Bürger erleben ihre Rolle und Mitsprachemöglichkeiten auf einer neuen Ebene – sie erproben damit auch demokratisches Handeln. Stadtentwicklung sollte daher, mehr als bislang, als Lernfeld für Engagement und Zivilgesellschaft verstanden werden. Planer können durch integrierte Ansätze lokales Wissen generieren und verknüpfen. Aus persönlicher Erfahrung lässt sich sagen, dass keine planerische Bestandsaufnahme das unmittelbare Gespräch mit betroffenen Menschen ersetzt.

Freilich sind viele hier wichtige Aspekte nicht messbar und es bleiben kaum zu beantwortende Fragen. Wie definiert man Lebensqualität? Ist Betroffenheit quantifizierbar? Wie hätte sich das Quartier entwickelt, wenn kein Förderprogramm mit aktivierenden Teilnehmungsstrukturen verankert worden wäre? Wie demokratisch ist aktivierte Beteiligung eigentlich? Inwieweit verändert sich durch Mitsprache das Selbstbewusstsein? Es bleibt vieles im Verborgenen, auch deshalb, weil sich die Erfolge kaum in Beispielen guter Praxis und in Zahlen ausdrücken lassen. Zwar hat sich gezeigt, dass ein Euro an Förderung acht privat investierte Euro nach sich ziehen (vgl. BMVBS 2009: 20). Dies ist aber eines der wenigen quantifizierbaren Argumente, das gegen Kürzungen durch Haushaltsengpässe antreten muss.

Einen Vorwurf, den man den Verfechtern der „Sozialen Stadt“ womöglich machen kann, ist das Thema der Evaluierung, der vielen Beispiele guter Praxis und deren Aufbereitung in ansehnlichen Broschüren. Die relevanten Akteure stellen ihre Projekte, Strukturen und Erfahrungen stets in einem möglichst positiven Licht dar. Nicht selten geht es dabei auch um die Sicherung der eigenen Arbeitsstelle. Wenn man unter sich ist, stößt man jedoch immer wieder auf Stimmen, die eigentlich statt über Erfolge gerne einmal über Probleme reden würden, über Beispiele nicht gelungener Praxis. Dies würde ihnen aber absehbar weniger Fördergelder einbringen. Möglicherweise

hat diese Verzerrung dem Programm „Soziale Stadt“ nicht gut getan. Fachliche Korrekturen oder Modifizierungen wurden dadurch erschwert, was das Programm im Nachhinein politisch angreifbar gemacht haben mag. Um so mehr sollte jetzt ein Diskurs über die Notwendigkeit, Anpassung und vor allem Weiterführung des Programms gesucht werden.

3 | Die Rolle von Partizipation im Kontext der Stadtentwicklung

Eine besondere Bedeutung hat die „Soziale Stadt“ im Kontext der Ermöglichung von Beteiligung, des Erlernens von Demokratie und Engagement, der Aktivierung lokaler Ressourcen und des Einbeziehens der Menschen, die sich nicht von sich aus artikulieren würden. Entsprechend gilt es, unterschiedliche Facetten von Beteiligung näher zu betrachten.

3.1 | Partizipation in der „Sozialen Stadt“

Was ist nun der Mehrwert, den das Programm mit sich bringt? Es lässt sich festhalten, dass Beteiligung zunächst einmal Geld kostet. Dieses Problem relativiert sich durch Förderprogramme. Auf diesem Wege stehen für Verfahren, die über eine Beteiligung nach BauGB, Anhörung oder Bürgerfragestunde hinaus gehen, Gelder zur Verfügung. Außerdem werden oftmals externe Dienstleister mit der Programmumsetzung betraut. Damit kommt eine vergleichsweise neutrale und vermittelnde Instanz in den Prozess. Lokale Strukturen, die womöglich eingefahren sind, können dadurch aufgeweicht werden. Jene Dienstleister verfügen oft über einen Erfahrungsschatz mit Teilnahmeverfahren, den sich nicht jede Kommune selber erarbeiten will – und kann. Somit kommen experimentellere Ansätze als „klassische“ Informationsveranstaltungen oder öffentliche Gremiensitzungen zum Tragen.

Die Erfahrung hat außerdem gezeigt, dass sich auch Menschen für Stadtentwicklungsfragen gewinnen lassen, die sich nicht von sich aus einbringen würden. Notwendig ist die Fä-

higkeit und Bereitschaft auf Menschen zuzugehen. Manchen hilft es bereits, für ein persönliches Anliegen, eine Frage oder eine Anregung nicht ein Rathaus betreten zu müssen, sondern ein Stadtteilbüro. Die Hemmschwelle von Menschen, sich freiwillig in eine Verwaltung zu begeben, ist nicht zu unterschätzen, wenn sie sich im Alltag üblicherweise eher als Bittsteller bei öffentlichen Stellen erleben. Um so dramatischer ist es, dass die Kürzungen in dem Programm „Soziale Stadt“ besonders Strukturen wie das Quartiersmanagement betreffen.

3.2 | Partizipation durch die „Soziale Stadt“

Es ist bislang nicht hinlänglich untersucht worden, inwieweit durch die „Soziale Stadt“ auch ein Lern- und Umdenkeeffekt für die Verwaltungsmitarbeiter und Politiker einer Kommune einsetzt. Neben der Frage, was bleibt, wenn ein Programm geht, wäre es interessant zu erfassen, was sich dadurch verändert, dass es in einem bestimmten Stadtteil Maßnahmen der „Sozialen Stadt“ gibt, und zwar auch, was sich in den nicht in das Programm einbezogenen Quartieren verändert. Kommen auch dort alternative Teilnahmeverfahren zum Tragen? Und ist es tatsächlich so, dass nichts bleibt, wenn ein Förderprogramm geht? Oder hat zumindest eine Sensibilisierung dafür eingesetzt, dass die Beteiligung zu einem frühen Zeitpunkt unterm Strich zu kostensparenden Verfahren führen kann?

Ein studentisches Projekt an der TU Berlin, das sich mit der Auswirkung von Förderprogrammen auf lokale Teilnahmeverfahren und -strukturen befasst, zeigt hier ein aufschlussreiches Bild.² Nahezu jeder Interviewpartner (es wurden insgesamt 25 Interviews mit Politikern, Verwaltungsmitarbeitern und Stadtplanern in zehn Gemeinden im Land Brandenburg geführt) betont die Notwendigkeit von Beteiligung. Wie diese Beteiligung auszusehen hat, unterscheidet sich jedoch in den jeweiligen Akteursgruppen und je nach Finanzlage. Sicherlich ist eine Bürgerfragestunde ein wert-

volles Angebot. Ein breites Meinungs- und Interessensbild aus der Bevölkerung erhält man dadurch jedoch nicht. Zwar wird in der Regel gerne beteiligt, aber Entscheidungen treffen weiterhin andere. Dies ist zunächst plausibel, schließlich werden Politiker gewählt, um zu entscheiden. Entscheidungen müssen aber gut kommuniziert werden, um von den Bürgern verstanden werden zu können. Gleichzeitig darf die Entscheiderrolle der repräsentativen Politik es nicht ausschließen, auch ein breiteres Meinungsbild einzubeziehen.

3.3 | Überforderung durch Partizipation?

Immer wieder stellen Planer indes auch einen gewissen „Beteiligungsverdruss“ fest. Als Ursache dafür mag es grundsätzliche und ortsspezifische Gründe geben. Grundsätzlich macht eine gewisse Politik- und Institutionenmüdigkeit auch nicht vor Beteiligungs- und Mitwirkungsstrukturen halt. Ebenso grundsätzlich ist nicht jedes Thema auch für alle Bürger gleichermaßen relevant. Planer neigen zuweilen dazu, zu voraussetzungsvoll zu agieren. Ein Interesse an Stadtentwicklung und Mitsprache kann ebenso wenig verordnet werden wie ein Interesse am bürgerschaftlichen Engagement. Ziel von Planern sollte es daher sein, denjenigen ein Forum zu geben, die sich einbringen wollen – und diejenigen einzubeziehen, die dies möchten. Daran schließt ein weiteres grundsätzliches Problem an: Bei allen Bemühungen um bottom-up-Strukturen behält Beteiligung einen top-down-Charakter. Schließlich wird bereits im Vorfeld definiert, mit welchem Verfahren, zu welchem Thema, um welche Uhrzeit, an welchem Ort oder mit welcher Ankündigung eine Beteiligung durchgeführt wird.

Ohne damit insgesamt die Sinnhaftigkeit von Beteiligungsansätzen in Abrede zu stellen, können sich hieraus auch ortsspezifische Besonderheiten ergeben. Womöglich wurden vor Ort schlechte Erfahrungen mit Beteiligung gemacht. Ein Überangebot an Beteiligungsmöglichkeiten kann zu einem gewissen Überdruß oder gar zur Überforderung führen. Das rich-

tige Maß zu finden, erscheint schwierig. Mit anderen Worten: Man kann Beteiligung falsch machen, aber eigentlich nie richtig.

3.4 | Partizipation ohne „Soziale Stadt“

Der Erfahrungsschatz rund um die Soziale Stadt ist gut und wichtig. Was geschieht aber in Städten, in denen es kein Förderprogramm gibt, das einen integrierten Ansatz fordert? Wird dort ausschließlich nach Baugesetzbuch beteiligt? Wohl nicht, aber wahrscheinlich ist die Beteiligung in diesen Städten deutlich weniger differenziert und zielgruppenbezogen. Grundsätzlich gibt es in jeder Stadt einen Teil der Bürgerschaft, der sich da einbringt, wo er es für erforderlich hält. Engagement und zivilgesellschaftliche Strukturen entstehen klassischerweise in der Mittel- und Oberschicht. Wenn den Angehörigen dieser Schicht etwas nicht passt, sind sie es gewohnt, ihre Stimme zu erheben oder die Kanäle auszuloten, die direkt ins Rathaus führen. Zwar rücken Kirchengemeinden, Bürgerstiftungen oder Freiwilligenagenturen zusehends als stadtentwicklungsrelevante Institutionen in den Fokus. Das Gros der Forschung und Erfahrungen in der Stadtentwicklung hat sich im letzten Jahrzehnt aber mit benachteiligten Quartieren befasst.

Dabei ist es wichtig, keine falschen Erwartungshaltungen zu entwickeln, sondern die unterschiedlichen Aufgaben und Rollen voneinander abzugrenzen. Zivilgesellschaft lebt dort, wo Personen oder Gruppen etwas verändern wollen, nicht dort, wo die öffentliche Hand einen Bedarf sieht (vgl. Becker/Runkel 2010: 123, 196). Staat und Kommunen sind dafür verantwortlich, Bedarfe zu erfassen. Sie müssen Ungleichgewichte im Blick behalten und für einen Ausgleich sorgen. Dies kann die Zivilgesellschaft eben nicht leisten. Sie kann auch nicht systematisch und zuverlässig Entwicklungen erfassen, Stärke-Schwächen-Analysen und Bestandsaufnahmen durchführen, sie kann nicht die Lücken erkennen, wo Hilfe am dringendsten nötig ist. Zivilgesellschaftliche Akteure haben hingegen einen besonderen Blick auf lokale Belange, der sich der öffentlichen Hand verschließt. Um

diese Unterschiede produktiv zu machen, ist ein verbesserter Dialog zwischen Bürgern und staatlichen Stellen erforderlich. Das Programm „Soziale Stadt“ wird gerade dort aktiv, wo es zunächst keine ausgeprägte Zivilgesellschaft gibt. Auch das gehört zur Daseinsvorsorge.

4 | Interdisziplinarität

Die Ausbildung und der Alltag von Planern sind bereits interdisziplinär geprägt. Für die Vermittlung zwischen unterschiedlichen Interessen ist es wichtig, einen Überblick über verschiedene Handlungslogiken, Zwänge, Möglichkeiten oder Grenzen zu gewinnen. Es wäre vermessen zu behaupten, ein Einzelner könne Planer, Soziologe, Politologe, Sozialarbeiter, Ökonom und Ökologe in einer Person sein. Sicher ist in der Praxis eine Annäherung möglich, in wissenschaftlichen Debatten scheint ein disziplinübergreifender Diskurs jedoch schwierig zu bleiben. Während Stadt- und Raumforscher lange Zeit Beteiligung quasi mit Zivilgesellschaft gleich gesetzt haben und sich bis heute nur wenig mit der Heterogenität der Handlungslogiken befassen, akzeptieren Soziologen oder Politologen Stadtentwicklung nur zögerlich als Lernfeld für Engagement und Demokratie. Personen aus dem Bereich der Sozialarbeit berufen sich auf den diskursiven Charakter des Sozialgesetzbuches gegenüber dem ordnenden Charakter des Baugesetzbuches (vgl. Becker/Runkel 2010: 145).

In der Ausbildung und Praxis der Planer scheint inzwischen ein gewisser Grad an Interdisziplinarität etabliert zu sein – auch hierzu hat das Programm „Soziale Stadt“ einen Beitrag geleistet. Verbindliche Untersuchungen und Forschung bleiben aber durch unterschiedliche Zugänge, kleinteilige Definitionen und womöglich auch durch Eitelkeiten und ein gewisses Elfenbeinturm-Denken schwierig.

5 | Fazit

In den Kürzungen im Programm „Soziale Stadt“ sollte auch eine Chance gesehen wer-

den, um bestimmte Programmbausteine gründlich zu überdenken. Etliche Punkte bleiben aber zweifellos zu kritisieren. Im BMVBS ist maßgeblich das Ressort Stadtentwicklung und dabei im Besonderen die Städtebauförderung mit der „Sozialen Stadt“ von Kürzungen betroffen. Die Ressorts Verkehr und Bauen kommen hingegen recht unbeschadet davon. Die „Strategie“, zunächst die Städtebauförderung zu kürzen, sie dann wieder aufstocken und schließlich das Programm „Soziale Stadt“ erneut mit den anfänglichen Kürzungen zu belasten, zeugt von wenig Sensibilität für die Bedeutung und Notwendigkeit sozialer Themen in der Stadtentwicklung. Die Abruptheit, von heute auf morgen die Mittel um zwei Drittel zu kürzen, ist ein Affront, hat das Programm doch eine ganze Generation von Planern geprägt und vielfach dafür Sorge getragen, dass in Deutschland benachteiligte Menschen und Stadtteile bessere Chancen bekommen. Wenn in der politischen Rhetorik die soziale Komponente auf Bibliotheken für Mädchen mit Migrationshintergrund oder auf Schwimmkurse reduziert wird (vgl. z.B. Lißmann 2010), kann dieses nur als zynisch bezeichnet werden. Die Programmkürzungen wurden verabschiedet, ohne sich die Zeit zu nehmen, Alternativen und Auffangstrategien zu entwickeln oder zu Ende zu denken.

Solange der integrierte Ansatz auf Bundesebene nur zögerlich ausprobiert wird und die Verzahnung von Programmen anderer Ministerien nur ansatzweise funktioniert, ist eine Verankerung des Programms „Soziale Stadt“ beim BMVBS alternativlos. Aber die Kürzungen haben die Diskussion belebt. Es ist ein Ruck durch die Trägerlandschaft und durch die Zivilgesellschaft gegangen. Letztlich ist quer durch alle Verbände und Netzwerke ein Protest und Aufruhr entstanden, der manch einen fast staunen lässt. Eine derartig geschlossene Gegenhaltung gegenüber einer politischen Entscheidung hat es in der Geschichte der Stadtentwicklung bisher kaum gegeben. Ironisch betrachtet, ist dies auch eine Art und Weise, um Sozialkapital zu generieren. Sicher-

lich aber nicht an der Stelle, an der es am dringlichsten gebraucht wird.

Elke Becker, Dipl.-Ing. Raumplanung (SRL) hat mehrere Jahre für ein Potsdamer Planungsbüro Beteiligungsverfahren im Rahmen von Förderprogrammen in unterschiedlichen Kommunen durchgeführt. Damit verfügt sie über vielfältige Praxiserfahrung und Einblicke im Umgang mit Partizipation. Durch ihre Arbeit in Stadtteilbüros in benachteiligten Stadtteilen hat sie sich intensiv und dialogorientiert mit den Anliegen von Anwohnern und betroffenen Akteuren befasst. Seit 2006 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Stadt- und Regionalplanung, TU Berlin. In Projekten, Forschung und Lehre beschäftigt sie sich schwerpunktmäßig mit Fragen der Zivilgesellschaft und Akteurskonstellationen im Raum, mit Bürgerbeteiligung, Förderprogrammen und der Nationalen Stadtentwicklungspolitik.

Anmerkungen

- 1 Aus Gründen der Lesbarkeit wird im Folgenden nur die männliche Form verwendet, dabei sind beide Geschlechter einbegriffen.
- 2 Das von Elke Becker betreute studentische Projekt mit 15 Bachelor-Studierenden der Stadt- und Regionalplanung befand sich zum Zeitpunkt der Artikel-Erstellung noch in der

Bearbeitungsphase. Es wurde im Juli 2011 abgeschlossen. Hier wurden sich abzeichnende Trends angesprochen. Verbindlichere oder umfassendere Ergebnisse werden entsprechend aufbereitet und publiziert.

Literatur

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) 2005: Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung.

Becker, Elke/Runkel, Carolin 2010: Zivilgesellschaft in räumlichen Arenen. In: Becker, Elke/Gualini, Enrico/Runkel, Carolin/Strachwitz, Rupert Graf (Hg.): Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement. Stuttgart: Lucius & Lucius, 121-203.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) 2009: Jubiläumskongress 10 Jahre Soziale Stadt. Das Bundesländer-Programm in der Praxis. Berlin, 119.

Häußermann, Hartmut/Läpple, Dieter/Siebel, Walter 2008: Stadtpolitik. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Lißmann, Carsten 2010: Kahlschlag im Kiez. Die Bundesregierung will bessere Integration, zugleich streicht sie 500 Problemvierteln das Fördergeld. Sogar CSU-Bürgermeister protestieren. <http://www.zeit.de/gesellschaft/2010-11/soziale-stadt-kuerzung> [13.05.2011]

Wenig Staat, zu viel Regierung Irrungen und Wirrungen aktueller Engagementpolitik

Serge Embacher

„Zu viel Zivilgesellschaft?“, fragt der Titel des aktuellen Forschungsjournal. „Zu viel Regierung, aber zu wenig Staat!“, ist im vorliegenden Beitrag die Antwort. Denn die derzeitige Entwicklung in der Engagementpolitik des

Bundes deutet auf erhebliche Irrungen und Wirrungen hin, die teils einer frappanten Unkenntnis der wesentlichen Zusammenhänge, teils einer sich langsam herauschälenden ideologischen Disposition geschuldet sind. Die

Diagnose, welcher der folgende Beitrag folgt, lautet im Wesentlichen: Mit einem „klammen“ Staat auf dem förderpolitischen Rückzug korrespondiert eine auf Kontrolle des zivilgesellschaftlichen Geschehens orientierte Regierung. Das Problem ist also keineswegs ein „zu viel“ an Zivilgesellschaft, sondern vielmehr ein „zu wenig“ an staatlichem Engagement. Vielversprechende Governance-Ansätze wie das „Nationale Forum für Engagement und Partizipation“ (NFEP) wurden auf diese Weise durch anti-partizipative Vorbehalte ausgehöhlt und damit untauglich gemacht; das Vertrauen in die Ernsthaftigkeit und Seriosität von Engagementpolitik ist mittlerweile erheblich in Mitleidenschaft gezogen worden. War die engagementpolitische Entwicklung lange Jahre von einem im Prinzip richtigen Kurs mit gelegentlich erratischen Schritten gekennzeichnet, so zeichnet sich seit geraumer Zeit eine Tendenz zum „richtig Falschen“ ab. Die grundlegenden Ansätze der Enquete-Kommission des Bundestages – Stärkung der Zivilgesellschaft als autonome Handlungssphäre mit normativem Eigensinn sowie ein dazu passendes renoviertes Staatsverständnis – drohen verloren zu gehen, womit sich wieder einmal erweist, dass gesellschaftlicher Fortschritt ein fragiles Gut und jederzeit reversibel ist.

1 | Von der Partizipation zur Indienstnahme

Nach knapp zwei Jahren schwarz-gelber Bundesregierung zeichnet sich immer deutlicher ab, dass die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements hier nicht einer Stärkung des demokratischen Gemeinwesens und des gesellschaftlichen Zusammenhalts, sondern der konsequenten Indienstnahme für staatliche Zwecke dienen soll. Nicht dass die Akteure des federführenden Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) so töricht wären, das offen zu sagen. Doch viele einzelne Schritte deuten unverkennbar in diese Richtung. So wird alles, was in der Fachwelt seit vielen Jahren diskutiert wird – also

etwa die Stärkung von Bürgerbeteiligung und Partizipation oder auch der dringend nötige Ausbau der kommunalen Infrastruktur für Engagement – weitgehend ignoriert oder gar revidiert zugunsten einer quasi-hypnotischen Konzentration auf die Strukturen des Ehrenamtes und seine Rolle im „Wohlfahrtsmix“. In den Schreibstuben des BMFSFJ hat man sich dabei nach einigen Suchbewegungen auf eine leise Rhetorik eingespielt, mit der stets der Wert des Ehrenamtes und der ehrenamtlichen „Helfer“ hervorgehoben wird; dies immer verbunden mit dem Hinweis, dass die Engagierten in ihrer großen Mehrheit unpolitisch seien, weshalb es nicht darum gehen könne, Engagementpolitik als Demokratiep Politik zu verstehen. Vielmehr könne (und solle) die Bürgergesellschaft – so ist es in der „Nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung“ nachzulesen (vgl. BBE 2010) – einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung gesellschaftlicher „Herausforderungen“ leisten.

Bei dieser Darstellung wird nicht nur der Eigensinn des bürgerschaftlichen Engagements unterlaufen, sondern auch seine faktisch gegebene gesellschaftspolitische Dimension im demokratischen Rechtsstaat ausgeblendet. Dieser ist auf die Unterlegung seiner verfassungsförmig festgeschriebenen normativen Bestimmungen (demokratisch, sozial und auf Recht gegründet) durch die „moralische Substanz“ (Böckenförde 1976: 60) aktiver Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Das bürgerschaftliche Engagement als Ausdruck dieser moralischen Substanz von Bürgerinnen und Bürgern ist eine genuin demokratische und damit politische Aktivität, was freilich ausgeblendet bleiben muss, wenn man unter Politik lediglich Parteipolitik oder die verfasste Politik in Parlament und Regierung versteht. Die Enquete-Kommission hatte aber genau diese gesellschaftspolitische Dimension vor Augen, als sie das bürgerschaftliche Engagement einprägsam als freiwillig, unentgeltlich, gemeinwohlorientiert und öffentlich wirksam definiert hat. Ja, der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements selbst wurde von der Enquete allein deshalb gewählt,

weil das genuin gesellschaftspolitisch-demokratische am Engagement – seine spezifisch bürgerschaftliche Dimension – darin zum Ausdruck gelangen und es vom rein karitativen Ehrenamt abgrenzen sollte.

1.1 | Nationale Engagementstrategie auf Abwegen

Auch die im vergangenen Herbst verabschiedete „Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung“ wurde zunächst noch vor dem Hintergrund dieses gesellschafts- und demokratiepolitischen Kerngedankens einer modernen Engagementpolitik verortet. Zu Zeiten der Großen Koalition 2005 bis 2009 als engagementpolitischer Meilenstein auf die Spur gesetzt und fachlich vor allem vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) begleitet, wird das Vorhaben jetzt mehr und mehr „heruntergekocht“. Die zuständigen Beamten der Ministerialbürokratie behandeln die Engagementstrategie heute wie eine Verwaltungsverordnung zur besseren Abstimmung zwischen den Ressorts der Bundesregierung sowie zwischen Bund und Ländern.

So war sie aber eigentlich nicht (oder nicht ausschließlich) gedacht, wie ein Blick auf die Vorgeschichte zeigt. Im Jahr 2009 wurde vom BBE mit dem Nationalen Forum für Engagement und Partizipation ein Projekt entwickelt, das den Anspruch, Engagementpolitik vor allem als Demokratiepoltik zu gestalten, mit Leben füllen sollte. Das NFEP hat eineinhalb Jahre lang die relevanten Diskussionen im Feld der Zivilgesellschaft gesammelt und gebündelt, um sie in Form von Handlungsempfehlungen an die Bundesregierung weiterzuleiten. In insgesamt 16 Dialogforen mit Vertretern aus Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft wurden Empfehlungen zu Themen wie Reform des Zuwendungs- und Gemeinnützigkeitsrechts, Bildung und bürgerschaftliches Engagement, Arbeitsmarktpolitik und Engagement, unternehmerisches Engagement (Corporate Citizenship), Zukunft der Freiwilligendienste und Infrastruktur für Engagement mit dem Ziel der

Entwicklung einer „Nationalen Engagementstrategie“ erarbeitet (vgl. BBE 2009/10).

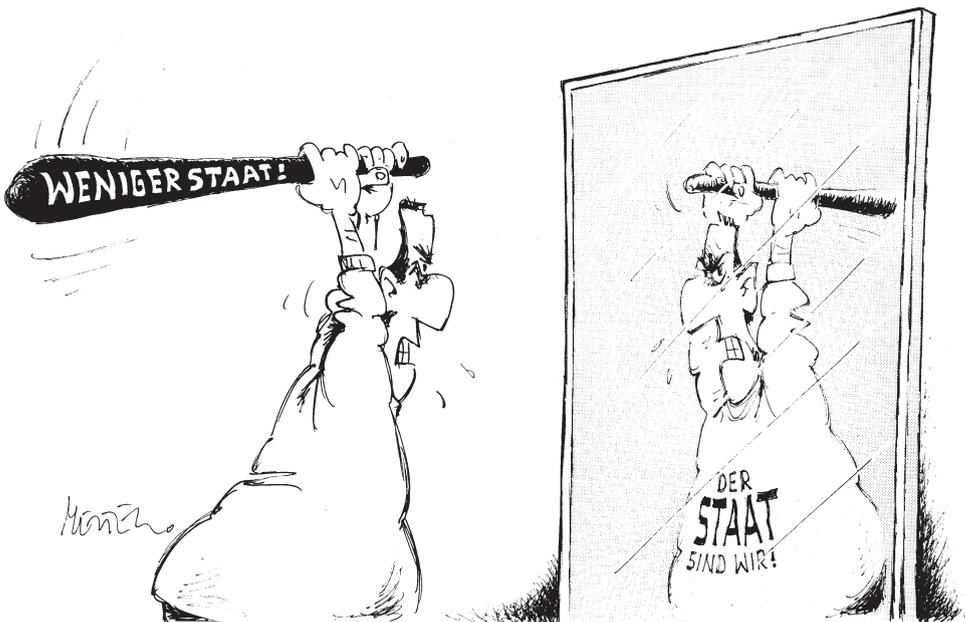
Auf dem Weg zu dieser Engagementstrategie sollten politische Themen und Innovationen mit einer neuen Governance-Strategie kombiniert werden: Die Idee war die eines Dialoges „auf Augenhöhe“ zwischen den Vertretern der Sektoren Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Genau für diese Idee wurde das NFEP vom BMFSFJ gefördert. Leider ist am Ende weder vom Governance-Ansatz noch von den erarbeiteten Handlungsempfehlungen viel übrig geblieben:

- Der *Governance-Ansatz* sah im Kern vor, dass die Ressortabstimmung der Bundesregierung durch die Dialogforen des NFEP begleitet werden sollte. So sollten beispielsweise bei der Reform des Zuwendungsrechts Vertreterinnen und Vertreter des Staates (also BMFSFJ, BMJ, BMF, Bundesrechnungshof) und der Zivilgesellschaft (z. B. das Bündnis für Gemeinnützigkeit), aber auch der Wirtschaft gemeinsam an einem Tisch sitzen und auf der Basis eines Arbeitspapiers des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge über Möglichkeiten und Schritte einer solchen Reform diskutieren und folgenrelevant entsprechende politische Schritte „aushandeln“. Die Idee war vor allem, die gesellschaftlichen Einflüsse und Interessen, die ja bei jedweder Gesetzgebung und Politik immer eine Rolle spielen, transparent zu machen und damit zu legitimieren. Man muss heute unumwunden einräumen, dass dieses Modell auf der ganzen Linie gescheitert ist. Zwar gab es zunächst vielversprechende Ansätze und eine Bereitschaft zumindest der Akteure auf „Arbeitszebene“, sich gemeinsam auf die Suche nach zentralen Elementen für eine Engagementstrategie des Bundes zu begeben. Doch wurde im Laufe des Verfahrens immer deutlicher, dass die politisch relevanten Ebenen der Administration, also diejenigen Positionen, die das Wohl und Wehe jedweder Politik maßgeblich beeinflussen (Un-

terabteilungs- und Abteilungsleiter, Staatssekretäre), nicht ernsthaft an einer solchen kooperativen Engführung des Aushandlungsprozesses interessiert waren. Im Zweifel überwog das Bedürfnis nach Prozesskontrolle, was darin gipfelte, dass die Rolle der Dialogforen als begleitende Gremien der Ressortabstimmung kurz vor Beginn des Prozesses (drei Tage vorher!) einseitig vom BMFSFJ abgesagt wurde, woraufhin die meisten Ressorts der Bundesregierung ihre Leute abzogen bzw. ihnen auftrugen, keine verbindlichen Aussagen zu machen. Die mit großem organisatorischen Aufwand und engagementpolitischer Expertise vorbereiteten Dialogforen wurden zu unverbindlichen Gesprächsrunden herabgestuft. Das Problem dieser Vorgehensweise wurde noch dadurch vergrößert, dass hinterher seitens der Regierung die Behauptung geltend gemacht wurde, von einer Begleitung der Ressortabstimmung durch die Dialogforen des NFEP sei nie die Rede gewesen. Dieses kontrollinduzierte Eingreifen in ein laufendes Partizipationsverfahren war besonders dazu angetan, das Vertrauen

insbesondere der zivilgesellschaftlichen Akteure in den Prozess zu erschüttern.

- Die zahlreichen *Handlungsempfehlungen*, die in den Dialogforen des NFEP dennoch erarbeitet wurden, fanden am Ende in der am 6. Oktober 2010 vom Bundeskabinett verabschiedeten nationalen Engagementstrategie kaum Niederschlag. Vor allem in den zentralen Bereichen Reform des Zuwendungsrechts, Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement und Erwerbsarbeit bzw. Arbeitsmarktpolitik und Engagement wurden die Empfehlungen des NFEP weitgehend ignoriert. Stattdessen wurde ein gewichtiger Schwerpunkt der Strategie auf die Kooperation mit Stiftungen und Bürgerstiftungen gelegt, was in den zahlreichen Vorbereitungsgesprächen seitens der Bundesregierung kaum erwähnt wurde. Es wurden also ausgerechnet diejenigen zivilgesellschaftlichen Akteure in den Mittelpunkt der Engagementstrategie gerückt, von denen keineswegs ausgemacht ist, dass sie unbedingt die federführenden Akteure einer auf Transparenz, Offenheit und Responsivität gegründeten Engage-



mentpolitik sein könnten oder sollten (vgl. Sandberg 2011; s. auch den Beitrag von Sandberg in diesem Heft). Unabhängig von dieser „einsamen“ Entscheidung der Bundesregierung für Stiftungen als „Premiumpartner“ der Engagementpolitik des Bundes ist der eklatanteste Mangel ein argumentatives Defizit. Denn die weitgehende Ignoranz des BMFSFJ gegenüber dem ein- einhalb Jahre langen Beratungsprozess des NFEP – der im Übrigen mit knapp 800.000 Euro aus Steuermitteln des Bundes gefördert wurde – wiegt besonders schwer, weil sie ohne Begründung erfolgt ist. Damit wurde – neben der oben dargestellten Änderung eines laufenden Partizipationsverfahrens – eine zweite Erfolgsbedingung für Beteiligungsverfahren unterlaufen: Transparenz und Begründung. Warum die Reform des Zuwendungsrechts und die Infrastrukturfragen des Engagements in der Engagementstrategie nicht aufgegriffen wurden, wurde bis heute nicht begründet. Die Vertreter der Ministerialbürokratie versuchen stattdessen den Eindruck zu erzeugen, es sei die naive Erwartungshaltung der zivilgesellschaftlichen Akteure nach vollständiger Übernahme aller Handlungsempfehlungen in die Engagementstrategie für die Enttäuschung verantwortlich, der „Frust“ also mithin hausgemacht. Abgesehen von der unterstellten bürgerschaftlichen Blauäugigkeit wird an solchen Äußerungen deutlich, dass an einem konstruktiven Dialog „auf Augenhöhe“ seitens der Bundesregierung kein Interesse besteht.

2 | Solidarische Bürgergesellschaft als Maßstab der Kritik

Doch was berechtigt eigentlich zu einer derartigen Kritik am Regierungshandeln? Handelt es sich dabei nicht um idealistische Zuschreibungen, mithin um bloßes Wunschdenken, wie auch das BMFSFJ in seinen zahlreichen Rechtfertigungen nicht müde wird zu betonen? Nein! Eine normative Rekonstruktion der gegenwärtigen

Lage fördert hinreichend zu Tage, dass nicht ein überschäumender Idealismus, sondern das fehlende Ausschöpfen konkret vorhandener Möglichkeiten die Kritik antreibt. Es geht nicht darum, abstrakte Kriterien für eine demokratiepolitisch relevante Engagementpolitik zu formulieren, die dann erfahrungsgemäß am normativ entleerten „Pragmatismus“ der Politik abprallen oder gar abprallen müssen. Vielmehr wird die Kritik der aktuellen Engagementpolitik des Bundes aus denjenigen Werten und Leitideen entwickelt, die den bestehenden Formen des Engagements und der Engagementpolitik bereits heute innewohnen.¹ Die Kritik erwächst also allein aus dem, was sich *ohne* utopischen Rückgriff auf idealisierte Prinzipien in der politischen Wirklichkeit heute bereits abzeichnet, aber aus machstrategischen oder sonstigen Gründen (fehlendes Know-how, fehlender politischer Wille, falsches Politik-Management) nicht aufgegriffen wird. Es geht also nicht darum, einer als „falsch“ identifizierten engagementpolitischen Realität das Wunschbild eines idealistischen (und abstrakten) Sollens entgegenzuhalten, sondern die Engagementpolitik des Bundes an den von ihr selbst hervorgebrachten Potenzialen zu messen.

Um diese Potenziale auf einen bündigen Begriff zu bringen, soll hier an die Idee einer solidarischen Bürgergesellschaft (vgl. Embacher/Lang 2008: 105ff.) erinnert werden, die seit etwa zehn Jahren im Grunde die wirkende Kraft hinter der Engagementpolitik ist. Diese in die Wirklichkeit der bisherigen Engagementpolitik bereits eingelassene Idee der solidarischen Bürgergesellschaft geht von der Prämisse aus, dass Bürgergesellschaft und staatliches Handeln zusammengehören und einander ergänzen und dass bürgerschaftliches Engagement einen autonomen Beitrag zu gesellschaftlicher Integration leistet. Die aktive Bürgergesellschaft ist für den demokratischen Staat lebensnotwendig, denn aus ihren Handlungszusammenhängen kommen die Impulse, die staatliches Handeln anregen und gegebenenfalls korrigieren sollen. Umgekehrt ist sie auf einen aktiven und Rahmenbedingungen setzenden

Staat angewiesen, der alle Bereiche der öffentlichen und sozialen Daseinsfürsorge abdeckt und nicht der Versuchung unterliegt, je nach Kassenlage oder politischen Präferenzen im bürgerschaftlichen Engagement oder der organisierten Zivilgesellschaft einen Ausfallbürgen für das eigene Unterlassen zu suchen.

Die solidarische Bürgergesellschaft bewegt sich insgesamt um das Thema Freiheit. Sie muss als eine Ermöglichungsform von Freiheit vorgestellt werden. Freiheit ist ebenso wie Demokratie an soziale Voraussetzungen gebunden, die das staatlich organisierte Gemeinwesen nach seinem eigenen verfassungsförmig formulierten Anspruch zur Verfügung stellen muss, damit sich das gemeinwohlorientierte Engagement von autonomen Bürgerinnen und Bürgern entfalten kann. Aus der Perspektive der solidarischen Bürgergesellschaft bedarf es eines Staates, der die Bedingungen für die Entfaltung bürgerschaftlicher Freiheit zur Verfügung stellt und garantiert und damit eine aktivierende Funktion innehat. Damit er das tun kann, muss er sich seinerseits aktivieren, um, wie das schon früh der Staatsrechtslehrer Hermann Heller (1934: 228ff.) erkannt hatte, „das gebietsgesellschaftliche Zusammenwirken zu organisieren und zu aktivieren“. Beim Diskurs um die solidarische Bürgergesellschaft geht es um die Frage politischer Legitimität staatlichen Handelns. Alles, was der Staat um seiner selbst willen tut, kann im Wesentlichen nicht seine Aufgabe sein.² Einzig seine Funktion als Aktivierer und Unterstützer autonomen gesellschaftlichen Handelns und bürgerschaftlicher Selbstorganisation kann in öffentlichem Interesse und damit legitim sein. Staatliche Politik dient nicht der staatlichen Macht um ihrer selbst willen, sondern soll Menschen zu einem selbstbestimmten Leben befähigen.

Das Komplementärverhältnis von Staat und Bürgergesellschaft, wie es in der Idee einer solidarischen Bürgergesellschaft zum Ausdruck gelangt, ist heute in vielen Bereichen faktisch schon sehr weit entwickelt, so dass es eine den aktuellen Verhältnissen inhärente Forderung an Engagementpolitik ist, dieses komplementäre

Verhältnis auszubauen und im Sinne zivilgesellschaftlicher Autonomie zu fördern. Allein die Entwicklung der Schule – um nur ein Beispiel zu nennen – und ihre Wandlung von einer öffentlichen „Anstalt“ zu einer gesellschaftlichen Institution zeigt, was damit gemeint ist.³ In vielen Bundesländern sind Schulen schon längst keine Einrichtungen mehr, in die man morgens seine Kinder schickt, um sie dann mittags wieder abzuholen. Die staatliche Organisation der Schule hat sich bis heute so gewandelt, dass das soziale Umfeld – also Eltern, lokale Kultureinrichtungen, Vorleseinitiativen, Mentoringprogramme, Orte der außerschulischen Betreuung, Unternehmen, Stiftungen, Eltern- und Fördervereine, die örtliche Polizei (Stichwort: Verkehrserziehung) – nahezu selbstverständlich in den Kontext der Schule eingebunden ist. Die „lokalen Bildungslandschaften“, von denen so häufig in der Fachwelt die Rede ist, sind längst im Entstehen. Diese Entwicklung kann letztlich nur zu besserer Bildung und einer besseren Förderung des Werdens selbstbewusster Bürgerinnen und Bürger beitragen, wenn das Verhältnis von Staat und Gesellschaft als ein komplementäres verstanden wird. Der Staat leistet all das, was im Rahmen seiner Pflicht zur Daseinsvorsorge nötig ist: intakte Schulgebäude und Sportanlagen, ausreichend qualifizierte Lehrkräfte in ausreichender Anzahl, klare pädagogische und organisatorische Rahmenbedingungen. Darauf aufbauend können bürgerschaftliches Engagement und zivilgesellschaftliche Organisationen das Feld Schule „durchdringen“ und dort all die Dinge leisten, die staatlich nicht „hergestellt“ werden können: besondere Förderung, ein intaktes soziales Umfeld der Schule, Übergänge in Ausbildung und Beruf usw.

Zu diesem Beispiel gehört, dass die Art und Weise, wie genau staatliches und bürgerschaftliches Handeln ineinander greifen, nicht von vornherein oder gar „von oben“ definiert werden kann, sondern dass dies Teil eines jeweils spezifisch ausgehandelten lokalen „Gesellschaftsvertrags“ zwischen den beteiligten Akteuren ist. An diesem Punkt zeigt sich auch

die demokratiepolitisch relevante Seite von Engagementpolitik, die zum einen nur unter Beteiligung aller Betroffenen und Beteiligten entwickelt werden kann und die zum anderen ein anderes Selbstverständnis des Staates, eine Selbstaktivierung erfordert.

Wenn man diese exemplarische Beschreibung nun zurückbindet an die aktuelle Debatte über die Engagementpolitik des Bundes, dann lassen sich die damit verbundenen Defizite klar benennen. Die den Institutionen des demokratischen Rechtsstaates innewohnenden Prinzipien Transparenz, Offenheit und Responsivität – Prinzipien, die auch die Funktionslogik des bürgerschaftlichen Engagements gut umreißen – können unter den aktuellen Voraussetzungen einer auf Informationsabschottung, Exklusivität und Diskurskontrolle ausgerichteten „Strategie“ der staatlichen Akteure nicht zum Tragen kommen. An diesem Umstand muss jeder Versuch einer „nationalen Engagementstrategie“ scheitern, wäre doch eine strategische Ausrichtung von Engagementpolitik unter demokratiepolitischen Vorzeichen gekennzeichnet von einem Ziel (gesellschaftliche Integration), einem Kurs dorthin (innovative und offene Governance-Formate zur kooperativen Entwicklung von Engagementpolitik) und konkreten Schritten (Zeitperspektive, klare Zwischenziele, Evaluation).

Engagementpolitik wäre auf diese Weise ein relevanter Beitrag zur weitergehenden Demokratisierung von Staat und Gesellschaft. Von ihr ginge die Forderung nach Demokratisierung und gesellschaftlicher Öffnung der staatlichen Verwaltung aus (Bürokratieabbau, Verbesserung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement, Teiligungsorientierung staatlicher Institutionen). Beim Verhältnis von Staat und Bürgergesellschaft geht es vor allem um eine Offenheit staatlicher Institutionen für bürgerschaftliches Engagement. Es geht um die Art und Weise staatlichen Handelns. Trägt es bei zu einem den normativen Prinzipien von Freiheit und Gerechtigkeit verpflichteten Fortgang des demokratischen Prozesses? Oder bringt es eher eine Verhärtung

administrativer Strukturen und intransparenter Entscheidungsprozesse zum Ausdruck? Nicht die bürgerschaftlich Engagierten müssen der Eigenlogik der Verwaltung folgen, sondern umgekehrt sollen die staatlichen Akteure sich darauf einstellen, Planungs- und Entscheidungsprozesse verständlich und transparent zu gestalten. Dass zum Prozess weitergehender Demokratisierung auch eine Demokratisierung der bürgerschaftlichen Organisationen selbst gehört, ist ein eigenes Kapitel in der Engagementpolitik, das an anderer Stelle beschrieben werden muss.

3 | Fazit: „Mailand oder Madrid? Hauptsache Italien!“

Dieses wunderbare Zitat, das auf den Rekordnationalspieler Andreas Möller zurückgeht, bringt die Irrungen und Wirrungen der derzeitigen Engagementpolitik des Bundes illustrativ auf den Punkt: Man weiß, dass man nicht einfach *keine* Engagementpolitik machen kann, dass man irgendwie den Ball der vorangegangenen Akteure aufnehmen muss, aber man hat im Grunde keine konzise Vorstellung davon, wie Engagementpolitik auf Bundesebene fortzuschreiben wäre, wenn man den oben skizzierten normativen Bedingungen gerecht werden will. Die neuerdings zum Tragen kommende ideologisch motivierte Tendenz, Engagementpolitik nicht länger als Demokratiepolitik zu verstehen und damit eine Denkbewegung rückwärts zum ehrenamtlichen „Helfer“ zu machen, verstärkt diesen Zustand erheblich. Zwar mag es vorläufig gelingen, einen Teil jener partizipativen Impulse, die in den letzten Jahren immer stärker zum Tragen gekommen sind, wieder zurückzudrängen. Beispielhaft kann hier der restriktive Umgang des BMFSFJ mit dem BBE genannt werden. Doch lässt sich durch Regierungen jedweder Couleur der Trend zu mehr Bürgerbeteiligung und mehr Partizipation im Verhältnis von Staat und Gesellschaft auf Dauer kaum aufhalten. Hierarchien und Verhältnisse der Subordination entsprechen nicht mehr dem aufgeklärten Com-

mon Sense und werden über kurz oder lang „verdampfen“. Wer das nicht versteht oder sich dem entgegenstemmt, den wird die geschichtliche Entwicklung eines Besseren belehren. Denn zum kommunikativen und verständigungsorientierten Austausch gibt es in der von Vielfalt und Heterogenität geprägten demokratischen Gesellschaft heute keine sinnvolle Alternative.

Um die neuen Facetten und Aspekte in diesem Verhältnis zu beleuchten, hat im Übrigen der Europarat im Jahr 2010 im Zusammenspiel mit europäischen Nichtregierungsorganisationen einen Verhaltenskodex für die Bürgerbeteiligung im Entscheidungsprozess („Code of Good Practice for Civil Participation in the Decision Making Process“) verabschiedet. Dort werden die Kooperationsmöglichkeiten zwischen Staat und Bürgergesellschaft an spezifische Diskurs- und Verfahrensregeln geknüpft, die den politischen Prozess transparenter und inklusiver machen sollen. Dieser „Code of Good Practice“ greift bislang nur wenig und harrt der relevanten Umsetzung.

Die am engagementpolitischen Prozess beteiligten Akteure müssen sich dauerhaft darauf einstellen, neue Kooperationsverhältnisse einzugehen und tatsächlich - d. h. nicht nur rhetorisch oder verbal - an einer neuen Aufgaben- und Verantwortungsteilung zu arbeiten. Diese Forderung berührt vor allem die Stellung des Staates zu einer heute immer selbstbewusster gewordenen Bürgergesellschaft. Die nationale Engagementstrategie der Bundesregierung als Ausdruck der aktuellen Engagementstrategie auf Bundesebene erfüllt diese Anforderung nicht. Sie müsste sie von ihrer Anlage und Idee her berücksichtigen, doch die gegenwärtigen Akteure, die eigenartige Logik der Ministerialbürokratie und eine auf Machterhalt statt Verständigung orientierte Exekutive lassen dies derzeit nicht zu.

Serge Embacher ist Politikwissenschaftler und Publizist und lebt in Berlin. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Engagement- und Demokratiepoltik.

Anmerkungen

- 1 Zum Verfahren der normativen Rekonstruktion vgl. neuerdings und sehr instruktiv Honneth 2011.
- 2 In diesem normativen Kontext müsste im Übrigen auch über die Causa „Bundesfreiwilligendienst“ und die damit verbundene Schaffung eines „Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Angelegenheiten“ diskutiert werden, um zu klaren politischen Urteilen zu gelangen.
- 3 Ich danke Adalbert Evers für seine sehr hilfreichen und weiterführenden Erläuterungen im Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktiverer Staat der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Literatur

Böckenförde, Ernst-Wolfgang 1976: Staat, Gesellschaft, Freiheit. Frankfurt am Main.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) (Hg.) 2010: Engagementpolitik im Dialog. Kommentare und Stellungnahmen zur Engagementstrategie der Bundesregierung. Nationales Forum für Engagement und Partizipation Band 4. www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/01/nfep_band4_web.pdf [20.07.2011].

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) (Hg.) 2009/10: Dokumentationen des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation. Band 1 - 4. www.b-b-e.de/index.php?id=14483&L=0%20and%252 [20.07.2011].

Embacher, Serge/Lang, Susanne 2008: Lern- und Arbeitsbuch Bürgergesellschaft. Eine Einführung in bürgerschaftliche Gegenwarts- und Zukunftsfragen. Bonn.

Heller, Hermann 1934: Staatsrechtslehre. 6., rev. Aufl., Tübingen 1983.

Honneth, Axel 2011: Das Recht der Freiheit. Grundriss einer demokratischen Sittlichkeit. Frankfurt am Main.

Sandberg, Berit 2011: Stiftungen im Visier der Nationalen Engagementstrategie - Engagementpolitische Erwartungen und sektorale Wirklichkeit. Ms., im Erscheinen.

Stiftungen als Trabanten der Engagementpolitik?

Zum Versuch der Quangoisierung des Stiftungswesens durch die Nationale Engagementstrategie

Berit Sandberg

Die Bundesregierung hat am 6. Oktober 2010 eine Nationale Engagementstrategie vorgelegt, die die Grundlage für eine zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft abgestimmte Förderung des bürgerschaftlichen Engagements bilden soll. „Der Bedeutungsgewinn von bürgerschaftlichem Engagement (...) hat mit gesellschaftlichen Wandlungsprozessen und einer Neufassung der Rolle des Staates zu tun, die gekennzeichnet ist von den Begriffen wie Aktivierung und Ermöglichung. Engagementpolitik wird zu einem neuen politischen Handlungsfeld, das der Steuerung und Gestaltung bedarf“ (BMFSFJ 2010: 65f) – ein implizites Bekenntnis zum inzwischen verblassten Leitbild des Aktivierenden Staates (Blanke 2009) oder doch nicht?

Die Rhetorik vom aktivierenden und ermöglichenden Staat, die die Nationale Engagementstrategie bemüht, verschleiert engagementpolitische Strategien, die darauf hinauslaufen, die Verwendung von Ressourcen für öffentliche Aufgaben innerhalb politisch-administrativer Entscheidungsprozesse zu belassen und damit unter staatlicher Kontrolle zu halten: Agenturbildung und Quangoisierung.

Agenturbildung (Agencyfication) bezeichnet die Verlagerung der Aufgabenwahrnehmung auf teilselbstständige Einheiten der öffentlichen Verwaltung. So wurde mit dem Ende der Wehrpflicht 2011 als Ersatz für den Zivildienst ein staatlicher Bundesfreiwilligendienst (BFD) eingeführt, der mit bestehenden Freiwilligendiensten im Dritten Sektor in Konkurrenz tritt. Die Zuständigkeit liegt beim ehemaligen Bundesamt für den Zivildienst (BAZ), das zum Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) umfunktioniert wurde.

Das privatrechtliche Gegenstück zur Agenturbildung ist ein Trend, der abgeleitet vom

Begriff der Quasi-Non-Governmental Organization (Quango) als Quangoisierung beschrieben wird. Gemeint ist die gezielte Gründung einer staatlichen „Nonprofit-Organisation“ in privatrechtlicher Rechtsform, der öffentliche Aufgaben übertragen werden. Ein Beispiel: Die Bundesregierung wird eine beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) angesiedelte Servicestelle bürgerschaftliches Engagement in Form einer gGmbH gründen, die als „entwicklungspolitische Vorfeldorganisation“ der im Umfeld der 2011 durch Fusion entstandenen Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH fungieren soll. Das rein öffentliche Bundesunternehmen soll 2012 seine Arbeit aufnehmen und bürgerschaftliches Engagement in Deutschland und den Partnerländern mobilisieren.

Ein Beispiel aus der Landespolitik: Die Hessische Landesregierung hat die Errichtung einer Engagement fördernden Stiftung angekündigt nicht ohne zu beteuern, dass dieses Vorhaben aus dem Repertoire hierarchischer Steuerungsmodi mit ebensolchen Mechanismen nichts zu tun habe: „Wir werden eine Landesstiftung ‚Miteinander in Hessen‘ ins Leben rufen, die neue Initiativen zur Stärkung der Gemeinschaft entwickelt, fördert und begleitet. (...) Die neue Landesstiftung wird keine Stiftung sein, die sich ‚von oben‘ einmisch“ (Hessische Landesregierung 2010: 29).

Der Ausdruck Quango bezieht sich nicht nur auf die Gründung staatlicher „Nonprofit-Organisationen“, die aufgrund ihrer Staatsnähe nach vorherrschendem Begriffsverständnis keine Nonprofit-Organisationen sind, sondern auch auf private Akteure in einem für den Dritten Sektor in Deutschland charakteristischen Arrangement. Quangos sind Hybride,

die einerseits in der Sphäre des Privatrechts angesiedelt und insofern nicht-staatlich sind, andererseits aber staatliche Aufgaben erfüllen und insofern maßgeblich unter dem Einfluss der öffentlichen Hand stehen. In der Bundesrepublik nehmen die freien Träger auf der Grundlage vertraglicher Vereinbarungen mit dem Staat öffentliche Aufgaben wahr und sind als Intermediäre an der Umsetzung staatlicher Förderprogramme beteiligt. Staatsvertreter und führende Vertreter des Dritten Sektors sind Verhandlungspartner. Diese institutionalisierte Teilhabe an der Politikformulierung bildet die neokorporatistischen Strukturen des deutschen Wohlfahrtsstaates und macht die freien Träger zu „Trabanten“ staatlicher Sozialpolitik“ (Grunow 1995: 262).

Anhand der Engagementstrategie der Bundesregierung lässt sich zeigen, dass nun offenbar auch dem Stiftungswesen eine derartige Quangoisierung droht, und zwar eine, die weniger offensichtlich ist als die Errichtung eines staatlichen „Stiftungs-Quangos“. Im Hinblick auf Stiftungen liefert der Wortlaut der Nationalen Engagementstrategie Indizien für eine Abkehr von der Idee der Aktivierung der (organisierten) Zivilgesellschaft, auch wenn das Papier das Gegenteil behauptet (Abschnitt 1). Anhand der von der Bundesregierung formulierten (unrealistischen) Erwartungen an Funktionen von Stiftungen (Abschnitt 2) und mit Bezug auf einen vermuteten Einfluss von Stiftungen auf die Engagementpolitik (Abschnitt 3) zeigt der Beitrag Parallelen zu korporatistischen Arrangements zwischen dem Staat und freien Trägern auf. Angesichts der demokratiepolitischen Problematik einer Quangoisierung von Stiftungen (Abschnitt 4) werden die Grenzen dieser „Strategie innerhalb der Engagementstrategie“ deutlich (Abschnitt 5).¹

1 | Stiftungen als Wunschpartner des Staates

Ein erklärtes Ziel der Bundesregierung ist es, im Bereich Engagementförderung die Zusammenarbeit von Staat, Wirtschaft und Zivilge-

sellschaft zu intensivieren. Neben Unternehmen werden Stiftungen im Unterschied zu anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen explizit als Partner von Staat und Kommunen benannt: „Die Bundesregierung strebt strategische Partnerschaften mit Stiftungen an“ (BMFSFJ 2010: 61). Bürgerstiftungen werden dabei ausdrücklich einbezogen (BMFSFJ 2010: 61). Die Bedeutung von Stiftungen wird dadurch hervorgehoben, dass Stiftungen in Aufzählungen von Akteuren bzw. potenziellen Partnern neben zivilgesellschaftliche Organisationen gestellt (BMFSFJ 2010: 4, 6, 69), aber zugleich jenseits der Zivilgesellschaft positioniert werden: „Unternehmen und Stiftungen sind (...) wichtige Partner des Bundes, der Länder und Kommunen und der Bürgergesellschaft. Die Bundesregierung setzt sich zur Aufgabe, die Zusammenarbeit von Staat, Wirtschaft und Stiftungen unter Einbeziehung der Bürgergesellschaft (...) zu fördern“ (BMFSFJ 2010: 60).

Dass andere zivilgesellschaftliche Akteure nicht in gleichem Maße als potenzielle Partner benannt werden, ist zu Recht kritisiert worden (Bündnis für Gemeinnützigkeit 2010: 70). Es gibt gute Gründe, nicht ausgerechnet Stiftungen eine engagementpolitische Vorreiterrolle zuzuweisen. Zweifel an der Leistungsfähigkeit des Stiftungssektors und der Kooperationsbereitschaft von Stiftungen liegen auf der Hand (Sandberg 2011). Weniger offensichtlich sind die nicht unproblematische Rollenverteilung zwischen Staat und Stiftungen und der Mix aus Hierarchie und Netzwerk als Governance-Modus, die in der Nationalen Engagementstrategie angelegt sind.

Stiftungen sollen in (strategische) Partnerschaften zur Engagementförderung einbezogen werden, „durch die die Aufgaben-, Teilhabe[sic!] und Verantwortungsteilung neu justiert wird“ (BMFSFJ 2010: 3). Diese Public Non-profit Partnerships mit Stiftungsbeteiligung sollen „Potenziale der Zusammenarbeit in möglichst allen Politikfeldern, in denen Engagement eine Rolle spielt, ausloten und in konkrete Abstimmungen wie aber auch gemeinsame Projekte übersetzen“ (BMFSFJ 2010: 61).

Partnerschaften mit Stiftungen sollen nach den Vorstellungen der Bundesregierung zu konkreten Projekten führen; die Zusammenarbeit soll sich auf deren Konzeption und Durchführung beziehen (BMFSFJ 2010: 60f). Die Bundesregierung sieht sich dabei offenbar als Initiator: „Stiftungen sind Partner, die wir möglichst frühzeitig in die Entwicklung von Projekten einbeziehen wollen“ (BMFSFJ 2010: 61).

Partnerschaften des Staates mit anderen Akteuren sind per se eine politische Strategie zur Förderung von Engagement. Allerdings macht es einen Unterschied, ob der Staat als Katalysator oder gleichberechtigter Partner auftritt oder aber eine Führungsrolle beansprucht, wie die Bundesregierung es mit der Nationalen Engagementsstrategie tut.

2 | Stiftungen als Finanzintermediäre

Das Muster, das sich mit Bezug auf Stiftungen im „Strategiepapier“ der Bundesregierung abzeichnet, ist nicht neu. Vokabular und Rollenzuweisung erinnern an das Verhältnis von Staat und freien Trägern öffentlicher Aufgaben. In beiden Fällen geht es um eine Aufgabenteilung bei deren Finanzierung und Erledigung bzw. bei der Umsetzung staatlicher Förderprogramme.

Der Verdacht, die Bundesregierung wolle Stiftungskapital für öffentliche Zwecke nutzen, liegt nahe. Eine Einbindung von Stiftungen als Ko-Finanzierer für staatliche Programme ist nichts anderes als der Versuch, die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben mit Hilfe von Stiftungen zu privatisieren. Zum einen passt das nicht zu dem überstrapazierten politisch-administrativen Mantra, Stiftungen seien keine Lückenbüßer. Zum anderen wird sich die unausgesprochene Hoffnung nicht erfüllen. Zwar fördert mehr als jede zweite deutsche Stiftung freiwilliges bzw. bürgerschaftliches Engagement (Leseberg/Netkowski 2010: 8), doch Stiftungen verstehen sich nicht als Auffanglösung für eine rückläufige staatliche Finanzierung. Zudem ist nur ein sehr geringer Prozentsatz solcher Stiftungen in der Lage, finanziel-

le Ressourcen in einem Umfang aufzubringen, der den Staat bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben oder bei der Finanzierung von Engagement fördernder Infrastruktur spürbar entlasten könnte.

Die beschränkte Finanzkraft des Stiftungsektors wird von der Bundesregierung durchaus registriert. Sie bewertet Stiftungen als „Akteur[e] mit begrenzten Mitteln“ (BMFSFJ 2010: 60). Eine Gefahr scheint daher eher in der Instrumentalisierung von Stiftungen zur Finanzierung von Routineaufgaben zu liegen, denn die Engagementsstrategie propagiert eine Kombination aus staatlicher Finanzierung und privatisierter Durchführungsverantwortung für öffentliche, d. h. staatliche Aufgaben, die durch die Berücksichtigung in Bundesprogrammen als solche definiert sind. Stiftungen selbst sehen Kooperationsmöglichkeiten mit staatlichen Akteuren ebenfalls primär bei der Umsetzung von Projekten (Holzberg/Meffert 2009: 13).

Gegenwärtig nehmen Stiftungen in weit geringerem Umfang öffentlich finanzierte, gesetzliche Aufgaben wahr als Wohlfahrtsverbände. Zuwendungen machen nicht einmal zehn Prozent der Erträge aus, aus denen Stiftungen ihre Zwecke erfüllen (Sandberg 2007: 30). Die zu einem wesentlichen Teil aus Bundesmitteln finanzierte Initiative Bürgerstiftungen und kleine Stiftungen, die sich um staatliche Förderung bemühen, sind dabei in einer anderen Situation als finanzkräftige Vermögensstiftungen. Die Aspekte Ressourcenabhängigkeit und Verhandlungsmacht sind also differenziert zu betrachten. In Bezug auf die Politikformulierung treten die Parallelen zu korporatistischen Arrangements deutlicher hervor.

3 | Stiftungen als politische Akteure

Als strategische Partner der Bundesregierung kommen nur wenige Stiftungen in Frage, deren Aktivitäten zum bürgerschaftlichen Engagement strategisch verankert sind, die groß angelegte Programmbereiche zur Engagementförderung unterhalten und die auch in anderen Politikfeldern Themen besetzen und einen

erheblichen gesellschaftspolitischen Einfluss geltend machen. Zu nennen sind insbesondere die Bewegungsstiftung, die Bertelsmann Stiftung, die BMW Stiftung Herbert Quandt, die Körber-Stiftung und die Robert Bosch Stiftung gGmbH bis auf die erstgenannte übrigens alle unternehmensverbunden bzw. unternehmensnah. Der Einfluss bedeutender (unternehmensnaher) Stiftungen auf die Engagementpolitik und damit auch auf verwandte Politikfelder liegt weitgehend im Dunkeln. Unabhängig davon ist davon auszugehen, dass die Politik der Bundesregierung tendenziell einige wenige Stiftungen privilegiert.

Wenn wir unterstellen, dass der Wortlaut der Nationalen Engagementstrategie ernst zu nehmen ist, dann bedeutet das, dass der Staat die Entscheidungskompetenz und Führungsrolle in einschlägigen Programmen beansprucht, Stiftungen zuarbeiten lässt und einige wenige Vertreter des Sektors an der Politikentwicklung beteiligt. Auch wenn die Intensität der Politikbeteiligung von Stiftungen schwer einzuschätzen ist, wird hier eine Parallele zum Verhältnis von Staat und mächtigen, verbandlich organisierten Interessengruppen geschlagen. Für das Stiftungswesen ist das neu.

Die Partnerschaften, die die Nationale Engagementstrategie mit Blick auf Stiftungen propagiert, folgen sowohl dem vertrauten etatistischen Verständnis des Subsidiaritätsprinzips als auch korporatistischen Mustern. Sie machen Stiftungen zu Quangos. Das Ziel ist Kontrolle bei gleichzeitiger Problemdellegation. Ganz im Sinne der These, dass der Staat die Abhängigkeit von Nonprofit-Organisationen von staatlicher Finanzierung und wohlwollender Regulierung ausnutzt, um den Sektor in seinem Interesse indirekt zu steuern (Seibel 1994: 278), ist Engagementpolitik mit Stiftungen gegenwärtig nichts anderes als eine schlechte Kopie korporatistischer Traditionen mit neuen Beteiligten und anderen Mitteln. Der Staat versucht, etablierte Steuerungsmodi mit einem erweiterten Kreis von Akteuren fortzusetzen, mit Akteuren, die sich bislang der Wahrnehmung staatlicher Auf-

gaben und einer Instrumentalisierung für öffentliche Interessen erfolgreich entzogen haben.

4 | Die Stiftung als private Regierung

Mit der Nationalen Engagementstrategie unternimmt die Bundesregierung den Versuch, Stiftungen ähnlich wie Verbänden „eine besondere Rolle zwischen Staat und Gesellschaft (...) zuzuweisen“ (Streeck 1999: 208) und private Interessen für öffentliche Zwecke zu nutzen. „Als Alternative zu direkter staatlicher Regulierung nimmt die öffentliche Nutzung privater organisierter Interessen die Form privater Interessenregierungen mit delegierter öffentlicher Verantwortung an“, wodurch Partikularinteressen dem öffentlichen Interesse untergeordnet werden (ebd.).

In diesem Zusammenhang fällt die besondere Wertschätzung auf, die die Bundesregierung den Stiftungen angedeihen lässt und die sie anderen zivilgesellschaftliche Organisationen entzieht. Während Verbände als „private Interessenregierungen“ auftreten, die kollektive Interessen vermitteln (Streeck 1999: 209), fehlt Stiftungen das korporative Element. Sie sind ganz und gar private Regierung. Die Nationale Engagementstrategie birgt die „Vorstellung, dass organisierte Partikularinteressen zu Agenten öffentlicher Interessen werden könnten“ (Streeck 1999: 209) allerdings mit dem bemerkenswerten Unterschied, dass es bei diesen Partikularinteressen nicht um kollektive Eigeninteressen sozialer Gruppen (Streeck 1999: 208) geht, sondern um individuellen Stifterwillen.

Die rechtsfähige Stiftung ist die einzige Rechtsform, die weder Eigentümer noch Mitglieder hat. Aufgrund des fehlenden korporativen Charakters mangelt es ihr an demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsmechanismen. „Stiftungen sind undemokratische, quasiaristokratische Bollwerke in einer modernen, formal egalitären Gesellschaft und passen nicht in eine dynamische, integrierende Zivilgesellschaft“ (Anheier/Appel 2004: 11). Trifft diese These zu, ist eine Sonderrolle von Stif-

tungen im Rahmen der Engagementstrategie kaum zu rechtfertigen.

Auch wenn die erste deutsche Bürgerstiftung als Stadt Stiftung Gütersloh allein von Reinhard Mohn errichtet wurde, greift das oben ausgeführte Argument für diesen Stiftungstyp nicht unbedingt. Bürgerstiftungen werden als Gemeinschaftsstiftungen von einer Vielzahl von Stiftern ins Leben gerufen und gestärkt, und sie pflegen eine vereinsähnliche Gremienkultur. Es gibt allerdings erste Hinweise auf die Bürgerstiftung als „Sammelbecken“ gesellschaftlicher Eliten, die entsprechende Exklusionseffekte verursacht statt Partizipation zu verkörpern (Vogt 2009).

Quangos sind selbstständig und weit genug von der Politik entfernt, um in einer nicht demokratisch legitimierten und kontrollierten Grauzone zu agieren. Wenn Stiftungen zu Quangos werden, werden wichtige gesellschaftliche Entscheidungen nicht mehr vom Staat, sondern von Privatpersonen und, das dürfte für engagementpolitische Zusammenhänge in besonderem Maße gelten, von Unternehmen getroffen. In Bezug auf die Engagementpolitik ist die Hinwendung zu Stiftungen als demokratiepolitisch problematischen Akteuren (Anheier/Appel 2004: 11; Sandberg 2011: 86f) insofern bemerkenswert, als darin einmal mehr zum Ausdruck kommt, dass die Bundesregierung Engagementpolitik nicht als Demokratiepoltik versteht, die unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und -schichten zu aktiver Partizipation ermutigt.

5 | Fazit

Die engagementpolitische Diskussion des letzten Jahrzehnts war von der Prämisse geprägt, dass der Staat für die Lösung gesellschaftlicher Probleme keine Allzuständigkeit beanspruchen kann und soll, sondern dass eine kooperative Problembearbeitung durch staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure zu besseren Ergebnissen führt (Bogumil/Jann 2009: 50). Die Bundesregierung folgt in ihrer Engagementpolitik jedoch nicht dem Leitbild des Aktivie-

renden Staates, sondern fällt in die Haltung eines intervenierenden Aktiven Staates zurück, ohne dessen autoritativ-paternalistische Fürsorge das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern nicht denkbar ist; ein Engagement, das anscheinend per Dekret in den Dienst des Staates genommen werden soll. Vorschläge aus der Zivilgesellschaft wurden im Rahmen der Nationalen Engagementstrategie kaum berücksichtigt. Sie wurden als „Form der politischen Beratung“ (Schröder 2011: 9) abqualifiziert, nicht jedoch als Beiträge zu einem Dialog auf Augenhöhe gewürdigt. Das spricht nicht gerade für eine ausgeprägte Bereitschaft der Bundesregierung, das Selbststeuerungspotenzial der Zivilgesellschaft auszuloten.

Selbststeuerung in Netzwerken gehört jedoch zu den zentralen Merkmalen einer an das Leitbild des Aktivierenden Staates anknüpfenden Public Governance, die sich von der akteurszentrierten Steuerungsperspektive zugunsten eines Prozesses mit vielen Akteuren löst. Regieren im Sinne von Governance ist nicht mehr mit hierarchischer staatlicher Steuerung gleichzusetzen, sondern mit einer Koordination staatlicher und privater Akteure durch einen Mix aus hierarchischen, verhandlungsorientierten und wettbewerblichen Steuerungsmechanismen (Bogumil/Jann 2009: 51f).

Der „Schulterschluss“ mit ausgewählten Stiftungen wird einem solchen Anspruch ebenso wenig gerecht wie das Design der in der Engagementstrategie propagierten Public Nonprofit Partnerships. Die von der Bundesregierung initiierten Partnerschaften mit Stiftungen sollen „unter völliger Respektierung der Unabhängigkeit des Stiftungsektors“ (BMFSFJ 2010: 61) entstehen, ein Widerspruch in sich. Die Vorstellungen zum Stiftungswesen, die die Bundesregierung in ihrer Engagementstrategie entwickelt, lassen eine ausgeprägt etatistische Grundhaltung und einen Hang zu hierarchischen Steuerungsmechanismen erkennen.

Das viel beschworene Innovationspotenzial des Stiftungsektors, das sich jenseits (politischer) Themenkonjunkturen und korporativer Einflüsse entfaltet, setzt Autonomie und da-

mit auch Staatsferne voraus. Daher ist eine zivilgesellschaftliche Rolle von Stiftungen als Ergänzung und Gegengewicht zu staatlichem Handeln mit einer Beteiligung an staatlich initiierten Partnerschaften nicht unbedingt vereinbar. Ein solches Paktieren widerspricht den idealtypischen Funktionen von Stiftungen als unabhängigen Akteuren, die aus einer Position der Staatsferne heraus gemeinnützige Aufgaben erfüllen.

Stiftungsgründungen lassen sich u. a. mit Staatsversagen erklären. Dieser Theorieansatz meint jedoch nicht, dass Nonprofit-Organisationen Lückenbüsser für einen Staat sind, der mit dem Umfang seiner Aufgaben überfordert ist. Stiftungen decken Nischen ab, die entstehen, weil sich politische Entscheidungen am Medianwähler orientieren und daher nicht allen Bedürfnissen in einer Gesellschaft gerecht werden (Unterversorgungsthese). Folglich sind die meisten Stiftungen fremdnützig bzw. gemeinwohlorientiert, ihre originäre Funktion liegt jedoch nicht in der Wahrnehmung staatlicher Aufgaben.

Stiftungen als Trabanten der Engagementpolitik, das ist die Strategie. Dieser Versuch der Quangoisierung des Stiftungswesens deklariert zivilgesellschaftliche Impulse innerhalb und außerhalb des Stiftungswesens und widerspricht einer Vorstellung von Staat als einem Ermöglicher originär zivilgesellschaftlicher Lösungen. Zudem ist dieser Versuch zweischneidig: Er privilegiert Stiftungen und instrumentalisiert sie zugleich und er „spaltet“ damit die Stiftungslandschaft.

Große, finanzkräftige Stiftungen können sich der schleichenden Quangoisierung noch am ehesten entziehen. Sie profitieren möglicherweise von einem Mehr an politischem Einfluss, was aber nicht unbedingt dem Stiftungswesen als Ganzem dient.

Stiftungen, die ihre Arbeit nicht allein aus ihrem Vermögen finanzieren können, zwingt die Bundesregierung mit ihrer Förderpolitik in ein Dilemma zwischen Opportunismus und Verzicht. Die Amadeu Antonio Stiftung wehrt sich gegen eine Zuwendungsbedingung wie die

Extremismusklausel (Beste 2011), andere wie die Stiftung Bürgermut verzichten demonstrativ auf weitere staatliche Gelder, um sich die Freiheit im Denken und Handeln nicht nehmen zu lassen. Beides verdient Respekt, denn gerade kleinen Stiftungen und dazu gehören ausgerechnet die Bürgerstiftungen, die die Engagementstrategie so herzlich zu umarmen sucht dürfte es schwer fallen, das, was da als Trojanisches Pferd herangerollt wird, einfach vor ihren Toren stehen zu lassen. Ein hübsches Geschenk, doch im Inneren der Ressourcenhülle verbirgt sich die „feindliche Übernahme“.

Berit Sandberg ist Professorin für Public und Nonprofit-Management an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin.
Kontakt: berit.sandberg@htw-berlin.de

Anmerkung

¹ Die Verfasserin dankt Dr. Burkhard Küstermann für wertvolle Anregungen.

Literatur

Anheier, Helmut K./Appel, Anja 2004: Stiftungen in der Bürgergesellschaft. Grundlegende Fragen zu Möglichkeiten und Grenzen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14, 8-15, www.bpb.de/files/2GS7UF.pdf [10.09.2010].

Beste, Ralf 2011: Feinde der Demokratie. In: Der Spiegel, Jg. 54, Heft 3, 48.

Blanke, Bernhard 2009: Erzählungen zum aktivierenden Staat. In: Verwaltung & Management, Jg. 15, Heft 3, 115-125.

Bogumil, Jörg/Jann, Werner 2009: Verwaltung und Verwaltungswissenschaft in Deutschland. Einführung in die Verwaltungswissenschaft, 2. völlig überarbeitete Aufl.. Wiesbaden: VS.

Bündnis für Gemeinnützigkeit 2010: Stellungnahme zur Nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung. In: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) (Hg.): Engagementpolitik im Dialog. Berlin, 64-73.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2010: Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung. Berlin, 6. Oktober 2010. <http://www.engagementzweinnull.de> [18.12.2010] (hier zitiert); abgedruckt in: Bundesnetzwerk Bürgergesellschaftliches Engagement (BBE) (Hg.): Engagementpolitik im Dialog. Berlin, 6-42.

Grunow, Dieter 1995: Organisierte Solidarität. Organisationsprobleme von Wohlfahrtsverbänden. In: Rauschenbach, Thomas/Sachße, Christoph/Olk, Thomas (Hg.): Von der Wertgemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 253-279.

Hessische Landesregierung 2010: Gemeinsam für ein starkes Hessen. Regierungserklärung des Hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier, 7. September 2010. www.hessen.de/Pressemitteilungen [21.06.2011].

Holzberg, Martin/Meffert, Heribert 2009: Erfolgsfaktoren sektorübergreifender Kooperationen. Eine empirische Analyse unter besonderer Berücksichtigung der Stiftungsperspektive. Leipzig: Wiss. Ges. für Marketing und Unternehmensführung.

Leseberg, Nina/Netkowski, Patrick 2010: Engagementförderung durch Stiftungen. Berlin: Bundesverband dt. Stiftungen.

Sandberg, Berit 2007: Stand und Perspektiven des Stiftungsmanagements in Deutschland. Eine empirische Studie zur betriebswirtschaftlichen Orientierung von Stiftungen. Berlin.

Sandberg, Berit 2011: Stiftungen im Visier der Nationalen Engagementstrategie. Engagementpolitische Erwartungen und sektorale Wirklichkeit. In: Zeitschrift für Stiftungs- und Vereinswesen, Jg. 9, Heft 3, S. 81-87, zugleich betrifft: Bürgergesellschaft 35. <http://library.fes.de/pdf-files/kug/08287.pdf> [20.07.2011].

Schröder, Kristina (*Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*) 2011: Eine mit allen Akteuren abgestimmte und wirksame Engagementförderung. Interview. In: Stiftung&Sponsoring, Jg. 14, Heft 1, 8f.

Seibel, Wolfgang 1994: Funktionaler Dilettantismus. Erfolgreich scheiternde Organisationen im „Dritten Sektor“ zwischen Markt und Staat. 2. Aufl.. Baden-Baden: Namos.

Streeck, Wolfgang 1999: Korporatismus in Deutschland. Zwischen Nationalstaat und Europäischer Union. Frankfurt a.M./New York: Campus.

Vogt, Ludgera 2009: Geschlossene Gesellschaft. Zur exklusiven Wirkung des Sozialkapitals am Beispiel einer deutschen Bürgerstiftung. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 22, Heft 3, 66-75.

Accountability und Transparenz des Dritten Sektors in Deutschland: Ein Paradox?

Helmut K. Anheier/Annelie Beller/Rabea Haß

Forderungen nach einem Mehr an Accountability und Transparenz¹ werden gerade infolge der Wirtschaftskrisen 2001-2002 und 2008-2010 gegenüber Staat und Wirtschaft auf nationaler und internationaler Ebene verstärkt erhoben.

Einerseits spiegelt der Bedarf nach diesem Mehr an Information den Zeitgeist der „Au-

dit Society“ (Power, 1997) wider. Der Begriff beschreibt eine gesellschaftliche Erwartungshaltung, die sich aus einem generellen Verlust an institutionellem Vertrauen speist. Die „Audit Society“ steht für eine Entwicklung, in der die zentralen Institutionen einer immer weitergehenden öffentlichen Beobachtung im Sinne

einer Rechnungs- und Offenlegung unterstehen. Diese wird durch unterschiedliche rechtliche und soziale Mechanismen eingefordert, die das Binnen- und Außenverhältnis von Organisationen regeln und ihr Verhalten kontrollieren.

Andererseits speist sich das Mehr an Accountability und Transparenz aus Fehlverhalten und Skandalen, die alle Bereiche der Gesellschaft zu erfassen scheinen und die entsprechend medial vermarktet werden. Dies betrifft auch den Dritten Sektor. Die mangelhafte Verwendung von Spendenmitteln bei UNICEF (Thieme 2011), die angebliche Veruntreuung von öffentlichen Mitteln durch die Treberhilfe Berlin² oder die Missbrauchsfälle an der Odenwaldschule³ und in kirchlichen Einrichtungen⁴ sollen als stellvertretende Beispiele dienen. Zu deren tatsächlichem Ausmaß liegen indes, wie wir weiter unten feststellen werden, kaum Zahlen vor.

Als Resultat wird Vertrauen zunehmend zu einer notwendigen und weniger zu einer hinreichenden Bedingung moderner Gesellschaften. Der „blind trust“ in die Kerninstitutionen der Gesellschaft, von dem Giddens (1990) spricht und den er für ihr Funktionieren als zentral ansieht, wird durch Kalkülhaftigkeit und Kontrolle ersetzt, die, das Risiko des Versagens antizipierend, Motive und Handlungen hinterfragen.

Aber erreichen die Forderungen nach mehr Accountability und Transparenz auch den Dritten Sektor und lösen sie dort entsprechende Veränderungen aus? Für den US-amerikanischen Dritten Sektor lässt sich diese Frage jedenfalls bejahen⁵. In einer gerade abgeschlossenen Studie⁶ kommen wir für Deutschland jedoch zu dem vorläufigen Schluss, dass hier der Dritte Sektor von solchen Entwicklungen bisher kaum erfasst wurde. Die Anforderungen an Organisationen des Sektors in Bezug auf Accountability und Transparenz fallen deutlich hinter die Anforderungen an staatliche oder private Akteure zurück, aber auch an Dritt-Sektor-Organisationen in anderen Ländern. Nicht nur in den USA, sondern auch in Großbritannien und europäischen Nachbarländern wie Frankreich

oder Österreich gibt es mittlerweile klare gesetzliche Vorgaben für Accountability und Transparenz. Diese gehen weit über die Regelungen in Deutschland hinaus. Hier können sich Nonprofit-Organisationen (NPO) im Schutz des Steuergeheimnisses einer weitergehenden öffentlichen Berichterstattung entziehen.

Dieser Umstand könnte aus zwei Gründen verwundern: Zum einen hat der deutsche Dritte Sektor einen erheblichen Anteil an der nationalen Wirtschaftsleistung⁷ und liegt seiner Größe nach im internationalen Vergleich im Mittelfeld. Zum anderen ist der Sektor, insbesondere durch das Subsidiaritätsprinzip, ein tragender Pfeiler des deutschen Sozialstaats und wird als solcher gerade in der europäischen Diskussion politisch herausgestellt. Weder die wirtschaftliche noch die sozialpolitische Bedeutung spiegeln sich aber bisher in der öffentlichen Aufmerksamkeit wider.

Was die Accountability und Transparenz des deutschen Dritten Sektors gerade im internationalen Vergleich kennzeichnet, ist eine Akteurs-Zentriertheit auf den Staat (Finanzbehörden) zusammen mit einer Konzentration auf die steuerrechtlichen Anforderungen der Abgabenordnung. Generell gibt es nur eine verbindliche Informationspflicht für alle deutschen NPO, unabhängig von Rechtsform und Tätigkeitsfeld: die Auskunftspflicht gegenüber den Finanzbehörden über Ziel und Zweck sowie über Einnahmen und Ausgaben. Gemäß der Abgabenordnung verleiht das Finanzamt den Organisationen den Status der ‚Gemeinnützigkeit‘ und ebnet damit den Weg zur Steuerbefreiung. Die dafür notwendigen Informationen fallen jedoch unter das Steuergeheimnis und sind folglich für die Öffentlichkeit nicht zugänglich. Zudem ist die Prüfung rein formal angelegt. Sie zielt auf eine steuerrechtliche Feststellung, ob Selbstlosigkeit, Ausschließlichkeit und Unmittelbarkeit vorliegen, ob steuerlich schädliche und unschädliche Betätigungen nachweisbar sind und ob die gesetzlichen Anforderungen an Satzung, Geschäftsführung und Vermögensbildung eingehalten werden. Accountability und Transparenz gegenüber den Finanz-

behörden betonen also durchweg formale Kriterien der steuerrechtlichen Einhaltung der Gemeinnützigkeit.

Alle weiteren gesetzlich verankerten Berichtspflichten variieren stark. Einerseits ist die Rechtsform für die jeweiligen Anforderungen ausschlaggebend, andererseits variieren die Ansprüche nach Tätigkeitsbereich. So muss eine gGmbH beispielsweise nach dem Handelsgesetzbuch einen Jahresabschluss offen legen. Eine Organisation aus dem Bildungsbereich muss dem zuständigen Kultusministerium Angaben zu Schülerzahlen übermitteln. Doch aufgrund der sehr unterschiedlichen Anforderungen, der fehlenden Standardisierung der Daten und der dezentralen Abfrage von Informationen sind diese zu wenig aussagekräftig, um ein Gesamtbild von Geldflüssen oder Aktivitäten zu erstellen.

Neben diesen gesetzlich verankerten Berichtspflichten bilden sich zunehmend Initiativen, um auf freiwilliger Basis Standards für die transparente Veröffentlichung von Informationen oder Kodizes für eine nachhaltige Arbeitsweise einzuführen. Darunter fällt das Spendensiegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI), das ein Beispiel für *geprüfte Transparenz* verkörpert. Als unabhängige Organisation fragt das DZI bestimmte Angaben einer Organisation ab und prüft diese auf ihre Richtigkeit. Die Initiative Transparente Zivilgesellschaft wiederum arbeitet nach dem Prinzip der *direkten Transparenz* und ermuntert Mitgliedsorganisationen dazu, ihren Stakeholdern systematisch Informationen zur Verfügung zu stellen. Diese Angaben werden aber nicht auf ihre Richtigkeit geprüft. Darüber hinaus gibt es noch eine dritte Form: Beratungsunternehmen wie die gemeinnützige Phineo AG sehen sich als Brückenbauer zwischen gemeinnützigen Projekten und potentiellen Geldgebern. Sie analysieren Projekte auf ihre Wirkung und empfehlen sie dann an entsprechende Spender weiter.

Eine Analyse aller für Deutschland relevanten Selbstverpflichtungen hat jedoch gezeigt, dass bisher keine dieser Vorhaben eine breite

Resonanz oder zumindest eine mittlere Reichweite erzielen konnte. Keine Selbstverpflichtung vereint mehr als ein Prozent der Organisationen des Sektors hinter sich. Die Teilnahme scheint somit für das Gros der NPO keinen Anreiz zu haben. Eine Ausnahme stellen hier Organisationen dar, die primär Spenden sammeln. Bei diesen ist eine stärkere Beteiligung feststellbar, insbesondere an Initiativen, die mit einer Auszeichnung (Siegelvergabe) verbunden sind.

Wie lässt sich erklären, dass ein wirtschaftlich und sozialpolitisch wichtiger Teil der deutschen Institutionenlandschaft in einen fast ausschließlich staats- und steuerrechtlich fokussierten Rahmen für Accountability und Transparenz eingebunden ist? Und wie kann es sein, dass diese doch paradoxe Situation sowohl in der wissenschaftlichen als auch in der fachlichen Öffentlichkeit nicht als Problem wahrgenommen wird? Der Beitrag geht diesen Fragen nach, wobei zuerst der Begriff Accountability näher betrachtet werden soll.

1 | Accountability und Transparenz

Die neuere Forschung zu Accountability, insbesondere die Arbeiten von Koppell (2005; 2010), gehen von einem multiplen Stakeholder-Ansatz aus. Accountability wird dabei in bestimmte Einzeldimensionen zerlegt, die jeweils andere, aber auch überlappende Stakeholder einbeziehen bzw. ansprechen. Im Einzelnen sieht Koppell (2005: 96-99) fünf Dimensionen der Accountability vor:

1. *Transparency* (Transparenz): Werden Daten und Informationen offengelegt, die es erlauben, Verhalten und Leistung einer Organisation zu beurteilen?
2. *Liability* (Haftung): Trägt die Organisation bzw. tragen die Verantwortlichen die Konsequenzen (positiver oder negativer Art) für ihre Leistung?
3. *Controllability* (Steuerbarkeit): Besteht ein klar definiertes Prinzipal-Agent-Verhältnis⁸ und führt der Agent die ihm erteilten Aufträge in Sinne des Prinzipals aus?

4. *Responsibility* (Verantwortlichkeit): Hält sich die Organisation bei der Ausführung ihrer Tätigkeiten an bestehende (auch selbst auferlegte) Regeln, Gesetze und Vorschriften?
5. *Responsiveness* (Ansprechbarkeit/Reaktionsbereitschaft): Beachtet und reagiert die Organisation auf die Forderungen und Bedürfnisse ihrer Stakeholder?

Koppells Konzepte zeigen, dass die Frage, ob eine Organisation *accountable* ist, wohl durch die Frage, auf welche Weise und gegenüber wem sie *accountable* ist, erweitert werden muss. Je nachdem, welche Accountability-Dimension man analysiert, wird man zu unterschiedlichen Antworten kommen. Accountability wird zudem, und dies scheint für uns zentral, als ein Beziehungsgeflecht zu unterschiedlichen Stakeholdern gesehen. Dem folgend bestimmt also die Nachfrage der Stakeholder nach bestimmten Informationen oder Verhaltensmustern die Handlungsweise der Organisation mit. Diesen Punkt werden wir später noch einmal aufgreifen und fragen, welche Nachfragekonstellation hinter dem Accountability-Paradox des deutschen Dritten Sektors stehen könnte.

Die Pluralität an Stakeholdern ist also das zentrale Charakteristikum für Accountability in NPO, da sie gegenüber verschiedenen Akteuren und in verschiedene Richtungen *accountable* sind: *aufwärts* gegenüber Gebern und Regulatoren, *abwärts* gegenüber Leistungsempfängern und Klienten, nach *außen* gegenüber Partnern, der Gesellschaft, den Medien und ähnlichen im Feld tätigen Organisationen sowie nach *innen* gegenüber Mitarbeitern und Ehrenamtlichen, aber auch hinsichtlich der Erfüllung der eigenen Mission (Ebrahim 2010; Najam 1996; Laratta 2009).

Die unterschiedlichen und möglicherweise zudem widersprüchlichen Anforderungen an die Organisation, wie sie im multiplen Stakeholder-Modell zum Ausdruck gebracht werden, machen ein besonderes Management notwendig (Anheier 2005). Auf welche Art von Accountability-Beziehung besonderen Wert gelegt

wird und wie die unterschiedlichen Beziehungen ausgestaltet sind, kann Aufschluss über die Wichtigkeit der einzelnen Interessensgruppen geben. Versucht eine Organisation, allen Dimensionen gerecht zu werden, bringt sie sich womöglich in unauflösbare Widersprüche und macht sich selbst handlungsunfähig. Koppell nennt dieses Phänomen „Multiple Accountabilities Disorder“. Anheier und Hawkes (2008) sprechen in diesem Zusammenhang vom „Accountability Syndrome“ von Organisationen, insbesondere bei NGO, die in komplexe Governance-Strukturen eingebunden sind. Im deutschen Dritten Sektor liegt dagegen eher das Gegenteil vor: Hier haben wir es mit einer „Single Accountability Disorder“ zu tun, die aber eben nicht, wie oben dargestellt, als Problem wahrgenommen wird. Wie lässt sich das erklären?

2 | Erklärungsansätze

Interpretieren wir Accountability aufbauend auf Koppells theoretischen Ausführungen als Beziehung, so trägt die für Deutschland festzustellende fehlende oder schwach ausgeprägte Nachfrage unterschiedlicher Stakeholder nach einem Mehr an Information sicherlich maßgeblich zur derzeitigen Lage bei. Denn scheinbar stören sich weder die Öffentlichkeit noch die politischen Parteien an der steuer- und staatszentrierten Berichterstattung der Organisationen des Dritten Sektors.

Die Regierungen der letzten Legislaturperioden machten wiederholt deutlich, dass eine Gesetzesänderung, beispielsweise zur teilweisen Aufhebung des Steuergeheimnisses für NPO, nicht geplant sei (u.a. Unterausschuss 2008 und 2011; Deutsche Bundesregierung 2008 und 2010). Auf Landesebene ging der Trend sogar in die entgegengesetzte Richtung: Im Zuge des Bürokratieabbaus haben inzwischen fast alle Länder die Sammlungsgesetze abgeschafft (Ballhausen 2010: 42-44); Organisationen können somit ohne behördliche Genehmigung an öffentlichen Orten Spenden sammeln.

Die mediale Öffentlichkeit empört sich zwar über vereinzelte Skandale, zum Beispiel die in Wilfried Huismanns Dokumentarfilm „Der Pakt mit dem Panda“ offengelegte Doppelmoral des WWF. Doch die dadurch angestoßenen Debatten haben bisher einen kurzen Atem. Die bestehende Accountability- und Transparenzlage grundsätzlich und nachhaltig zu hinterfragen bleibt weitgehend aus. Dies kann dahingehend gedeutet werden, dass weder der politische Druck noch die Nachfrage der Öffentlichkeit groß genug sind.

Es stellt sich daher die Frage der Bewertung der Accountability- und Transparenzlage des Dritten Sektors in Deutschland. Pointiert formuliert fragen wir also: Ist es überhaupt notwendig, dass sich an der derzeitigen Lage etwas ändert? Liegt im deutschen Dritten Sektor tatsächlich ein Accountability-Problem vor? Dazu lassen sich verschiedene, zum Teil überlappende Antworten hypothesenartig denken. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Datenlage zum Organisationsverhalten im Dritten Sektor gerade wegen des vorherrschenden Accountability-Systems höchst unzureichend ist.

Eine mögliche Antwort gibt die *Denial-These*, die besagt, dass im Dritten Sektor tatsächlich ein Problem bezüglich Accountability und Transparenz vorliegt, das durch eine deutlich höhere Dunkelziffer an Missbrauch und Missmanagement gekennzeichnet ist. Das Problem wird jedoch verdrängt (culture of denial), da den zentralen politischen (z.B. Parteien) und gesellschaftlichen (z.B. Kirchen) Stakeholdern Alternativen in ihrem politischen Kalkül kostspieliger und riskanter erscheinen. Die Denial-These ist eine Variante des funktionalen Dilettantismus-Ansatzes von Seibel (1992), der besagt, dass der Dritte Sektor als Feigenblatt eines politischen Systems dient, das aus Opportunismus vor der Lösung gesellschaftlicher Probleme zurückschreckt. Es lässt sich auch auf die Arbeiten von Popitz (1968) zur Präventivwirkung des Nichtwissens verweisen, die die Schlussfolgerung nahelegen, dass mehr oder weniger bewusst tolerierte Ignoranz bestimmten Stakeholdern von Vorteil sein kann.

Die *Enlightened-Leadership-These* betont eine gegenteilige Ausgangslage: In einigen Organisationen des Dritten Sektors bzw. insbesondere in deren Führungskreisen gibt es ein Bewusstsein für die Thematik und Bemühungen, das (kommende) Problemfeld Accountability zu antizipieren. Diese neuen professionellen Eliten erkennen die enge Verbindung zwischen Informationsmanagement, Öffentlichkeitsarbeit und Legitimation. Deshalb beteiligen sie sich proaktiv an freiwilligen Initiativen, welche es gleichwohl nicht vermögen, alle relevanten Stakeholder zu erreichen und eine entsprechende Breitenwirkung zu erzielen. Die Eliten stehen nun einerseits vor der Herausforderung, Accountability und Transparenz von einem System zu verlangen, dem es weitgehend an einem Problembewusstsein hierzu fehlt. Andererseits muss dieses Bewusstsein geschaffen werden, um die Nachfrage entsprechend zu erhöhen. Das wiederum birgt das Risiko für die neuen Eliten, ihre Legitimation zu verlieren. Hiermit ließe sich erklären, warum die freiwilligen Initiativen bisher wenig Resonanz finden.

Als dritte Annahme postuliert die *New Public Management-(NPM)/ Neue Subsidiarität-These*, dass sich die Accountability-Problematik in Zukunft am stärksten in den Bereichen des Sektors zeigen wird, die immer weniger der staatlichen Steuerung unterliegen: In Bereichen, in denen der Staat Aufgaben an NPO übergibt, wird zunehmend die Frage gestellt werden, wie und ob diese Organisationen ihre Aufgaben erfüllen. Nonprofit-Felder wie Gesundheit und soziale Dienstleistungen sind charakterisiert durch starke quasi-marktliche Elemente mit neuen Stakeholdern und Prinzipalen. Diese Felder folgen einer veränderten Staatslogik kombiniert mit einer markt-basierten Prinzipal-Agent-Logik, wodurch die Nachfrage nach Accountability merklich gestärkt werden dürfte. In diesen Bereichen werden die Zentriert- und Konzentriertheit auf die Steuerbehörden und die Abgabenordnung aufgebrochen, bestehende Strukturen geraten zunehmend unter Druck.

Mit der NPM-These verwandt ist die *Governance-Hypothese*. Sie steht in Verbindung mit dem postulierten Wandel eines staatszentrierten Accountability-Regimes und besagt, dass zukünftig inter- und intrasektorale Partnerschaften an Bedeutung gewinnen werden. Dadurch werden neue Akteure beteiligt, die ein großes Interesse an Erfolg und Verhalten von NPO haben. Mit anderen Worten: Auch hier wäre durch neue Stakeholder eine stärkere Nachfrage zu erwarten, auf die NPO und eventuell auch der Gesetzgeber durch entsprechende Maßnahmen reagieren müssten.

Schließlich lässt sich eine *Steady State-These* anführen, die die obigen Thesen in Frage stellt und behauptet, dass das im deutschen Dritten Sektor vorherrschende Accountability-Regime recht gut funktioniert, vielleicht genau wegen seiner Zentrier- und Konzentriertheit auf die wesentlichen Stakeholder und Informationen. Dies erkenne man eben daran, dass Missbräuche Ausnahmen sind und bleiben, obwohl der Dritte Sektor großen Wandlungen ausgesetzt ist (u.a. NPM). Das deutsche Accountability-System erweist sich nicht nur als effizient (da es die Aufgaben der NPO von einem multiplen zu einem „Single Stakeholder Modell“ und auf wesentliche Angaben zum Geschäftsgebaren reduziert) und effektiv (weil Missbrauchsdaten scheinbar niedrig sind), sondern auch als flexibel und für Veränderungen gerüstet.

3 | Ein Paradox?

Im Zuge der Antwortversuche auf diese Thesen lohnt die Überlegung, woran sich ein Accountability- und Transparenzproblem überhaupt erkennen lässt bzw. wie es nachgewiesen werden kann. Dabei sind verschiedene Indikatoren denkbar:

- Ein erster und offenkundiger Indikator wäre das Auftreten von Skandalen und Missbräuchen. Um von einem Accountability- und Transparenzproblem zu sprechen, müssten diese empirisch als endemisch nachweisbar, wenn auch nicht massiv auf-

findbar sein. Skandale könnten durch Verdachtsmomente auf Geldwäsche, Unterschlagung oder durch ethisches und moralisches Fehlverhalten bedingt sein. Bei einer eingehenden Prüfung würden sich solche Verdachtshinweise erhärten und eine klare Missbrauchsevidenz schaffen. Vermutlich würden die politischen Eliten in Folge sich mehrerer Skandale Handlungsbedarf sehen, um der Veruntreuung von Steuergeldern entgegenzuwirken.

- Ein weiterer Indikator könnte sich auf einer anderen Ebene abzeichnen: Würde eine große Unzufriedenheit der Organisationsmitglieder, im Fall von NPO also der Arbeitnehmer und Freiwilligen, den Arbeitsalltag im Dritten Sektor bestimmen, wäre das ein Hinweis auf grundlegende Missstände. Eine Kultur der Unzufriedenheit könnte an einer insgesamt hohen Konflikthaftigkeit, häufigem Mitarbeiterwechsel sowie Fluktuation und an der Abnahme von ehrenamtlich Engagierten festgemacht werden.
- Ein Indikator für Unzufriedenheit ließe sich auch bei den Steuerbehörden selbst ausmachen, die über hohe - beabsichtigte oder unbeabsichtigte - Fehlerquoten in der Steuererklärung berichten. Auch müsste die Zahl der anhängigen Verfahren und der Nachweise von Vergehen deutlich ansteigen.
- Ein weiterer Problemanzeiger könnte das abnehmende Vertrauen der Öffentlichkeit in den Dritten Sektor sein: Dies könnte durch Indizien wie den signifikanten Rückgang von Spenden und/oder des ehrenamtlichen Engagements belegt werden, ebenso durch vermehrte Kritik in den Medien. Im Umkehrschluss müsste dieses sinkende Vertrauen der Öffentlichkeit zu einer hohen Beteiligung der Nonprofit-Akteure an Selbstverpflichtungen und freiwilligen Initiativen führen.

Können wir nun mit Hilfe der vorgeschlagenen Indikatoren ein solches Problem im Dritten Sektor ausmachen? Auf Basis unserer Ana-

lyse, in der wir die wissenschaftliche und gesellschaftliche Debatte, die Positionen des Dritten Sektors und der politischen Lager sowie den internationalen Diskurs betrachtet haben, kommen wir zu dem Schluss, dass die aktuelle Accountability- und Transparenzlage im Dritten Sektor nicht nachweisbar als problematisch angesehen werden kann. Obwohl wir auch hier auf die unzureichende Datenlage hinweisen müssen, sodass die kommenden Passagen eher ein vorläufiges als abschließendes Urteil sind, lassen sich folgende Gründe anführen:

Unsere Analyse⁹ hat gezeigt, dass es zwar Missbrauchsfälle und Skandale im Dritten Sektor gibt, diese aber nicht endemisch auftreten. Unter den Skandalen gab es sowohl solche, die durch Korruption, Veruntreuung oder Verschwendung von Geldern gekennzeichnet waren als auch solche, die sich durch ethische und moralische Fehlritte bzw. straffälliges Verhalten gegenüber Mitarbeitern und Schutzbefohlenen auszeichneten. Diese Verschiedenartigkeit der Skandale deutet darauf hin, dass diese Missstände nur durch ein umfassendes Konzept und unterschiedliche Ansätze angegangen werden können. Festzustellen ist zudem, dass wir auf keinerlei statistische Zahlen zu Missbrauchsfällen und Skandalen zurückgreifen können. Derzeit ist ein „Problem“ somit empirisch kaum messbar und somit allenfalls „gefühl“ oder medial vermittelt vorhanden. Wir vermuten des Weiteren, dass in Deutschland häufiger ein unbeabsichtigtes Fehlverhalten („gut gemeint, schlecht gemacht“) anstelle eines handfesten ‚white collar crime‘ vorzufinden wäre. Das Fehlen von breiten Accountability- und Transparenzstandards und die entsprechende Missachtung multipler Stakeholder führen also nicht nachweislich zu einer höheren Missbrauchsquote.

Das Ausmaß der (öffentlich gewordenen) Skandale reicht bisher nicht aus, um eine nachhaltige Debatte anzustoßen und eine ausdrückliche Forderung nach mehr Accountability und Transparenz auf der Angebotsseite geltend zu machen. Daher nehmen wir an, dass Organisationen und Akteure des Dritten Sektors nach

wie vor auf eine breite Vertrauensgrundlage der Gesellschaft bauen können und zunächst von deren Handeln in ‚guter Absicht‘ ausgegangen wird.

Ähnlich verhält es sich mit der politischen Debatte und der Position der Bundesregierung. Die Regierung sieht keinen Handlungsbedarf und will die Rechnungslegungs- und Publizitätspflichten für Organisationen nicht erhöhen. Auch Forderungen gegenüber den Finanzämtern, dem Beispiel Niederlande folgend eine Liste aller als gemeinnützig anerkannter Vereine zu veröffentlichen, werden aus Gründen des Datenschutzes und des Arbeitsaufwandes zurückgewiesen (Unterausschuss 2008).

Die Alternative zu staatlicher Regulierung stellen freiwillige Selbstverpflichtungen dar. Initiativen dieser Art wurden in den letzten Jahren zahlreich und in unterschiedlicher Ausgestaltung, bezüglich ihrer Reichweite und Prüfungsintensität, gestartet. Unsere Analyse zeigt jedoch, dass keine dieser Initiativen eine entsprechende Resonanz erzielen konnte und dass sie relativ unkoordiniert arbeiten.

4 | Fazit

Wir können also anhand der vorhandenen Daten kein Transparenz- und Accountability-Problem nachweisen, obwohl wir einen solchen Schluss aufgrund der vorliegenden Datenlage nur vorläufig ziehen können. Es bleibt festzuhalten, dass der deutsche Dritte Sektor einer anderen Steuerungslogik unterliegt als sie beispielsweise in den USA oder in Großbritannien vorherrscht. Accountability- und Transparenz-Mechanismen in Deutschland folgen vornehmlich einer staatlichen und somit behördlichen Logik und weniger der einer fragenden zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit. Die Übertragung der US-amerikanischen Debatte auf den Deutschen Sektor ist daher nicht ohne weiteres möglich und auch nicht nötig. Das deutsche System, vorausgesetzt, dass es tatsächlich gut funktioniert, ist aber auch dafür verantwortlich, dass wenige Informationen zum Organisationsverhalten im Dritten Sektor vor-

liegen. Stattdessen scheint sich ein relativ stabiles System herausgebildet zu haben, das sich insbesondere auf die steuerliche Berichterstattung konzentriert.

Die für die Zukunft wichtige Frage wird sein: Inwieweit ist es in diesem System möglich, mit den in der *NPM*- und *Governance-These* angesprochenen Wandlungen und Veränderungen umzugehen, ohne dass es zu Accountability-Problemen neuen Ausmaßes kommt? Wird das System genügend anpassungsfähig sein oder wird eine stärkere Einbindung der zivilgesellschaftlichen und anderen Stakeholder nach amerikanischen oder britischen Muster notwendig werden? Mit anderen Worten: Wie lange kann die *Steady State-These* der Funktionsfähigkeit des Accountability-Regimes im deutschen Dritten Sektor aufrecht erhalten werden?

Helmut K. Anheier ist Dean der Hertie School of Governance, Berlin, Professor für Soziologie sowie Akademischer Direktor des Centre for Social Investment an der Universität Heidelberg. Kontakt: anheier@hertie-school.org

Annelie Beller ist Research Associate am Centre for Social Investment der Universität Heidelberg (Berliner Büro). Kontakt: annelie.beller@csi.uni-heidelberg.de

Rabea Haß ist Research Associate an der Hertie School of Governance, Berlin. Kontakt: hass@hertie-school.org

Anmerkungen

¹ Wir werden später genauer auf den Begriff Accountability eingehen, auch in Zusammenhang mit dem Begriff der Transparenz (Marshall 2010: 1566), doch verstehen wir damit die Erwartungshaltung von Verantwortlichen, ihre Entscheidungen und ihr Verhalten gegenüber Dritten offenzulegen (Anheier 2005: 237; Anheier/Hawkes 2008). Transparenz wird allgemein als ein anzustrebender Zustand verstanden, der durch die Offenlegung von Informationen zwischen zwei Parteien vertrauensbildend wirkt. Für eine

differenziertere Definition: siehe Koppell (2005; 2010) im weiteren Verlauf dieses Artikels.

² „Maserati-Mann empört Obdachlosenhelfer“, Spiegel Online vom 18.02.2010. <http://www.spiegel.de/panorama/0,1518,678856,00.html> [27.07.2011]

³ „Gemobbt, geschlagen, vergewaltigt“, Frankfurter Rundschau vom 6.03.2010 <http://www.fr-online.de/politik/gemobbt-geschlagen-vergewaltigt-/1472596/2819914/-/index.html> [27.07.2011].

⁴ „Die Scheinheiligen. Die katholische Kirche und der Sex“, Der Spiegel vom 8.2.2010 <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-69003637.html> [27.07.2011].

⁵ In den USA sind die Steuererklärungen der meisten Nonprofit-Organisationen öffentlich und auf Internet-Seiten wie Guidestar einzusehen. Verbandsorganisationen wie Independent Sector oder Foundation Center bieten über rein fiskalische Angaben hinaus weitere Information an und Dienstleister wie Board Source geben Hilfestellung zu verbesserter Accountability und Transparenz. Nachdem der US-Kongress in Reaktion auf den Enron-Skandal und andere Missbräuche 2002 den Sarbanes-Oxley Act einführte, nahmen die großen amerikanischen Stiftungen dies zum Anlass, entsprechende Regelungen in ihrer finanziellen Berichterstattung und Wirtschaftsprüfung einzuführen, obwohl sie eigentlich aus der Zuständigkeit des Gesetzes ausgenommen waren (Board Source und Independent Sector, 2003).

⁶ Die Forschungsergebnisse, welche hier skizziert werden, sind Teil eines Kooperationsprojekts zwischen dem Centre for Social Investment (CSI) der Universität Heidelberg und der Hertie School of Governance, Berlin. Das Projekt wird wissenschaftlich von Prof. Dr. Helmut Anheier und Dr. Volker Then betreut und von der Gemeinnützigen Hertie Stiftung finanziert.

⁷ Der Dritte Sektor hat einen Anteil von 4,1% an der nationalen Wirtschaftsleistung. Etwa 9% aller sozialversicherungspflichtigen Be-

schäftungsverhältnisse sind in diesem Segment angesiedelt (Fritsch et al. 2011: 6).

⁸ Das Prinzipal-Agent-Verhältnis beschreibt eine Vereinbarung „under which one or more persons (the principal(s)) engage another person (the agent) to perform some service on their behalf which involves delegating some decisions making authority to the agent.“

⁹Weitere Informationen zum Forschungsprojekt und ein ausführlicher Projektbericht finden sich unter: <https://www.csi.uni-heidelberg.de/projekte.htm>

Literatur

Anheier, Helmut K. 2005: Nonprofit-Organizations. Theory, Policy, Management. New York: Routledge.

Anheier, Helmut K./Hawkes, Amber 2008: Accountability in a globalising world: nongovernmental organizations and foundations. In: Martin Albrow et al. (Hrsg.) Global Civil Society Yearbook. London: Sage, 124-143.

Ballhausen, Werner/Weitemeyer, Birgit 2010: Noch viel zu tun. Bündnis für Gemeinnützigkeit fordert Reformen im Dritten Sektor. In: Stiftung&Sponsoring 2/2010; 42-43.

Board Source und Independent Sector 2003: The Sarbanes-Oxley Act and the Implications for Nonprofit Organizations. Washington, DC.

Deutsche Bundesregierung 2008: Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Fraktion der FDP „Rechnungslegung und Transparenz im Gemeinnützigkeitssektor“, Drucksache 16/8325, 29.02.2008.

Deutsche Bundesregierung 2010: Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Spenden an gemeinnützige Institutionen“, Drucksache 17/1712, 11.05.2010.

Ebrahim, Alnoor 2010: Accountability. In: Anheier, Helmut/Toepler, Stefan (Hg.): International Encyclopedia of Civil Society, New York: Springer, 3-9.

Fritsch, Sigrid/Klose, Manfred/Oppermann, Rainer/Rosenski, Natalie/Schwarz, Norbert/Anheier, Helmut K./Spengler, Norman 2011: ZIVIV. Zivilgesellschaft in Zahlen. Abschlussbericht Modul 1. Vorgelegt im April 2011, http://www.stifterverband.org/statistik_und_analysen/dritter_sektor/veroeffentlichungen/zivilgesellschaft_in_zahlen_abschlussbericht_modul_1.pdf [01.07.2011].

Giddens, Anthony 1990: The consequences of modernity. Stanford: Stanford University Press.

Jensen, Michael C./Meckling, William H. 1976: Theory of the Firm: Managerial Behavior, Agency Cost and Ownership Structure. In: Journal of Financial Economics, 1976, Jg. 3, Heft 4, 305-360.

Koppell, Jonathan 2005: Pathologies of Accountability; ICANN and the Challenges of Multiple Accountabilities Disorder. In: Public Administration Review, Jg. 65, Heft 1, 94-108.

Koppell, Jonathan 2010: World Rule. Accountability, Legitimacy, and the Design of Global Governance. Chicago and London: The University of Chicago Press.

Laratta, Rosario 2009: Autonomy and accountability in social services nonprofits: Japan and UK. In: Social Enterprise Journal. Jg. 5, Heft 3, 259-281. (Jensen/Meckling 1976: 308).

Marschall, Miklos 2010: Transparency. In: Anheier, Helmut; Toepler, Stefan: International Encyclopedia of Civil Society, New York: Springer, 1566-1570.

Moes, Johannes/Antal Berthoin, Ariane/Hofmann, Jeanette/Oppen, Maria 2008: Accountability-Beziehungen im Wandel – ein sozialwissenschaftlicher Zugang. Discussion Paper SP III 2008-104. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Najam, Adil 1996: NGO accountability: a conceptual framework. In: Development Policy Review, Jg. 14, Heft 1, 339-53.

Popitz, Heinrich 1968: Über die Präventivwirkung des Nichtwissens. Dunkelziffer, Norm und Strafe. Tübingen: Mohr.

Power, Michael 1997: *The Audit Society. Rituals of Verification*. Oxford and New York: Oxford University Press.

Seibel, Wolfgang 1992: *Funktionaler Dilettantismus. Erfolgreich scheinende Organisationen im ‚Dritten Sektor‘ zwischen Markt und Staat*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Thieme, Matthias 2011: *Der Fall Unicef. Oder: Was Hilfsorganisationen im Umgang mit kritischer Berichterstattung vermeiden sollten*. In: Bangert, Kurt (Hrsg.): *Handbuch Spendenwesen*.

Bessere Organisation, Transparenz, Kontrolle, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit von Spendenwerken. Wiesbaden: VS Verlag.

Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement 2008: *Kurzprotokoll der 28. Sitzung. Transparenz und Publizitätspflichten im bzw. für den Dritten Sektor*, 15.10.2008.

Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement 2011: *Kurzprotokoll der 13. Sitzung. Stiftungen und Bürgerstiftungen als zivilgesellschaftliche Akteure und Engagementförderer – Potenziale und Grenzen*, 23.03.2011.

Zivilgesellschaft in Deutschland – eine Standortbestimmung in Zahlen

Holger Krimmer/Jana Priemer

Der Wert einer starken Zivilgesellschaft gehört inzwischen über die Lager hinweg zum festen Inventar politischer Anschauungen. Einstimmigkeit, was deren gesellschaftliche Funktion sein soll und was Zivilgesellschaft bereits heute leistet, besteht hingegen nicht. Hält bürgerschaftliches Engagement in zivilgesellschaftlichen Organisationen wirklich unsere Gesellschaft zusammen? Oder ist Zivilgesellschaft – trotz aller sozialintegrativen Leistungen – mit dieser Aufgabe nicht eher überfordert? Und welche Funktion kann Zivilgesellschaft bei der Behebung sozialer Missstände und Problemlagen übernehmen? Die Bedeutung von Zivilgesellschaft als „gesellschaftliches Frühwarnsystem“ (Klein 2007: 1) und die Innovationspotentiale von Selbstorganisationsprozessen sind schon früh beschrieben worden (Commission on Private Philanthropy and Public Needs 1975). Aber welche Rolle kann Zivilgesellschaft bei der dauerhaften Behebung und Bekämpfung solcher Missstände übernehmen? Dem Ansatz der Lösung in zivilgesellschaftlicher Eigenregie wird entgegen gehalten, dass die ungleichheitsblin-

de Gemeinnutzlogik der Zivilgesellschaft immer auf die „zentrale Verantwortungsinstanz des Staates bezogen bleiben muss.“ (Joas 2001:23) Und der Diskurs zur nationalen Engagementstrategie sowie die Kommentierung der Proteste gegen Stuttgart 21 machen deutlich, dass auch hinsichtlich der demokratiepolitischen Funktion und Bedeutung von Zivilgesellschaft kein Konsens besteht.

Einigkeit in der Uneinigkeit besteht allein darin, dem Konzept Zivilgesellschaft einen hohen Stellenwert beizumessen, auch wenn nicht alle soweit gehen, das „Projekt Zivilgesellschaft“ als „die große Hoffnung“ des 21. Jahrhunderts aufzufassen (Kocka 2004). Der Klärungsbedarf ist damit ein normativer und empirischer zugleich. Denn auch wenn normative Fragen nicht faktenbasiert geklärt werden können, kann eine solide empirische Unterfütterung der Diskussion wichtige Hinweise geben.

Datenbedarf und -lage klaffen jedoch weit auseinander. Solide Daten liegen aktuell für die individuelle Ebene bürgerschaftlich Engage-

gierter vor, die seit 1999 mittlerweile mit der Dritten Welle des Freiwilligen surveys erfasst und beschrieben wurde (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2010). Für das Segment der im Dritten Sektor beruflich Beschäftigten liegen ebenfalls Auswertungen auf der Grundlage sektorübergreifender Daten vor (Hohendanner 2009). Einzig die Ebene der Organisationen ist seit dem Johns-Hopkins Projekt Mitte der 90er Jahre nicht mehr quantitativ abgebildet worden (Zimmer/Priller 2004).

1 | Das Projekt Zivilgesellschaft in Zahlen

Welche Funktionen übernimmt Zivilgesellschaft bereits heute? Wie groß ist die Zivilgesellschaft? Was sind aus Perspektive ihrer Organisationen handlungsrestringierende und -ermöglichende Faktoren? Über welche ökonomischen Grundlagen verfügen zivilgesellschaftliche Organisationen, um ihre politischen und sozialen Ziele zu verfolgen? Wie finanzieren sich zivilgesellschaftliche Organisationen?

Das Projekt Zivilgesellschaft in Zahlen (ZiviZ) der Bertelsmann Stiftung, des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft und der Fritz-Thyssen Stiftung nimmt diese Fragen auf, will die skizzierte Datenvakanz beheben und damit einen klärenden Beitrag zum wissenschaftlichen und politischen Diskurs liefern. ZiviZ will diese Ziele durch Entwicklung und Implementierung einer zivilgesellschaftlichen Dauerbeobachtung einlösen. Mit dem Projekt sollen Strukturen und Prozesse entwickelt werden, die es ermöglichen, eine solche Datenerhebung auf Dauer zu stellen. Die erste Welle soll im Jahr 2012 durchgeführt werden, erste Daten sollen Anfang 2013 vorliegen.

Der geplanten Datenerhebung geht eine mittlerweile abgeschlossene Projektphase voraus, in der vorliegende Datenbestände unterschiedlicher Herkunft auf ihre Verwendbarkeit in einem Informationssystem Zivilgesellschaft überprüft wurden.¹ Wissenschaftliche Kooperationspartner in der mittlerweile abgeschlos-

senen ersten Projektphase (2008-2011) waren das Statistische Bundesamt, das Centrum für Soziale Investitionen und Innovationen an der Universität Heidelberg und das Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin. Kernstück der Projektphase war die Auswertung von Daten des Unternehmensregisters (URS), das beim Statistischen Bundesamt geführt wird und Daten zu allen wirtschaftlich aktiven Organisationen in Deutschland umfasst, gleich, ob es sich um zivilgesellschaftliche, öffentliche oder privatwirtschaftliche Organisationen handelt. Ergebnisse dieser Auswertung sind Gegenstand der folgenden Darstellung.

1.1 | Definitiver Zugang: Zivilgesellschaft und Dritter Sektor

Definitive Zugänge zum Thema Zivilgesellschaft lassen sich nach einer gängigen Einteilung in bereichs- oder handlungslogische Begriffsstrategien unterscheiden (Kocka 2003). Handlungslogische Zugänge identifizieren den definitiven Kern einer Abgrenzung von Zivilgesellschaft in einer eigenständigen, sektorspezifischen und -konstitutiven Handlungsform von Zivilgesellschaft, zum Beispiel Reziprozität, Zivilität, Freiwilligkeit oder auch Sinn, Solidarität und assoziative Logik (Pankoke 1998, Zimmer/Priller 2004, Birkhölzer et al. 2005, Wex 2005). Für eine handlungstheoretisch fundierte Grenzziehung des Sektors Zivilgesellschaft reicht aber nicht der Hinweis auf einen möglicherweise häufig anzutreffenden Handlungstypus. Vielmehr muss über die These einer Handlungslogik auf die Funktionslogik des Sektors selbst geschlossen werden. Damit sehen sich solche Ansätze aber mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert, da sich „nur scharf begrenzte Teilsysteme der Gesellschaft (...) hochabstrakte Codes leisten“ können (von Beyme 1991: 238). Dem steht jedoch die Segmentierung des deutschen Dritten Sektors in sektorübergreifende Integrationszusammenhänge unterschiedlicher Politikfelder entgegen. Gegen die Verwendung einer handlungslogischen Definition von Zivilgesell-

schaft im Projekt sprach auch, dass der Forschungsgegenstand zivilgesellschaftliche Organisationen, nicht aber organisationsunabhängige und informelle Formen zivilgesellschaftlichen Engagements sind.

Wichtiges Ziel des Projektes ist die internationale Vergleichbarkeit der Daten. Um dies zu gewährleisten, kommt im Projekt die im „Handbook on Non-Profit Institutions in the System of National Accounts“ (United Nations 2003) abgelegte bereichslogische Definition von Organisation des Dritten Sektors zum Einsatz, die auf die im Rahmen des Johns-Hopkins Projektes angewandte Definition zurückgeht (Zimmer/Priller 2004). Organisationen der Zivilgesellschaft, der Dritte Sektor, sind danach formal organisiert, unabhängig von staatlicher Steuerung, nicht gewinnorientiert, autonom selbstverwaltend und mobilisieren zumindest Teile ihrer Ressourcenstruktur über freiwillige und unentgeltliche Beiträge von Dritten: Spenden und bürgerschaftliches Engagement.²

1.2 | Datengrundlage: Das Unternehmensregister³

Das Unternehmensregister (URS) wird von den Statistischen Landesämtern geführt, basiert auf Daten der Bundesagentur für Arbeit und der Finanzbehörden und greift auf unterschiedlichen Bereichsstatistiken der amtlichen Statistik zurück. Das Statistische Bundesamt führt den Gesamtdatenbestand von ca. 3,6 Millionen Unternehmen mit etwa 25 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zusammen. Voraussetzung für die Aufnahme in das Register ist, dass Unternehmen über einen steuerbaren Jahresumsatz von mindestens 17.500 Euro und/oder einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verfügen. Grundlage der folgenden Auswertung war der Stand des Unternehmensregisters vom 30. 9.2009, der sich auf Verwaltungsdaten des Berichtsjahres 2007 bezieht.

Zu den im Unternehmensregister erfassten Unternehmen zählen auch Organisationen des

Dritten Sektors, sofern sie die oben genannten Kriterien erfüllen. Für alle Unternehmen enthält das URS unter anderem Daten zur Höhe des steuerbaren Jahresumsatzes, des Umfangs sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und der wirtschaftlichen Tätigkeit nach der Wirtschaftszweigklassifikation (Statistisches Bundesamt 2003). Dadurch sind umfangreiche Auswertungen des Unternehmensregisters zur ökonomischen Größe und Struktur des Dritten Sektors möglich, ohne eine vorangehende eigene Datenerhebung durchführen zu müssen.⁴

Limitierend auf die Auswertungsmöglichkeiten wirkt sich die Bereichskodierung nach der Wirtschaftszweigklassifikation aus. Die für Finanzierung, Organisationsziele und Arbeitsweise zivilgesellschaftlicher Organisationen konstitutive Integration in unterschiedliche Politikfelder kann mit der Wirtschaftszweigklassifikation nur eingeschränkt abgebildet werden. Eine Einschränkung mit Blick auf die Reichweite der gewonnenen Erkenntnisse muss auch aufgrund der Mindestanforderungen der im URS registrierten Unternehmen gemacht werden. Ausschließlich mit ehrenamtlichem Personal und ohne hauptamtliche Strukturen operierende zivilgesellschaftliche Organisationen, deren steuerbarer Jahresumsatz unter der genannten Schwelle lag, sind nicht Teil der vom Statistischen Bundesamt vorgenommenen Berechnungen.

2 | Projektergebnisse

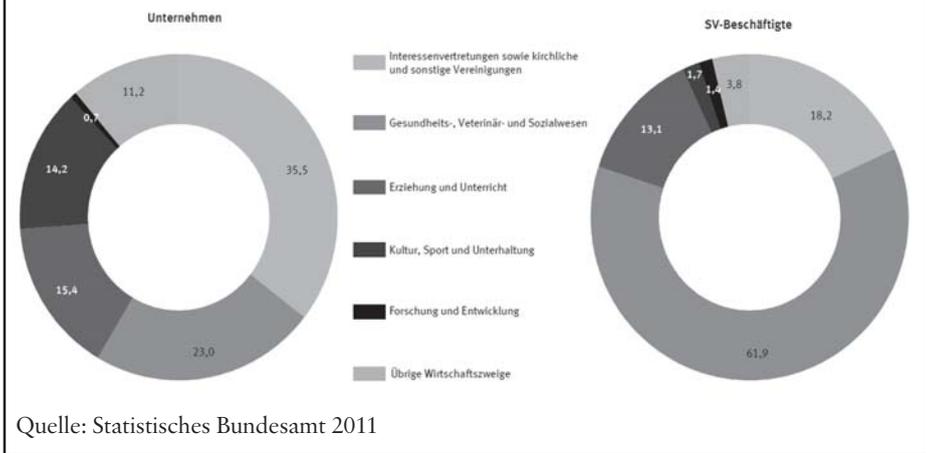
2.1 | Organisationen, Beschäftigung und Bruttowertschöpfung im Dritten Sektor

Fast 105.000 der im Unternehmensregister erfassten Organisationen konnten als Dritte-Sektor Organisationen identifiziert werden. Das entspricht 2,9 Prozent der knapp 3,6 Millionen registrierten Unternehmen. Die organisationsstärksten Bereiche (Abb. 1) nach der Wirtschaftszweigklassifikation sind „Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonsti-

ge Vereinigungen“ mit über einem Drittel (35,5 Prozent) und „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen“ mit knapp einem Viertel (23 Prozent) der Organisationen. Auf die Berei-

che „Kultur, Sport und Unterhaltung“ und „Erziehung und Unterricht“ entfallen je ca. ein Siebtel (15,4 bzw. 14,2 Prozent) der Organisationen.

Abb. 1) Verteilung der Unternehmen und SV-Beschäftigten des Dritten Sektors auf die Wirtschaftszweige nach WZ 2003 (in Prozent)



Fast jeder zehnte deutsche Arbeitnehmer ist in einer zivilgesellschaftlichen Organisation beschäftigt. Zusammengenommen waren in den Organisationen des Dritten Sektors 2007 2.284.410 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das entspricht 9,2 Prozent der gesamten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Deutschland.

Eine Sonderrolle unter den Bereichen nehmen Organisationen des Gesundheits- und Sozialwesens⁵ ein. Organisationen dieses Bereichs bündeln zusammengenommen 62 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung des gesamten Dritten Sektors, was ca. 1,4 Millionen Beschäftigten entspricht. Davon entfallen nahezu gleich große Teile von Beschäftigten auf die drei Unterbereiche Gesundheitswesen (462 Tausend), Heime⁶ (463 Tausend) und Sozialwesen⁷ (488 Tausend).

Neben diesen Beschäftigungskernbereichen verfügen vor allem die Bereiche „Erziehung

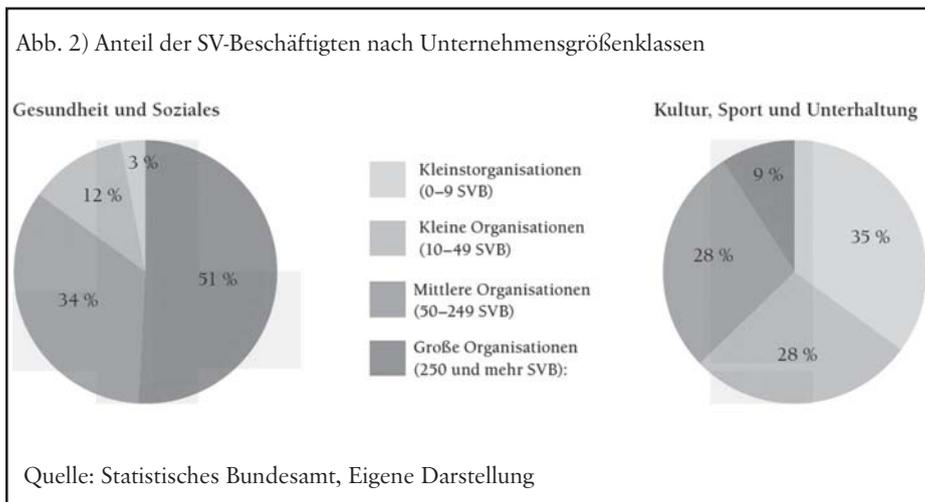
und Unterricht“ (13,1 Prozent) und „Interessenvertretungen u.a.“ (18,2 Prozent) über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in großem Umfang. Im Kontrast dazu zeigt sich, dass andere Bereiche wie Sport, Kultur und Umwelt- und Naturschutz flächendeckend mit einem nur geringen Anteil hauptamtlichen Personals auskommen müssen.

2.2 | Vereine und Großunternehmen

Die Größe zivilgesellschaftlicher Organisationen, gemessen an ihrer Personalstärke, unterscheidet sich erheblich nach den einzelnen Bereichen. Das wird sichtbar, setzt man die Verteilung der Organisationen des Dritten Sektors auf die Bereiche mit der Verteilung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ins Verhältnis. Den einen Pol des Spektrums bildet der Bereich Gesundheit und Soziales, der zwar weniger als ein Viertel aller Organisationen, aber über 60 Prozent der sozialversiche-

rungspflichtigen Beschäftigung bindet. Auf der anderen Seite können zwar 14,1 Prozent aller Organisationen dem Bereich Kultur, Sport und Unterhaltung zugerechnet werden, aber nur 1,7 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung des Sektors. Bildet man diese Relationen in Mittelwerten ab, verfügt die

durchschnittliche Organisation im Bereich Gesundheit- und Soziales über 59 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, im Bereich Sport, Kultur und Unterhaltung hingegen nur über 2,5 Hauptamtliche, für die von den Organisationen Sozialversicherungsbeiträge abgeführt werden.



Der Blick auf die Struktur der Organisationsgrößen in den einzelnen Feldern unterstreicht diesen Befund (Abb. 2). Über die Hälfte aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Organisationen des Bereiches Gesundheit und Soziales arbeiten in großen Organisationen mit 250 und mehr Beschäftigten. Hingegen arbeiten 35 Prozent der Beschäftigten im Bereich Kultur und Sport in Organisationen mit maximal neun Beschäftigten, weitere 28 Prozent in solchen mit weniger als 50 Beschäftigten. Die Kontraste verstärken sich, zieht man Befunde der Engagementforschung hinzu. Nach Ergebnissen des Freiwilligen surveys sind in den Bereichen Soziales und Gesundheit zusammengenommen 7,4 Prozent, in den Bereichen Sport und Kultur 15,3 Prozent der Bevölkerung über 14 Jahre engagiert (Bundesministerium: 7). Zusammengenommen bildet sich damit ein starkes Professionalisierungsgefälle im Dritten Sektor ab. Staatsna-

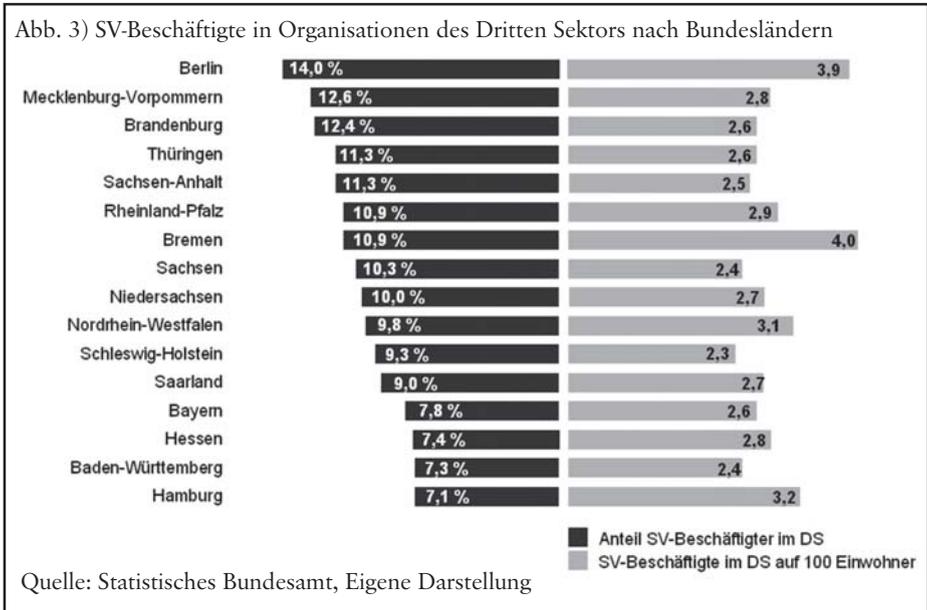
hen Feldern mit hochprofessionalisierten Großorganisationen, die nur in geringem Umfang bürgerschaftliches Engagement binden, stehen vorwiegend von bürgerschaftlichem Engagement getragene Bereiche mit nur gering ausgeprägten hauptamtlichen Strukturen und einer großen Anzahl eher kleiner Organisationen gegenüber.

3 | Zivilgesellschaft in den neuen Bundesländern: Wachstum mit zwei Geschwindigkeiten

Der Dritte Sektor stellt insbesondere in den neuen Bundesländern einen wichtigen Arbeitsmarkt dar. Mit Berlin als Spitzenreiter stellen zivilgesellschaftliche Organisationen in allen neuen Bundesländern anteilig mehr Arbeitsplätze als in den alten. Das deutet allerdings weniger auf einen überdurchschnittlich stark entwickelten Dritten Sektor in den neuen Bun-

desländern als vielmehr auf einen vergleichsweise schwach entwickelten privatwirtschaftlichen Bereich hin. Denn setzt man die Anzahl

der Arbeitsplätze in Organisationen des Dritten Sektors in Relation zur Bevölkerungsgröße, nivelliert sich die Ost-West-Differenz.



Hamburg, Berlin und Bremen sind die drei Bundesländer mit dem bevölkerungsrelativ höchsten Anteil von ArbeitnehmerInnen in Organisationen der Zivilgesellschaft. Das mag auf den ersten Blick verwundern, da Ergebnisse des Freiwilligensurveys mit Engagementquoten von 28 % für Berlin, 29 % für Hamburg und 30 % für Bremen (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2010: 25) eher die Interpretation geringer entwickelter zivilgesellschaftlicher Strukturen in den Stadtstaaten nahelegen. Der Grund dafür, dass ein vergleichsweise großer Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in Organisationen der eher engagementschwachen zivilgesellschaftlichen Strukturen der drei Stadtstaaten tätig ist, ist in den besonderen Bereichsschwerpunkten dieser Zivilgesellschaften zu suchen. Insbesondere die dichter entwickelten Strukturen der Kindertagesbetreuung, die den Bereich „Erziehung und Unterricht“ quantitativ bestimmen, zeichnen für den höheren An-

teil sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung verantwortlich. In den Fällen Bremen und Berlin kommt außerdem ein höherer Anteil von Organisationen aus den Bereichen der sozialen Dienste sowie der Interessenvertretungen und religiösen Vereinigungen hinzu.

Für die Zivilgesellschaft in Ostdeutschland zeichnet sich eine asynchrone Entwicklung der stark professionalisierten und staatsnahen Bereiche einerseits und der von bürgerschaftlichem Engagement geprägten informellen Bereiche von Zivilgesellschaft andererseits ab. Insbesondere der Aufbau der freien Wohlfahrtspflege, der in der Nachkriegszeit in den alten Bundesländern an gewachsene Traditionsbestände und Milieustrukturen mit hohem Mobilisierungspotential für soziales Engagement anknüpfen konnte, erfolgte in den neuen Bundesländern als ein Prozess des Institutionentransfers (Angerhausen u.a. 1998). Die quantitative Entwicklung des Bürgerschaftlichen Engagements konnte in den neuen Bundeslän-

dern jedoch nicht in gleichem Tempo mitziehen (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2010).

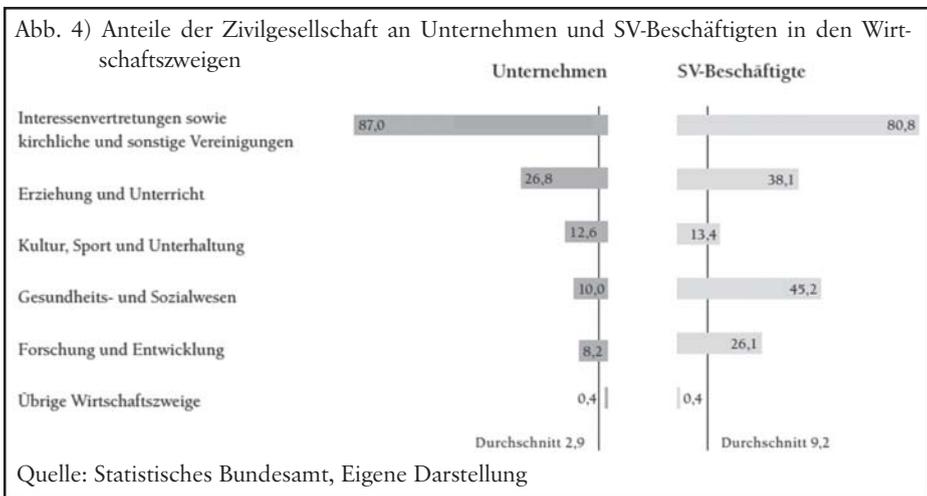
4 | Intersektorale Arbeitsteilung: Der Beitrag der Zivilgesellschaft

Haben zurückliegende Studien ausschließlich die Möglichkeit geboten, den Dritten Sektor aus einer Binnenperspektive heraus zu beschreiben, eröffnen die neu vorliegenden Daten über den Zugang über unterschiedliche Wirtschaftszweige und Politikfelder einen erweiterten Interpretationsrahmen. Bezogen auf die einzelnen Organisationsfelder kann erstmals angegeben werden, wie groß darin die Anteile von öffentlichem Sektor, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft sind.

Nach der Wirtschaftszweigklassifikation 2003 (Statistisches Bundesamt 2003) sind Organisationen des Dritten Sektors in relevantem Umfang nur in fünf von 17 Wirtschaftszweigen anzutreffen (Abb.4), hier jedoch in prägendem Umfang. Der Bereich „Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige Vereinigungen“ ist mit 87 Prozent der Organisationen und 81 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zivilgesellschaftlich dominiert. Auffällig an den Daten zum Bereich „Erziehung und Unterricht“, aber auch

zu „Gesundheits- und Sozialwesen“ und „Forschung und Entwicklung“ ist, dass in Relation zur Gesamtheit der jeweiligen Wirtschaftszweige ein vergleichsweise kleiner Anteil an Organisationen einen deutlich höheren Anteil an Beschäftigung bindet. Diese Zahlen erlauben es nicht, wie vorangegangen diskutiert, Aussagen über die absolute Größe der Organisationen zu treffen, wohl aber über die für das jeweilige Feld relative Größe. Sichtbar wird damit, dass die Zivilgesellschaft – im Kontext der genannten Wirtschaftszweige – gerade die großen Organisationen umfasst und die privatwirtschaftlichen und öffentlichen Anteile der jeweiligen Bereiche im Vergleich dazu durch kleinere Organisationen geprägt sind.

Mit Vorsicht müssen die Zahlen für den Bereich Kultur, Sport und Unterhaltung interpretiert werden, da hier eine große Anzahl von Organisationen zu vermuten ist, die mangels sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung oder wegen Unterschreitung der Mindesthöhe des steuerbaren Jahresumsatzes nicht durch das Unternehmensregister erfasst werden, aber das für diese Bereiche kennzeichnende umfangreiche bürgerschaftliche Engagement an sich binden. Zu erwarten ist in diesen zusammengefassten Feldern daher eine wesentlich höhere Anzahl von Organisationen, die mit den Daten des Unternehmensregisters nicht sichtbar werden.



Die Daten zeigen: Demokratie und Sozialstaat sind strukturell auf den Beitrag der wirtschaftlich aktiven Bereiche von Zivilgesellschaft angewiesen. In den Bereichen Gesundheit und soziale Dienste, Kindertagesbetreuung, Forschung und Entwicklung und insbesondere im Feld der intermediären Organisationen tragen Organisationen der Zivilgesellschaft zur Produktion öffentlicher Güter in maßgeblichem Umfang bei.

5 | Bruttowertschöpfung des Dritten Sektors

Die Perspektive auf Zivilgesellschaft als eine Fußnote der Kernsektoren Markt und Staat greift zu kurz und missachtet die tatsächlichen Proportionen. Das belegen auch die Zahlen zum Anteil der Zivilgesellschaft an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung des Dritten Sektors. Mit 4,1 Prozent und 89 Milliarden Euro jährlich kann der Anteil der Zivilgesellschaft mit denen des Baugewerbes oder dem im Fahrzeugbau erzielten Anteil verglichen werden. Der Anteil des Staates an der Bruttowertschöpfung liegt bei 9,3 Prozent.

Organisationen des Bereiches Soziales und Gesundheit – Krankenhäuser, Alten-, Pflege- und Behindertenwohnheime, ambulante soziale Dienste und andere – übernehmen allein einen Anteil von 57,5 Prozent der gesamten im Dritten Sektor erzielten Bruttowertschöpfung. Interessenvertretungen sowie kirchliche und religiöse Vereinigungen haben einen Anteil von 17,3 Prozent, Organisationen des Bereiches Erziehung und Unterricht von 14,5 Prozent. Alle restlichen Bereiche zusammengenommen erwirtschafteten etwa ein Zehntel der Bruttowertschöpfung des Sektors.

6 | Ausblick

Durch die Auswertung des Unternehmensregisters gewonnene Erkenntnisse bestätigen größtenteils frühere Forschungsergebnisse. Auf Grundlage der Daten des Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Projects von 1995

wurden die Gesamtausgaben zivilgesellschaftlicher Organisationen in Höhe von 3,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes berechnet (Zimmer/Priller 2004: 55). Und auf Grundlage von Paneldaten des IAB (Hohendanner 2009: 12) wurde der Umfang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung im Dritten Sektor mit 2,1 Millionen Beschäftigten ausgewiesen. Beide Zahlen entsprechen in etwa den durch die Auswertung des Unternehmensregisters gewonnenen Ergebnissen. Gleichzeitig gehen die vorliegenden Daten über ältere Erkenntnisse hinaus, indem sie die anteilige Größe des Dritten Sektors in einzelnen Handlungsfeldern ausweisen.

In mehrfacher Hinsicht ist der damit gewonnene Erkenntnisstand aber noch immer unbefriedigend. Zum einen sind die Daten aus dem Unternehmensregister nur nach den Bereichen der Wirtschaftszweigklassifikation auswertbar. Damit ist zwar eine Differenzierung des Dritten Sektors möglich. Die empirische Gliederung des Dritten Sektors in Handlungs- und Politikfelder liegt aber an vielen Stellen quer zur Wirtschaftszweigklassifikation. Beispiel dafür ist die Zusammenfassung intermediärer Organisationen, die demokratiepolitisch von eminenter Bedeutung sind, mit religiösen Vereinigungen in einem gemeinsamen Wirtschaftszweig.

Damit in Zusammenhang steht ein weiterer Aspekt, der den Erkenntnisgewinn der vorliegenden Auswertungen für die Zivilgesellschaftsforschung limitiert. Zwar ist es aufgrund der bereits vorliegenden Daten der Vorteil des Unternehmensregisters, ohne eine vorangehende Datenerhebung Auswertungen für den Dritten Sektor durchführen zu können, doch werden zugleich alle nicht ökonomischen Faktoren aus der Perspektive ausgeschlossen.

Der Fokussierung auf wirtschaftliche Aktivitäten entspricht die ausschließliche Erfassung wirtschaftlich aktiver Einheiten. Wie groß der Abstand zwischen dem mit diesem ersten Lichtkegel ausgeleuchteten Bereich und den tatsächlichen, im Dunkel liegenden Umrissen der Zivilgesellschaft ist, belegt der

Ableich mit unterschiedlichen Registerdaten. Zusammengenommen kann von einer Größenordnung von 600.000 zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland ausgegangen werden. Allein die eingetragenen Vereine in Deutschland werden auf ca. 550.000 beziffert, hinzu kommen ca. 18.000 Stiftungen (Bundesverband Deutscher Stiftungen 2011), Genossenschaften, gemeinnützige Kapitalgesellschaften und andere. Durch das Unternehmensregister werden hingegen nur etwas mehr als ein Sechstel dieser Organisationen erfasst. Alle anderen Organisationen verfügen offensichtlich weder über eine sozialversicherungspflichtige Stelle noch über einen entsprechenden steuerbaren Jahresumsatz.

Mit den vorliegenden Daten aus dem Unternehmensregister ist jedoch eine erste wichtige Hürde genommen, die zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Dritten Sektors aufschlussreiche Informationen liefert. Das politische Gestaltungspotential und die sozial-integrative Bedeutung von Zivilgesellschaft in den Blick zu bekommen kann aber nur eine erst noch durchzuführende Organisationserhebung zivilgesellschaftlicher Organisationen leisten.

Holger Krimmer ist Leiter des Projektes „Zivilgesellschaft in Zahlen“ der Bertelsmann Stiftung, des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft und der Fritz Thyssen Stiftung und hat zu ehrenamtlichen Führungskräften in gemeinnützigen Organisationen promoviert.

Jana Priemer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“.

Anmerkungen

- ¹ Zusammenfassend siehe Spengler 2011 und Tamm 2011.
- ² Ausführlich dazu: Statistisches Bundesamt 2011: S. 13 ff.
- ³ Für eine detaillierte Darstellung siehe: Statistisches Bundesamt 2011 und Schwarz 2011

⁴ Zu Vorgehen und Methoden des Statistischen Bundesamtes bei der Auswertung des Unternehmensregisters siehe Statistisches Bundesamt 2011.

⁵ Der Bereich lautet in der Wirtschaftszweikklassifikation vollständig zwar „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen“. Zivilgesellschaftliche Organisationen im Bereich Veterinärwesen spielen quantitativ aber nur eine untergeordnete bis gar keine Rolle. Der Bereich der WZ-Klassifikation ist damit nahezu kongruent mit Feld Gesundheit und Soziales anderer Klassifikationen.

⁶ Ohne Erholungs- und Ferienheime

⁷ Ohne Heime.

Literatur

Angerhausen, Susanne/Backhaus-Maul, Holger/Offe, Claus/Olk, Thomas/Schiebel, Martin 1998: Überholen ohne einzuholen. Freie Wohlfahrtspflege in Ostdeutschland. Wiesbaden.

Beyme, Klaus von 1992: Theorie der Politik im 20. Jahrhundert. Von der Moderne zur Postmoderne. Frankfurt/M.

Birkhölzer, Karl/Klein, Ansgar/Priller, Eckhardt/Zimmer, Annette 2005: Theorie, Funktionswandel und zivilgesellschaftliche Perspektiven des Dritten Sektors/Dritten Systems – eine Einleitung. In: Dies. (Hg.): Dritter Sektor/ Drittes System, Theorie, Funktionswandel und zivilgesellschaftliche Perspektiven. Wiesbaden, S. 9-15.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2010: Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftlichem Engagement. http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/3_20Freiwilligensurvey-Hauptbericht_property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf [28. Juli 2011]

Bundesverband Deutscher Stiftungen 2011: Verzeichnis Deutscher Stiftungen. Band 1: Zahlen und Daten. Berlin.

Commission on Private Philanthropy and Public Needs 1975: Giving in America: toward a stronger voluntary sector. Report of the Commission on Private Philanthropy and Public Needs. Washington.

Hohendanner, Christian 2009: Der Dritte Sektor in Deutschland. Eine Analyse auf Basis des IAB-Betriebspanels. http://www.aktive-buergerschaft.de/fp_files/Studien-Berichte/bg_expertise_hohendanner_2009.pdf [28. Juli 2011]

Joas, Hans 2001: Ungleichheit in der Bürgergesellschaft. Über einige Dilemmata des Gemeinwesens. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B25-26/2001, S. 15-23.

Klein, Ansgar 2007: Der Staat, der die Zivilgesellschaft stärkt, stärkt sich selbst. http://www.b-b-e.de/uploads/media/nl0702_zivilgesellschaft_klein_01.pdf [28. Juli 2011]

Kocka, Jürgen 2003: Zivilgesellschaft in historischer Perspektive. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 16, H2, S.29-37.

Kocka, Jürgen 2004: Zivilgesellschaft in historischer Perspektive. In: Jessen, Ralph/Reichardt, Sven/Klein, Ansgar (Hg.): Zivilgesellschaft als Geschichte. Studien zum 19. und 20. Jahrhundert. Wiesbaden, S. 29-42.

Pankoke, Eckart 1998: Freies Engagement - Steuerung und Selbst-Steuerung Selbst-aktiver Felder, in: Strachwitz, Rupert Graf (Hg.): Dritter Sektor - Dritte Kraft, Versuch einer Standortbestimmung. Stuttgart. S. 251-270.

Schwarz, Norbert 2011: Zivilgesellschaft in Zahlen: Die wirtschaftliche Bedeutung des

Dritten Sektors. In: Priller, Eckhard/Alscher, Mareike/Dathe, Dietmar/Speth, Rudolf (Hg.): Zivilengagement. Herausforderungen für Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Berlin, S. 197-208.

Spengler, Norman/Priemer, Jana 2011: Daten zur Zivilgesellschaft. Eine Bestandsaufnahme. Essen.

Statistisches Bundesamt (Hg.) 2003: Klassifikation der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt 2011: Zivilgesellschaft in Zahlen, Modul 1. Endbericht. http://www.stifterverband.info/statistik_und_analysen/dritter_sektor/veroeffentlichungen/zivilgesellschaft_in_zahlen_abschlussbericht_modul_1.pdf

Tamm, Timo/Hubrich, Karl/Spengler, Normann/Krimmer, Holger 2011: Nutzerhandbuch Zivilgesellschaftsdaten. Essen.

United Nations 2003: Handbook on Non-Profit Institutions in the System of National Accounts. http://unstats.un.org/unsd/publication/SeriesF/SeriesF_91E.pdf [28. Juli]

Wex, Thomas 2005: Managementkonzepte und die distinkte „Logik“ von NPO. In: Witt, Dieter/Purtschert, Robert/Schauer, Reinbert (Hg.): Funktionen und Leistungen von Nonprofit-Organisationen. 6. Internationales Colloquium der NPO-Forscher. Wiesbaden, S. 147-158.

Zimmer, Annette/Priller, Eckhard 2004: Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel. Ergebnisse der Dritte-Sektor-Forschung. Wiesbaden.

Jetzt ist die Praxis dran!

Über die Wechselwirkungen von Theorie und Praxis in Strategiefragen

Joachim Raschke/Ralf Tils

Das unauflösbare Spannungsverhältnis zwischen Theorie und Praxis bekommt in der Strategiefrage eine besondere Wendung, weil „Theorie“ sich hier schon auf die Wege und Mittel der Praxis bezieht, bei denen sie nie prinzipiell klüger als die Praxis sein kann. Wer steuert wen – die Theorie die Praxis oder die Praxis die Theorie – ist hier keine sinnvolle Frage. Steuerung findet bei Strategiefragen als Wechselwirkung statt oder sie scheitert. Die Theorie bleibt „freischwebend“ in der Luft hängen, die Praxis kriecht im Staub herum.

Zwischen implizit und explizit entscheidet sich, inwieweit Strategie überhaupt „theoretische“ Qualität bekommt. Die Explizierung von Strategie ist Voraussetzung dafür, dass sich bestimmte Praxisformen entfalten können, insbesondere Beratung und Training. Ob explizite Strategie dann an der Praxis abprallt, hängt wesentlich von den strategischen Ambitionen der Spitzenpolitiker ab. Nur wenn sie ambitioniert sind, werden sie selbst sich für explizierte Strategie interessieren und Beratung wie Training fördern.

1 | Implizites und explizites Strategiewissen

Natürlich ist Politik strategisch nicht unbeleckt. Aber wo es um Strategie geht, ist sie fast immer implizit. Erst wenn man explizit wird in Strategiefragen, braucht man eine Methodik und Systematik – und ein kleines Vokabular, das die Sache präzisiert.

Wie sieht *implizites Wissen* und „sprachloses Können“ (Neuweg) in Strategiefragen aus?

Es enthält einige Orientierungsgrößen, mit denen man – wenn auch nicht immer – das für sich Relevante eingrenzt, und eine Alltagsmethodik, auf die man gerne zurückkommt (zum Beispiel mit dem Standardsatz „Vom Ende her denken“). Manche haben sich einen strategischen Kompass gebastelt, in dem sie grundlegende Ziele mit positiv erfahrenen Wegen und Mitteln verbinden. Er wird zu einem Wegbegleiter in unübersichtlichem Gelände.

Stärker als Reflexion sind es Gewohnheiten, die man sich abgeguckt oder zurechtgelegt hat. So kann man sich daran gewöhnt haben, nach der Lage und nach mehr als einer Option zu fragen. Der besondere, alltagspraktische Umgang mit Strategiefragen mag sich über die Zeit auch zu einem persönlichen Strategiestil verfestigen, den man aber selbst nicht beschreibt und rechtfertigt, schon weil man ihn nicht verbalisieren muss (und kann). So entsteht ein individuell aufgebautes Know-how, das mit anderen nicht geteilt und ihnen auch nicht mitgeteilt wird. Strategie wird vorwiegend als Intuition erlebt – nur der Beobachter sieht, ob es eine eher disziplinierte oder eine wilde Intuition ist.

Es gibt sie auch: die strategisch stärker reflektierten und artikulierten Akteure. Sie können erzählen, was sie da machen. Manche sind mit dem Theoretisieren ihrer Praxis so weit, dass eine wissenschaftliche Strategieberatung direkt daran anschließen kann. Neben ihnen stehen Kollegen einer durchaus guten Praxis, die aber nicht wissen, was sie da tun. Das implizite, mehr oder weniger sprachlose Wissen und Können ist das höchst individuelle Kapi-

tal, mit dem jeder einzelne wuchert. Er tut das außerhalb von – nicht existierenden – „strategischen Räumen“, wo Verständigung nicht nur über einzelne Entscheidungen, sondern über Strategie selbst entstehen könnte.

Das Implizite ist dem Feld des Taktischen näher als dem Feld des Strategischen. Das Situationsübergreifende erfordert mehr Abstraktion, mehr Analyse von Komplexität und Dynamik, mehr gleichzeitige Verbreiterung und Zuspitzung, also mehr und schwierigere intellektuelle Operationen. Erst dann kann die Intuition (nun nicht mehr „wild“) produktiv werden.

Dennoch ist implizites Wissen hilfreich und wichtig. Es verschafft Praxisnähe, Chancen des ganzheitlichen Verstehens im analytischen Prozess getrennter Teile, besseres intuitives Verständnis des Möglichen und dessen, was funktioniert, in Fleisch und Blut übergegangenes Organisationswissen – Dinge, von denen auch elaborierte Strategie profitieren kann. *Explizites Wissen* dagegen bringt eine Sprache, Systematik und Methodik von Strategie mit ins Spiel. Sinnvollerweise baut dieses Wissen auf reflektierter Praxis auf und gewinnt mit Hilfe wissenschaftlichen Wissens an Explikation, die über Beratung, Professionalisierung, Diskurs in den politischen Betrieb einsickern und dann von dort neue Impulse bekommen kann. Von Praxis losgelöstes strategisches Wissen aber hat kaum Chancen, im Horizont von politischen Praktikern anzukommen und die Praxis beeinflussen zu können. Dazu gehören etwa ausschließlich am Schreibtisch entwickelte Theorien mit Strategieanspruch (z.B. Spieltheorie, Rational Choice) oder nur auf der Folie theoretischer Gesamtsysteme vorgenommene Interpretationen (z.B. Systemtheorie oder Kritische Theorie).

Es geht also um grundlegende, dialektische *Wechselwirkungen* zwischen den Polen des Impliziten und des Expliziten. Beide sind aufeinander angewiesen. Ohne Erfahrung läuft nichts. Ohne Intuition auch nicht. Aber nur mit Erfahrung und Intuition steht Strategie auf wackligen Beinen. Mehr als anderswo zählt

das Zusammenspiel von Erfahrung und Reflexion. Akteure sind besser, wenn sie die Wechselwirkungen schätzen, organisieren und pflegen. Es gibt keine Priorisierung (kein Früher und kein Später, auch kein feststehendes Ende). Und es gibt keine Hierarchisierung (Theorie ist wichtiger als Praxis – oder umgekehrt).

Unser Buch „Politik braucht Strategie – Taktik hat sie genug“ (2011) baut aus einer Systematik und Methodik einen Werkzeugkasten, mit dem die Politik arbeiten kann. Er führt die Strategieanalyse so nahe an die Praxis heran, dass sich sagen lässt: „Nun ist die Praxis wieder dran.“

2 | Strategische Ambition

Strategie fällt nicht vom Himmel. Sie ergibt sich auch nicht zwangsläufig aus der Übernahme bestimmter politischer Funktionen wie Regierung oder Opposition. Strategie muss dem politischen Prozess erst abgerungen und gegen widrige Umstände durchgesetzt werden. Und zwar von Akteuren – auf der individuellen wie auf der kollektiven Ebene. Eine zentrale Voraussetzung dafür sind *strategische Ambitionen*. Sie verbinden einen strategischen Willen mit strategischen Kompetenzen. Ist beides individuell und kollektiv in Akteuren verankert, kann daraus insgesamt ein strategisch anspruchsvoller Handlungsmodus entstehen. Strategieambitionen verweisen auf die subjektive Entschlossenheit von Akteuren ebenso wie auf ihre spezifischen Fähigkeiten. Sie markieren das *Wollen* und *Können* zu strategischem Denken und Handeln.

Viel hängt ab vom strategischen „will and skill“ (Shonfield) der Führungsakteure. Er entscheidet darüber, ob strategische Impulse individueller Akteure im Kollektivzusammenhang operativ wirksam werden können. Denn nur eine Wertschätzung von Strategie in der Spitze der Kollektivakteure (strategisches Zentrum) sichert das dauerhafte Bemühen um einen strategisch angelegten Selbststeuerungsprozess. Personelle Arrangements, institutionelle Strukturierungen und organisatorisches Steuerungs-

handeln folgen den strategischen Ambitionen der Spitze – ohne sie fehlen dafür wichtige Voraussetzungen auf der Nachfrageseite.

Strategische Ambitionen sind eine notwendige, wenn auch noch nicht hinreichende Bedingung für die Entfaltung von Strategie. Interne Führungskämpfe, externe Schockereignisse, institutionelle Barrieren oder kluges Gegnerhandeln können die Entwicklung und Umsetzung von Strategien konterkarieren. Es lässt sich zuspitzen: Ohne Strategieambitionen hat man strategisch schon verloren. Mit Strategieambitionen ist strategisch noch nichts gewonnen, allenfalls eine wesentliche Voraussetzung dafür geschaffen.

Strategische Ambitionen lassen sich erkennen am Umgang der Akteure mit Strategiefragen, an ihrer Bereitschaft zu strategischer Reflexion und Analyse, an der Form und Ausrichtung ihres politischen Handelns – und an den Beratern, mit denen sie sich umgeben. Denn auch an den Inhalten der von den Spitzenakteuren nachgefragten Beratungsleistungen und ihrer Relevanz für das eigene politische Handeln werden ihre strategischen Ansprüche sichtbar.

3 | Beratung

Man kann aus öffentlichen Diskussionen den einen oder anderen Rat ziehen, aber die eigentliche Beratung ist ein verschwiegenes Geschäft. Grundlegend ist die Unterscheidung zwischen *interner* und *externer* Strategieberatung. Daraus ergeben sich Platzierungen, Erwartungen und Einflusschancen. Im politischen Prozess gilt eine Dominanz der internen Strategieberatung, die funktional begründet ist. Die Restriktionen einer systematisch angelegten externen Strategieberatung sind beträchtlich: die Ferne zum wirklichen strategisch-operativen Prozess, die im Vergleich zur internen Beratung noch größere Distanz zur Verantwortung, verschärfte Probleme von Vertrauen und Vertraulichkeit, Schwierigkeiten verlässlicher politischer Zuordnung, undurchsichtige Interessenlagen.

Viele Spitzenleute denken bei Beratung vor allem an die praktischen Erfahrungen anderer. Besonders geschätzt sind erfolgreiche Elder Statesmen, die, so scheint es, früher alles richtig gemacht haben. Sie bieten manchmal aber eher Trost als Wegweisung. Nicht jede Erfahrung ist eine reflektierte Erfahrung, die für die Anpassung an veränderte Verhältnisse wichtig wäre. Nicht selten ist Vertrauen (oder auch nur Vertrautheit) der Ausgangspunkt von Beratung. Dann sind es Leute aus dem persönlichen Umfeld, mit denen man strategisch ins Gespräch kommen kann. Wenn das strategische Gespräch mit Leuten aus der unmittelbaren Umgebung als Dauergespräch möglich ist, ist für die Spitzenleute schon einiges gewonnen – auch wenn das weit unterhalb der Schwelle professioneller Strategieberatung bleibt.

Professionelle Strategieberatung ist etwas anderes als Policy Advice und Political Consulting. *Policy Advice* ist die am weitesten verbreitete, klassische Form politischer Beratung. Sie beschäftigt sich vor allem mit der Erfassung und dem Verstehen politikfeldspezifischer Problemlagen, der Erarbeitung und Formulierung angemessener Politikziele für den jeweiligen Sektor sowie geeigneten Instrumenten zur Zielerreichung. Grenzen der Politikbereiche stellen hier oft auch die Grenze der Beratungsleistung dar. Verbindungen zu anderen Politikbereichen und übergreifenden politischen Prozessaspekten bleiben so ausgeblendet. *Political Consulting* ist die hauptsächlich kommerziell betriebene Form politischer Beratung, die sich auf einzelne politische Prozessaspekte konzentriert. Sie findet vor allem als isolierte politische Kommunikations- und Wahlkampfberatung, aber auch als Meinungsforschung oder Beratung zum Organisationsmanagement statt. *Professionelle Strategieberatung* dagegen stellt eine Beratung dar, die Prozess- und Problemaspekte sowie spezifische Kontextbedingungen verknüpft, die jeweiligen Macht- und Gestaltungsziele der Akteure in ihrem inneren Zusammenhang analysiert und sich um eine integrierte Beratungsleistung bemüht. Dominante Orientierungs- und Entscheidungsgesichtspunkte

te politischer Akteure, Realitäten politischer Entscheidungsprozesse sowie spezifische Problemzusammenhänge finden dabei gleichermaßen Berücksichtigung.

Spitzenpolitiker sind nicht die Hauptadressaten professionellen Strategiewissens. Sie sollten strategisch denken, handlungs- und gesprächsfähig sein, müssen aber, da die Anforderungen an ihr Kompetenzprofil außerordentlich breit sind, nicht auch noch selbst über vertieftes professionelles Strategiewissen verfügen. Dagegen sollte der Beratungsbereich elaborierte Analyse- und Begründungsfähigkeit aufbauen. Vor allem der interne strategische Apparat wäre dann der Ausgangs- und Kristallisationspunkt des Einsickerns, von der die mögliche sekundäre Professionalisierung von Spitzenleuten ausgehen könnte. Uns schwebt also eine Art *Two-step-flow* der strategischen Expertise und ihrer Vermittlung vor: über die Berater zu den Spitzenpolitikern.

Strategieberatung kann Vorteile bringen durch Handlungsentlastung, die Freiräume schafft und Phantasie freisetzt, durch Begründungen, vertiefende Analyse, Ausloten alternativer Optionen, durch Abstimmung zwischen dem intuitiven und dem analytischen System. Nur wenn sie das ausschöpft, kann sie professionelles Eigengewicht und Respekt gewinnen.

4 | Strategietraining

Politik kennt nur den Ernstfall. Das ist ihre Schwäche. Kein Raum des Erlernens, Erprobens, der Einübung erfolgversprechender Automatismen für Politiker, bevor sie auf die Menschheit losgelassen werden. Man braucht einen *handlungsentlasteten Raum* strategieorientierten Vordenkens und ernsthafter Quasi-Entscheidung. Ein möglichst frühzeitig beginnendes Strategietraining wäre am wirksamsten. Trainingsprogramme können sich auf die Systematik und Methodik von Strategie beziehen.

Die *Systematik* arbeitet zum Beispiel mit dem Drei-Säulen-Modell des Strategy-Making (Strategiefähigkeit, Strategiebildung, strategi-

sche Steuerung), schärft das „strategische Moment“, präzisiert das strategische Orientierungsschema, sortiert und gewichtet Erfolgsfaktoren. Beim Strategietraining werden die systematischen Begriffe, Modelle, Schemata so vereinfacht, illustriert und eingeübt, dass sie jederzeit abrufbar zur Verfügung stehen.

Die *Methodik* trainiert etwa Techniken der Sortierung, der Strategiebildung und der strategischen Steuerung. Dabei gewinnt der Akteur erst in wiederholten Durchgängen an Sicherheit bei den Zuordnungen einer disparaten, überkomplexen Realität. Dann aber entstehen Sortierungsvorteile, die das eigene politische Handeln unterstützen. Strategiebildung wird an den charakteristischen Abläufen von Ziel-, Lage-, Options-, Entscheidungsanalyse eingeübt. Dabei helfen zum Beispiel auch eine Vertrautheit mit vielfältigen Formen von Kalkulationen und Erfahrungen bei der Auswahl des zur Verfügung stehenden Strategierepertoires. Überall, vor allem aber bei der strategischen Steuerung nützen die Szenariotechnik und das vorherige „Durchspielen“ spezifischer Strategiekonstellationen, in denen realitätsnah, aber handlungsentlastet strategisches Entscheidungsverhalten gelernt werden kann.

Eine Vielzahl weiterer strategierelevanter Arbeitstechniken kann in praxisnahen Formen in den Gesamtprozess strategischen Handelns eingebaut werden. So entstehen auch in der Politik Möglichkeiten, die Diskrepanz zwischen „Theorie“ und „Praxis“ zu verringern.

5 | Resümee

Explizierung und Ambition sind Voraussetzungen einer gehaltvollen politischen Strategie. Aber auch der strategische Diskurs wird zu einem notwendigen Bestandteil öffentlicher Debatten über Politik, die an Ergebnissen interessiert sind. Es geht darum, triftig zu analysieren, Zustimmung und Kritik mit guten Gründen zu verbinden. Bloßes Meinen, vordergründige Kampagnen, die Trivialisierung von Politik erschweren es, eine Wertschätzung und ein

Grundverständnis für Strategie zu entwickeln. Moderne Aktivbürger haben ein Interesse daran, über Strategien von Parteien, Regierung und Opposition Bescheid zu wissen, sie ebenso wie die Ziele, auf die sie bezogen sind, zu kritisieren und mitzudiskutieren über mögliche Alternativen. Immer noch ist das ein Kampffeld – auch gegen die oberen Etagen der Demokratie. So wird der strategische Diskurs selbst zu einer Strategie.

Joachim Raschke und *Ralf Tils* sind Gesellschafter der Agentur für politische Strategie (APOS) in Hamburg (www.politischestrategie.com).

Literatur

Raschke, Joachim/Tils, Ralf 2011: Politik braucht Strategie – Taktik hat sie genug. Frankfurt/M.

Ist das Strategie?

Strategische Richtungssuche von CDU und SPD zwischen den Wahlen

Elmar Wiesendahl

So über die Maßen komplex und praktisch unhandlich ist die politische Strategie keineswegs, um Parteien an ihrer Anwendung zu hindern. Wird ihnen doch nur aber verlangt, Strategiefähigkeit zu entwickeln und bei ihrer vorausdenkenden politischen Positionierung und Handlungsausrichtung strategische Ziele mit der gegebenen Lage und Kräftekonstellation so aufeinander abzustimmen, dass es am Ende zur Entscheidung für einen Lösungsweg kommt, der in Abwägung von Alternativen und möglichen Folgen am besten geeignet ist, das angestrebte Ziel erfolgreich zu verwirklichen. Kurz gefasst geht es um „Ziel-Mittel-Umwelt-Kalkulationen“ (Raschke/Tils 2011: 56), hinter die Parteien als kollektive strategische Akteure nicht zurückfallen dürfen. Hinzu tritt, dass noch so herbegesehnte Ziele des Machtgewinns und Machterhalts an der Realität scheitern, wenn sie nicht mit einer realistischen Lagefeststellung einhergehen

(Wiesendahl 2010). Daran gemessen soll aufgezeigt werden, mit welchen strategischen Vorstellungen und Ansätzen CDU und SPD von je spezifischen Lageverhältnissen aus operieren. Geprüft wird dabei, wie virtuos die beiden Großparteien mit den Elementen des strategischen Instrumentenkastens umgehen.

1 | Elektoraler Abstiegtrend als strategische Herausforderung

SPD und CDU haben allen Grund zur Überprüfung und Anpassung ihres strategischen Kurses, weil sie aus den Bundestagswahlen von 2009 als die großen Wahlverlierer hervorgingen, die mit miserablen 33,5 (CDU/CSU) und 23,0 Prozent (SPD) Stimmenanteil um den Erhalt ihrer elektoralen Marktführerschaft und ihres Volksparteiencharakters fürchten müssen. Die beiden Großparteien schreiben 2009 eine chronisch defizitäre Unternehmensbilanz, die

sie in tief rote Zahlen gedrückt hat. Die größten Verluste sind bei den Wählerstimmen und Marktanteilen auf dem Wählermarkt zu verzeichnen, bei dem SPD und CDU/CSU Millionen von Wählern abzuschreiben haben (Wiesendahl 2011: 134ff). Für die Mitarbeit in den Parteien finden sie auch nur noch einen zu einem Rinnsal verkümmerten Nachwuchs, so dass sie ein Drittel (CDU) bzw. die Hälfte (SPD) ihres Mitgliederbestandes abschreiben müssen. Auch die Konkurrenzsituation hat sich zu ihren Ungunsten verschoben, weil sie Mehrheiten in einem Fünf-Parteien-System zu organisieren haben und das noch unter den Bedingungen einer turbulenten, ihnen nicht mehr wohlgesonnenen Wählerumwelt.

Für die Bundestagswahlen 2013 sind vor diesem Hintergrund strategische Konsequenzen zu ziehen, die es nicht beim „Weiter so“ belassen können. Für CDU und SPD geht es nicht um ein Upgrade ihrer Ausrichtung und ihres Profils, sondern um einen Rundum-Erneuerungsprozess, der ihnen verlorene Wählerstärke zurückgeben soll. Insofern stehen beide Großparteien vor grundlegenden richtungs- und koalitionsstrategischen Herausforderungen hinsichtlich des Problems, mehrheitsfähige Wählerkoalitionen zu schmieden. Der Unterschied: Der CDU geht es bundespolitisch um Machterhalt, während die SPD aus dem tiefen Tal des Wählerentzugs einen Weg zurück an die Macht finden muss.

2 | Die CDU: Strategischer Aufbruch in die Modernisierungsfalle

Die CDU hatte lange Jahre der Hochzeit als bürgerlich-konservative Hegemonialpartei hinter sich gebracht, so dass ihr Erfolg auf ewig garantiert schien. Schließlich war sie Partei der sozialen Marktwirtschaft und des Wirtschaftswunders. Sie stand als erfolgreiche bürgerliche Sammlungs- und Integrationspartei für Wohlstand für alle, für soziale Wohltaten, für Sitte und Anstand und Recht und Ordnung. Mit einer Politik der Stärke, dem Antikommunismus, dem christlichen Abendland sowie der

engen Beziehung zu Amerika wurde sie ebenfalls verbunden. Mit der Implosion der DDR wurde sie schließlich auch noch Partei der deutschen Einheit. Die Crux ist, dass vieles von diesem imposanten Markenprofil mittlerweile stark verblasst ist. Der Einheitsbonus wurde mit falschen Versprechungen verspielt und mit Europa ist nach der Finanzkrise kein Staat mehr zu machen. Die Union leidet unter historischem Mythenverlust, so dass sie auf den nach wie vor intakten Markenkern der Wirtschaftspartei reduziert wird. Auf dem Wählermarkt hinterließ dies starke Spuren. Von 1953 an erzielten CDU und CSU zusammen lange Zeit auf Bundesebene Wahlergebnisse von 40 und mehr Prozent, bis sie bei der Abwahl von Helmut Kohl 1998 auf 35,8 Prozent abstürzte. Von diesem elektoralen Absacken haben sich die Unionsparteien bis heute nicht wieder erholen können.

Allem Anschein nach wurde die CDU Opfer eines gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses, durch den sie als Repräsentationsinstanz einer tief in der traditionalistischen Nachkriegsgesellschaft verankerten bürgerlich-konservativen Hegemonialkultur ins Wählerabseits gedrängt wird. Bereits mit der Ende der 1960er einsetzenden gesellschaftlichen Umbruchzeit ging die konservativ-bürgerliche Hegemonialkultur, dominiert vom alten Mittelstand, zu Bruch, wenngleich die CDU bis zum Ende der Kohl-Ära von ihrer struktur- und kulturkonservativen Bürgerlichkeit nicht abließ. Dafür bürgerte schon der Patriarch Helmut Kohl als Inkarnation der alten CDU. Parteibasis und Kernwählerschaft sahen sich ideologisch bestens bedient, zumal diese Klientel während der Unruhezeiten in den 1970ern im Abwehrreflex gegen die sich verbreitende gesellschaftliche Moderne politisch vergemeinschaftet wurde. Mit der Abwahl Kohls 1998 war dieses Erfolgsrezept endgültig obsolet. Schlimmer noch: Die CDU hatte in ihrem kulturellen Traditionalismus den Anschluss an die neuen Lebenswelten und Trägergruppen der postindustriellen Humandienstleistungs- und Wissensgesellschaft verloren. Vor allen Dingen reicht

sie nicht mehr an die strategischen Zielgruppen der Jugendlichen, der gebildeten berufstätigen Frauen und hochqualifizierten Beschäftigten in den Großstädten heran, während sie sich mehrheitlich auf die ländliche Bevölkerung und auf ältere Wähler über Sechzig stützt.

Trotz dieser längst bekannten Strukturprobleme der CDU glückte es Angela Merkel, 2009 mit der FDP eine Regierung zu bilden, wobei sich allerdings die nach zwei Jahren zu ziehende Zwischenbilanz trübe ausnimmt. So legte Schwarz-Gelb als bürgerliche Wunschkoalition einen fulminanten Fehlstart hin, bei dem, mit Zutun der Union, die FDP im Zeitraffer tempo auf politisches Zwergenniveau deformiert wurde. Der Vorsitzwechsel von Guido Westerwelle auf Philip Rösler brachte keine erhoffte Kehrtwende. Infolgedessen wurde auch bei den nach 2009 folgenden Landtagswahlen dem schwarz-gelben Koalitionsmodell die Mehrheitsfähigkeit entzogen. Selbst auf die 35 Prozent-Marge heruntergedrückt, ging der CDU nicht nur NRW, sondern auch ihr konservati-

ves Stammland Baden-Württemberg an eine grün-rote Regierung verloren. In den großstädtisch geprägten Stadtstaaten Bremen, Hamburg und wohl auch Berlin zeichnet sich ab, dass die CDU mit ihrer dramatisch schrumpfenden urbanen Wählersubstanz auf einen Platz hinter den Grünen zurückfällt. Trotz eines eklatanten konjunkturellen Wachstumsschubs gelingt es der Union nicht, dem auf der Merkel-Regierung lastenden Stimmungstief zu entrinnen. Dies hat auch mit der Kanzlerin selbst zu tun, die ihren präsidialen Nimbus verlor, als sie als planlose Krisenmanagerin in die nicht enden wollende europäische Verschuldungskrise hineingezogen wurde.

Der Abstieg der CDU nagelt sie als eine 35-Prozent-Partei fest, womit sie sich allerdings gegenüber der deutlich schlechter notierten SPD nach oben hin absetzt. Nur: Union und FDP sind weit von einer Mehrheit entfernt, so dass der CDU, ohne neue Koalitionsoptionen zu erschließen, der Machtverlust in Bund und Ländern droht.



Vor diesem Hintergrund ist die Ära Merkel, die 2000 mit dem Parteivorsitz begann, von dem Ziel bestimmt, den Modernitätsrückstand der CDU in Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und moderner Lebensstile abzubauen und sie in ihrem kulturellen Ausstrahlungsprofil auf die Höhe der Zeit zu heben. Die Kanzlerkandidatur von Stoiber 2002 war zunächst für dieses Bemühen kontraproduktiv, weil er ad personam und mit seinem konservativen CSU-Profil frauen- und familienpolitische Leitvorstellungen vertrat, die die Unionsparteien kulturell zurückwarfen. Richtig zu wirken begann die kulturelle Modernisierungsstrategie von Merkel erst mit der Bildung der großen Koalition. Losgelöst von der konservativen Seele der Partei bekam die neue Familienministerin Ursula von der Leyen freie Hand, um aus dem Ideenbestand der SPD stammende familienpolitische Maßnahmen, an erster Stelle das Elterngeld, aufzugreifen und umzusetzen. Im neuen Grundsatzprogramm der CDU von 2007 wurde schließlich der Modernitätssprung auch innerparteilich in Beschlussform gebracht, indem neben der traditionellen Form der Ehe auch andere Formen von Lebenspartnerschaft akzeptiert wurden. Selbst die Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft findet im Grundsatzdokument der CDU Eingang. Mit dem Leitbild der berufstätigen Frau und der Gleichberechtigung von Mann und Frau den Frieden zu machen, wurde ebenfalls mit dem Grundsatzprogramm bekundet. Eine weitere Korrektur gegenüber bisherigen CDU-Positionen wurde zudem bei der Haltung der Partei zur Einwanderung und zur kulturellen Vielfalt der deutschen Bevölkerung vollzogen.

In den vergangenen Monaten dieses Jahres kam es dann aber Schlag auf Schlag, indem die Wehrpflichtarmee abgeschafft und in einem brachialen Husarenritt der Ausstieg Deutschlands aus dem Kernzeitalter herbeigeführt wurde. Als nicht mehr in die Zeiten passendes Relikt soll nun auch noch das dreigliedrige Schulsystem abgeschafft werden. Die gegenwärtigen europapolitischen Volten stehen

dagegen auf einem anderen Blatt Papier, wenngleich sie ebenfalls das von Adenauer und Kohl geprägte CDU-Bild als Europapartei entwerfen.

Mit atemberaubenden Siebenmeilenschritten schüttelt die CDU offenbar programmatisch Hergebrachtes, was ihr eine ganze Epoche lang teuer und heilig war, ab. Sie nimmt mit ihrem Modernisierungskurs in politischen Streitfragen radikale Positionswechsel vor, die an den Überzeugungsgrundfesten der Partei rütteln. Geboren wird eine „neue“ CDU, die das, was einmal im Gegensatz zu den Positionen der Sozialdemokraten und Grünen stand, abräumt und sich so im Profil dem der Konkurrenten anpasst. Was einmal von der politischen Lagerabgrenzung für die Wählerschaft deutlich unterscheidbar war, reduziert sich damit auf Unterschiede im Kleinen. Der Modernisierungsprozess der Partei gleicht einer kulturevolutionären Kehraus-Prozedur, die tradiertes kulturelles Kapital zerschlägt und auf die schöne Entwertung hergebrachter Parteigewissheiten und Überzeugungen hinausläuft.

Was mit der CDU unter Merkel an Kulturwandel geschieht, gleicht der Neuerfindung der Partei und dem Eintritt in eine neue Epoche. In der Tat geht es um grundlegende richtungspolitische Zäsuren. Sie setzt damit zu einem strategischen Modernisierungssprung an, der in der Dimension auf ein Godesberg der Partei hinausläuft. Sie will sich dadurch von abgeschüttelter Vergangenheit in die Jetztzeit katalapultieren. Als strategisches Modernisierungsprojekt dient es dem Zweck, ihre Wählbarkeit gegenüber einer von ihr immer stärker losgelösten Wählerschaft wieder herzustellen. Damit sieht die Partei unter Merkel ihr Heil in einer modernisierten, auch für SPD- und Grünen-Wähler attraktiven Wählerpartei, die sich richtungspolitisch an grüne und sozialdemokratische Folkprofilbausteine annähert.

Zur Begründung dieses Kurses erklärt der parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Peter Altmaier (2010: 26), dass es bei der Modernisierung der CDU darum gehe, „die richtigen Antworten auf veränderte poli-

tische Verhältnisse zu finden“. Die Partei müsse nämlich zur Kenntnis nehmen, „dass sich die alten Milieus auflösen“ würden. „Wir müssen also auch jene bürgerlichen Wähler ansprechen, die sich um die Umwelt sorgen und den Klimawandel und die deswegen mit den Grünen sympathisieren. Und wir müssen Politik für berufstätige Frauen machen, die bislang ihr Kreuz eher bei der SPD gemacht haben“. Diese Linie setzte Merkel gegen Murren aus der Partei in einer wichtigen Vorstandssitzung Mitte Januar 2010 durch. In der einstimmig gebilligten „Berliner Erklärung“ (CDU 2010: 2) steht die CDU nun für „moderne bürgerliche Politik“ ein. Dies umfasst Altbekanntes wie das Bekenntnis zum Christlich-Sozialen, liberalen und konservativen Denken. Gleichzeitig wird aber ganz offen erklärt, Wählerinnen und Wähler von SPD und Grünen gewinnen zu wollen. Auch soll die starke Position der Partei innerhalb der älteren Generation weiter ausgebaut werden und mehr bei jungen Wählern Anklang gefunden werden. Dass sie auch noch ihre konservativen Stammwähler halten müsse, davon ist allerdings nicht die Rede. Dies ist ein Hinweis darauf, dass Merkel und ihr Reformerteam die CDU als aus der Zeit gefallen betrachten und auf die Partei selbst und die Reste der konservativ-bürgerlichen Stammwählerschaft nicht mehr viel Rücksicht genommen werden müsse. Nur schlägt die CDU damit eine Richtung ein, die quer zur Identität und dem Überzeugungsbestand der Partei liegt und Gefahr läuft, die konservative Stammwählerschaft vor den Kopf zu stoßen.

Hierfür spricht, dass Merkel in die Partei hinein kein zwingendes Aufbruchsignal setzt. Denn die Partei als politische Kraft mitzunehmen, ist ihre Sache nicht. Sie geht einfach voran und baut darauf, dass die um ihre innere Seelenlage gebrachte Partei das Modernisierungstreiben ohne heftiges Aufbegehren hinnimmt. Da liegt sie nicht ganz falsch, zumal die CDU-Basis nie über viel Eigensinn verfügte und es gewohnt ist, alles von oben abzunicken. Aber die Parteimitglieder, die mehrheitlich zum tra-

ditionellen und sozial-katholischen Flügel zählen (Neu 2009), spüren zutiefst, dass ihnen unter Merkel als politischem Gemeinschaftsgebilde die Identität und das Selbstwertgefühl entzogen werden. Für Merkel ist die Partei kein zu mobilisierendes Kraftpaket, sondern als Erneuerungsgebilde abgeschrieben. Merkel macht sich darüber keinen Kopf, weil sie in der Partei nichts als einen Dienstleistungsbetrieb sieht, der ihre Kanzlerschaft absichern soll. In der Folge lagen noch nie in der 65-jährigen Geschichte der Partei Führung einerseits und Ehrenamtlichen- und Mitgliederpartei der CDU so weit auseinander wie heute. Der Reformerkreis oben weiß um diese Kluft, sieht aber in der Mitgliederpartei eher ein Hindernis gegen die eigenen Modernisierungsbestrebungen. Er stützt damit die Entwicklung, die CDU auf eine rein auf Merkel zugeschnittene Wählerpartei zu reduzieren. Die in der Tat enorm starke Stellung von Merkel ist Ausweis dafür, dass die CDU die Führungsfrage geklärt hat und richtungspolitisch einer einspurigen Modernisierungsstrategie Vorfahrt gibt. Ein von Merkel dominiertes Machtzentrum der Partei ist ebenfalls etabliert, so dass für die CDU als Volkspartei typische Gegenmächte allesamt ausgeschaltet wurden. Selbst die Zeiten Adenauers eingeschlossen, war in der CDU noch nie eine dermaßen auf eine Person – Merkel – zugeschnittene Machtkonzentration zu beobachten.

An Strategiefähigkeit fehlte es der CDU bei dieser Lage nicht, wenn nicht der Partei als ein der Kanzlerin äußeres Objekt die Modernisierungsstrategie aufoktroziert würde. Ein Risiko ist dies allemal, weil zwar das strategische Zentrum mit Merkel die Partei dominiert, ohne aber innerparteilich verankert zu sein. Was fehlt, ist eine das Zentrum tragende innerparteiliche Koalition, die sich hinter Merkel und ihren Kurs stellen würde. Stattdessen stützt sie sich auf ein Reformerteam, das aus Personen besteht, die bei weiten nicht das ideologische und landsmannschaftliche Flügelspektrum der Partei abdecken. Das NRW-Trio Ronald Pofalla, Hermann Gröhe und Norbert Rött-

gen folgt ein und derselben Linie. Ursula von der Leyen zählt aus der Ministerriege dazu, ohne dem inneren Zirkel anzugehören. Dieses Reformerteam um Angela Merkel – Peter Altmaier eingeschlossen – verfolgt ein Change-Management, das die Partei nicht mitnimmt. Der Kulturwandel kommt nicht aus dem Inneren der Mitgliederpartei heraus, weil es an die alte CDU verkörpernde Leitfiguren fehlt, die der Neuerfindung der Union glaubhaft und aus innerer Überzeugung den Weg weisen könnten. Es fehlt ein Parteipatriarch wie Helmut Kohl, der als Fleisch gewordene alte CDU die Gleichgesinnten mitnehmen könnte. Es fehlt ein Erich Ollenhauer als strategischer Akteur, der als Apparatschik und Mann der alten Funktionärsgarde der SPD die Godesberger Erneuerung betrieb, ohne dessen Rückhalt die Reform der Partei gescheitert wären.

In der CDU sind alle prominenten Altvordern abgetreten, die gegenüber der verunsicherten Basis der Partei für die Richtigkeit der Neuausrichtung bürgen könnten. Vielmehr werden von ehemaligen Spitzenleuten der Partei wie Kurt Biedenkopf oder Volker Rühle nur Stöcke in die Speichen geworfen, was jüngst in einer Philippika von Erwin Teufel als ehemaligem Spitzenmann der baden-württembergischen CDU gipfelte. Kurzum: Das Reformerteam um Merkel verfügt über keinen erklärten Mitläufer und Unterstützer aus dem einflussreichen Landesfürstenkreis und gefährdet so ihren Kurs durch eine ungeschützte offene konservative Flanke. Angela Merkel und ihrem Team geht jene innerparteiliche Bündnisfähigkeit abhanden, die die Partei als Ganzes hinter ihrer Modernisierungslinie vereinen könnte. Stattdessen ist nur ein Grollen aus den Tiefen der Partei zu vernehmen, was von den letzten aufrechten Konservativen, der Jungen Union, den Vertriebenen, den Mittelsständlern und den Sozialausschüssen herrührt.

Zur Wählerseite hin ist die Modernisierungsstrategie ebenfalls mit einem Manko verbunden. Zwar ist die CDU unter Merkel dabei, sich auf die Seite des gesellschaftlichen Modernisierungslagers zu schlagen, um zukunfts-

fähig zu werden. Nur fällt sie dabei der Fehl-diagnose anheim, sich als Sprachrohr und Re-präsentationsinstanz der ihr noch treu verbundenen konservativen gesellschaftlichen Traditionsmilieus abmelden zu können. Aus nicht ganz nachvollziehbaren Gründen unterschätzt sie offenbar das unverzichtbare Stimmengewicht der mit ihr einst eng verbundenen Provinz des ländlich-kleinbürgerlichen Raumes, in dem noch viel gesellschaftlicher Traditionalismus herrscht und in dem die Werte bürgerlicher Anstand und soziale Distinktion hochgehalten werden (Schöppner 2009). Zudem hat – entgegen dem säkularen Modernisierungstrend – das Religiöse gesellschaftlich nicht einschneidend an Orientierungskraft verloren. Und unwichtig ist es schließlich auch nicht, dass für das Wähleraufkommen der CDU Katholiken auch 2009 immer noch mit 42 Prozent die größte Gruppe stellen (Wiesendahl 2011: 171ff).

Doch dieses Bild von der Wählerumwelt der CDU steht allem Anschein den CDU-Reformern fern. Sie setzen auf eine Neuwählerschaft und tauschen damit das, was man als sichere Bank hat, gegen vage Aussichten. Damit läuft die CDU Gefahr, mit ihrem Modernisierungskurs in einer Modernisierungsfalle zu enden (Wiesendahl 2011: 181ff). Sie stößt die konservative Stammwählerschaft vor den Kopf, um durch Anschluss an Trägergruppen der gesellschaftlichen Moderne ihre Wählerbasis verbreitern zu können. Diese Rechnung kann allerdings, wie schon die großstädtischen Wahlergebnisse anzeigen, schnell nach hinten losgehen. Geht doch durch die Bevölkerung eine Scheidelinie hindurch, bei der die eine Seite der Befragten zu 49 Prozent bejaht, dass sich die CDU neuen Wählerschichten auch von SPD und Grünen öffnen sollte. Fast eine gleich starke andere Hälfte (40 Prozent) will dagegen, dass sich die Partei „schwerpunktmäßig um die traditionellen CDU-Wähler kümmert“ (Forsa 2010: 4).

Das strategische Dilemma der CDU ist, dass sie sich um ihre Fortexistenz als Regierungspartei halber an neue Wählerkreise anzupassen versucht, dabei aber zwangsläufig die Stamm-

wählerschaft vernachlässigt. Zum Erhalt und zur Erweiterung ihrer Wählerschaft hat sie jedoch ihre konservative Parteibasis und Kernwählerschaft bei der Stange zu halten und muss gleichzeitig für die ihr kulturell fern stehenden und vom Lebensstil weltoffenen Zielgruppen aus dem rot-grünen Wählerlager wählbar werden. Dies verlangt ihr eine strategische Gratwanderung ab, bei der durch Integration Alt- und Neuwähler der CDU in einer Wählerkoalition zusammenfinden. Nur in Richtung kulturelle Moderne zu gehen, kann sogar ihr Wählerfundament untergraben. Sie muss schon Tradition und Moderne zusammenzuführen und in einer Synthese verbinden.

Hierfür allerdings fehlt ihr indessen notwendiger Esprit, Weltanschaulichkeit und Sinngebungskompetenz, die vollends unter die Räder des technokratischen Pragmatismus von Merkel gekommen sind. Die CDU hat keine wirklich durchdachte ganzheitliche Strategie, sondern spielt auf riskante Weise Vabanque. Schlimmstenfalls bleiben die anvisierten neuen Wählerschichten weg, während sich die frustrierten Stammwähler einen politischen Vertretungersatz für ihre vernachlässigten Anliegen und Wünsche suchen.

3 | Die SPD: Strategieunfähigkeit und die Folgen

Die SPD hat nach 16 langen Kohl-Jahren 1998 einen großen Wahlsieg errungen, der eine rot-grüne Regierungskoalition unter Kanzler Gerhard Schröder ermöglichte. Die Schröder-Ära mit ihrem Nachklapp der Großen Koalition ab 2005 endete 2009 in einem elektoralen Desaster. Die SPD ist nach 2009 nicht nur ins Wählerabseits von 23 Prozent gerückt, sondern steht in der Gefahr, im Süden und Osten der Republik dieses Niveau auch noch unter die 20-Prozent-Marge zu unterschreiten. Sie wird in ihrem Manövrierspielraum und in ihrer Wählerbasis sowohl von den Grünen als auch der Linken bedrängt, wobei es ihr gegenwärtig nicht einmal gelingt, von der Popularitätsschwäche der Linken zu profitieren. Dagegen

geht der Aufstieg der Grünen weiter an ihre Wählersubstanz, so dass sie nicht nur in diversen Großstädten, sondern auch in einem Flächenland wie Baden-Württemberg hinter die Grünen platziert wurde. Kurzum: Die SPD befindet sich sowohl elektoral als auch organisatorisch und auch richtungspolitisch in ihrer größten Krise nach 1945. Darüber kann nicht hinwegtäuschen, dass nach 2009 für die Partei, ohne ihr Zutun, die bundespolitische Großwetterlage günstig ausfiel, so dass sie auf der Länderebene unter der Schröder-Ära verloren gegangenes Wählerterrain wieder gutmachen konnte. In Hamburg und NRW übernahm sie sogar die Regierung. Über mangelnde Regierungsbeteiligung kann sie sich insgesamt nicht beklagen, zumal sie in den ostdeutschen Ländern, bis auf Sachsen, überall dabei ist. Nur wird sie dort durch ihre elektorale Schwäche hinter der Linken auf Platz drei geworfen. Deshalb bindet sie sich als Juniorpartner an die CDU, weil sie trotz einer klaren rot-roten Wählermehrheit nicht daran denkt, der Linken zur Einnahme von Landeschefpositionen zu verhelfen.

Im Westen sind es dagegen die Grünen mit ihrem Höhenflug, die ihr die Anführerrolle in einer Regierungskoalition streitig machen. So wurde sie erstmals im Nachkriegsdeutschland von den Grünen in Baden-Württemberg auf Platz drei verdrängt und musste in einer grün-roten Koalition den Regierungschefposten an einen Grünen abtreten. Die Wählerstärke der Grünen gleicht zwar die Wählerschwäche der SPD aus. Doch muss sie sich in ihren Koalitionsoptionen zur Wiedererlangung der Macht an die Grünen ketten. So werden nicht nur dadurch die koalitionsstrategischen Handlungsspielräume verengt, sondern die Grünen selbst sind um strategische Eigenständigkeit bemüht, um die nach wie vor hoch gehaltene schwarz-grüne Koalitionsoption nicht aus der Hand zu geben. Für die SPD bleibt allerdings als Trost immer noch die Option, eine große Koalition mit der Union anzustreben.

Die SPD ist vor diesem Hintergrund von ganzheitlicher Strategiebildung noch weit ent-

fernt, weil sie sich nun schon zwei Jahre darin erschöpft, die Trümmer der Schröderschen Hinterlassenschaften wegzuräumen. Den Blick nach vorn zu richten, ist ihr deshalb nach wie vor verwehrt, weil sich die Flügel darin lähmen, welche strategischen Konsequenzen aus dem grandiosen Scheitern der neoliberalen Schröder-Ära mit der Agenda-Politik und der „Neuen Mitte“ zu ziehen wären.

Dies beginnt schon mit dem unterlassenen personellen Neuanfang der Partei, so dass an deren Spitze alte Verantwortungsträger der Schröder-Politik und neue Gesichter wie Sigmar Gabriel und Andrea Nahles ein Personaltableau bilden. Ein neues, geschlossenes, treibendes und durchsetzungsstarkes Machtzentrum der Partei konnte so nicht entstehen. Vielmehr ziehen Parteispitze, Fraktionsspitze und Ministerpräsidenten nicht an einem Strang oder unterwerfen sich einer Spitze. Nirgendwo ein Ort an der Spitze, wo strategischer Sachverstand gesammelt und gebündelt würde. Dies gibt Kräften Raum, die nicht die Partei nach vorne bringen, sondern sie daran hindern, die Gründe der Wahlniederlage und des strategischen Scheiterns der strategischen Linie von Schröder einzugestehen. Im Gegenteil: Einige beharren darauf, wie das Positionspapier der Seeheimer von Januar 2010 (Duin 2010) bekundet, einen Zusammenhang zwischen Schröder und dem Absturz in der Wählergunst abzustreiten. Eine nüchterne Aufbereitung der katastrophalen Wahlniederlage von 2009 kann so nicht erfolgen. Vielmehr belauern sich die Flügel der Partei darin, strategische Impulse allein danach zu bewerten, inwieweit sie eine Pro- oder Kontrahaltung zur Schröderpolitik einnehmen.

Der untergründige Stellungskrieg zwischen den uneinsichtigen Parteilichen und den revisionsoffenen Pragmatikern in der SPD hindert die Partei bis heute daran, klären zu können, welchen politischen Kurs sie einzuschlagen gedenkt und für welche Wählergruppen sie Politik machen will. Dabei hat der neue Parteivorsitzende Gabriel dafür für einen Fingerzeig gegeben, indem er in einem Spiegel-Interview

(Gabriel 2010: 28) folgendes sagte: „Die SPD war immer erfolgreich, wenn sie sich sowohl um die klassischen sozialen Interessen von Arbeitnehmern und ihren Familien gekümmert hat wie um das aufgeklärte und intellektuelle Bürgertum. Es kann uns eben nicht um irgendeine „neue Mitte“ gehen, von der niemand weiß, wer das eigentlich sein soll.“ Dagegen gehe es ihm „um die alte Mitte: bildungsorientiert, am sozialen Ausgleich orientiert, auch leistungsorientiert. Willy Brandt hat die angesprochen, Helmut Schmidt auch. Die müssen wir zurückgewinnen“.

Strategiefähig machen indessen solche richtungsweisenden Aussagen die SPD in ihrem gegenwärtigen Zustand noch nicht. Hierfür müsste zunächst die Führungsfrage eindeutig geklärt sein. Da die Würfel nicht fallen, lässt sich jedoch auch nicht die offene strategische Richtungsfrage klären. Infolgedessen ist die SPD richtungspolitisch blockiert und setzt anstelle der Formulierung eines strategischen Konzepts auf das Klein-Klein der Arbeit an ressortmäßig aufgegliederten Politikfeldern, über die sich hochrangig besetzte Kommissionen den Kopf zerbrechen. Auch wenn sie fleißig Kommissionsarbeit betreibt, ist nicht wirklich ausgemacht, auf welchen Feldern die SPD mit welchen neuen Ansätzen Themenkompetenz und Themenführerschaft zurückgewinnen will. Für die Oppositionsstrategie bleibt das nicht ohne Folgen. Denn viel zu erleiden haben Schwarz-Gelb unter der sozialdemokratischen Opposition nicht, weil die keine klare Linie verfolgt und sich nicht zu mutigen politischen Alternativen durchringt. Dafür kommt sie viel zu handzahn und staatstragend daher, weil sie sich erst als Regierungspartei a. D. und jetzt in spe als Oppositionspartei ausbremst. Sie meint zaghaft, wenn sie sich nur ein bisschen anders als die Regierungslinie positioniert, würde dies in den Augen der Wähler die Unterscheidbarkeit der SPD als bessere oppositionelle Kraft befördern. Bemerkenswerterweise schlägt sie aus der Wählerschwäche der schwarz-gelben Koalition kein Kapital, weil es an der oppositionellen Alternative fehlt, mit der es

die SPD in den Augen der Wähler besser machen könnte. Auch gegenüber den Grünen sucht sie angestrengt nach Unterscheidbarkeit und Unverwechselbarkeit, was ihr aber die Wählerschaft nicht abnimmt. Für den industriellen Kern Deutschlands einzutreten hat dabei durchaus Unterscheidbarkeits-Potenzial, wird aber über einige Bemerkungen von Gabriel hinaus nicht richtungspolitisch in Konzeptform gegossen.

Sigmar Gabriel und Andrea Nahles stimmen in der strategischen Lagebeurteilung überein, dass für den Rückgewinn der Regierungsmacht zuvor die durch die Schröder-Jahre demoralisierte Mitgliederbasis wieder aufzurichten sei (Butzlaff/Micus 2011: 13ff). Deshalb wurde der nunmehr fünfte Anlauf zu einer Organisationsreform unternommen, um den Mitgliedern zur Steigerung ihrer Wertigkeit größere unmittelbare Mitwirkungsrechte bei der Elitenrekrutierung und Kursbestimmung der Partei zuzugestehen. Verquickt wurde die sich mit den Mitgliederwünschen deckende „Mehr Demokratie wagen“-Strategie allerdings mit dem unausgegrenzten Versuch, bei der Auswahl von Kandidaten für öffentliche Spitzenämter auch Nichtmitglieder zu beteiligen. Zudem sollen die Mitwirkungs- und Einflussnahmemöglichkeiten von Nichtmitgliedern bei der innerparteilichen Politikformulierung erweitert werden.

Diese Öffnungsbestrebungen haben jedoch, wie zu erwarten war, eine innere Gegenbewegung ausgelöst, die die erhofften Mobilisierungsenergien zur Wiederbelebung der Partei in die falschen Bahnen lenken. So ist für den Reformparteitag Ende des Jahres nicht auszuschließen, dass auch der fünfte Reformanlauf scheitert. Verpuffen würde der „die Partei wieder ernst nehmen“-Versuch, ohne nach Innen oder Außen einen Attraktivitätsgewinn für die SPD-Mitgliedschaft zu erzielen. Zudem wird sich die Mitglieder auszehrung allein durch mehr unmittelbare Partizipation nicht beheben lassen. Hier ist nur dann mit Erfolgen zu rechnen, wenn die Parteispitze und der Parlamentsflügel der Partei das Vertrauen der Parteibasis

zurückgewinnen, für die Prinzipien und gemeinsame sozialdemokratische Sache loyal einstehen und sich nicht selbstherrlich verselbstständigen. Dafür wäre Ideologearbeit zu leisten. Doch sind die Spitzen der Partei inhaltlich so ausgelaugt, dass es ihnen nicht mehr glückt, unter den Parteimitgliedern durch zündende Ideen, Visionen, Sinnvermittlung, kurz symbolische Führung Motivation und Begeisterung für die gemeinsame große Sache der Partei zu wecken.

Angesichts dieser Lage spricht die weitere Entwicklung der SPD bis 2013 dafür, dass sie hier und dort an einem Schräubchen dreht, ohne in dem, wofür sie steht, einen durchgreifenden Profilierungszugewinn zu erzielen. Dafür fehlen nicht nur Antworten auf die sich ausbreitende Oben-Unten-Gesellschaft und die grassierenden Probleme des gesellschaftlichen Auseinanderdriftens. Selbst bei ihrem beschädigten Markenkern als Partei der sozialen Gerechtigkeit fehlt es an einem glaubwürdigen Konzept, um die Beseitigung der wachsenden Gerechtigkeitslücke in Form eines neuen Gesellschaftsvertrags glaubhaft auf ihre Fahnen schreiben zu können. Insbesondere fehlt es ihr an einer Strategie, wie sie die von ihr entfremdete prekarierte Unterschicht wieder zurückgewinnen könnte. Sie hat nicht mal ein Mittel parat, wie sie den Abfluss an Jungwählern und jüngeren berufstätigen Frauen stoppen könnte. Angesichts all dieser unerledigten Schularbeiten bleibt der Partei nur der Ausweg hin zu einem wählerwirksamen Personalangebot, was für 2013 auf einen „Auf den Kanzler kommt es an“-Wahlkampf abzielen könnte. Denn wie sich in den demoskopischen Umfragen der letzten Zeit darstellt, punktet die Partei gegenwärtig mit ihrem Spitzenpersonal, das von den Medien bereits zur neuen Troika hochstilisiert wurde. In der Tat stechen Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier die Bundeskanzlerin gegenwärtig im Popularitätsrang aus, wobei als Dritter im Bunde der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel im Zustimmungsniveau zurückfällt. Steinbrück sonnt sich nach einer temporären Auszeit in einem Stimmungshoch, weil ihm

als ehemals angesehener Finanzminister die Turbulenzen der EU-Krise in die Karten spielen. Steinmeier hat menschlich an enormer Wertschätzung gewonnen, seitdem er seiner Frau eine Niere spendete. Gabriel ist der „Hansdampf“ der Partei, der sich gleichermaßen zu allen Themen pointiert zu Worte meldet. Dies tut er impulsiv und mit einiger Sprunghaftigkeit, so dass die beharrliche Schlagwortbildung und einprägsame Argumentationslinie zu verbessern wären. Dabei besitzt der neue Parteichef über großes intellektuelles und rhetorisches Potenzial, um die Partei mitreißen und im Wahlkampf Anhänger mobilisieren zu können. Bleibt das EU-Krisenszenario über 2012 erhalten und setzt synchron eine konjunkturelle Talfahrt in Deutschland ein, wird alles auf eine Kanzlerkandidatur von Peer Steinbrück hinauslaufen. Das Merkel-Steinbrück-Duell kommt auf jeden Fall den Medien in ihrem Personalisierungsstreben und ihrer „horse race“-Fixierung entgegen. Nur hat die SPD 2013 vor allem ehemalige Stammwählerkreise zurückzugewinnen, die durch die Schröder-Politik vertrieben wurden. Vor diesem Hintergrund ist das SPD-Spitzenrio nicht breit genug aufgestellt, weil es sich bei allen dreien um mehr oder minder überzeugte Schröderianer handelt. Hier wäre, wie bei den Bundestagswahlen 1998, die Rolle des Vorsitzenden Sigmar Gabriel stärker auf die Mobilisierung sozialdemokratischer Stammwähler auszurichten, um nicht trotz allen Medienzaubers das Wahldesaster von 2009 zu wiederholen.

4 | Schluss

Wie sich zeigt, tappen die Parteien nicht hilflos und ziellos in den Ungewissheiten der auf ihnen lastenden Verhältnisse herum, sondern sie bedienen sich einiger Elemente aus dem Baukasten des strategischen Handelns. So hat die Merkel-CDU ihre Lektionen aus dem Wählerabstieg gelernt und greift auf eine Gesellschaftsanalyse zurück, die ihr verdeutlicht, dass die Verhältnisse fortgeschritten sind und sie aus der Epoche fliegt, wenn sie nicht zu den

Trägergruppen der Moderne aufschließt. Bei ihrem daraus resultierenden Modernisierungskurs unterliegt sie jedoch nicht nur einem selektiven Lagebild, sondern missachtet auch das elektorale Sammlungs- und Integrationsgebot, um als Volkspartei eine möglichst breite Wählerschaft abzudecken. Bei ihrer Gesellschaftsdiagnose verkennt sie, dass Gesellschaft immer Ungleichzeitigkeit repräsentiert, bei der sich Tradition und Moderne mehr oder minder spannungsreich aneinander reiben. Deshalb kann die CDU als tief in den Traditions-Milieus verwurzelte konservativ-bürgerliche Sammlungspartei das Traditionslager auch nicht der Vertretungskluft preisgeben. Strategisch verbleibt ihr, um Volkspartei zu bleiben, nur der Spagat, um zwischen Tradition und Moderne zu vermitteln. Balanciert sie in ihrem Modernisierungskurs diesen Spannungsbogen nicht aus, wird sie, wie die Schröder-SPD, in der Modernisierungsfalle enden. An der Merkel-CDU lässt sich zugleich exemplifizieren, dass sie personell und richtungspolitisch Akteurs- und Strömungsvielfalt abbilden und organisieren muss, um nicht zum puren, willenlosen Kanzlerin-Wahlverein zu verkommen.

Die SPD wäre froh, wenn es ihr nur um diese Probleme ginge, weil sie Flügel-Lähmung im Übermaß zu verkräften hat. Mit ihrer strategischen Selbstblockade hat sie noch nichts zu Wege gebracht, was ihr als Voraussetzung zum Wiedergewinn von Strategiefähigkeit verhelfen könnte. Mit ihrer ungeklärten Führungs- und Richtungsfrage setzt sie für 2013 allein auf ein Personalaufgebot in der Hoffnung, dass Steinbrück Merkel übertrumpfen könnte. Nur wird mit der Entscheidung für diese Spitzenperson auch die ungeklärte Richtungsfrage entschieden. Hierdurch kann die Grundlage für eine erneute Wahlniederlage gelegt werden.

Elmar Wiesendahl ist Professor für Politikwissenschaft und Leiter des Fachbereiches Sozialwissenschaften bei der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.

Literatur

Altmeier, Peter 2010: „Das war Mittelalter“. Spiegel-Gespräch. Nr. 30, 26-27.

Butzloff, Felix/Micus, Matthias 2011: Die SPD auf der Suche nach einem neuen Projekt. In: Dies./Walter, Franz (Hg.): Genossen in der Krise? Europas Sozialdemokraten auf dem Prüfstand. Göttingen, 31-48.

CDU-Bundesgeschäftsstelle 2010: Berliner Erklärung. Unsere Perspektiven 2010-2013. Beschluss des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands anlässlich der Klausurtagung am 14. und 15. Januar 2010 in Berlin. O. O. (Manuskript).

Forsa 2010: Eine für (fast) alle. Repräsentativumfrage vom 15. Januar 2010. In: stern, Nr. 4/2010, 4.

Gabriel, Sigmar 2010: Spiegelgespräch „Ich bin nicht Kanzlerkandidat“. In: Der Spiegel, Nr. 27/2010, 26-28.

Duin, Garrelt 2010: Mut zur Sozialdemokratie. O.O. (Manuskript).

Neu, Viola 2009: Sozialstruktur und politische Orientierungen der CDU-Mitglieder 1993-2006. In: Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar/Wiesendahl, Elmar (Hg.): Zukunft der Mitgliederpartei. Opladen & Farmington Hills, 159-184.

Raschke, Joachim/Tils, Ralf 2011: Politik braucht Strategie – Taktik hat sie genug. Frankfurt, New York.

Schöppner, Klaus-Peter 2009: Neue Koalitionsstrategien braucht das Land. In: Kronenberg, Volker/Mayer, Tilman (Hg.): Volksparteien: Erfolgsmodell für die Zukunft? Köln, 259-276.

Wiesendahl, Elmar 2010: Rationalitätsgrenzen politischer Strategie. In: Raschke, Joachim/Tils, Ralf (Hg.): Strategie in der Politikwissenschaft. Konturen eines neuen Forschungsfelds. Wiesbaden, 21-44.

Wiesendahl, Elmar 2011: Volksparteien. Aufstieg, Krise, Zukunft. Opladen, Farmington Hills.

Wie strategiefähig ist heute Politik?

Matthias Machnig

In ihrem lesenswerten Buch „Politik braucht Strategie – Taktik hat sie genug“ schreiben Ralf Tils und Joachim Raschke: „Auch eine falsche Strategie ist besser als keine“, denn: „schon die Bildung einer Strategie zwingt zum verschärften Nachdenken: über Lage, Optionen, Erfolgsaussichten, Nebenwirkungen. Strategie ist eine Schule des Realismus. Sie zwingt zur Auseinandersetzung mit Realitäten, die wesentlich über Erfolg und Misserfolg entscheiden.“ (2011: 10).

Betrachten wir die aktuellen Debatten, so wird deutlich, dass das Fehlen einer konsistenten Strategie kein exklusives Problem etwa der Sozialdemokratie ist, wie gerne unterstellt wird.

Vielmehr drängt sich der Eindruck auf, dass Politik in Deutschland heute insgesamt strategie-, konzeptions- und führungslos ist.

1 | Grundprinzipien von Strategiefähigkeit

Das oberste Prinzip einer Strategie heißt: gezielte politische Führung, also präzise Regeln, verbindlichen Abläufe und darauf aufbauende politischen Planungsprozesse zu organisieren. Strategie basiert auf Erfahrung, Wissen und Antizipation sich verändernder gesellschaftlicher Bedingungen und zu erwartender Reaktionen.

Das politische Handlungsfeld lässt sich als „Magisches Viereck“ aus kompetenten Personen, Parteien, Wählern und Medien beschreiben. Diese Akteure müssen mit ihren widerstreitenden Interessen, Stärken und Schwächen in die politische Strategiebildung einbezogen werden.

Das oberste Ziel politischer Steuerung ist die Gewährleistung einer längerfristigen strukturellen Mehrheitsfähigkeit bei gleichzeitiger Problemlösungskompetenz. Politische Kommunikation macht Politik sichtbar und erfahrbar, sie vermittelt Orientierungs-, Vorstellungs- und Deutungsmuster, sie bietet Werte und Konsensformen an, ermöglicht emotionalen Zugang und konfrontiert mit Themen. Dabei orientiert sie sich an gesellschaftlichen Konfliktmustern, die sie in Richtungsfragen zuspitzt.

Politische Botschaften müssen dabei sowohl inklusiv – also die avisierten gesellschaftlichen Gruppen verbinden – als auch exklusiv sein – sich also vom politischen Konkurrenten abgrenzen. Schließlich müssen sie glaubwürdig sein, beständig wiederholt und auf die Zielgruppen hin individualisiert werden. Sie müssen personalisiert und durch die politischen Repräsentanten sowie erkennbaren Symbole verkörpert werden.

2 | Zur Strategieunfähigkeit der Bundesregierung

Die angebliche Wunschkoalition aus CDU/CSU und FDP entpuppt sich nach nicht einmal zwei Jahren als eine Koalition des Zerfalls. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel war nie in der Lage, ein stabiles Zentrum zu organisieren, von dem aus eine konsistente Politik für dieses Land entwickelt wurde. Stattdessen regiert die Beliebigkeit.

Wenn etwas in dieser Koalition Kontinuität hat, dann der Verlust an inhaltlicher Orientierung, an gemeinsamen Zielen, an Vertrauen und schließlich an Führungsfähigkeit. Nicht nur die aktuellen Auseinandersetzungen um die Energiewende oder die Steuerpolitik zeigen, dass diese Bundesregierung weder über einen inneren Kompass noch über handlungsstarke

Persönlichkeiten verfügt. Die Vollbremsung in der Atomenergie lässt die konservative Stammklientel ratlos zurück, nachdem noch im vergangenen Herbst die Laufzeitverlängerung als alternativlos dargestellt wurde. Das ständige Hin und Her in Sachen Steuersenkung beschädigt nicht nur die jeweiligen Akteure, die sich mit neuen Vorschlägen und Dementis übertreffen, sondern führt auch die von dieser Regierung mit Verve verfolgte Schuldenbremse ad absurdum.

Der sogenannte Modernisierungskurs von Angela Merkel, der innerparteilich immer umstritten war, reduziert sich dabei auf den nackten Machterhalt. Die Strategie des Lavierens ist nicht aufgegangen. Sie ist gescheitert.

3 | Das Fünf-Parteien-System hat sich verfestigt

Was sich über die vergangenen 20 Jahre angedeutet hat, ist nun nicht mehr zu leugnen. Das Fünf-Parteien-System hat sich strukturell verfestigt. Mit der Partei DIE LINKE und der FDP bewegen sich zwei Parteien zumeist bei 5 bis 8 Prozent der Wählerstimmen. Dass die FDP heute sich zuweilen den Spott anhören muss, bald nur noch die „Fast-Drei-Prozent“-Partei zu sein, weist darauf hin, dass das Fehlen einer kohärenten Strategie auch dazu führen kann, in die außerparlamentarische Opposition durchgereicht zu werden. Diese Erfahrung mussten DIE LINKE und DIE GRÜNEN bereits machen. Die programmatische und personelle Substanz reichte jedoch, um den Wiedereinzug in die Parlamente zu schaffen. Insoweit wäre es gewiss verfrüht, der FDP das Totenglöckchen zu läuten.

Die politische Zustimmung für DIE GRÜNEN hat sich zwischen 15 und 20 Prozent etabliert. Die Wahlergebnisse bei den Landtagswahlen haben aber deutlich gemacht, dass Stimmungen auch für DIE GRÜNEN nicht immer Stimmen bedeuten.

Die Sozialdemokratie hat sich nach den enttäuschenden Wahlergebnissen der Bundestagswahl und aus den verschiedenen Landtagswah-

len bundesweit auf 25 bis 30 Prozent konsolidiert. Die Regierungsbeteiligungen, die sie 2010/2011 erreichte, resultierten jedoch nicht aus überdurchschnittlichen Gewinnen in der Wählergunst, sondern ergaben sich aus der politischen Gemengelage. In Nordrhein-Westfalen reichte es nur zu einer Minderheitsregierung mit DIE GRÜNEN, in Baden-Württemberg wurde die SPD gar nur ihr Junior-Partner. In Sachsen-Anhalt retteten sie sich als dritte Kraft in eine Koalition mit der CDU und in Rheinland-Pfalz führen sie knapp als stärkste Partei vor der CDU eine Koalition mit DIE GRÜNEN. Lediglich in den Stadtstaaten zeigte sich die SPD stabil mit Aufwärtstrend in Hamburg nach einem gescheiterten schwarz-grünen Experiment und mit einem deutlich gestärkten Juniorpartner DIE GRÜNEN in Bremen.

CDU/CSU büßen ihr Profil als wertorientierte Sammlungsbewegung rechts der Mitte zunehmend ein. In den großen Städten rangiert die Union mittlerweile – mit wenigen Ausnahmen – als Partei auf dem zweiten oder dritten Platz. In Berlin droht sie sogar auf Platz vier zu fallen. Gleichwohl kommt sie in Umfragen bundesweit auf Zustimmungsraten von rund 30 Prozent, was einerseits an der dauerhaften Schwäche des bürgerlichen Koalitionspartners FDP liegt, andererseits es auf der rechten Seite des politischen Spektrums keine gesellschaftlich anerkannte Konkurrenz gibt, die in der Lage wäre, den Unmut in der konservativen Wählerschaft zu bündeln.

Das Fünf-Parteien-System führt zu unübersichtlichen Mehrheits- und Koalitionskonstellationen. Dass DIE GRÜNEN den Ministerpräsidenten in einer Koalition mit der SPD in Baden-Württemberg stellen, wäre vor wenigen Jahren genauso undenkbar gewesen wie die Tatsache, dass ernsthaft diskutiert wird, wen diese Partei als Kanzlerkandidaten nominiert. Auch wenn das schwarz-grüne Intermezzo in Hamburg letztlich personengebunden und inhaltlich unzureichend grundiert war, sind künftig Koalitionen zwischen einer geschwächten Union und einer auch im bürgerlichen Milieu angekommenen grünen Partei denkbar.

Auf der anderen Seite bieten sich für die SPD Koalitionsmöglichkeiten mit allen Parteien des parlamentarischen Spektrums. Die Vorbehalte gegen Koalitionen mit der Partei DIE LINKE sind zwar weiterhin ernst zu nehmen – zumal in Westdeutschland. In den ostdeutschen Ländern haben Koalitionen aber ihre Tragfähigkeit nachgewiesen. Koalitionen aus SPD und DIE GRÜNEN sind überraschungsfrei, sieht man vom Sonderfall Baden-Württemberg ab. Koalitionen mit der CDU funktionieren leidlich und mancher politische Kommentator erinnert sich zuweilen wehmütig an die vergangene Bundesregierung.

Das Neue und Entscheidende ist aber, dass es sich bei diesen Koalitionen immer seltener um „Wunschkonstellationen“ oder strategisch ausgerichtete Koalitionen handelt. Wir werden uns an die Tatsache gewöhnen müssen, dass es nach einer Wahl längere Phasen der politischen Sondierung zwischen den Parteien geben wird und letztlich auch eine Regierung, die vorher so niemand auf der Rechnung hatte.

4 | Zur Strategiefähigkeit der Parteien

Alle Parteien scheinen in dieser neuen politischen Gemengelage nur unzureichend angekommen. Ihre Strategie – so es sie überhaupt gibt – erscheint situativ und lebt von der sprichwörtlichen Hand in den Mund.

Der Versuch der CDU, sich 2005 aus der Opposition heraus mit dem Leipziger Parteitag als konservativ-marktliberale Kraft der rechten Mitte strategische Vorteile zu verschaffen, war blauäugig, weil sie so in die gesellschaftliche Mitte hinein Anschlussfähigkeit verlor und sich auf die FDP als einzigen Bündnispartner einer künftigen Regierung kaprizierte. Der Weg in die Koalition mit der SPD und die erste Kanzlerschaft Merkels führte zu einem erheblichen Maß an Zweifel in der Anhängerschaft und begünstigte schließlich auch das Erstarren der FDP bei den Wahlen 2009. Das inhaltliche Fundament von 2005 ist heute ebenso erodiert wie die personelle Aufstellung, die durch den Rückzug profilierter konservativer

Persönlichkeiten wie Friedrich Merz und Roland Koch sowie den Verlust weiterer Ministerpräsidenten verschärft wurde. Auch wenn der Vorwurf einer „Sozialdemokratisierung der CDU“ im programmatischen Kern nicht stimmt, so zeigt er doch, dass die Vertrauensbasis in den konservativen Grundfesten der CDU weithin erschüttert ist.

Die FDP wird dabei zu einer dauerhaften Belastung des schwarz-gelben Lagers. Gemessen an der Zuschreibung in Umfragen wird sie zwar als die „mittigste“ aller Parteien benannt (60 Prozent zu jeweils 37 Prozent für CDU und SPD), hat aber gleichzeitig ihre programmatische Strahlkraft durch die Fixierung auf die Steuerpolitik verloren. Die programmatischen Schnittstellen zu anderen grundsätzlich denkbaren Koalitionspartnern wie SPD oder DIE GRÜNEN wurden ausgedünnt. Eine Koalition der SPD mit der FDP wird heute weder von den WählerInnen gewünscht, noch hätte sie überhaupt eine eigene Mehrheit.

Demgegenüber haben DIE GRÜNEN ihre Koalitionsoptionen erweitern können, auch wenn das schwarz-grüne Bündnis in Hamburg gescheitert ist – denn das Scheitern wird zumeist der CDU angelastet. Sie profitieren vom Zeitgeist und bewegen sich auf der Welle der Trendmeinung. Diese Autosuggestion geht sogar soweit, dass 19 Prozent der WählerInnen der Meinung sind, dass sie bei der letzten Bundestagswahl DIE GRÜNEN gewählt haben, obwohl das Ergebnis 10,7 Prozent war!¹

Diese Glaubwürdigkeit steht jedoch in dem Maße auf dem Spiel, wie die Partei gezwungen ist, in Regierungsverantwortung in Baden-Württemberg das von ihren Anhängern abgelehnte Großprojekt Stuttgart21 doch umsetzen zu müssen. Und dass man sich im Saarland in einer zweifelhaften Koalition mit CDU und FDP befindet, ist auch kein Beweis für Konsequenz.

Dazu kommt, dass dieser positiven Entwicklung weniger programmatische Grundüberzeugungen der WählerInnen zugrunde liegen. Sie resultiert aus Protestwahlverhalten. Während in einer Allensbach-Umfrage nur 36 Prozent

der potenziellen Grün-WählerInnen sagen, dass DIE GRÜNEN für sie die beste Partei sei, stimmen 49 Prozent der Gegenposition zu, dass ihnen aus Enttäuschung über andere Parteien nichts anderes übrig bleibe, als DIE GRÜNEN zu wählen. Die aktuelle Zustimmung ist also sehr fragil und könnte wie ein Kartenhaus zusammenfallen, wenn auch DIE GRÜNEN als eine beliebige, nach allen Seiten offene Partei wahrgenommen werden.

Insoweit steht die grüne Partei heute vor einer Richtungsentscheidung, ob sie sich weiterhin einem rot-grünen Fortschrittslager zurechnen oder als mittige Partei des ökologisch aufgeklärten Bürgertums das Erbe der programmatisch wie personell ausgelaugten FDP antreten will. Sie geht diese Richtungsfrage aber nicht an, sondern hält still oder versucht, sie mit einer Diskussion über einen eigenen Kanzlerkandidaten zu überdecken.

Rein rechnerisch hätte ein rot-grünes Fortschrittslager – zumindest den Umfragen der letzten Monate nach – eine stabile parlamentarische Mehrheit und unter Einbeziehung der Partei DIE LINKE gibt es derzeit eine stabile Mehrheit von ca. 60 Prozent jenseits von schwarz-gelb.

Dass diese Mehrheit nicht politisch wirksam wird, liegt auch daran, dass die Partei DIE LINKE aus ihrer politischen Selbstbeschäftigung nicht herausfindet. Sie ist weder in der Lage, eigene positive Themen zu setzen, noch hat sie an ihrer Spitze Personal, das in der Lage wäre, glaubwürdig innerparteiliche Kontroversen produktiv aufzulösen. Die Kluft zwischen „Ost“ und „West“ ist in keiner Partei so stark ausgeprägt wie in der Partei DIE LINKE. Während sie in Ostdeutschland in fast alle Richtungen koalitionsfähig ist, steht sie in Westdeutschland für einen strammen „Anti“-Kurs – gegen jede Regierungsbeteiligung und immer auch ausdrücklich gegen die Sozialdemokratie. Diese machtpolitische Indifferenz führt zur politischen Handlungsunfähigkeit und macht es auch für SPD und Grüne kaum möglich, dort bundespolitisch einen stabilen und verlässlichen Koalitionspartner zu suchen.

Aber auch die SPD ist gegenwärtig richtungspolitisch indifferent. Sie ist jedoch die einzige Partei, die tatsächlich in der Lage ist, mit allen anderen demokratischen Parteien Koalitionen zu bilden und zu regieren – sei es als erste oder zweite Kraft oder auch, wie in NRW, ohne eigene Mehrheit. Diese Indifferenz hat aber eine deutlich Schattenseite, denn in ihr verschwimmt das programmatische Profil, was sich auch daran erkennen lässt, dass es der SPD weniger als der anderen Parteien gelingt, ihr WählerInnen-Potenzial auszuschöpfen: etwa 51 Prozent aller WählerInnen können sich grundsätzlich vorstellen, SPD zu wählen – davon hat aber bei den letzten Bundestagswahlen nicht einmal jeder Zweite tatsächlich auch SPD gewählt.

5 | Regierungswechsel 2013 – aber wer stellt die richtigen Richtungsfragen?

Wer als Sieger aus den Bundestagswahlen 2013 hervorgehen wird, ist heute noch nicht sicher. Dass es eine andere Koalition als die aktuelle sein wird, ist aber höchst wahrscheinlich. In zwei von drei denkbaren Konstellationen könnte die SPD in der Regierung sein – rot/grün ist nach den aktuellen Umfragen die wahrscheinlichere, schwarz/rot die unwahrscheinlichere und ungewolltere Koalition. Selbst schwarz/grün – also eine Regierung ohne SPD – ist nicht gänzlich ausgeschlossen. Dass die FPD von den WählerInnen in die Opposition geschickt wird, dürfte ebenso wahrscheinlich sein wie das Fehlen der Partei DIE LINKE in einer Bundesregierung 2013.

Doch alle heutigen Farbenspiele sind müßig, wenn es nicht gelingt, die richtigen Richtungsfragen zu stellen und für die WählerInnen überzeugend zu beantworten, programmatisch, personell und in der politischen Kampagne.

Wenn die Sozialdemokratie Lehren beispielsweise aus der erfolgreichen Wahl in Hamburg ziehen will, so die, dass Wahlen nicht in einer imaginären Mitte gewonnen werden, sondern dann, wenn ein eigenes Politik- und Deutungsangebot gemacht wird. Die Wahlauswertung

in Hamburg (Mikfeld/Schmidt 2011) hat gezeigt, dass:

- 62 Prozent der Wählerangaben, die SPD nehme die Sorgen der „kleinen Leute“ ernst.
- sie die größten Zuwächse bei Arbeitern, Angestellten und Beamten sowie bei Rentnern verzeichnete.
- sie bei allen Arbeitnehmergruppen knapp über 50 Prozent lag, bei den Arbeitern sogar bei 57 Prozent.

Bei den Bundestagswahlen 2009 verlor sie im Vergleich zu 1998 jedoch zehn Millionen Stimmen und hatte sich damit faktisch halbiert. Im Vergleich zu 2005 verlor sie sechs Millionen Wählerinnen und Wähler – und zwar in alle Richtungen. Und das Dramatischste für die einstige Fortschrittspartei SPD war: Beim Thema Zukunfts- und Erneuerungskompetenz führte die CDU im Bundestagswahl 2009 eindeutig mit 42 Prozent gegenüber der SPD mit 21 Prozent (Machnig 2010).

Ähnlich verheerend waren die Ergebnisse aus einer Befragung der SPD-Ortsvereine in 2010. Ihrer eigenen Partei attestierten die Aktiven

- fehlende Ausstrahlung;
- Profil- und Farblosigkeit;
- Entfremdung der Partei von Mitgliedern und Bevölkerung;
- Kompetenzverlust in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik und
- zu große Selbstbeschäftigung.

Eine Partei, die offensichtlich so wenig an sich selbst glaubt, muss neues Selbstbewusstsein aufbauen, indem sie sich einerseits auf ihre Kernüberzeugungen besinnt, andererseits diese zeitgemäß interpretiert und mit einer Strategie verbindet.

6 | Die SPD als Partei des Neuen Fortschritts

Die Sozialdemokratie war immer die Partei der (Selbst-)Aufklärung, die für den Austritt aus

der gesellschaftlichen Unmündigkeit durch Selbsterkenntnis und -organisation stritt. Die Sozialdemokratie war immer die Partei der Arbeit, der gesellschaftlichen Wertschöpfung als Grundlage für sozialstaatliche Absicherung des individuellen Aufstiegs und individueller Absicherung. Und die Sozialdemokratie hatte nicht erst mit dem Berliner Grundsatzprogramm 1989 erkannt, dass die Sicherung der natürlichen Grundlagen eine globale Überlebensfrage, „Ökologie“ und „Ökonomie“ mithin kein unauflösbarer Widerspruch sein dürfen.

Das „zentrale Versprechen“ des sozialdemokratisch geprägten Sozialstaates der 1960er und 1970er Jahre war, dass gesellschaftlicher Aufstieg und eine wachsende Beteiligung am gesellschaftlichen Reichtum für alle möglich war – durch Arbeit, Bildung und demokratische Beteiligung. Dieses Versprechen wird heute immer weniger wirksam. Trotz der höchsten Beschäftigtenquote seit Gründung der Bundesrepublik liegt die Beschäftigungslücke noch bei fast 4 Millionen und die offizielle Arbeitslosigkeit bei ca. 2,9 Millionen Menschen. Die Zahl der prekären Beschäftigungsverhältnisse – also Zeit- und Leiharbeit und geringfügige Beschäftigung – macht den Löwenanteil am Beschäftigungszuwachs aus und betrifft etwa ein Viertel der Beschäftigten. Der Zusammenhalt der Gesellschaft droht auseinander zu brechen.

Nur wenn es der Sozialdemokratie wieder gelingt, die Vorstellung einer *besseren* Gesellschaft in den Fokus der politischen Auseinandersetzung zu rücken, kann sie die durchaus vorhandene Bereitschaft der WählerInnen, sie zu unterstützen, auch wirksam werden lassen.

Die zentrale Botschaft lautet deshalb: Die Sozialdemokratie muss wieder mehr Politik und Demokratie wagen. Sie muss die Herausforderung annehmen, die entscheidenden politischen Richtungsfragen zu stellen und damit ihre Grundüberzeugungen in politische Forderungen zuzuspitzen. Sie muss sich an die Spitze einer neuen Fortschrittsbewegung stellen.

Der Neue Fortschritt muss zu einem Hoffnungs- und Zukunftsprojekt werden, für das

es sich lohnt, in die politische Auseinandersetzung einzutreten. Der Neue Fortschritt grenzt sich ab von den konservativen Vorstellungen, dass es ausreiche, nur das Bestehende zu pflegen und weiterzuentwickeln. Er grenzt sich ab von der liberalen Vorstellung, dass die Hoffnung auf Aufstieg und gesellschaftliche Beteiligung über einen Markt geregelt wird. Er grenzt sich ab von grünen Vorstellungen, die aus einer materiell gesicherten Position den Verzicht predigen. Er grenzt sich ab von „linken“ Vorstellungen, die darin verharren, das Leid zu beklagen, statt entschlossen für eine Verbesserung der Verhältnisse zu kämpfen.

Wo der Fortschritt keine Hoffnung, keinen Wohlstand für alle, nicht mehr Lebensqualität und Teilhabe ermöglicht, sind Demokratie- und Fortschrittskonflikte unvermeidlich und mit der Konsequenz einer weiteren Desintegration unserer Gesellschaft verbunden.

Es ist Zeit für die Sozialdemokratie, auf dieser Grundlage eine Strategie zu entwickeln, denn der Neue Fortschritt ist nötig – und er ist möglich.

Matthias Machnig ist Thüringer Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie.

Anmerkung

¹Dazu etwa Thomas Petersen: Mit dem Zeitgeist im Rücken. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.11.2010, 5.

Literatur

Machnig, Matthias 2010: Der endgültige Abschied von der Macht oder der Wahlkampf der Illusionen. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 23, Heft 1, 39-46.

Mikfeld, Benjamin/Schmidt, Wolfgang 2011: Solidarität, Kompetenz, Führung. In: Berliner Republik 02/2011. www.b-republik.de/archiv/solidaritaet-kompetenz-fuehrung.

Raschke, Joachim/Tils, Ralf 2011: Politik braucht Strategie – Taktik hat sie genug. Frankfurt/M.

Wie geht's Grün?

Reinhard Bütikofer

Anfang August 2011 liegen Bündnis 90/Die Grünen im renommierten „Deutschlandtrend“ der ARD bundesweit bei 23 Prozent. Zusammen mit der SPD kommen sie auf eine Umfrage-Mehrheit von 51 Prozent, so viel wie seit elf Jahren nicht mehr. 23 Prozent der Stimmen bedeuteten, wenn denn aus der Umfrage ein entsprechendes Wahlergebnis würde, mehr als 150 Grüne Sitze im Bundestag. Derweil weist, ebenfalls Anfang August, Cem Özdemir noch einmal die Frage nach einem möglichen Grünen Kanzlerkandidaten zurück, jedenfalls für die Zeit, in der sie sich noch nicht stellt. Später wird man weiter sehen und sicher allem gewachsen sein.

1. | Könnte es den Grünen besser gehen? Wieso geht es ihnen eigentlich, wie es ihnen geht?

Es ist viel zusammen gekommen, um den nun schon über ein Jahr dauernden Grünen Höhenflug möglich zu machen. Da mischen sich Ergebnisse grundlegender Verschiebungen mit Erfolgen guten politischen Handwerks, mit politischen Konjunkturen und – schlicht – dem Glück der Tüchtigen. Diese Mischung hat sich noch nicht gesetzt. Es ist keineswegs sicher, dass alle Ingredienzien auf Dauer zur Verfügung stehen werden, von denen die Fortsetzung des Erfolgsweges abhängt. Über einen eventuellen Grünen Wahlerfolg 2013 lassen sich deshalb aus der aktuellen Lage nur begrenzt Prognosen ableiten. Zwischen 15 Prozent und 25 Prozent ist alles möglich. Aber für eine Partei, deren Allzeithoch bei einer Bundestagswahl bisher unter 11 Prozent lag, 2009 erreicht, bedeutete selbst ein Wahlergebnis 2013 im unteren Bereich dieser Spannweite eine qualitative Veränderung. Bündnis 90/Die Grünen sind keine kleine Partei mehr, sondern sie sind

zu einer mittelgroßen Partei geworden. Zu einer mittelgroßen Partei, die im optimalen Fall in der Lage sein kann, mit Union und SPD einen Dreikampf auf Augenhöhe um die politische Hegemonie im Land auszutragen.

1.1 | Vier Gründe für das „Hoch“

Der aktuelle Grüne Erfolg in Umfragen und Wahlen begann nicht plötzlich, sondern er kam sozusagen mit Anlauf. Bereits seit einigen Jahren haben Bündnis 90/Die Grünen in zahlreichen Wahlen auf Landesebene zugelegt. In jeder Landtagswahl hatte das natürlich immer spezifische Gründe. Aber es gab dabei auch wichtige Gemeinsamkeiten. *Vier* will ich hervorheben.

(1) Der seit 2005 entwickelte und 2008 schließlich innerparteilich von allen Seiten unterstützte Kurs Grüner Eigenständigkeit hat die Partei aus dem Prokrustesbett des sogenannten „linken Lagers“ befreit, ohne in inhaltliche Beliebigkeit oder gar politische Äquidistanz gegenüber Union und SPD zu verfallen; die größere programmatische Nähe zur SPD blieb eindeutig. Mit dem Kurs Grüner Eigenständigkeit wurde Grüne Verlässlichkeit aber nicht mehr in erster Linie mit Antworten auf die Frage: „Mit wem koaliert Ihr?“ verknüpft, sondern mit möglichst klaren Antworten auf die Frage: „Was werdet Ihr tun, wenn Ihr regiert?“ In der Aussage: „Wir sind keine Bindestrich-Grünen!“, nicht rot-grün oder schwarz-grün, sondern Grün, wurde de facto, ohne dass das oft so genannt worden wäre, die Perspektive eines Grünen Lagers eröffnet. Dieser Kurs stärkte Grünes Selbstbewusstsein. Aus dieser Haltung heraus ließ sich die Diskussion etwa in Hamburg darauf lenken, was bei einer schwarz-grünen Koalition erreicht werden müsse, statt darauf, ob sie denn überhaupt sein

dürfe. Und als in Hamburg das schwarz-grüne Bündnis zerbarst, geschah das nicht deswegen, weil es nie hätte begonnen werden dürfen, sondern weil es nicht (mehr) liefern konnte, was Grüne (sich) versprochen hatten. Der Kurs Grüner Eigenständigkeit öffnete auch Stück für Stück Türen zu Grün für Menschen aus dem selbsterklärten „bürgerlichen“ Lager. Kam der Grüne Zuwachs in Wählerwanderungsanalysen früher lange zehnmal so stark von ehemaligen SPD-WählerInnen wie von ehemaligen Unions-WählerInnen, so war bei der Landtagswahl 2011 in Baden-Württemberg das Verhältnis etwa 1:3 (Union:SPD).

(2) Grüne in verschiedenen Bundesländern verankerten sich dort ziemlich systematisch in den spezifischen politischen und gesellschaftlichen Kulturen, und sie brachten eine gute Anzahl von Führungspersonlichkeiten auf Länderebene hervor, die in unterschiedlicher Weise die Kombination von Grün und Heimat hervorragend personifizierten und mit ihrer persönlichen Ausstrahlung weit über den sonst erreichbaren Bereich hinaus wirkten. Zu nennen wären etwa der verstorbene Sepp Daxenberger in Bayern, Winfried Kretschmann in Baden-Württemberg, Tarek Al Wazir in Hessen, Eveline Lemcke in Rheinland-Pfalz, Karo Linnert in Bremen, Sylvia Löhrmann in NRW, Antje Hermenau in Sachsen, Robert Habeck in Schleswig-Holstein, Axel Vogel in Brandenburg. Die Kandidatur von Renate Künast in Berlin gehört auch in diese Reihe.

(3) Thematisch haben sich Grüne in den letzten fünf Jahren verstärkt um Bildungspolitik und Wirtschaftspolitik gekümmert. Beides hat das dominierende Grüne Kompetenzprofil in den Bereichen Umwelt, Energie und Klima, Soziales, Bürgerrechte, Integration ergänzt und damit Grüne Attraktivität erhöht. Damit soll nicht behauptet werden, dass besonders viele Menschen Grüne wegen ihrer Wirtschaftspolitik wählten. Aber ein verstärktes wirtschaftspolitischen Engagement erleichterte es denen, die Grüne aus Gründen der Umwelt- und Energiepolitik schon lange gewählt hätten, aber durch Skepsis bezüglich der klassischen „bread

and butter issues“ gebremst wurden, dann doch den Schritt zu Grün zu tun. Mit dem Konzept des „Green New Deal“, das sich die Partei erstmals 2008 zu eigen machte und das makroökonomische, industriepolitische und soziale Fragen verknüpft, gelang es, einen breiteren Bogen für eine eigene ökonomische Reformpolitik zu spannen und damit gerade in der Phase der Wirtschafts- und Finanzkrise einen wirtschaftspolitischen Alternativdiskurs zu eröffnen, dem weder SPD oder Linkspartei noch Union oder FDP etwas Ebenbürtiges entgegenzusetzen hatten. Ansatzweise ging der „Deutschlandplan“ Steinmeiers 2009 in eine vergleichbare Richtung, aber die SPD begriff diesen nie als eine wirkliche Chance. In der Bildungspolitik war die Verknüpfung von individueller Förderung der Kinder und längerem gemeinsamem Lernen ein erfolgreicher Kurs. Die Fehler, die in diesem Bereich in Hamburg gemacht wurden, brachten das Thema sehr ins Stocken. Erst die flexiblere Schulpolitik Sylvia Löhrmanns in NRW konnte den Schaden begrenzen und erneut Vertrauen begründen.

(4) Die Bundesführung von Bündnis 90/Die Grünen würde möglicherweise den strengen politologischen Kriterien nicht entsprechen, nach denen Raschke/Tils (2011) die Existenz eines strategischen Zentrums bemessen. Aber sie hat, mit Ausnahme des Afghanistan-Sonderparteitag 2007 in Göttingen, bei dem die Führung zerstritten auftrat und dafür abgestraft wurde, ein hohes Maß an Geschlossenheit und gegenseitige Loyalität nach außen an den Tag gelegt. Manche Umfragen bescheinigten den Grünen sogar höhere Geschlossenheit als allen Konkurrenten. Die Rückkehr der Grünen in die Opposition 2005 brachte nicht die Rückkehr in die alten Strömungskriege. Die personelle Vielfalt in der Führung – Renate Künast, Claudia Roth, Cem Özdemir und Jürgen Trittin sprechen ja durchaus unterschiedliche Milieus von WählerInnen besonders positiv an – erwies sich als Stärke auf der Basis der Tatsache, dass die generelle Richtung nicht grundsätzlich streitig war. Strategiebildung bei den Grünen muss ohnehin teilweise mit ande-

ren Kriterien beurteilt werden als bei anderen Parteien, weil die starke Einflussnahme durch die Parteibasis auf Parteitage bei anderen Parteien keine Entsprechung findet. Auch zwei Spitzenkandidaten, die sich darin völlig einig sind, können, so geschehen vor dem Sommer 2009, nicht gegen die Basis eine Ampel-Koalitions-Perspektive ins Spiel bringen. Umgekehrt zeigt der Sonderparteitag 2011 zum Atomausstieg, wie die ernsthafte öffentliche Debatte mit der Parteibasis ein hohes Maß an Geschlossenheit schaffen kann, wo zahlreiche Kommentatoren noch kurz vorher von drohenden Zerreißproben schwadronierten. Pointiert könnte man vielleicht sagen: Was derzeit den Grünen abgeht, weil sie nicht auf eine Person zuspitzen, das gleichen sie an Führungsfähigkeit dadurch aus, dass sie ihre innerparteiliche Demokratie ernst nehmen.

2 | Grüne Botschaftsdisziplin

Es ist also, seit die Grünen aus der Bundesregierung ausscheiden mussten und auch noch Joschka Fischer von Bord ging, einiges richtig gemacht worden, was zu Grünem Zuwachs beigetragen hat. Allerdings wäre der Sprung über die 20-Prozent-Marke wohl kaum ohne die aktive Mithilfe der politischen Konkurrenz so schnell gelungen.

Die SPD, die zur Bundestagswahl 2009 so tat, als seien die Kontroversen um die Schröder-Politik längst in den Bereich der Ur- und Frühgeschichte verwiesen worden, wurde tatsächlich durch ihre innere Zerrissenheit weiterhin massiv behindert. Ihre Marke „Sozial“ ist nach wie vor beschädigt. Erst Olaf Scholz in der besonderen Situation der Hamburg-Wahl schaffte es, wieder klar über das SPD-25-Prozent-Milieu hinaus attraktiv zu erscheinen. Bisher steht er damit allein. In NRW, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz regiert die SPD trotz schlechter Ergebnisse. Eine geschwächte SPD ließ Platz für Grün.

Schwierigkeiten mit der Pflege ihrer traditionellen Marken – „Christlich“ und „Liberal“ – haben auch die Parteien der Regierungsko-

alition. Dazu kommt schlechtes Handwerk angesichts enormer Herausforderungen. Es würde langweilen, die lange Liste von Fehlleistungen, die mit „Mövenpick“ beginnen, hier noch einmal aufzuzählen. Einzelnen sind viele davon so oder anders erklärbar. Aber insgesamt ergibt sich das feste Bild grandioser Orientierungslosigkeit und weitgehenden Sinnverlustes. Dass Bundeskanzlerin Angela Merkel etwa in der Europa-Krise immer lange und entschiedenen „Nein“ sagt, bis sie dann zuletzt ein bisschen „Ja“ sagt, zerstört unendlich viel politisches Kapital.

Die Linkspartei hat sich, seit Oskar Lafontaine ihre ostdeutschen Realos mit Gregor Gysis Hilfe besiegte und dann überforderten Diadochen Platz machte, auf den Weg einer quälenden Zersetzung begeben.

Gegenüber dieser Konkurrenz konnten die Grünen schon dadurch glänzen, dass sie nichts falsch machten. Doch dann verhalf Angela Merkel den Grünen mit der wahnwitzigen Entscheidung für den Ausstieg aus dem Atomausstieg im „Herbst der Entscheidungen“ noch zu einer dreifachen Chance: der Chance, für die Mehrheit der Menschen im Lande zu sprechen, die keine Laufzeitverlängerung wollten; der Chance, parlamentarische Arbeit mit Bewegungspolitik zu verbinden und damit thematisch und sozial Raum zu gewinnen; und vor allem der Chance, zu zeigen, dass es eine Partei gibt, deren Markenkern, deren „brand“ intakt ist, die zu ihren Kernwerten unverbrüchlich steht, bei der man weiß, was man hat und bekommt.

Die Grünen haben diese Chance genutzt. Sie haben dabei eine Botschaftsdisziplin entwickelt wie sonst zuletzt nur Lafontaines Linke vor der Bundestagswahl 2009. Eine ähnliche Chance bot die Union dann nochmal, in begrenzterem Umfang, im Zusammenhang mit Stuttgart 21. Wohlgermerkt: Hätten die Grünen nicht vorher schon über 30 Jahre für den Atomausstieg und die Wende zu den Erneuerbaren Energien gekämpft und hätten sie nicht vorher schon 15 Jahre Stuttgart 21 kritisiert, sie hätten nicht eine so hohe Durchschlags-

kraft entwickeln können. Die Union versuchte einerseits, mit dem Vorwurf der „Dagegen“-Partei zu punkten, stärkte andererseits die Grünen aber dadurch, dass sie sie zu Hauptgegnern adelte. Das Ringen zwischen Union und Grünen stand unentschieden, an sich schon bemerkenswert! Die Grünen lagen in Umfragen bei 20 Prozent, als Fukushima zum Synonym für Katastrophe wurde. Nach Fukushima war die „Dagegen“-Partei offenkundig im Recht – und Angela Merkel konnte sich nur noch aussuchen, wie sie verlieren wollte, schnell und unglaublich oder quälend und sich selbst lähmend.

3 | Grüne geben Richtung

Manche Kommentatoren rechnen nun damit, dass die Themenkonjunktur für die Atompolitik abflaut und das baden-württembergische S21-Hoch sich sogar zu einer Belastung für Grün wandeln wird. Deswegen sagen sie abnehmende Grüne Ergebnisse voraus. Zugegeben, das ist möglich. Selbstverständlich ist es nicht.

Die Grünen haben in der Atompolitik historisch Recht behalten. Der Sonderparteitag hat das festgeschrieben. Alle Parteien haben das nolens volens quittiert. Das Thema wird gewiss konjunkturell an Aufmerksamkeit verlieren, aber jeder kleine, regionale Konflikt um die Umsetzung des Atomausstiegs aktualisiert erneut den größeren Zusammenhang. Zudem ist Grüne Energiepolitik auch profilierte Einstiegspolitik in die Erneuerbaren Energien. Schließlich aber, und das ist von enormer strategischer Bedeutung: Mit dem durchgesetzten Atomausstieg haben sich die Grünen als Partei erwiesen, die in der Lage ist, in einer Frage von zentraler ökonomischer und politischer Bedeutung gegen massivste Widerstände dem Land eine zukunftsfähige Richtung zu weisen. Das bedeutet ein riesengroßes Pfund angesichts der allgemeinen Suche nach Richtung! Grüne haben sich in einer langen, fundamentalen Auseinandersetzung als vertrauenswürdig erwiesen. Dadurch sind sie in eine andere Liga auf-

gestiegen. Oder, um es im Bild von einer Fußballmannschaft zu sagen, sie kommen jetzt als Führungsspieler in Betracht. Das kann ein Auf und Ab von Themenkonjunkturen mehr als ausgleichen.

Mit Blick auf Stuttgart 21 hängt viel daran, wie der weitere Konflikt formatiert wird. Bleibt es eine Ja-Nein-Frage zu einem konkreten Projekt, haben Grüne nichts zu gewinnen. Gelingt es aber, den Fokus darauf zu setzen, dass in einer Demokratie das Volk aktiv und angemessen beteiligt werden muss und gegebenenfalls auch ein Urteil zu sprechen hat, und kann Ministerpräsident Kretschmann das mit seinem Grundthema der „Politik des Gehörtwerdens“ verbinden, dann müssen die Grünen daran keinen großen Schaden nehmen.

Umgekehrt erwächst Grün aus der dominierenden Rolle in der Stuttgarter Landesregierung neues Potential. Winfried Kretschmann hat im neuen Amt etwa zur Automobilindustrie noch nichts gesagt, was Grüne nicht vorher, ihn selbst eingeschlossen, schon sehr oft gesagt hatten. Weil er es aber jetzt als Ministerpräsident sagt, trägt der Schall weiter. Bundesweit. Natürlich hat auch Jürgen Trittin als Umweltminister de facto Wirtschaftspolitik gemacht. Aber nun haben Grüne mit Kretschmann und Eveline Lemcke in Mainz erstmals zwei Regierungsleute, die explizit für Wirtschaft verantwortlich sind. Darin sehe ich Chancen.

Es hat in Baden-Württemberg bei den 24,2 Prozent, die Grün gewählt haben, sicher auch solche gegeben, die nicht aus gefestigten programmatischen Gründen abstimmten, sondern weil sie schlicht, nachdem sie von CDU/SPD/FDP enttäuscht waren, bevor sie vielleicht gar nicht mehr zur Wahl gehen, es noch einmal mit den Grünen probieren wollten. „Vielleicht sind die ja anders.“ Diese Menschen müssen von den Grünen eigentlich erst noch gewonnen werden, nachdem sie ihre Stimme schon haben. Vielleicht springen sie aber wieder ab, so dass bzw. wenn in Berlin die grünen Bäume nicht in den Himmel wachsen.

4 | Eigene Glaubwürdigkeit stärken

Mit Blick auf 2013, und dieses Datum stürzt schon auf uns zu, werden Bündnis 90/Die Grünen gewiss nicht erfolgreich sein, wenn sie versuchen sollten, die jetzigen guten Zahlen irgendwie über die Zeit zu retten. Wenn jemand sich als Führungsspieler bewirbt, werden auch höhere Anforderungen an ihn gestellt. Erfüllt er die nicht, ist man rasch wieder ins 2. Glied versetzt.

Falsch machen könnte man in der Lage der Grünen viel. Zum Beispiel schon mal anfangen, sich intern um später zu vergebende Posten so zu rangeln, dass es nach außen unangenehm auffällt. Oder auf parteiinterne Nabelschau zu setzen, weil man sich lange davor drücken will zu entscheiden, welche SpitzenkandidatInnen 2013 ganz vorne stehen sollen. Oder Widersprüche in der eigenen Politik nicht thematisieren. Oder die heißen thematischen Eisen nicht anpacken, die nicht nur unter Fachleuten konzeptionell besprochen, sondern auch öffentlich erörtert werden müssen, bevor man mit dem Regieren anfangen kann. Der schwie-

rigste Brocken wird sein: die Haushaltspolitik unter den Bedingungen schwarz-gelber Hinterlassenschaft und der Schuldenbremse. Falsch wäre es, jetzt die Arme nicht weit zu öffnen für alle, die mitmachen wollen, auch wenn sie nicht schon ganz parteigrün durchgefärbt sind. Die Grünen haben gar nicht genug Leute für die ganze Arbeit, die vor ihnen liegt, und sie sollten auch frischen Gesichtern Platz geben. Falsch wäre es auch, kontroverse Positionen hintanzustellen, nur weil doch jetzt auch vermehrt „bürgerliche“ Leute überlegen uns zu wählen. Damit würde man das Wertvollste, die eigene Glaubwürdigkeit, misshandeln.

Die Bundeskanzlerin hat nur eine Chance, 2013 ihre Amtszeit zu verlängern, wenn sie SPD und Grüne gegen einander ausspielen und vielleicht auch noch nahe legen kann, dass 2013 rot-grün-rot zur Wahl stünde. Konkurrenz und Eifersüchteleien gibt es zwischen Grün und Rot genug, um daraus falsche Konflikte zu basteln. Kein schönes Beispiel ist, wie sich in Berlin SPD und Grüne gegenseitig mit dem Vorwurf sekkieren, eigentlich mit der CDU regieren zu wollen. Es wäre falsch, solche Sachen treiben zu lassen.



5 | Fazit

Man könnte viel falsch machen, aber man muss natürlich nicht. Man muss aber, und das deutlich vor 2013, etwas richtig machen: nämlich eine Antwort auf die tiefe Krise Europas finden. Wahrscheinlich kann man nicht solche Demonstrationen für Eurobonds und Finanztransaktionssteuer machen wie gegen AKW-Verlängerung. Doch ob Deutschland die ihm zukommende Führungsverantwortung in der EU wahrnimmt, das ist, nachdem das Atomthema zwar nicht erledigt, aber geklärt ist, das große Streit- und Orientierungsthema bis 2013.

Darüber die Menschen zu informieren und dafür zu motivieren und zu mobilisieren – wer das am besten hinbekommt, der kann 2013 Orientierung bieten.

Reinhard Bütikofer ist Mitglied im Europäischen Parlament für die Fraktion Die GRÜNEN/EFA.

Literatur

Raschke, Joachim/Tils, Ralf 2011: Politik braucht Strategie – Taktik hat sie genug. Frankfurt/M.

Qualen des Erfolgs

Die neuen Strategiefragen der Grünen

Richard Meng

Wer mit führenden Politikern der Grünen spricht, erlebt nach außen zumeist Selbstbewusstsein pur. Sie treten auf, als könne so schnell niemand mehr die (Erfolgs-)Geschichte aufhalten – auch wenn jenseits öffentlicher Auftritte durchaus Zweifel deutlich werden, wie lange so eine Zugewinn-Phase andauern kann und ob die Partei wirklich auf die nachfolgenden Herausforderungen vorbereitet ist. Aber in Mediengesellschaften, in denen bei Parteien allemal das Außenbild den inneren Prozess domestiziert, ist es eine Frage der Professionalität, keine skeptischen Botschaften zu senden. Die Leute wollen Sieger wählen, nicht Selbstzweifler. So weit, so logisch der vielstimmige Optimismus bei den Grünen.

Die professionell weggeschobenen Risiken haben nicht zuletzt mit der innergrünen Realität zu tun, die merkwürdig unverändert wirkt – neben all den äußeren Verschiebungen im Parteiensystem. Die Grünen selbst haben sich

kaum weiterentwickelt. Das wird in Erfolgsphasen als Qualitäts- und Glaubwürdigkeitsmerkmal beschrieben, aber genau diese Wahrnehmung kann verfälschen. Es sind seit vielen Jahren dieselben Führungsfiguren am Werk, grüne Kompetenzentwicklung hat sich nicht entscheidend erweitert – und musste das auch nicht. Das kann ein Vorteil sein, wenn die These stimmt, dass die Entwicklung im Parteiensystem naturwüchsig auf eine grüne Führungsrolle zuläuft. Aber wenn es anders wäre und doch eher die Tristesse bei anderen Parteien im Umkehrschluss nur zur vorübergehenden Projektion von guten Vorsätzen auf die Grünen führte?

Baden-Württemberg hat da nochmal die Wahrnehmung verändert. Jetzt ist auch grüne Führung eine Variante von Normalität. Die Dimension der psychologischen Wirkung dieser Veränderung ist nicht zu unterschätzen. Ständen die Wählerinnen und Wähler bisher

immer vor der Frage, ob sie eine Führungsscheidung treffen sollten (also eine der beiden alten Volksparteien wählen) oder einen speziellen Akzent setzen (durch Wahl einer thematisch enger aufgestellten „Klientelpartei“), so schien erstmals beides gleichzeitig möglich.

Blicke das so, würde es aber auch Konsequenzen haben auf die Blickrichtung, zum Beispiel in Richtung Personalangebot. Es ist etwas anderes, ob man sich „nur“ fragen muss, ob jemand als Umwelt- oder Bildungsminister eine gute Wahl wäre – oder ob es potenziell um die Chefrolle geht. Erkennbar war das schon in der Resonanz, die der neue grüne Ministerpräsident im Südwesten auf seine skeptischen Bemerkungen zur Zukunftsfähigkeit der klassischen Autoindustrie hatte. Nachgeschobene dämpfende Bemerkungen zeigen, dass hier erste Defensivreflexe wirken. Erkennbar wird dieselbe Problematik in der heraufziehenden Kanzlerkandidatendebatte werden, die von der Medienlogik her als öffentliches Spekulationskarussell unvermeidbar ist, wie defensiv auch immer damit von partei-innen her umgegangen wird.

Das Ganze repräsentieren und Interessen miteinander ausgleichen: Das schien bislang die reservierte Rolle der Volksparteien, ihr letzter Markenkern geradezu nach dem Aufweichen der alten inhaltlich-ideologischen Trennlinien zwischen den Parteien im Zuge des Generationenwechsels. Kann Grün das, ohne in näherer Zukunft auch vom eigenen Milieuspektrum her im beschriebenen Verständnis Volkspartei sein zu müssen? Der Umgang mit Angela Merkels Atomausstieg, die Haltung zum Weiterbau des Stuttgarter Bahnhofs durch die Bahn: Das sind insbesondere Prüfsteine hinsichtlich der Breite der eigenen kulturellen Verankerung der Grünen. Quälende Prüfsteine.

In relevanten Teilen der westdeutschen Großstädte funktionierte es zuletzt – und zwar überall dort, wo die individualistisch-bürgerlichen Lebensmilieus vergleichsweise jüngeren Lebensalters in kultureller Weise hegemonial geworden sind. Von dort kommt auch das *persönliche* Erleben, dass Grün inzwischen real

das Zentrum der Gesellschaft geworden sei. Von dort kommt das *soziale* Erleben, dass es nur noch eine Frage der Zeit sei kann, bis diese grüne Generation die Führungsrolle übernommen hat. Aber dort werden andere Milieus auch sinnlich kaum erlebt. Facharbeiterwelten, ländliche Strukturen, technische Berufe, Sozialwohnungsbau-Urbanität, Vereinswesen.

Gleichzeitig zeigte zuletzt unter anderem die Wahl in Bremen, dass in Zeiten, in denen alle Parteien ökologische Inhalte aufsaugen, temporär Strahlkraft in solche, den Grünen eigentlich weiter fremde Milieus hinein wachsen kann. Dass die gut gebildete Kernwählerschaft insofern auch als Meinungsführer wirkt, nicht zuletzt auch wegen meinungsbildender Berufe im Bereich Bildung/Ausbildung. Und dass die Grünen sich – das ist dann generationsspezifisch und weniger milieuhängig – in den postadoleszenten jungen Lebenswelten nach wie vor als Projektionsfläche für positiven Idealismus anbieten und dies in Zeiten der Regierungsbeteiligung jedenfalls nicht sofort und zeitnah zu enttäuschten Hoffnungen führt, auch wenn die Ergebnisse konkreter Regierungspolitik in den Bundesländern sachpolitisch dürftig bleiben.

Politik ist der ständige Wettstreit um Vertrauen, soweit denn Vertrauensbereitschaft da ist. Vertrauen ist ein Gefühl, nicht frei von Ratio und dennoch letzten Endes bauchgesteuert. Wahlen werden entschieden durch Zukunftserwartung. Nicht selten, eher zunehmend, auch durch die Projektion von Schutzschildrollen gegen Zukunftsangst. Dass man wirklich glaubt, konkret etwas bewegen zu können durch Stimmabgabe – darauf kommt es an. Da bieten die Grünen für ihre Kernmilieus bisher ein Angebot voller bester Absichten, sind insofern marktgerecht. Aber ihre große offene Strategiefrage ist die, wie sich die realen Entscheidungsblockaden auswirken, die mit Regierungsrollen denn doch unausweichlich deutlich werden. Also: Was nutzt es wirklich, sie zu wählen?

Mit der sehr abstrakten Formel vom „green new deal“ haben sie zunächst nur ein jahrzeh-

teales sozialökologisches Prinzip - die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie - mit neuen Begriffen als strategischen Anspruch formuliert. Das war der Versuch, einen theoretischen Rahmen nachzureichen und damit auch ein Stück Selbstgewissheit zu zelebrieren. Gleichwohl stellen sich Umsetzungsfragen letztlich immer praktisch, und da - siehe Atomausstieg - wird es immer wieder ganz konkret um Kosten und auch um soziale Folgen der Energiepreisentwicklung gehen. Reicht der Markenkern Atomausstieg in der rein energiepolitischen Ausformung noch, wenn im Gegenzug stark steigende Mieten drohen?

Ein anderes Beispiel für einen Strategieansatz, der jetzt erst richtig auf den Prüfstand kommt: Mit dem Slogan von der „neuen Beweglichkeit“ versuchen die Grünen, einer zweiten Glaubwürdigkeitslücke zu entgehen, die angesichts immer offener wirkender Bündnispräferenzen in den alternativen grünen Kernmilieus droht. Der Beweis, dass Kooperation mit den Konservativen aus grüner Sicht inhaltlich ertragreich ist, lies sich oberhalb reiner Kommunalpolitik bislang nicht erbringen. Erst

recht bleibt offen, ob sich aus einer solchen Kooperationsoption heraus überhaupt - glaubwürdig für die Kernklientel - vor Wahlen ein Führungsanspruch erheben lässt, oder ob es sich nur um eine „versteckte“ und insofern hoch riskante Bündnisoption handelt, mit der sich letztlich aber - zugunsten temporärer Macht - die inhaltliche Glaubwürdigkeit dementiert.

Da sind Entwicklungen sehr ungleichzeitig im Gange. Grün-innen bleibt vieles wie immer. Auch deshalb ist der Trend, die sogenannten klassischen, staatsbezogenen Regierungsressorts wie Finanzen oder Inneres ganz gerne den jeweiligen Koalitionspartnern zu überlassen, kein Zufall. Grün-außen ist derweil eine geradezu unbegrenzte, aber auch in politischem Sinne heterogene Erwartungshaltung entstanden. Völlig offen ist, ob das reale Personal der Grünen in der Lage ist, das alles einigermaßen konfliktfrei zu repräsentieren - ohne sachpolitisch abzutauchen.

Die Frage, die sich angesichts sehr beschränkter Mitgliederzahlen auch immer wieder stellen wird, ist die nach Quereinsteigern - nach Kompetenz also, die nicht mehr innerhalb der



Parteigremien rekrutierbar ist. Die aber vielfach mit den Traditionsgrünen, so wie sie sich beim Innenblick darstellen, nicht unbedingt viel anfangen können. Das lässt anstrengende Entscheidungsprozesse und Legitimationsprobleme erwarten. Und auch die Sachthemen, über die sich nach dem Atomausstieg Vertrauensentscheidungen demnächst festmachen, sind nicht auf Dauer nur die aus dem Traditionsfundus der Grünen. Euro-Krise, soziale Spaltung, weltwirtschaftliche Ungewissheit.

Wer einen Führungsanspruch über das eigene - wachsende - Milieu hinaus sichern will,

läuft immer Gefahr, den Markenkern verblasen zu lassen. Auch deshalb gilt: Selbst wenn im öffentlichen Fokus eher die Probleme der aktuellen Absteiger eine Rolle spielen - die Erfolgs-Grünen sind derzeit unter dem Gesichtspunkt der Strategieentwicklung die spannendste Partei. Denn hier stellen sich nicht wie anderswo alte Fragen immer wieder neu. Sondern es stellen sich mit aller quälerischer Konsequenz neue Fragen.

Richard Meng ist Staatssekretär und Sprecher des Senats zu Berlin.

Die Zukunft der Grünen

Hubert Kleinert

Folgt man den derzeitigen Trends der Demoskopie, dann erlebt unser Parteiensystem gerade einen folgenschweren Umbruch, der noch vor Jahresfrist als politische Phantasterei abgetan worden wäre. Die Grünen, bei der Bundestagswahl 2009 zahlenmäßig noch fünfte Kraft, scheinen zu den Großparteien aufzuschließen. Gerade ist in Stuttgart der erste grüne Ministerpräsident der Geschichte gewählt. Im September könnte in Berlin eine zweite grüne Regierungschefin folgen. Die Demoskopien verkünden anhaltend große Zustimmung zur einstigen Kleinpartei, die machtpolitisch vor einem ungeahnten Höhenflug zu stehen scheint. In der Öffentlichkeit wird sie derzeit als „everybody's darling“ gehandelt und kann sich vor Koalitionsofferten aus allen Richtungen kaum noch retten. Während die FDP trotz Personalwechsel in immer neue demoskopische Tiefstände versinkt und höchst zweifelhaft geworden ist, ob und wie die Union 2013 glaubwürdig für die Fortsetzung des schwarz-gelben Bündnisses werben will, scheint eine neue grüne Regierungsbeteiligung in zwei Jahren

allenfalls noch durch eine schwarz-rote Allianz verhindert werden zu können. Die aber wäre ungeliebt - besonders bei den Genossen.

Wie stabil ist dieser grüne Höhenflug? Haben wir es tatsächlich mit einer dauerhaften Umgruppierung der politischen Landschaft zu tun, geht der Weg anhaltend von rot zu grün und wenden sich zugleich auch ehemals konservative und liberale Wähler der Ökopartei zu?

Bei einem genaueren Blick auf die vorliegenden Daten der Wahlforschung lassen sich verschiedene Entwicklungstrends unterscheiden. Wir haben es zunächst mit einem seit Anfang 2002 anhaltenden, dazwischen nur selten kurz abbrechenden positiven Entwicklungstrend in der Wählerzustimmung zu den Grünen zu tun. Dieser hat erst einmal nicht zu grandiosen Zuwächsen geführt, aber den Grünen seither, von wenigen Ausnahmen - z.B. bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2006 - abgesehen, mehr oder weniger erhebliche Stimmenzuwächse beschwert. Auch bei den Bundestagswahlen 2009 konnte die Partei -

ohne ihr früheres Zugpferd Joschka Fischer und trotz gewisser Profilschwächen im öffentlichen Bild – ihren Stimmenanteil um etwa 20 Prozent ausbauen. Entgegen vieler Prognosen hat die Partei auch die Durststrecke nach dem Verlust der Regierungsbeteiligung im Bund, dem einige Zeit vorherrschenden Eindruck vom „Auslaufmodell rot-grün“ und einer Oppositionskonkurrenz, die den wirtschaftsliberalen bzw. sozialistischen Konkurrenten mehr Profilierungschance zu bieten schien, gut überstanden. Die Hauptursachen dafür liegen weniger in der Performance der Berliner Führung, auch wenn diese größere Fehler vermieden und die strategische Öffnung zur Möglichkeit anderer als rot-grüner Bündnisse insgesamt gut gemagt hat. Eher wird man hier längerfristig wirksame, strukturelle Veränderungen in der Wählerschaft als Ursache annehmen können, die jedenfalls da zur Wirkung kamen, wo die Partei nicht ihrerseits schwach in Erscheinung trat. Die Grünen profitierten und profitieren davon, dass die Altersgruppen und sozialen Schichten, in denen sie seit je besonders stark waren, sich besonders in den urbanen Zentren weiter ausgedehnt und in jene Altersjahrgänge aufgerückt sind, die eine besondere prägende Kraft für Lebenseinstellungen und kulturelle Verhaltensmuster besitzen. Eng verbunden damit sind die Identitätsthemen der Grünen erkennbar weiter in die gesellschaftliche Mitte vorgeedrungen.

Unter Vermeidung eigener Fehler und allzu radikaler oppositioneller Töne haben die Grünen unter den für sie günstigen Bedingungen einer Großen Koalition auch, vielleicht gerade, mit einem für die breite Öffentlichkeit jenseits ihrer klassischen Anliegen eher undeutlich konturierten Sachprofil einen positiven Entwicklungstrend erleben können. Dabei haben sie auch, aber nicht nur von den Schwächen der Sozialdemokratie profitiert. Auch ihre neue strategische Beweglichkeit und gewachsene Unabhängigkeit haben ihr schon insoweit genutzt, als das ohnedies nur noch diffus vorhandene Feindbild Grüne im „bürgerlichen Lager“ endgültig abhanden gekommen ist.

Versuche einer Wiederbelebung solcher Feindbilder („Partei der Neinsager“) können als gescheitert betrachtet werden. Die Grünen waren und sind auch dort endgültig gesellschaftsfähig geworden.

Diese Entwicklungen haben sich seit den Bundestagswahlen 2009 aus *drei Gründen* erheblich verschärft:

1. hat die Unzufriedenheit mit der Regierung in Berlin ein bis dahin nicht da gewesenes Ausmaß erreicht. Dies gilt insbesondere für die FDP.
2. Von dieser Unzufriedenheit konnten aus unterschiedlichen Gründen bislang weder SPD noch die Linkspartei sonderlich profitieren. Die sozialdemokratische Opposition hat ein anhaltendes Profil- und Personalproblem, über das auch der zuerst aus den dortigen Bedingungen zu erklärende Wahlerfolg in Hamburg nicht hinwegtäuschen kann. Die Linkspartei steckt sogar in einer sehr grundsätzlichen Krise.
3. Die Identitätsthemen der Grünen haben politische Konjunktur und stehen ganz oben auf der politischen Agenda. Das gilt natürlich in ganz besonderer Weise für das nach dem japanischen Erdbeben wochenlang dominierende Thema der Atomkraft.

Diese Mischung aus einem längerfristigen, kulturell und sozialstrukturell verwurzelten Entwicklungstrend, der Unzufriedenheit mit allen politischen Mitbewerbern und einer für sie einmalig günstigen Beschaffenheit der politischen Agenda hat die Voraussetzungen für die geradezu sensationellen Stimmenzuwächse geschaffen, die die Grünen bei den Wahlen im Frühjahr erreichen konnten. Wenn die Demoskopien verkünden, dass die Wahl der Grünen etwa zur Hälfte auf Zustimmung zu ihrer Politik zurückging, zur anderen Hälfte aber der Unzufriedenheit mit den anderen zuzuschreiben war, dann vermag das diesen Befund auch empirisch zu unterstreichen.

Demnach können die Grünen aber nicht davon ausgehen, dass die aktuellen Größen-

ordnungen in der Wählerzustimmung stabil sind. Neben einer sicher breit gewachsenen Zustimmung zur grünen Politik gerade in den derzeit am meisten beachteten Fragen ist es auch viel Flugsand, der den Grünen derzeit zufliegt. Entsprechend groß ist die Gefahr, durch die in Regierungsverantwortung unvermeidlichen Kompromisse und Enttäuschungen diese Unterstützung wieder zu verlieren. Und die politische Agenda wird für die Ökopartei nicht immer so günstig bleiben.

Deshalb sind Vorstellungen vom grünen Überholen der SPD im Bund reichlich verwehen. Gewiss sind die Bewegungen und Ausschläge in der Wählergunst heute derart sprunghaft geworden, dass Konstellationen, Stimmungslagen und die jeweils aktuelle politische Agenda eine früher unvorstellbar große Bedeutung erhalten haben. Das heißt dann aber auch, dass das alles keineswegs immer zu Gunsten einer Seite ausschlagen muss. Wenn Angela Merkel den Ausstieg hinkriegt, wenn die Gerechtigkeitsthemen und die Zukunft des Euro wieder stärker die politische Agenda be-

stimmen, wenn womöglich der grüne Weg in Baden-Württemberg schon im Herbst in Unwetter gerät, wird auch der Siegeszug der Grünen an seine Grenzen stoßen.

Die Partei kann ziemlich sicher von einer Stabilisierung deutlich jenseits der zehn Prozent ausgehen. Auch diese Wählerschaft geht nicht mit der Partei durch dick und dünn und ist nicht unbeeinflussbar durch schwere Fehler. Aber sie ist der Partei relativ sicher. Alles darüber hinaus, ob 15, 20 oder gar 25 Prozent, ist im Bund höchst ungewiss. Deshalb werden die Grünen auf absehbare Zeit dritte Kraft im Parteiensystem bleiben. Mag sein, dass sich das in Süddeutschland, wo die SPD schwächer ist, dauerhaft verschiebt. Aber bundesweit gilt das so nicht. Die Bäume werden auch bei den deutlich gestärkten Grünen nicht in den Himmel wachsen. Deshalb tun sie gut daran, jetzt auf dem Teppich zu bleiben.

Hubert Kleinert ist Professor für Politikwissenschaft an der Hochschule für Verwaltung in Gießen.

Strategische Herausforderungen für „DIE LINKE“

Dietmar Bartsch

Mitte des Jahres 2011 befindet sich DIE LINKE in einer schwierigen Situation. Von der Dynamik des Aufbruchs der neuen Partei ist aktuell wenig zu spüren. Für eine längerfristig sichere Perspektive müssen die Weichen neu gestellt werden. Die 2013 anstehende Bundestagswahl erfordert zügiges Handeln. Mit einem bloßen „Weiter so!“ kann die Erfolgsgeschichte der jungen Partei nicht fortgeschrieben werden. Das allerdings sehen in der LINKE nicht alle so.

Zunächst, das 2005 begonnene und vor vier Jahren förmlich vollzogene Zusammengehen

von Linkspartei, PDS und WASG wurde ein sehr erfolgreiches Parteiprojekt. DIE LINKE vermochte es, gesellschaftliche Stimmungen und Interessen aufzugreifen und zu artikulieren. Aus der parlamentarischen Opposition prägte sie öffentliche Debatten wesentlich mit, insbesondere zu sozialen und friedenspolitischen Fragen, und konnte die Große Koalition ein gutes Stück weit treiben, in besonderer Weise dabei „natürlich“ die SPD. Das Eintreten für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, der Widerstand gegen die Rente erst ab 67, das Engagement gegen die Agenda 2010

und vor allem Hartz IV sowie der Einsatz für einen schnellstmöglichen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan waren Themen, die stark durch die neue Partei mit bestimmt wurden. Hier stand DIE LINKE oftmals auf der Seite gesellschaftlicher Mehrheiten, die keine parlamentarischen Mehrheiten fanden. Die Partei konnte ihre starke parlamentarische Positionen im Osten halten und im Westen in mehrere Landtage einziehen. Mit 11,9 Prozent gelang zur Bundestagswahl 2009 ein großartiger Erfolg. Die Mitgliederzahl stieg von knapp 72.000 Ende 2007 auf über 78.000 zwei Jahre später.

Der Vormarsch der LINKEN ist seit reichlich einem Jahr ins Stocken geraten. Das ist festzumachen an bundesweiten Umfragen, die die Partei davor zwischen 11 und 12 Prozent auswiesen, und die nunmehr zwischen 8 und 9 Prozent liegen. In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz waren mit 2,8 bzw. 3,0 Prozent bei den Landtagswahlen Niederlagen zu quittieren, in Bremen konnten nur mäßige Ergebnisse eingefahren werden, auch die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Hessen blieben unter den Erwartungen. Nach den jüngsten Landtagswahlen verblieb DIE LINKE in Sachsen-Anhalt, wo sie mit dem Ministerpräsidenten-Kandidaten Wulf Gallert antrat, in der Opposition. In Mecklenburg-Vorpommern und Berlin bleibt es nach den im September dieses Jahres anstehenden Wahlen im günstigsten Fall bei der Rolle der Juniorpartnerschaft in den Landesregierungen. Die Etablierung der LINKEN in den westdeutschen Landtagen und Kommunalvertretungen bleibt auf der Tagesordnung und bundespolitisch gibt es mit Blick auf die Bundestagswahlen 2013 Indizien, wonach das Wahlergebnis der LINKEN für parlamentarische Mehrheiten jenseits von Schwarz-Gelb nicht ausschlaggebend sein könnte. Erstmals seit der Parteigründung 2007 sinken die Mitgliederzahlen.

Ich sehe *drei* wesentliche Gründe für die schwierige Lage der Partei, die zugleich Herausforderungen sind:

Erstens weltpolitische, ja welthistorische Veränderungen. Das sind Entwicklungen, die ihren Ausgangspunkt in der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise haben bzw. durch diese nicht zuletzt in der Europäischen Union eine besondere Dynamik erfuhren; Herausforderungen, die ursächlich mit der Mehrfachkatastrophe in Japan zusammenhängen; und die Vorgänge in Nordafrika sowie dem Nahen und Mittleren Osten. „Linke Erfolgsthemen“ der Jahre 2009/10 stehen nicht mehr im Zentrum der politischen Auseinandersetzung, in Politik und Programmatik muss sich DIE LINKE den neuen Fragen ebenso stellen wie jenen, die bereits im aktuellen Parteiprogramm – den „Programmatischen Eckpunkten“ – als offen benannt wurden. Mit den weltpolitischen Entwicklungen sind im Übrigen alle Parteien konfrontiert und augenscheinlich weitgehend überfordert.

Zweitens geht es um strategische Veränderungen, die sich aus dem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Regierungsverantwortung auf der Bundesebene ergeben. Ein Teil der Wählerschaft meint offenbar, dass DIE LINKE die Aufgabe erfüllt hat, die SPD wieder auf einen „linken Kurs“ zu bringen. Die Erfolgsgeschichte der neuen linken Partei der Jahre 2005 bis 2009 passierte natürlich auch vor dem Hintergrund einer von ihrer SPD tief enttäuschten Mitglieder- und Anhängerschaft. Zugleich hat der Grünen-Hype zu der scheinbar realistischen Option einer rot-grünen Mehrheit auf der Bundesebene geführt. Meine Auffassung bleibt bestehen, dass es 2013 numerisch nicht für eine Mehrheit von Rot-Grün reichen wird. Allerdings ist es der grünen Partei augenscheinlich gelungen, dem Lebensgefühl vieler Menschen Ausdruck zu verleihen. (Macht-)politisch stellt sich so für viele Wählerinnen und Wähler die Frage nach der Funktion der Partei DIE LINKE.

Drittens gestaltet sich die Parteientwicklung in der LINKEN wesentlich komplizierter als zunächst angenommen. Augenscheinlich gab es unrealistische Vorstellungen davon, wie schnell eine Mitgliedschaft wachsen und zusammenwachsen kann, die in Ost und West

unterschiedlich sozialisiert ist, sich in Alter, sozialer Stellung und anderen Faktoren erheblich unterscheidet und in der es erhebliche Differenzen im Parteiverständnis der Mitgliedschaft gab und gibt. Es bleibt dabei, dass DIE LINKE in den neuen Bundesländern faktisch Volkspartei ist, was zuletzt das Wahlergebnis von 23,7 Prozent in Sachsen-Anhalt bestätigt hat. In den alten Ländern kämpft sie in den Kommunen und Ländern weiterhin – mit Ausnahme des Saarlands – um die Etablierung. Daraus erwachsen auf der Länderebene widersprüchliche Anforderungen an das strategische Agieren der LINKEN. Diese unterschiedlichen Strategien bei Landtagswahlen haben weder etwas mit Realitätsverweigerung, noch mit „Aufweichtertum“ oder „Anbiederung“ zu tun. Ich sehe im Zusammenhang mit der Parteientwicklung auch erhebliche strukturelle Probleme und glaube, dass sich zum Beispiel die neue mehrfache Doppelstruktur nicht bewährt hat, was meines Erachtens primär nicht den Handelnden zuzuschreiben ist.

Entscheidend wird aber sein, inwieweit DIE LINKE die geschilderten widersprüchlichen Anforderungen an das Agieren der Partei auf kommunaler und Landesebene bundespolitisch verbinden kann und eine strategische Grundentscheidung trifft: Strebt die Partei unabhängig von Regierungsbündnissen eine politisch zu untersetzende Mitte-Links-Option auf der Bundesebene an oder profiliert sie sich als die soziale Alternative im Kampf „Eine gegen Vier“.

Ich sehe in CDU/CSU und FDP die Hauptgegner der LINKEN, nicht in der SPD. DIE LINKE darf keine Partei sein, die vor allem aus der Abgrenzung zur Sozialdemokratischen Partei ihrer Existenzberechtigung ableitet. Auf absehbare Zeit ist in der Bundesrepublik Platz für zwei eigenständige Parteien auf dem linken Flügel, die in Bund und Ländern gemeinsam regierungsfähig sind und dabei durchaus unterschiedliche soziale Gruppen und Interessen repräsentieren. Wofür die Partei gebraucht wird – diese Frage muss DIE LINKE ihren potenziellen Wählerinnen und Wählern beantworten. Es ist ihre Anhänger- und Wählerschaft,

die die Kriterien festlegt, an denen sie letztlich bei Wahlen gemessen wird. Es sind Erwartungen und Bedürfnisse und die Partei muss eine überzeugende Antwort auf die Frage geben: Was kann sich mit der Wahl der LINKEN auch für meine persönliche Lebenssituation ändern? Was ist der „Gebrauchswert“ der LINKEN?

Dies erfordert für DIE LINKE, dass neben dem Aufgreifen politischer Themen, die die politischen Konkurrenten quasi liegen lassen, die politische Eigenständigkeit gestärkt und glaubhaft vermittelt wird. Es geht um die überzeugende, weil lebenspraktische Beschreibung dessen, was demokratischen Sozialismus ausmacht: der Anspruch auf Kontrolle über die eigenen Lebensbedingungen und auf Gestaltung der persönlichen Lebensverhältnisse. Ein wesentlicher Punkt muss hierbei die Daseinsfürsorge in der Gesellschaft sein. Deshalb fordert DIE LINKE die Umkehr der Privatisierungen der letzten Jahrzehnte. Öffentliche Einrichtungen müssen gestärkt und gemeinschaftliche Lösungen müssen erarbeitet werden. Meines Erachtens muss sich DIE LINKE weiter zu einer fortschrittlichen Partei entwickeln, die den Anspruch verfolgt, dieses Land mit zu gestalten und für Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Nachhaltigkeit und Wohlstand zu sorgen.

Dieser Anspruch sieht sich heute, anders als noch vor 30 Jahren, mit einer Anhäufung von Unsicherheiten konfrontiert. Angesichts der rasanten Geschwindigkeit, in der sich die Welt heute ändert, darf nicht zu langsam, nicht zaghaft und nicht zu wenig radikal reagiert werden. Der politische Gebrauchswert der LINKEN für die Menschen muss sichtbar sein. Den Ereignissen hinterher zu laufen und bei Forderungen anderer noch draufzusatteln, wird nicht erfolgreich sein.

Die Chancen für DIE LINKE, Einfluss zu gewinnen, sind weiter vorhanden. Selbstvergewisserung und klare programmatische und inhaltliche Entscheidungen, die Grundlage für gemeinsames Agieren sind, werden notwendig sein.

Dietmar Bartsch ist für DIE LINKE Mitglied im Bundestag.

Die Linke

Fünf schnelle Thesen

Jens König

Erstens. Die Partei hat keinen klaren Kurs, keine Führung, keine innere Balance, keine Strategie und mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 keine Machtoption.

Zweitens. Sie ist eine unfertige Partei. Unfertig im Sinne von: noch in der Entwicklung begriffen. Es darf daran erinnert werden, dass die Linke – auch wenn sie in Teilen eine Fortsetzung der PDS ist – erst seit Juni 2007 existiert, also als gesamtdeutsche Partei noch nicht einmal vier Jahre alt ist. Die Häutungsprozesse der Grünen dauerten bis zu ihrem ersten Eintritt in eine Bundesregierung fast 20 Jahre. Man sollte die Linke, bei allen Problemen, also nicht zu früh abschreiben.

Drittens, zum Kurs. Der Linken-Kurs, die anderen Parteien vor sich herzutreiben, war über Jahre hinweg erfolgreich – aber spätestens im Herbst 2009 obsolet. Seitdem ist die Linke über ihre eigene Lage anhaltend verunsichert. Gregor Gysis Berater brauchten nach der Bundestagswahl 2009 fast ein Jahr lang, um in einem internen Strategiepapier die veränderte politische Landschaft zu skizzieren. Die Linke sei zu „einer Oppositionspartei unter anderen Oppositionsparteien“ geworden, schrieben sie im September 2010. SPD und Grüne könnten von ihr „nicht mehr ohne weiteres als neoliberal bezeichnet werden“. Die Linke verliere ihre Alleinstellung.



„Gefragt sind“, heißt es in dem Papier weiter, „eigene zukunftsweisende Vorschläge“ sowie „offensive Angebote an SPD und Grüne zur Zusammenarbeit im Parlament“.

Hat die Partei Konsequenzen daraus gezogen? Nein, so gut wie keine.

SPD und Grüne sind im innerparteilichen Koordinatensystem der Linken immer noch böse, böse, böse. Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten! Der fast 100 Jahre alte kommunistische Evergreen wird in der Partei immer noch gern gesungen.

Viertens, zur Führung. Tja, welche Führung? Nach Oskar Lafontaine irrt das Schiff ohne Kapitän durch dichten Nebel. Die Parteichefs Gesine Löttsch und Klaus Ernst sind heillos überfordert: intellektuell, politisch, organisatorisch. Sie verwalten ihren Laden nur, unprofessionell, uninspiriert und – Stichwort Kommunismusdebatte – unhistorisch. Das Irre daran ist: Das verwundert in der Partei viele nicht wirklich. Nach Lafontaines Rückzug Anfang im Januar 2010 war das Duo Löttsch/Ernst der notwendige faule Kompromiss. Der kleinsten gemeinsame Nenner der Partei. Sie werden, mangels Alternative, wohl bis zum nächsten Wahlparteitag im Mai 2012 bleiben dürfen/müssen.

Gregor Gysi als Fraktionschef ist die letzte, nun ja, Integrationsfigur der Partei. Aber er hat seine Autorität und Glaubwürdigkeit insbesondere gegenüber den ostdeutschen Realos fast vollständig verspielt. Für seinen Traum von der Westausdehnung der PDS hat Gysi alle innerparteilichen Konflikte versucht wegzualbern. Dafür hat er Lafontaine stets vertei-

digt, er verstand sich als sein Anwalt. Für diese Rolle hat er fast jeden Preis bezahlt. Gysi hat in einem innerparteilichen Säuberungsritual im Januar 2010 sogar seinen Freund Dietmar Bartsch, Kopf der Realos, als Bundesgeschäftsführer geopfert.

Und Lafontaine? Ja, Lafontaine. Zu ihm ist eigentlich alles gesagt. Er ist auch in der Linken wohl nur noch Vergangenheit. Und doch geht in der Partei gegen seinen Willen immer noch nicht viel. Er verfügt immer noch über destruktive Kraft. Towarischtsch Njet in Wallerfangen.

Fünftens, zur Strategie. Es gibt keine. Programmatisch blockiert sich die Linke seit Jahren selbst, inhaltliche Kontroversen sowohl in der Innen- wie in der Außenpolitik werden nicht ausgetragen. Das neue Programm, das der Parteitag im Oktober dieses Jahres verabschiedet wird, ist nur ein Formelkompromiss. Die Identitätsfrage – linkssozialdemokratische Reformpartei oder linksnationale Fundamentallopposition – wird nicht beantwortet. Es bedarf wohl erst eines schwachen Ergebnisses bei der Bundestagswahl 2013, um die Klärungsprozesse innerhalb der Partei zu forcieren. Klärung heißt jedoch nicht: Der Sieg der „Bartsch-Linken“ über die „Lafontaine-Linke“ oder andersherum.

Das „linke Lager“ bleibt mit Blick auf 2013 also blockiert. SPD und Grüne *können* mit der Linken nichts anfangen – und die Linke *will* mit SPD und Grünen nichts anfangen.

Jens König ist Reporter beim *stern*.

Die Europäische Bürgergesellschaft

6. Forum Bürgergesellschaft 2011

Thomas Olk/Mirko Schwärzel

Der zunehmenden politischen Integration und steigenden Bedeutung Europas steht die größer werdende Distanz zwischen der EU und ihren Bürgerinnen und Bürger diametral entgegen. Sinkende Beteiligung an Europawahlen, gescheiterte Verfassungsreferenden in den Mitgliedstaaten und Umfrageergebnisse, die eine schleichende Abwendung der Bürger von Europa konstatieren, lassen die Frage nach Rolle und Perspektiven einer europäischen Bürgergesellschaft daher mehr und mehr in den Mittelpunkt der europäischen Integrationsdebatte rücken.

Im Europäischen Freiwilligenjahr 2011 widmete sich das 6. Forum Bürgergesellschaft dem Thema Europa und machte sich auf die Suche nach der Perspektive einer europäischen Bürgergesellschaft. Die geladenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten am 6. und 7. Mai 2011 im angestammten Veranstaltungsort Schloss Diedersdorf u. a. nationale Unterschiede in der Konzeption von Bürgergesellschaft, Bedingungen für politische Bürgerbeteiligung in Europa sowie die Frage einer „europäischen Seele“. Impulsreferenten zu den verschiedenen Themenblöcken erleichterten den Einstieg in die Diskussion und gaben einen ersten thematischen Überblick. Zwei Beiträge sind nachfolgend in diesem Heft dokumentiert.

Von unseren europäischen Nachbarn lernen

Bürgergesellschaft und bürgerschaftliche Beteiligung haben sich in Europa traditionell im Bezugsrahmen des Nationalstaats entwickelt. Bedingung für die Identifizierung der Perspektive einer europäischen Bürgergesellschaft ist

daher zunächst ein Verständnis der Unterschiede im Hinblick auf nationale Diskurse, Strukturen und Akteure. Ein vergleichender Blick auf die europäischen Staaten ergibt zunächst ein buntes und schwer durchschaubares Mosaik: Das Spektrum reicht von pluralistischen Assoziationssettings wie in Großbritannien mit starken *Advocacy*-Strukturen des Dritten Sektors wie etwa dem *National Council of Voluntary Organisations* über etatistische Vertretungsstrukturen wie beispielsweise dem französischen Wirtschafts- und Sozialrat, konkordanzdemokratischen Entwicklungen wie in den Niederlanden bis hin zu den noch fragilen Strukturen der neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa.

Hier mangelt es noch an gemeinsamen Begriffsverständnissen und ordnungspolitischen Konzepten. Verbindend hingegen ist die Überzeugung, dass sich die politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen nur unter Beteiligung der Bürgergesellschaft und im Rahmen einer Neujustierung der Aufgabenverteilung aller gesellschaftlichen Bereiche lösen lassen. In der Diskussion um eine europäische Bürgergesellschaft ist es daher ein erster Schritt, den grenzüberschreitenden bürgerschaftlichen Dialog zu intensivieren und sich über die unterschiedlichen Konzepte, Verfahren und Instrumente von Bürgergesellschaft und Bürgerschaftspolitik auszutauschen (Henk Kinds trug zum 6. Forum Bürgergesellschaft die niederländische Perspektive bei), so etwa über Fragen zur Vernetzung der Akteure auch über die Sektorengrenzen Staat, Markt und Bürgergesellschaft hinaus, Staatsleitbilder und das Verhältnis zwischen Staat und Bürgergesell-

schaft, Infrastrukturen und Förderung des Bürgerengagements uvm.

Die Intensivierung des europäischen Austauschs erzeugt dabei einen zweifachen Mehrwert. Zum einen befruchtet der „Blick über den Tellerrand“ den nationalen Diskurs. Zum anderen wird das Entstehen einer europäischen Bürgergesellschaft erst bedingt durch den grenzüberschreitenden Austausch, also durch die kontinuierliche „Europäisierung“ der nationalen Bürgergesellschaften im Dialog hervorgebracht. Danach erst lassen sich die Frage nach der Existenz einer europäischen Bürgergesellschaft aufgreifen und ihre Funktion diskutieren, etwa im Hinblick auf ihren Beitrag zur Legitimierung europäischen Regierens und der Überwindung der Kluft zwischen der europäischen Bürgerschaft und den Institutionen. Die Frage schließlich, welches Konzept von Bürgergesellschaft einem gemeinsamen Europa angemessen sei und unter welchen Kriterien die Einbindung gesellschaftlicher Akteure in den Entscheidungsprozess auf europäischer Ebene zu geschehen habe, bedarf der Erarbeitung eines breiten gemeinsamen Standpunktes der bürgerschaftlichen Akteure in ganz Europa.

Politische Bürgerbeteiligung in Europa

Entwicklung, Stärkung und Beteiligung einer europäischen Bürgergesellschaft wird von vielen – insbesondere von der EU selbst – als Königsweg zur Legitimierung und Demokratisierung der europäischen politischen Integration angesehen. Die Europäische Union ist bemüht, dafür rechtliche und strukturelle Rahmenbedingungen zu schaffen: Die Erweiterung der europäischen Bürgerschaftspolitik von der Direktwahl des Europäischen Parlaments 1979 über die Einführung der Unionsbürgerschaft mit dem Vertrag von Maastricht 1992 bis zur Europäischen Grundrechtecharta 1997 hat einen europäischen *Bürgerstatus* geschaffen. Darüber hinaus geht es in der aktuellen Diskussion um die Einführung eines europäischen Assoziationsstatuts. Gleichzeitig wurde der zivile Dialog mit der „organisierten Zivilgesell-

schaft“ über die vergangenen Jahre hinweg beständig ausgebaut.

Die „organisierte europäische Zivilgesellschaft“ konnte allerdings bislang nur sehr begrenzt zu einer größeren europäischen Öffentlichkeit und bürgerschaftlichen Teilhabe beitragen. Trotz der Beteiligung an der Politikgestaltung der EU ist es bisher kaum gelungen, die Distanz zwischen den Entscheidungsverfahren in Brüssel und den europäischen BürgerInnen zu verringern. Im Gegenteil dazu scheint die Einbeziehung europäischer Verbände und Netzwerke in EU-Entscheidungsprozesse eher Professionalisierungs- und Abkopplungstendenzen bürgerschaftlicher Akteure in Brüssel zu stärken und die Gestaltung Europas zur Sache einer kleinen „Fachelite“ werden zu lassen. Neben der Einbindung der „organisierten Zivilgesellschaft“ in das politische Entscheidungsverfahren braucht es daher weitere Anstrengungen zur Intensivierung von Prozessen und Verfahren einer bürgerschaftlichen Teilhabe.

Die Europäische Union hat mit dem Ende 2009 in Kraft getretenen Lissabon-Vertrag insofern darauf reagiert, als über den neuen Artikel 11 Elemente „partizipativer Demokratie“ Eingang in den EU-Vertrag erhalten haben. Dieser Artikel erfuhr zunächst wegen seines Absatzes 4, der die Möglichkeit einer Europäischen Bürgerinitiative (EBI) eröffnet, öffentliche Beachtung. Ein Bürgeranliegen muss demnach mit dem Instrument der EBI auf die politische Agenda genommen werden, wenn mehr als eine Million Bürger in einer „erheblichen Anzahl von Mitgliedstaaten“ dies fordern. Die EBI ist damit als erstes direktdemokratisches Instrument eine der bedeutendsten Neuerungen des Lissabon-Reformvertrags im Hinblick auf die Entwicklung einer europäischen Bürgerschaft, indem sie Partizipation nicht mehr nur auf Konsultationsformen repräsentativer Verbände verengt, sondern als Mitwirkungsmöglichkeit vieler BürgerInnen gestaltet. Für die Beteiligung der Zivilgesellschaft am europäischen Entscheidungsprozess ist dies zweifelsfrei ein wichtiger Fortschritt. Seit sich Parla-

ment, Rat und Kommission Anfang Dezember 2010 auf die Durchführungsbestimmungen geeinigt haben, kann die EBI ab 2012 genutzt werden. Eine EBI wird dann sicher das Potenzial haben, zu einzelnen Themen eine gesamt-europäische Öffentlichkeit herzustellen und bürgergesellschaftliche Akteure europaweit zu vernetzen. Es bleibt aber abzuwarten, welche Wirkungen eine Europäische Bürgerinitiative erzielen kann, da sie das herkömmliche Entscheidungsverfahren nicht beeinflussen und das Initiativrecht der Europäischen Kommission nicht aushebelt. Sie wird in ihrer jetzigen Form politisch wohl maximal eine Agenda-Setting-Funktion einnehmen können.

Weiter reichend noch als die Europäische Bürgerinitiative sind die vorhergehenden Absätze des Artikels 11, indem darin sowohl den „Bürgerinnen und Bürgern und den repräsentativen Verbänden in geeigneter Weise die Möglichkeit“ eingeräumt wird, „ihre Ansichten in allen Bereichen des Handelns der Union öffentlich bekannt zu geben und auszutauschen“, und ein „offener, transparenter und regelmäßiger Dialog“ der EU-Organen mit den „repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft“ angekündigt wird. Art. 11 EUV enthält damit bereits den Ansatz eines Perspektivwechsels, indem nicht mehr nur die „organisierte Zivilgesellschaft“ bzw. die „repräsentativen Verbände“ sondern gleichzeitig die europäischen BürgerInnen, die nicht über die Euro-Netzwerke erreicht werden, angesprochen werden. Es gilt, dies noch in verbindliche Rahmenabkommen umzusetzen. Es wird mittelfristig entscheidend darauf ankommen, diese Provisionen in verbindlichen Rahmenbedingungen wie etwa einer europäischen Charta gesellschaftlicher Mitwirkung festzuschreiben (vgl. insbesondere den Beitrag von Dirk Jarré in diesem Heft).

Ein weiterer Impuls kam vom Europarat in Straßburg. Von der Konferenz der INGOs (Internationale Nicht-Regierungsorganisationen) beim Europarat wurde im Oktober 2009 der *Code of Good Practice for Civil Participation* entwickelt. Er bietet einen europaweiten Ana-

lyserahmen für Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungsprozessen auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Damit können Entscheidungsprozesse transparent und nachvollziehbar gemacht als auch öffentlichen Verwaltungen, Parlamenten und Regierungen Richtlinien für diesen Dialog an die Hand gegeben werden. Seitdem läuft der Prozess seiner europaweiten Bekanntmachung und Implementierung: Dahinter steht der Versuch, dem Regierungshandeln einen Rahmen zu geben, der stark auf Aushandlung und Dialog mit zivilgesellschaftlichen Akteuren setzt. Gleichzeitig bietet der Rahmen des Codes eine Brücke von dem isoliert geführten Partizipationsdiskurs auf EU-Ebene zum nationalen und lokalen Kontext.

Europa eine Seele geben

Gleichwohl bleibt fraglich, ob sich die Entwicklung einer europäischen Bürgergesellschaft allein im Bezugsrahmen der Europäischen Union oder des Europarats und ihrer Institutionen vollziehen kann. Brigitte Russ-Scherer weist in ihrem Beitrag auf die Notwendigkeit hin, der schwächer werdenden Überzeugungskraft eines „Europas der Institutionen“ ein „Europa der Bürger“ entgegen zu setzen. Ein Zugang liegt in der Verdeutlichung einer gemeinsamen europäischen Kultur im Sinne eines erweiterten (gesellschaftspolitischen) Kulturbegriffs. Im Rahmen von Städtepartnerschaften, Euregios, europäischen Metropolregionen finden zahlreiche Bürgerbegegnungen statt, bei denen das Erleben einer gemeinsamen Kultur und gemeinsamer Werte wesentlich zur Entdeckung einer „europäischen Seele“ beiträgt und somit zur Stärkung eines gemeinsamen Verantwortungsgefühls für die europäische Idee.

Auch die Europäische Union hat dies als wichtige Grundlage erkannt und fördert Bürgerbegegnungen mittlerweile gezielt aus diesem Anspruch heraus. Mirko Schwärzel wies in seinem Beitrag auf die Möglichkeiten hin, die sich zivilgesellschaftlichen Organisationen über die EU-Aktionsprogramme wie *Europa für Bürgerinnen und Bürger* oder *Jugend in*

Aktion aber auch der zahlreichen europäischen Programme von Stiftungen in ganz Europa bieten. Auch wenn sie in der Summe überschaubar sind, sind die Bürgerprojekte dieser Programme wichtige Bausteine der Integration und Stärkung der europäischen Bürgergesellschaft.

Resümee: Stand der europäischen Bürgergesellschaft

Die europäischen Bürgergesellschaften haben sich – wenn auch unter gemeinsamen Prämissen – in ihren jeweiligen nationalen Kontexten und Diskursen entwickelt. Leitbilder und Aufgabenteilungen von Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft sind im europäischen Vergleich ebenso verschieden wie bürgerschaftliche Strukturen und Akteure.

Doch es gibt auch Verbindendes: Über die vergangenen Jahre hinweg ist ein Trend in zwei komplementäre Richtungen zu beobachten: Auf nationaler Ebene schließen sich Organisationen und Strukturen der Bürgergesellschaft verstärkt in bereichsübergreifenden Bündnissen zusammen und streben Rahmenabkommen der Beteiligung und Aufgabenteilung mit dem Staat an – dies ist in pluralistisch geprägten Gesellschaften (wie z.B. in Großbritannien durch den Compact 2001) ebenso zu beobachten wie an Beispielen etatistischer Einbeziehung (z.B. in Frankreich durch die Charte d'Engagement 2001) als auch in neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa. Zweitens rücken Austausch und Vernetzung nationaler bereichsübergreifender Strukturen auf bi- und multilateraler sowie gesamt-europäischer Ebene in den Vordergrund. Die bereichsspezifische Interessensvertretungslogik der „organisierten europäischen Zivilgesellschaft“ wird zunehmend ergänzt durch Strukturen und Verfahren zur Entwicklung einer europäischen bereichsübergreifenden Agenda der Bürgergesellschaft.

Gleichzeitig erhält die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Europa Ein-

zug in die Debatte um eine „aktive europäische Unionsbürgerschaft“. Eine ganzheitliche europäische Engagementpolitik, die einen strukturierten Austausch über nationale Strategien und Instrumente anregt sowie ermöglichende und aktivierende Förderpolitik für Freiwilligenaktivitäten in Zusammenhang mit Beteiligung und Teilhabe am europäischen Projekt stellt, zeichnet sich im Kontext des *Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft 2011* in Ansätzen ab. Das EJF hat damit durchaus das Potenzial, ein weiterer wichtiger Meilenstein zur Förderung einer europäischen Bürgergesellschaft zu werden, wenn es im Sinne des Europäischen Rates „die Freiwilligentätigkeit als eine der wesentlichen Dimensionen der aktiven Bürgerschaft und der Demokratie ins Bewusstsein zu rücken“ versteht.

Die Stiftung Bürger für Bürger bedankt sich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die anregenden Beiträge und intensiven Diskussionen sowie vor allem auch bei Loring Sittler und Roland Krüger von der Generali Holding AG, die das Forum Bürgergesellschaft der Stiftung Bürger für Bürger auch in diesem Jahr erneut unterstützt haben.

Prof. Dr. Thomas Olk hat den Lehrstuhl für Sozialpädagogik und Sozialpolitik an der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg inne. Er ist Vorstandsvorsitzender der Stiftung Bürger für Bürger und Vorsitzender des Sprecherrates des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE).

Mirko Schwärzel ist beim Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) als Europareferent tätig und im Vorstand des Europäischen Freiwilligenzentrums CEV aktiv. Er hat einen akademischen Hintergrund in Sozial- und Europawissenschaften (Universitäten Osnabrück und Bochum).

Bürgergesellschaft in der Europäischen Union

Dirk Jarré

In diesem Diskussionsbeitrag zum Thema „Bürgergesellschaft in der Europäischen Union“ soll ein summarischer Überblick über wichtige europäische bürgerschaftliche Akteure und Netzwerke gegeben werden, die anstreben, die Entwicklung und das Handeln der Europäischen Union im Sinne ihrer Klientele zu beeinflussen. Nach einigen Bemerkungen zur Begründung des Interesses der Zivilgesellschaft am europäischen Integrationsprozess werden einige wenige, aber relevante europäische Plattformen und Netzwerke aus dem Bereich der Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) kurz portraitiert, die Rolle und Zusammensetzung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses analysiert und Bestrebungen zur Entwicklung einer „Charta der zivilgesellschaftlichen Mitwirkung in der Europäischen Union“ skizziert. Abschließend werden dann noch einige Aspekte hervorgehoben, die zur weiteren Diskussion über die Bedeutung der Förderung der zivilgesellschaftlichen Mitwirkung in der Europäischen Union anregen mögen.

Wahrnehmung und Bedeutung der europäischen Integration

Das Projekt der europäischen Integration ist Bürgern seit den sog. „Römischen Verträgen“ von 1957 zunächst als „Montanunion“ und „Gemeinsamer Markt“, dann als „Europäische Gemeinschaften“ und schließlich als „Europäische Union“ mehr oder eher minder vertraut. Die Komplexität der Organe, Institutionen und Prozesse sowie die immer wieder bemängelte Intransparenz der Verfahren und ein stets zu Recht empfundenes Defizit dieser über die Jahrzehnte schnell gewachsenen Staatengemeinschaft von zunächst 6 auf heute 27 Mitgliedern schreckt allerdings von der Befassung mit diesem ja durchaus sehr erfolgreichen Friedens- und Kooperationsprojekt ab. Gleichwohl bestimmen die Debatten, Beschlüsse und Vorgaben der Europäischen Kommissi-

on, des Rates, des Europäischen Parlaments sowie die Urteile des Europäischen Gerichtshofs ganz maßgeblich bereits jetzt unseren Alltag und tragen entscheidend dazu bei, wie sich die Zukunft unserer europäischen Gesellschaft gestalten wird. Denn viele wichtige Souveränitätsrechte sind inzwischen an die Europäische Union – freiwillig – abgetreten und damit „vergemeinschaftet“ worden. Das gilt nicht nur für den wohl am stärksten wahrgenommenen Wirtschaftsbereich, sondern zunehmend auch für Aspekte der Sicherheit, der Umwelt, der Wissenschaft und Bildung – und sogar für den Bereich des Sozialen, der in der europäischen Debatte langsam aber sicher an Bedeutung gewinnt.

Über lange Zeit wurde die europäische Integration fast ausschließlich von den Mitgliedsstaaten gestaltet. Das Europäische Parlament, zunächst zusammengesetzt aus Delegationen der nationalen Parlamente, hatte keinen und dann, seit Einführung der Direktwahlen im Jahr 1979, nur einen sehr bescheidenen Einfluss. Dies hat sich erst seit Inkrafttreten des sog. „Lissabonner Reform-Vertrages“ am 01. Dezember 2009 entscheidend geändert, durch den nunmehr die meisten Gesetzesvorhaben der Europäischen Union sowohl durch das Europäische Parlament als Ausdruck der repräsentativen Demokratie wie auch durch den Rat der Europäischen Union, der Vertretung der Mitgliedstaaten, beraten und beschlossen werden müssen.

Interessen und Einwirkungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Organisationen
Wenngleich dieser Aspekt bedauerlicherweise immer mehr aus dem Bewusstsein der politisch Handelnden entschwindet, ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass die Gründung der europäischen Institutionen nach dem Zweiten Weltkrieg – zunächst der Europarat, dann die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl,

die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft – zum Hauptziel hatte, dauerhaften Frieden in Europa zu schaffen sowie durch Kooperation in vielen Politikfeldern die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung in den Mitgliedstaaten entscheidend zu verbessern.

Die von Robert Schumann, Jean Monnet und auch Winston Churchill entwickelten Konzepte wurden entschieden von bürgergesellschaftlichen Initiativen und Organisationen mitgetragen und gefördert, die nach den Katastrophen der beiden Weltkriege die Sehnsucht der Bevölkerung nach friedlichem Zusammenleben der Völker und einem geeinigten Europa – „ohne Schlagbäume“ vertraten.

Nach Gründung der Europäischen Gemeinschaften und trotz der Ausschaltung jeglichen direkten Einflusses der Bürger am politischen Einigungsprozess wuchs dennoch ein gewisses Interesse der organisierten Zivilgesellschaft an Europa – zunächst in bescheidenem Umfang, später in geradezu beeindruckender Weise. Dafür gab und gibt es verschiedene Gründe.

Zum einen erkannten diese Organisationen – und zwar Nicht-Regierungsorganisationen (also NGOs), Arbeitnehmer- wie auch Arbeitgeberverbände – die Notwendigkeit und Vorteile einer direkten Beeinflussung der Organe zunächst der Europäischen Gemeinschaften und dann der daraus entstandenen Europäischen Union, um ihre speziellen Anliegen innerhalb der politischen Prozesse auf der europäischen Ebene zu artikulieren und in den verschiedenen Politikfeldern möglichst auch zur Geltung zu bringen. Ansprechpartner war und ist dazu vorwiegend die Europäische Kommission, der einzig das Initiativrecht für legislative Maßnahmen und Programme zusteht.

Aber auch die Vorstellung, man könne „Gelder aus Brüssel“ für eigene, irgendwie mit europäischen Aspekten verbundene Programme und für Funktionskosten akquirieren war und ist Motivation, den Kontakt mit den europäischen Organen zu suchen und zu pflegen. Diese Aussicht besteht durchaus – nicht zuletzt durch die Tatsache begründet, dass die Euro-

päische Kommission geradezu darauf angewiesen ist, neben den Mitgliedstaaten auch mit nicht-staatlichen Organisationen zusammenzuarbeiten. Dadurch gewinnt sie mittelbaren Kontakt zu den Lebensrealitäten und Bedürfnissen der Bürger, ihren Arbeitswelten und dem Wirtschaftsleben.

Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, die sich auf europäischer Ebene als Lobbyorganisationen zusammenschlossen, hatten es aufgrund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung besonders leicht, Einfluss auf europäische Politiken zu gewinnen. Der Europäische Soziale Dialog der Sozialpartner begann bereits 1985 in organisierter Form und wurde 1992 als Instrument der Politikberatung in den Vertrag von Maastricht aufgenommen und später, im Jahre 1987 durch den Vertrag von Amsterdam, sogar als semi-autonomer Entscheidungsprozess institutionalisiert.

Die Nicht-Regierungsorganisationen hatten es da grundsätzlich wesentlich schwerer – einerseits durch die Vielfalt der von ihnen vertretenen Gruppierungen und Anliegen, andererseits durch die ungleich größeren Schwierigkeiten, sich auf europäischer Ebene zu konstituieren. Zudem waren und sind weiterhin ständig Probleme wechselseitiger Konkurrenzen, eine naturgemäße Volatilität der Personen und in den Strukturen sowie erhebliche Finanzierungsprobleme zu überwinden.

Einige Beispiele zivilgesellschaftlicher Organisationen auf EU-Ebene

Es ist natürlich nicht möglich, die ganze Bandbreite der inzwischen auf der EU-Ebene agierenden NGOs und deren Zusammenschlüsse – seien es europäische Verbände, Plattformen, Netzwerke oder Koalitionen – darzustellen. Daher sollen hier nur einige beispielhaft angeführt werden.

Die „*Europäische Bewegung*“ (European Movement), oder auch „Europäische Bewegung International“ ist ein europaweiter Zusammenschluss von Organisationen mit dem Ziel, ein

vereintes, föderales Europa auf der Grundlage von Frieden, Demokratie und Grundrechten wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität unter weitmöglichster Beteiligung der Bürger zu fördern. Die „Europäische Bewegung“ wurde bereits im Oktober 1948 in Brüssel aufgrund einer Initiative von Winston Churchill und Duncan Sandys mit Beteiligung von französischen und britischen zivilgesellschaftlichen Organisationen gegründet. Im Fokus der Bewegung stehen alle Aspekte der Europapolitik, der politischen Kommunikation zu Europafragen sowie die Beteiligung der Zivilgesellschaft an europapolitischen Erörterungs- und Entscheidungsprozessen. Nationale Räte, die in ihrer Form und Arbeit sehr unterschiedlich sind, bilden die Basis der Bewegung nicht nur in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, sondern auch des viel breiter aufgestellten Europarates mit derzeit 47 Mitgliedstaaten. Präsidenten waren so illustre Persönlichkeiten wie zum Beispiel Robert Schumann, Walter Hallstein, Valérie Giscard d'Estaing oder Mario Soares.

Das „*Comité Européen des Associations d'Intérêt Général*“, CEDAG, (Europäisches Komitee für Organisationen ohne Erwerbszweck) wurde 1989 in Brüssel als Stimme für gemeinnützige Verbände und Organisationen nationaler und regionaler Provenienz gegenüber den europäischen Gemeinschaftsorganen gegründet. Die Mitgliedschaft kommt aus allen sektoriellen NGO-Bereichen, besonders jedoch denen, die sich mit sozialen Aspekten und dem zivilem Dialog befassen. Zu Beginn war es das Ziel von CEDAG, ein Europäisches Statut für frei-gemeinnützige Vereine und Verbände zu erreichen, um deren europäische Anerkennung und Zusammenarbeit zu fördern – wie es auch die Genossenschaftsbewegung und die Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit (also Strukturen der sog. „Sozialökonomie“) versuchten. Dies ist jedoch aufgrund des Widerstandes verschiedener EU-Mitgliedstaaten bisher nicht gelungen. Die Schwerpunkte der heutigen Arbeit von CEDAG sind Fragen der

Zukunft der Europäischen Union, Rahmenbedingungen für Dienstleistungen im allgemeinen Interesse, die soziale Verantwortung von Unternehmen (Corporate Social Responsibility), Aspekte der Erweiterung der EU, die Förderung der partizipativen Demokratie in der Union, die Erarbeitung einer in diesem Zusammenhang als notwendig erachteten „Europäischen Charta für den zivilen Dialog“, sowie weiterhin die Forderung nach einem Statut für europäische Vereine.

Der „*European Citizen Action Service*“, ECAS, (etwa „Unterstützungsbüro für europäische Bürgerinitiativen“) wurde 1991 als ein internationaler Verein ohne Gewinnzweck und unabhängig von politischen Parteien, wirtschaftlichen Interessen oder Einfluss der EU-Institutionen in Brüssel gegründet. Ziel von ECAS als Service-Einrichtung ist es, NGOs wie auch individuelle Bürger zu befähigen, ihre Stimme und damit ihre Anliegen in der Europäischen Union zu Gehör zu bringen. Das erfolgt über praktische Beratung in Sachen Lobbying, Fundraising und Verteidigung der Rechte der Bürger. Mitglieder sind insbesondere NGOs aus den Bereichen Kultur, Gesundheit, Soziales, Bürgerrechte und Entwicklungsarbeit. Derzeitige Schwerpunkte von ECAS sind Aspekte der Zivilgesellschaft, der Bürgerrechte sowie von bürgerschaftlicher Beteiligung und Governance in der Europäischen Union.

Die „*Sozialplattform*“ (eigentlich „Platform of European Social NGOs“ = Social Platform) wurde 1995 in Brüssel gegründet und ist heute mit 46 europäischen Plattformen und Netzwerken aus dem Sozialbereich die größte zivilgesellschaftliche Allianz, die für soziale Gerechtigkeit und partizipative Demokratie in Europa arbeitet. Die Mitgliedschaft erstreckt sich von Jugend-, Frauen- und Altenverbänden über Vereine von Menschen mit Behinderungen, Migranten oder anderen Personen mit speziellen Bedürfnissen bis zu Organisationen zur Bekämpfung von Armut, Obdachlosigkeit oder Diskriminierungen. Ihre Arbeitsschwerpunkte

sind die Förderung und Respektierung von Grundrechten der Bürger sowie der Prinzipien von Gleichheit, Solidarität und Nicht-Diskriminierung. Durch ihre Kampagnen will die Sozialplattform erreichen, dass EU-Politiken unter Beteiligung und möglichst in Partnerschaft mit den Menschen konzipiert werden, die von diesen Politiken und den daraus folgenden Maßnahmen betroffen sind. Die Sozialplattform ist heute durch ihre Zusammensetzung und ihre Repräsentativität in ihrem Feld ein bevorzugter Dialogpartner der EU-Organe, insbesondere der Europäischen Kommission, im Bereich der Sozialpolitik.

Das „*European Network of National Civil Society Associations*“, ENNA, (Europäisches Netzwerk nationaler zivilgesellschaftlicher Organisationen) ist ein sehr junger, erst 2010 gegründeter, europäischer Zusammenschluss von zivilgesellschaftlichen Plattformen in verschiedenen EU-Staaten, der sich zum Ziel gesetzt hat, die Aufgaben, die Entwicklung und die Dauerhaftigkeit seiner Mitgliedsverbände zu fördern, die gegenseitige Information, den Austausch und die Kooperation zwischen ihnen zu erleichtern sowie eine Brücke zwischen diesen nationalen Verbänden und der Ebene der Europäischen Union darzustellen. Zu den Arbeitsprioritäten von ENNA gehören die Förderung von guter Governance und Rechenschaftspflicht in der organisierten Zivilgesellschaft, die Sicherung von Beteiligung und aktiver Bürgerschaft, die Sicherung guter Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement, die Weiterentwicklung angemessener Gesetzgebung im Bereich der Gemeinnützigkeit, sowie Finanzierungs- und Steuerfragen für den Sektor.

Nach diesen sehr unterschiedlichen fünf Beispielen zivilgesellschaftlicher Vertretungs- und Unterstützungsstrukturen auf der europäischen und insbesondere der EU-Ebene ist einerseits anzumerken, dass es derer natürlich noch eine große Vielzahl anderer aus geradezu allen Bereichen zivilgesellschaftlicher Bewegungen und

Initiativen in Europa und der verschiedensten Politikfelder gibt – etwa des Umweltschutzes, der Entwicklungszusammenarbeit, der Kultur, des Konsumentenschutzes und so weiter, ganz abgesehen von den Sozialpartnern, die sich über starke europäische Verbände artikulieren.

Die Organe der Union anerkennen und unterstützen im Prinzip die Arbeit der organisierten europäischen Zivilgesellschaft, da sie ihnen eindeutige Vorteile bei der Politikgestaltung bringen – bei aller Kritik, die sie auch immer vorbringen mögen. Zum einen kanalisieren sie die Lebensrealitäten, Bedürfnisse und Sorgen der europäischen Bürger von der Basis zu den doch (notwendigerweise) sehr abstrakt arbeitenden Organen der Union. Zum anderen können sie den europäischen Bürgern das Handeln der EU-Organe und die Auswirkungen ihrer Entscheidungen viel eher vermitteln und dadurch die Distanz etwas vermindern.

An den Zusammenschlüssen von NGOs auf EU-Ebene – in Form von sektoriellen Plattformen, Netzwerken und Allianzen – ist die Europäische Kommission insbesondere interessiert, denn die intensive Zusammenarbeit mit diesen erspart ihr das überaus komplizierte Geschäft, sich mit einer geradezu unübersichtlichen Vielzahl einzelner miteinander konkurrierender und sich möglicherweise auch in ihren Anliegen widersprechender Organisationen abgeben zu müssen. Auch hat sie keine Möglichkeit, die Repräsentanz und Relevanz der einzelnen nationalen, regionalen oder gar lokalen NGOs einzuschätzen, geschweige denn zu überprüfen. Daher hat die Europäische Kommission seit langem solche Zusammenschlüsse gefördert – oft sogar aktiv initiiert – und finanziert manche ihrer Strukturen mit der Erwartung, dass diese gewissermaßen konsolidierte und im Vorfeld bereits intern verhandelte und beschlossene Positionen zu den Politiken und Programmen der Europäischen Union anbieten, die dann letztlich – oft im Minimalkonsens – die Auffassungen oder Forderungen des gesamten Sektors widerspiegeln.

Sektorenübergreifende europäische Zusammenschlüsse von NGOs

Zur Verfolgung spezieller Anliegen oder in besonderen politischen Situationen sind die europäischen Nicht-Regierungsorganisationen noch einen Schritt weiter gegangen und haben sich in sektorübergreifenden Allianzen zusammengetan, um ihrem Anliegen ganz besonderes Gewicht zu verleihen und die Aufmerksamkeit der Organe der Europäischen Union zu stimulieren. Zwei wichtige Beispiele dafür sollen hier vorgestellt werden.

Um ihrer Forderung nach dem sogenannten „strukturierten zivilen Dialog“ Nachdruck zu verleihen, haben sich im Jahr 2002 acht große europäische sektorielle Plattformen in der „*Civil Society Contact Group*“ zu einer engen Zusammenarbeit für die Durchsetzung spezifischer gemeinsamer Anliegen zusammengefunden. Es handelt sich um die EU-bezogenen NGO-Plattformen der Sektoren Kultur, Umwelt, Bildung, Menschenrechte, öffentliche Gesundheit, Soziales und Frauen – also Akteure, die sich alle gesellschaftlichen Wertvorstellungen und Rechten der Bürger verpflichtet fühlen. Der Europäische Gewerkschaftsbund (European Trade Union Confederation, ETUC) gesellte sich als Beobachter hinzu.

Wie bereits angemerkt, ist das Ziel der Civil Society Contact Group die Förderung eines transparenten und strukturierten zivilen Dialogs zwischen den Organen der Europäischen Union und der europäischen Zivilgesellschaft, der auf den Prinzipien des offenen Zugangs, der Fairness, der Nachvollziehbarkeit und der Autonomie basiert. In gemeinsamen Kampagnen – genannt „Act4Europe“ („Für Europa handeln“) – haben sich die Mitglieder der zivilgesellschaftlichen Kontaktgruppe mit vier ihnen wichtigen Themenbereichen befasst und durch dauerhafte Argumentation, intensives Lobbying und auch durch spektakuläre Demonstrationen ihren Vorstellungen und Forderungen Nachdruck verliehen. Es handelt sich um die Themen der Zukunft Europas, der Neuordnung der Verträge der Europäischen

Union (ehemals das Projekt „Verfassungsvertrag“), der Charta der Grundrechte der Europäischen Union sowie der Anerkennung der partizipativen Demokratie. In all diesen Bereichen hat die Civil Society Contact Group durch ihre Argumente, ihre Beharrlichkeit und ihren numerischen Eindruck eindeutige Erfolge erzielt.

Eine zweite bedeutende zivilgesellschaftliche Koalition, die sogenannte „*Spring Alliance*“ (also „Frühlings-Allianz“) entstand im Frühjahr 2010 unmittelbar aus der Erfahrung der Civil Society Contact Group und zwar zur Verfolgung eines ganz präzisen Zieles, nämlich Einfluss auf die Inhalte der „Strategie 2020“ der Europäischen Union zu gewinnen. Diese Strategie 2020 sollte das politische Leitkonzept der Union für die kommende Dekade 2011 bis 2020 werden und die Ziele wie auch die wichtigsten Verfahren zu deren Erreichung verbindlich darlegen. Vier führende europäische zivilgesellschaftliche Plattformen schlossen sich in der Spring Alliance zusammen: das „European Environmental Bureau“ (Sektor Umwelt), die „Social Platform“ (Sektor Soziales), die „European Confederation of Relief and Development NGOs“ (Sektor Entwicklung und Katastrophenhilfe) sowie die „European Trade Union Confederation“ (Sektor Arbeitnehmerschutz).

Gemeinsam haben diese Plattformen das „Spring Alliance Manifesto“ mit dem Titel „For a European Union that puts people and the planet first“ (also etwa „Für eine Europäische Union, die den Menschen und den Planeten zur Priorität erklärt“) erarbeitet und mit großem Nachdruck in die Öffentlichkeit gebracht. Das Manifest befasst sich mit fünf wichtigen Herausforderungen, denen sich nach Meinung der Autoren die Europäische Union in dieser Dekade stellen muss: die Problematik des Klimawandels, die Nord-Süd-Ungleichheiten, die Balance zwischen wirtschaftlichem Wettbewerb und Gemeinwohl, die Frage nach der Verteilung des Wohlstandes sowie die Überwindung des Grabens zwischen der Europäischen Union und dem europäischen Bürger. Zusätzlich

zu den Mitgliedern der Spring Alliance wurde das Manifest noch von weiteren etwa 50 europäischen NGO-Gruppierungen unterzeichnet. Ein Erfolg war sichtbar, wenn auch letztlich recht bescheiden. Nach Übergabe des Manifestes an die Europäische Kommission und die anderen politischen Organe der Union änderte sich zwar die Sprache in der „Strategie 2020“ und der Text griff einige der vorgebrachten Anliegen auf, jedoch blieben die (in wesentlichen ökonomisch begründeten) Prioritäten des politischen Konzepts der Strategie im Kern erhalten.

Exkurs: Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss

Genau wie das Europäische Parlament (bei Gründung im Jahr 1952 noch genannt „Gemeinsame Versammlung“) in den „Römischen Verträgen“ der Europäischen Gemeinschaften 1957 seine Verankerung fand, wurde auch der „Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss“ als ständige Institution der EG konstituiert. Dies geschah nach dem Vorbild und auf Verlangen von Frankreich als einem der sechs Gründungsstaaten, wo ein „Wirtschafts- und Sozialrat“ eines der Verfassungsorgane ist und die Aufgabe hat, die nationale Politik in den Bereichen Wirtschaft und Soziales aus der Sicht seiner sozio-professionellen Mitgliedschaft begleitend zu beraten.

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hat in der Europäischen Union eine identische Funktion. Gemäß den Verträgen ist er ein Konsultativorgan, das die zentralen politischen EU-Organe – also Europäische Kommission, Rat, Europäisches Parlament – mit dem Sachverstand seiner Mitglieder unterstützt, indem er ökonomische, soziale und bürgerschaftliche Anliegen im Konsens zum Ausdruck bringt und zwar durch Stellungnahmen zu legislativen Initiativen der Union, zu denen er nach den Verträgen anzuhören ist. Der EWSA kann auch selbst Initiativstellungen verfassen zu Themen, bei denen er der Auffassung ist, dass diese von der Union aufzugreifen sind.

Die Mitgliedschaft des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses setzt sich aus 344 Personen aus den 27 EU-Mitgliedstaaten zusammen, die eine breite Spanne wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Interessen in ihren jeweiligen Ländern vertreten und die im EWSA in drei Gruppen gegliedert sind: „Arbeitgeber“, „Arbeitnehmer“ und „Verschiedene Interessen“, zu denen auch etwa Landwirte, Verbraucherverbände und NGOs im eigentlichen Sinn gehören. Die Mitglieder werden nach einem Länderproporz von den Regierungen der Mitgliedstaaten benannt und vom Rat der Europäischen Union für eine Mandatsperiode von fünf Jahren, erneuerbar, bestätigt. Wie allerdings diese Personen von den jeweiligen Regierungen identifiziert werden, unterliegt überhaupt keiner Regel und ist weitgehend intransparent.

Eines der Probleme im Zusammenhang mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss ist, dass er sich zunächst als die Vertretung der europäischen Zivilgesellschaft in der Europäischen Union verstanden hat. Dies war aber unter Berücksichtigung seiner Zusammensetzung und insbesondere des Verfahrens der Benennung seiner Mitglieder (durch nationale Regierungen ohne demokratische Regelung und mit anschließender Bestätigung durch den EU-Ministerrat!) und der darauf basierenden dauerhaften und harschen Kritik der Nicht-Regierungsorganisationen keine haltbare Position. Sie wurde schließlich durch die Beschreibung, dass „die Mitglieder des EWSA eine Brücke zwischen der Europäischen Union und den Organisationen der Zivilgesellschaft in den EU-Mitgliedstaaten bilden“, ersetzt.

Es ist interessant, hier zu erwähnen, dass der EWSA entscheidend an der offiziellen Definition der „organisierten Zivilgesellschaft“ in der Europäischen Union beteiligt war und bereits 1999 der Kommission vorschlug, es handle sich um die „Gesamtheit aller Organisationsstrukturen, deren Mitglieder über einen demokratischen Diskurs- und Verständigungsprozess dem allgemeinen Interesse dienen und als Mittler zwischen öffentlicher Gewalt und

den Bürgern und Bürgerinnen auftreten“. Daraus folgert der EWSA, dass auch Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, so wie sie im Ausschuss vertreten sind, Teil der organisierten Zivilgesellschaft darstellen. Diese Definition haben die Europäische Kommission und dann auch die anderen Organe der EU übernommen.

Eine weitere Herausforderung an den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss aus Sicht der NGOs, aber auch aus eigener Erkenntnis, besteht darin, dass der EWSA eben ausschließlich nationale Mitglieder hat und somit die „europäische Denke“ sich nur gegen nationale Interessen und Auffassungen entwickeln kann. Zwar werden Kontakte auch mit präferierten europäischen NGO-Netzwerken zunehmend gepflegt und diese auch durch Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten und Dolmetscherdiensten für deren Veranstaltungen unterstützt. Jedoch ist dies keine wirklich strukturierte Kooperation mit permanentem Austausch von Informationen, Auffassungen und Anregungen.

Um hier ein gewisse, wenn auch zunächst bescheidene, Kompensierung zu erreichen, hat der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss im Februar 2004 den Beschluss gefasst, eine so genannte „EWSA Liaison Gruppe mit europäischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Netzwerken“ ins Leben zu rufen. Dieser Liaison Gruppe konnten insbesondere sektorielle, aber auch übergreifende europäische NGO Plattformen auf Einladung durch den EWSA oder auf Antrag mit Zustimmung des EWSA beitreten. Die Bestimmung der Tagesordnung und die Leitung der Sitzungen liegt in der Hand der Präsidentschaft des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, jedoch ist der Co-Präsident stets ein von den vertretenen NGO-Netzwerken gewählte Person. Etliche der wichtigen europäischen NGO-Plattformen haben sich zunächst gegen eine Mitgliedschaft in der Liaison Gruppe entschieden, weil sie der Auffassung waren, sie könnten darin für die Zwecke des EWSA instrumentalisiert werden.

In den ersten Jahren seines Bestehens hat die Liaison Gruppe trotz des relativ geringen Interesses der Mitglieder des EWSA an dem Unterfangen einige Stellungnahmen zu wichtigen Aspekten der Arbeit der Europäischen Union verfasst – so zum Beispiel zur Bewertung der „Lissabon-Strategie 2001-2010“ und zu den Finanzierungsregelungen der Kommission für die Förderung von Programmen und Projekten. Die nach zwei Jahren durchgeführte Evaluierung des Funktionierens der Liaison Gruppe im September 2006 erbrachte insgesamt aus Sicht des EWSA eine positive Bilanz, die den „erheblichen Mehrwert“ dieses Unternehmens feststellte. Als verbesserungsbedürftig wurden aufgeführt: die Kriterien für die Mitgliedschaft in der Liaison Gruppe, die Stärkung der Kooperation und der Konsultation zwischen NGO-Netzwerken und den Vertretern des EWSA bei der Arbeit der Liaison Gruppe und die Entwicklung von Synergien zwischen dem EWSA und der Liaison Gruppe im Bereich der Expertise bei der Bearbeitung von Stellungnahmen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses.

Heute umfasst die „EWSA Liaison Gruppe mit europäischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Netzwerken“ rund 20 verschiedene Sektoren der europäischen organisierten Zivilgesellschaft, die von gruppenspezifischen Verbänden (z.B. Kinder, Jugend, ältere Menschen, Frauen) über problemorientierte Netzwerke (z.B. Menschen mit Behinderung etc.) bis zu sektoriell ausgerichteten Organisationen (z.B. Kultur, Soziales, Gesundheit, ländlicher Raum) sowie Stiftungen, Genossenschaftswesen, oder zur Förderung der europäischen Idee reichen. Interessant ist, dass die NGO-Mitglieder der Liaison Gruppe durch regelmäßige Zusammenkünfte ohne die EWSA-Mitglieder einen gewissen Prozess der Stärkung ihrer gemeinsamen Identität erleben und vermehrt gemeinsame Initiativen entwickeln – etwa im Hinblick auf ein europäisches Statut für Vereine und Verbände. Als problematisch wird hingegen empfunden, dass die Liaison Gruppe noch zu sehr im Stadium eines offenen Debat-

tier-Clubs verharret und wenig Konkretes produziert, dass bisher keine Finanzierung der Reisen der NGO-Vertreter gewährleistet wird (und daher fast ausschließlich Brüssel-basierte Vertreter teilnehmen) und dass die Gruppe 3 im EWSA, nämlich die der „Verschiedenen Interessen“, immer noch nur höchst rudimentär die Welt der europäischen NGOs widerspiegelt.

Partizipative Demokratie und der Artikel 11 des Lissabonner Vertrags

Nicht zuletzt durch das nachdrückliche Fordern der europäischen organisierten Zivilgesellschaft enthält der Lissabonner Vertrag (ehemals intendiert als Verfassungsvertrag für die Europäische Union oder als Reformvertrag für die Zukunft der EU), der seit dem 01. Dezember 2009 in Kraft ist, einen ganz bemerkenswerten Artikel 11 (ursprünglich mit der Überschrift „Partizipative Demokratie“ bedacht, die aber in der Endfassung wieder fallengelassen wurde), dessen Wortlaut ist:

„Artikel 11

- (1) Die Organe geben den Bürgerinnen und Bürgern und den repräsentativen Verbänden in geeigneter Weise die Möglichkeit, ihre Ansichten in allen Bereichen des Handelns der Union öffentlich bekannt zu geben und auszutauschen.
- (2) Die Organe pflegen einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft.
- (3) Um die Kohärenz und die Transparenz des Handelns der Union zu gewährleisten, führt die Europäische Kommission umfangreiche Anhörungen der Betroffenen durch.
- (4) Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, deren Anzahl mindestens eine Million betragen und bei denen es sich um Staatsangehörige einer erheblichen Anzahl von Mitgliedstaaten handeln muss, können die Initiative ergreifen und die Europäische Kommission auffordern, im Rahmen ihrer Befugnisse geeignete Vorschläge zu Themen zu unterbreiten, zu denen es nach Ansicht

jener Bürgerinnen und Bürger eines Rechtsakts der Union bedarf, um die Verträge umzusetzen. Die Verfahren und Bedingungen, die für eine solche Bürgerinitiative gelten, werden nach Artikel 21 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union festgelegt.“

Während der Absatz 4 eine „Europäische Bürgerinitiative“ begründet und damit von höchster Bedeutung für zivilgesellschaftliches politisches Engagement der Bürger in der Europäischen Union werden kann und sicher auch wird, bedeuten die Absätze 1 bis 3 einen großen Fortschritt in Richtung auf die rechtliche Verankerung und die Institutionalisierung des seit langem insbesondere von den Nicht-Regierungsorganisationen verlangten „strukturierten zivilen Dialogs“ in der Europäischen Union – gewissermaßen als eine Ergänzung des „sozialen Dialogs“ zwischen den Sozialpartnern auf der europäischen Ebene und damit als Erweiterung der Elemente der partizipativen Demokratie als „natürlicher Schwester“ der repräsentativen Demokratie in Europa.

Bei der Lektüre der ersten drei Absätze des Artikels 11 fällt sofort auf, dass eine Vielzahl von Begriffen benutzt wird, die zweifellos und vorrangig einer intensiven Klärung bedürfen – so etwa: „repräsentativ“, „Verbände“, „Zivilgesellschaft“, „offen, transparent und regelmäßig“ sowie „umfangreiche Anhörungen“ und „Betroffene“. Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, wer denn die Definitionshoheit für die genaue Bestimmung und die Inhalte dieser Begriffe haben wird. Kann und darf es die Europäische Kommission sein oder müsste dies in einer paritätisch zu besetzende Kommission (Vertreter der europäischen Zivilgesellschaft und Vertreter der Europäischen politischen Organe) ausgehandelt werden? Bei unlösbarem Dissens wäre schließlich wohl, da es sich um die Interpretation des Unions-Vertrages handelt, der Europäische Gerichtshof zuständig.

Über die Begriffsdefinitionen hinaus sind aber auch weitere sehr wichtige, vermutlich entscheidende Elemente des strukturierten zi-

vilen Dialogs zu explorieren und verbindlich festzulegen: nämlich wer die Agenda des Dialogs sowie Zeit und Ort festsetzt, wie offen der Dialog geführt werden kann (in punkto Teilnahme, Input-Offenheit, Output-Offenheit etc.), wie transparent der Dialog in der Durchführung und in der Umsetzung der Ergebnisse gestaltet sein muss, wie die Finanzierung des gesamten Dialogverfahrens erfolgt, um nur einige wenige speziell zu benennen.

Die Ergebnisse solcher Verhandlungen und Entscheidungen über die notwendigen Elemente und die Qualitätskriterien des „strukturierten zivilen Dialogs“ in der Europäischen Union sollten in einer Art Charta fixiert werden, welche die Grundlage für eine inter-institutionelle Vereinbarung (Inter-institutional Agreement) zwischen den politischen Organen der Europäischen Union – also Europäische Kommission, Rat und Europäisches Parlament – bilden könnte, damit dieser strukturierte zivile Dialog mit allen drei Organen verlässlich unter gleichen Bedingungen und mit gleichen Mindeststandards ablaufen kann.

Überlegungen europäischer Nicht-Regierungsorganisationen zum Zivilen Dialog

Diverse europäische NGO-Netzwerke und Plattformen haben sich bereits bei ihren Forderungen für, in Erwartung von und im Hinblick auf die Umsetzung von Artikel 11 zur partizipativen Demokratie in der Europäischen Union genaue Vorstellungen von Einzelaspekten dieser Beteiligung gemacht. Hier sollen dafür exemplarisch nur zwei Beispiele vorgeführt werden. Sie stammen von der Social Platform und von CEDAG, die bereits im Abschnitt „Einige Beispiele zivilgesellschaftlicher Organisationen auf EU-Ebene“ skizziert wurden.

Die *Sozialplattform* hat schon im Jahr 2007 mit einem intensiven Austausch im Kreis all ihrer Mitgliedsorganisationen zum Thema „Wie kann ein effektiver Dialog zwischen der Europäischen Union und zivilgesellschaftlichen Organisationen etabliert werden?“ begonnen.

Im Dezember 2009, also rechtzeitig zum Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags mit seinem Artikel 11 zur Partizipativen Demokratie, wurden dann im Rahmen einer Konferenz in Brüssel die Ergebnisse dieses Diskussionsprozesses vorgestellt. Sie resümieren sich in insgesamt 14 Empfehlungen.

Sieben dieser Empfehlungen beziehungsweise Forderungen, die im Einzelnen genau begründet werden, richten sich an die europäische politische Entscheidungsebene und lauten:

- Abschluss einer inter-institutionellen Vereinbarung zum zivilen Dialog auf EU-Ebene,
- Verabschiedung konkreter Richtlinien zum zivilen Dialog,
- einen Europäischen Status für europäische zivilgesellschaftliche Organisationen,
- übergreifende sektorielle minimale Standards hinsichtlich der Finanzierung von NGOs,
- klare Verantwortlichkeiten in den Bereichen und der Gesamtheit der EU-Kommission,
- Reform des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses,
- öffentliches und benutzerfreundliches Verzeichnis (Database) der zivilgesellschaftlichen Organisationen auf europäischer Ebene.

Die sieben weiteren Empfehlungen sind an die europäischen Netzwerke der zivilgesellschaftlichen Organisationen im Sozialbereich, also insbesondere die Mitglieder der Sozialplattform selbst, adressiert – und zwar wie folgt:

- Verpflichtung zur Transparenz und zur guten Governance,
- Diversität, Offenheit für alle und Geschlechtergleichstellung in Strukturen und Politiken,
- Definition von Kriterien der Repräsentativität der zivilgesellschaftlichen Akteure,
- Stärkung der Zusammenarbeit mit der nationalen Ebene im Hinblick auf europäische politische Prozesse,

- Unterstützung der nationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen in ihrer Advokatenrolle,
- Verpflichtung zu ethischen Finanzierungsstrategien,
- Verpflichtung zu sozialem und umweltrepektierendem Verhalten.
- Vorlage eines „Grünbuches“ (Dokument mit Einladung zur Stellungnahme) zum Thema „Strukturierter zivilgesellschaftlicher Dialog als wichtige Komponente der Umsetzung von Artikel 11 des Lissabon-Vertrages, incl. ‚Europäisches Bürgerbegehren‘“.

CEDAG seinerseits hat unmittelbar nach einer Konferenz im Februar 2010, also etwa zwei Monate nach Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages, zum Thema „The missing link“ („Das fehlende Bindeglied“) eine Publikation mit dem Titel „Auf dem Weg zu einem strukturierten Rahmen für den Europäischen Zivilen Dialog“ veröffentlicht. Darin wird nach Abhandlung der Begriffsfragen „Was ist organisierte Zivilgesellschaft?“ und „Was ist europäischer ziviler Dialog?“ ebenfalls ein Katalog von Forderungen und Empfehlungen vorgestellt und erläutert. Diese umfassen:

- Europäisches Statut für zivilgesellschaftliche Organisationen,
- Identifizierung der Akteure im europäischen zivilgesellschaftlichen Dialog,
- Vereinbarung über die Kriterien zur Teilnahme an diesem Dialog,
- institutioneller Rahmen für den europäischen zivilgesellschaftlichen Dialog,
- zentrale Kontaktstellen (Focal points) für den zivilgesellschaftlichen Dialog in den europäischen Institutionen,
- Schaffung strukturierter vertikaler zivilgesellschaftlicher Dialoggruppen bei der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und dem Rat mit den Netzwerken,
- permanenter inter-institutioneller Mechanismus für transversalen zivilgesellschaftlichen Dialog - inklusive angemessener Finanzierung,
- jährliche Konferenz für die organisierte Zivilgesellschaft mit allen EU-Organen über die politische Agenda der Europäischen Union,

Ein Fazit und Perspektiven

Wie leicht festzustellen ist, gibt es zwischen den beiden exemplarischen Forderungs- und Empfehlungskatalogen vorwiegend Schnittmengen, die zum Ausdruck bringen, dass die Vorstellungen der europäischen NGO-Netzwerke und Plattformen weitgehend in dieselbe Richtung gehen und zum großen Teil identisch sind. Dies, wenn nachdrücklich und immer wieder vorgebracht, sollte die Organe der Europäischen motivieren, sich den Forderungen der europäischen NGOs bald zu stellen und mit diesen in „Verhandlungen auf Augenhöhe“ zu treten (etwa in dem bereits vorgeschlagenen „Paritätischen Ausschuss“), um die im Lissabon-Vertrag gemachten Versprechen zeitnah und angemessen einzulösen.

Dabei sollte sorgfältig bedacht werden, dass es sich immerhin in der Europäischen Union mit ihren 27 Mitgliedstaaten um rund 500 Millionen Bürger handelt, die an der Gestaltung der Zukunft der europäischen Gesellschaft teilhaben sollten - und zwar direkt als Bürger sowie über die von ihnen gegründeten, getragenen oder legitimierten zivilgesellschaftlichen Organisationen. Aus einem „Europa der Staaten“ muss ein wirkliches „Europa der Bürger“ werden.

Es darf sich also nicht um den Versuch der Verfeinerung von Methoden zur Bändigung oder Beruhigung der organisierten Zivilgesellschaft in Europa handeln, sondern um das einsichtige und verantwortliche Verständnis, dass es unverzichtbar zu den Werten und den Zielen der Europäischen Union gehört, das bürgerschaftliche Engagement, und zwar insbesondere das kritisch politische, nachdrücklich zu fördern und die notwendigen Rahmenbedingungen für eine gute, dauerhafte und in

ihrer Wirkung effektive Arbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen, insbesondere der NGOs, auf allen Ebenen zu gewährleisten. Zu diesen Rahmenbedingungen gehören insbesondere politische, finanzielle, strukturelle und prozedurale Aspekte, die holistisch miteinander zu verknüpfen sind.

Der Charme, der in der Umsetzung des Prinzips der partizipativen Demokratie in der Europäischen Union liegt – mittels des Artikels 11 des Lissabonner Vertrags und möglichst seiner späteren Ausfeilung – besteht darin, dass dies die Hoffnung beinhaltet, ein Trickle-down-Effekt werde längerfristig dafür sorgen, dass die auf europäischer Ebene entwickelten Grundsätze und Standards auch im Kontext der Mitgliedstaaten ihre Wirkung entfalten. Keiner der 27 Länder in der Europäischen Union kann derzeit in Anspruch nehmen, als ein System mit wahrhaft bürgergesellschaftlicher Beteiligung zu gelten. Da ist in allen Fällen, wenn auch in unterschiedlicher Art und Weise, noch viel nachzuholen.

„Europa“ als Idee und Wert könnte – und wird hoffentlich – auch in diesem Bereich noch eine entscheidende Vorreiterrolle spielen und maßgeblich bei der Schaffung einer modernen demokratischen europäischen Gesellschaft auf allen Ebenen mitwirken. Ist es denn vermessen anzunehmen, dass in der globalisierten Welt nicht letztlich die Wirtschaftskraft den Lorbeerkrantz und die Anerkennung der Menschen im Wettbewerb der Gesellschaften einbringt, sondern die konkrete Umsetzung der propagierten Werte und Ziele, die den Menschen, seine Teilhabe, sein Wohlergehen und sein Glück in den Mittelpunkt stellen?

Dirk Jarré ist Lehrbeauftragter an der FH JOANNEUM Graz. Als Leiter des Arbeitsbereichs Internationales beim Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge war er Mitbegründer zahlreicher europäischer Netzwerke wie CEDAG oder der European Social Platform.

Europa eine Seele geben – Eine Herausforderung für die Städte und Regionen und für ihre BürgerInnen

Brigitte Russ-Scherer

„Europa interessiert die Jungwähler nicht“, so übertitelte der Berliner „Tagesspiegel“ (9. Juni 2009) den Bericht über die Analyse der Wahlergebnisse bei der letzten Europawahl. Nur 35,1 Prozent der Berliner machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch, bei den 18-21-jährigen sogar nur 23,6 Prozent. Dabei beurteilen – laut Eurobarometer (Herbst 2009) – immerhin 60 Prozent der Deutschen die Mitgliedschaft in der EU positiv und 57 Prozent glauben, dass Deutschland davon profitiert, Mitglied in der EU zu sein.

Allerdings haben nur 47 Prozent der Deutschen ein positives Bild von der EU. Auch

bei der Frage „Demokratie und Europa“ ist eine kritische Haltung sichtbar: Nur 57 Prozent sind mit den demokratischen Prozessen in der Europäischen Union zufrieden, noch weniger übrigens, nämlich 48 Prozent, mit denen in Deutschland. Und wer bei Wahlveranstaltungen, an Infoständen oder am Stammtisch das Thema Europa anspricht, spürt deutlich, wie gering das Interesse daran ist und wie tief die Vorurteile verankert sind. Hinzu kommt, dass die Distanz zwischen den Abgeordneten des Europäischen Parlaments und den Bürgern vor Ort oft sehr groß und die Zahl der Bürgerinnen und Bürger, die sich aktiv

für Europa engagieren, vergleichsweise klein ist.

Dies alles zeigt, dass die große „europäische Idee“ viel von ihrer ursprünglichen Faszination verloren hat und unsere Gesellschaft in Sachen Weiterentwicklung Europas vor einer großen Herausforderung steht.

Initiative „A Soul for Europe“

Vor dem Hintergrund der schwächer gewordenen Überzeugungskraft der großen europäischen Idee hat die Stiftung Zukunft Berlin im Jahre 2004 die Initiative „Europa eine Seele geben“ ins Leben gerufen, deren Ziel es ist, dem Europa der Institutionen ein „Europa der Bürger“ entgegenzusetzen. Hierfür soll die europäische Kultur stärker genutzt werden. Die Initiative besteht aus einem internationalen Netzwerk, das getragen wird von einer Strategieguppe, einem Kreis von über 50 jungen Europäern, allesamt engagierte Vertreter der Zivilgesellschaft, unterstützt von einem hochkarätig besetzten Beirat und einer parlamentarischen Arbeitsgruppe, die eine Brückenfunktion zwischen der Zivilgesellschaft und den politischen Entscheidern wahrnimmt.

Die Initiative hat inzwischen den Status einer „European Economic Interest Grouping“ mit Sitz in Brüssel und führt offiziell nur noch den englischen Namen „A Soul for Europe“. Die Initiative macht ihren Einfluss auf verschiedenen politischen Ebenen geltend, veranstaltet an unterschiedlichen Orten in Europa regelmäßig Konferenzen mit Vertretern aus der Politik und aus der Zivilgesellschaft und hat darüber hinaus eine Reihe von Projekten angestoßen, um ihren Zielen Nachdruck zu verleihen, darunter auch das Projekt „Städte und Regionen“.

Die Kultur als Ansatzpunkt – Städte und Regionen als Partner

„Wo ist die große und gute Idee von Europa am lebendigsten?“ – Mit dieser Frage hat sich der Filmregisseur Wim Wenders (Einführung Leitfaden „Städte und Regionen – Ihr kultureller Auftrag für Europa und seine

Umsetzung“) beschäftigt und fasst zusammen:

„Überall wo Europa repräsentiert wird als ökonomisches Gebilde, als Interessenvertretung für Wirtschaft und Finanzen, da ist es für seine Bewohner selbst leblos (lieblos) geworden. ...Verträge zwischen Regierungen schaffen keine Emotionen, schon gar keine Utopie, machen nicht Lust, weder auf Europa, noch auf seine Zukunft. Europa ist eine Seelenlandschaft. Oder besser: will eine werden. Aber wo ist seine Seele? Wo schlägt sein Herz, ...wenn nicht da, wo „die Europäer“ leben!? Und wo leben die? In den ältesten Einheiten unseres Kontinents, in seinen Regionen. Überall da, wo ein Akzent gesprochen wird. Wo es eine Küche gibt mit eigenen Geschmäckern. Wo es Marktplätze gibt mit eigenen Früchten. Wo es ein eigenes Wetter gibt. Wo es ein eigenes Licht gibt. Wo eigene Lieder gesungen werden. Wo eigenen Geschichten erzählt werden. ... So wie alle diese wunderbaren europäischen Gegenden ihre Eigenheiten behalten können unter dem starken Schutz von Europa, so sehr braucht Europa auch seine Regionen als seine Urzellen, seinen harten Kern, um sich zu behaupten und zu sich selbst zu finden. In seiner Kultur. Wo sonst?“

Auch die Initiative „A Soul for Europe“ ist überzeugt: Es gibt sie noch, die Faszination „Europas“. Wir erleben sie, wenn wir auf die Städte und Regionen schauen und uns ihre kulturellen Leistungen vor Augen führen. Die Initiative hat sich deshalb intensiv mit der Frage auseinandergesetzt hat, welche Verantwortung den Städten und Regionen beim europäischen Einigungsprozess zukommt, welche Rolle sie spielen, und welche Ansatzpunkte es gibt, ihr Handeln für Europa stärker wirksam werden zu lassen.

Gemeinsam mit Praktikern aus den Städten hat die Initiative „A Soul for Europe“ im Rahmen des Projektes „Städte und Regionen“ einen Leitfaden erarbeitet, der sich an die politischen Entscheidungsträger in den Städten und Regionen richtet. Gegenstand dieses Leitfadens ist der kulturelle Auftrag der Städte

und Regionen für Europa und seine Umsetzung. Dieser kulturelle Auftrag ergibt sich aus Folgendem: Die europäische Kultur ist es, die die Seele Europas ausmacht. Dabei ist von einem weiten Kulturbegriff auszugehen, der neben der Kunst und Kultur im engeren Sinne auch Bereiche wie u. a. die Funktion und Nutzung öffentlicher Räume, die Medien, das Rechtswesen, die Organisation der Arbeit und die Sprachen mit umfasst. Diese Kultur im weitesten Sinne ist lebendig in den Städten und Regionen. Verantwortlich dafür sind nicht die Institutionen auf europäischer Ebene, sondern die Städte und Regionen in eigener und unmittelbarer Zuständigkeit – und zwar nicht nur die Kulturabteilungen, sondern alle Ressorts. Die Kultur wird von ihnen geprägt und mitgestaltet. Die Städte und Regionen handeln dabei nicht nur lokal und regional, sondern europäisch. Es liegt damit auch in ihrer Hand, die Kultur als Motor des Europäischen Integrationsprozesses zu stärken und dafür zu sorgen, dass „Europa“ mit Hilfe der Kultur zu einer Sache der Bürger wird.

Strategie der Europäisierung: Von der kulturellen Diversität bis zu Europas Gedächtnis

Der Leitfaden geht davon aus, dass die Städte und Regionen ihren europäischen Auftrag nur dann wahrnehmen können, wenn sie ihr kulturelles Potential in der ganzen Bandbreite mobilisieren; dabei ist nicht entscheidend, was eine Stadt bzw. eine Region an Kultur besitzt, sondern was sie mit ihrem Besitz und ihrem Potential macht. Hierzu bedarf es einer klaren Strategie, die der Kultur die nötigen Freiräume in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen schafft und eine Vernetzung der lokalen und regionalen Aktivitäten auf europäischer Ebene ermöglicht. Um die Städte und Regionen bei der Entwicklung einer solchen Strategie der stärkeren Europäisierung zu unterstützen, enthält der Leitfaden eine ausführliche Beschreibung der Kulturleistungen, die europäisch wirksam werden können. Hierzu werden verschiede-

ne Tätigkeitsfelder unterschieden, in denen sich Städte und Regionen europäisch profilieren können. Keine Stadt wird auf allen Feldern gleichermaßen stark sein, aber jede Stadt bzw. Region kann in einem oder mehreren Feldern ihren Beitrag zu Europa leisten.

Zur Klassifizierung der Kulturleistungen werden folgende sechs Felder unterschieden: Zum einen ein herausragendes kulturelles Profil – hierunter fallen z.B. die Stadt Ferrara, der es eindrucksvoll gelungen ist, einen alten Industriestandort zu einem Ort der Kulturproduktion zu entwickeln, oder die Berliner Philharmoniker mit ihrer beispielhaften Botschafter-Funktion. Zweitens Europas Gedächtnis – hierzu gehören z.B. Orte der transnationalen europäischen Erinnerung wie Auschwitz oder das Brandenburger Tor. Drittens der Aspekt der kulturellen Diversität – darunter fallen der „Tag des Dialogs“ in Rotterdam ebenso wie der Berliner „Karneval der Kulturen“, die jeweils Ausdruck sind für eine wesentliche Kulturleistung, nämlich der gesellschaftlichen Integration von Menschen unterschiedlicher Kulturen. Desweiteren Konversion und Stadtbau – Zeche Zollverein oder die Speicherstadt Hamburg sind Beispiele, die zeigen, wie fundamentaler Strukturwandel exemplarisch gelingen kann. Fünftens Grenzlandschaften – die deutsch-polnische Grenzstadt Guben-Gubin lässt erleben, wie durch grenzüberschreitende Kooperationen neue Möglichkeiten und Verbindungen geschaffen werden. Und *last but not least* das Europäische Kulturerbe, das sich in unterschiedlichen Formen manifestiert, nicht nur in bedeutenden Bauwerken der unterschiedlichen Stilepochen, sondern auch in allgemeinen Lebensformen, Religionen, Festen, Sitten und Gebräuchen, weshalb hierzu nicht nur die Route der Backsteingotik oder die Brücke von Mostar zu rechnen sind, sondern auch das Dudelsackfestival der keltischen Völker oder die großen baltischen Sänger- und Tanzfeste.

Europa der Bürger – Städtepartnerschaften als Plattform

Die im Leitfaden ausführlich dargelegten Beispiele zeigen, wie vielfältig und reich Europa ist, wenn wir unseren Blick auf die lokale und regionale Ebene richten. Doch die Städte und Regionen sind nicht nur wegen ihrer originären Zuständigkeit für die Kultur ein wichtiger Akteur im europäischen Einigungsprozess. Ihnen kommt beim Aufbau der europäischen Zivilgesellschaft auch deshalb eine entscheidende Rolle zu, weil sie – anders als die nationale oder gar die europäische Ebene – über langjährige, breite Erfahrungen in Sachen Bürgerengagement und Partizipation verfügen. Wenn es gelingt, den Aufbau einer europäischen Zivilgesellschaft zu einem Anliegen der Städte und Regionen zu machen und die zivilgesellschaftlichen Kräfte in den Kommunen dafür zu begeistern, wird die Idee eines „Europas der Bürger“ starke Verbündete erhalten und damit einen spürbaren Aufwind bekommen.

In diesem Zusammenhang sollten die bereits vorhandenen europäischen Netzwerke der Städte näher betrachtet werden. Für die zahlreichen Städtepartnerschaften in Europa könnte es spannend sein, sich nach der überzeugenden Versöhnung und dem Aufbau freundschaft-

licher Kontakte in den nächsten Jahren der gemeinsamen Gestaltung Europas zuzuwenden und eine aktive Rolle beim Aufbau eines transparenten und bürgernahen Europas zu übernehmen. Wie groß das Potential ist, das in den Städtepartnerschaften steckt, zeigt ein Vergleich der Zahlen: Es gibt 736 Europaabgeordnete, davon 99 aus Deutschland; dagegen gibt es alleine in Baden-Württemberg 505 deutsch-französische Städtepartnerschaften, in ganz Deutschland sogar über 2000. Diese Verbindungen aktiv zu nutzen, sollte ein Anliegen aller sein. Hier kann sich jeder engagieren, aktive Bürger genauso wie Gemeinderäte, Bürgermeister, Abgeordnete und natürlich auch die Parteigliederungen vor Ort. Auf dass es gelingt – wie es der frühere Bundespräsident Roman Herzog 1995 vor dem Europaparlament gefordert hat – ein Europa zu schaffen, das sich wirklich als „das Europa der Bürger“ versteht und dies nicht nur von sich behauptet.

Brigitte Russ-Scherer war von 1999 bis 2007 Oberbürgermeisterin der Universitätsstadt Tübingen. Sie ist Rechtsanwältin und lebt inzwischen in Berlin. In der Initiative „A Soul for Europe“ engagiert sie sich für das Projekt „Städte und Regionen“.

Macht Engagement politisch?

Bürgerschaftliches Engagement im Kontext von politischer Sozialisation zu sehen ist folgerichtig. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie JEPS - Jugend, Engagement und politische Sozialisation. Rund 2.400 Jugendliche im Alter von 14 und 15 Jahren wurden für das Forschungsprojekt im Zeitraum von Oktober 2010 bis Januar 2011 befragt. Beinahe die Hälfte der Befragten war ehrenamtlich engagiert, was jedoch nach Schulform variiert - während sich unter GymnasialschülerInnen jedeR Zweite engagierte, waren es bei HauptschülerInnen nur etwa jedeR Dritte. Die Studie zeigt, dass das Engagement das Selbstwertgefühl der Jugendlichen steigert. Deutlich wurde auch, dass bürgerschaftlich engagierte Jugendliche sich stärker als Teil einer Gesellschaft begreifen, deren Mitgestaltung ihnen auch für die Zukunft als wichtig erscheint - auch als Erwachsene, so die Studie, möchten sie gesellschaftlich aktiv sein.

Die Studie ist kostenfrei zugänglich über den Online-Publikationsserver der Universität Würzburg (www.opus-bayern.de/uni-wuerzburg, Stichwortsuche nach „JEPS“).

Extremismusklausel - Kultur des Verdachts

Mit Beginn diesen Jahres müssen Vereine, Stiftungen und Initiativen, die beim Bundesfamilienministerium Fördergelder für Projekte beantragen, die gegen Rassismus, Antisemitismus und Neonazis gerichtet sind, die so genannte „Extremismusklausel“ unterzeichnen. Neben einer Zustimmung zur freiheitlich demokratischen Grundordnung müssen die Einrichtungen in einem zweiten Teil mit der Unterzeichnung versichern, dass sich auch ihre sämtlichen Projektpartner gemäß dem Grundgesetz verhalten. Dieser Part wird von vielen Einrichtungen als Aufforderung zum Ausspionieren aufgefasst - wie bspw. die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) unterzeichnen sie die Extremismusklausel nicht. Es werde eine Kultur des Verdachts gepflegt, man fühle sich an die Verpflichtungserklärung der

Stasi erinnert, so die betroffenen Vereinigungen. Verbunden ist die Weigerung, die Klausel zu unterzeichnen, mit finanziellen Einschränkungen, der Handlungsspielraum der betroffenen Initiativen ist durch die fehlenden Mittel oftmals merklich eingeschränkt. Inzwischen wird die Klausel - offiziell bezeichnet als Satz 2 und 3 der Demokratieerklärung - auch in (bundes)politischen Zirkeln wieder rege diskutiert: Das Land Berlin, in Person des stellvertretenden Berliner Bürgermeisters Harald Wolf, hatte eine Rücknahme der Erklärung gefordert, was nun im Bundesrat stark debattiert wird. Wegweisend könnte in dieser Sache die Stadt Hamburg sein. Hier einigte sich die Grün-Alternative-Liste (GAL) mit der SPD darauf, alle finanziellen und rechtlichen Konsequenzen, die für die betroffenen Einrichtungen durch das Nicht-Unterzeichnen der Klausel entstehen, zu tragen. Sollte es zu Zahlungsrückforderungen oder Rechtsstreitigkeiten kommen, wären die Initiativen in Hamburg, die die Unterschrift verweigert haben, entsprechend geschützt.

Weitere Infos unter www.mut-gegen-rechte-gewalt.de. Dort findet sich auch ein Interview mit Ulrich Battis von der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin zur verfassungsrechtlichen Einordnung der Klausel (www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/debatte/interviews/zu-unbestimmt-und-ungeeignet-1672/).

Bewegungstagung in Frankfurt

Zum „Scheitern und Gelingen sozialer Bewegungen“ diskutierten 140 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der von der Bewegungsstiftung initiierten Tagung vom 19. bis 21. Juni 2011 in Frankfurt. Wie der Erfolg von sozialen Bewegungen überhaupt bewertet werden kann, wann eine Kampagne scheitert, welche Instrumente greifen oder welche Themen sich besser durchsetzen, wollte diese Tagung klären. Auf den Internetseiten der Stiftung sind zentrale Vorträge der Veranstaltung, so etwa der Auftaktvortrag von Roland Roth, „Was ist Erfolg? Wie kann Erfolg gemessen werden?“,

einsehbar: www.bewegungstagung.de/index.php?id=10312.

Das Forschungsjournal Soziale Bewegungen wird die Tagung mit einem eigenen Themenheft (1/2012) dokumentieren.

Handbuch Alternativmedien

Die Anzahl alternativer Medien im deutschsprachigen Gebiet ist durchaus beachtlich, sonderlich bekannt sind die meisten jedoch nicht. Abhilfe schafft das von der Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK) veröffentlichte Handbuch der ALTERNATIVmedien 2011/2012. Im diesjährigen Band sind Adressen und Informationen zu rund 700 in Deutschland, Österreich und der Schweiz erscheinende Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht. Erstmals führt das Handbuch Adressen von Freien Radios, Archiven und Bibliotheken auf sowie von 220 unabhängigen Verlagen. Sortiert nach Sachgebieten, Orten und

Alphabet bietet dieses Nachschlagewerk eine gute Hilfe zur Recherche. Ein redaktioneller Teil mit wissenschaftlichen und politischen Texten setzt sich mit dem Stand und den Perspektiven linker und alternativer Medien auseinander und stellt innovative Medienprojekte vor. Der von Bernd Hüttner, Christiane Leidinger und Gottfried Oy herausgegebene Band kann für 22 Euro über die Internetseite der Arbeitsgemeinschaft (www.agspak.buecher.de) bestellt werden.

Darüber hinaus sind die Webadressen der im Handbuch dargestellten Medien auf einer eigens eingerichteten Internetseite nach Sachgebieten recherchierbar (www.alternativmedien.org).

Hüttner, Bernd/Leidinger, Christiane/Oy, Gottfried (Hg.) 2011: Handbuch der ALTERNATIVmedien 2011/2012. Printmedien, Freie Radios & Verlage in der BRD, Österreich und der Schweiz, 279 S., 22 Euro.



Berlin subversiv

Wer einen Besuch der Hauptstadt plant oder aber als AlteingesseneR Berlin noch einmal von einer anderen Seite kennenlernen möchte, sei auf die neue Stadttouren „BERLIN SUBVERSIV“ hingewiesen. Die in englischer und deutscher Sprache angebotenen Touren führen an geschichtsträchtigen Stätten von Protest und Widerstand durch Mitte, Kreuzberg, Prenzlauer Berg oder Neukölln. Eine Führung – zum Beispiel durch Kreuzberg unter dem Motto „Vom roten Südosten zur freien Republik“ – dauert etwa zweieinhalb Stunden und kostet 12 Euro. Auf den Seiten des Projekts findet man neben weiteren Informationen und den kommenden Tourterminen auch ein Radiointerview mit den InitiatorInnen. www.berlin-subversiv.de.

Stoppt die e-Card

Bereits im Januar 2006 sollte die sogenannte „Gesundheitskarte“ die bisherige Versicherungskarte der Krankenkassen ersetzen. Grundlegend neu sind der Abdruck eines Lichtbildes des Karteninhabers sowie der Kartenchip, der neben den zur Identifizierung notwendigen personenbezogenen Daten auch medizinische Daten – von ärztlichen Verordnungen über Informationen zu Medikamentenunverträglichkeit bis hin zur gesamten (elektronische) Patientenakte – speichern kann. Zunächst scheiterte die Einführung vor allem wegen technischer Probleme, auch im Bereich der Datensicherheit, inzwischen sind jedoch auch die gesellschaftlichen Widerstände gegen die Karte enorm: Der Deutsche Ärztetag sprach sich wiederholt gegen eine Einführung aus, die mit der Einführung zu erwartenden Kosten sind nicht klar absehbar, vermutlich jedoch recht erheblich, und Datenschützer warnen eindringlich vor der Etablierung eines gläsernen Patienten.

Besonders skeptisch gesehen wird der Tatbestand, dass man als KartenbesitzerIn nicht ohne Weiteres in der Lage sein wird, die auf der Karte gespeicherten Daten zur Krankengeschichte nach eigenem Dafürhalten ggf. zu

löschen oder überhaupt einzusehen. Aktuell liegt die Gesundheitskarte auf Eis, von der bundespolitischen Agenda gestrichen ist sie nicht – dies fordert die Aktion „Stoppt die e-Card!“, auf deren Internetseiten weitere Informationen sowie eine Online-Petition zu finden ist. www.stoppt-die-e-card.de.

gorleben365

Die Kampagne „gorleben365“ hat es sich zum Ziel gemacht, an möglichst vielen Tagen im Jahr das Endlager-Bergwerk Gorleben zu blockieren und so den Baustellenverkehr zu behindern. Mit Start am 14. August 2011 werden an den vier Eingangstoren zum Salzstock unterschiedliche Projekte angeboten und Programme durchgeführt, wie etwa Blockadetrainings, Rechtshilfeworkshops oder Konzerte. Die Kampagne ist eine gemeinsame Aktion der „KURVE Wustrow Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion“ und von „X-tausendmal quer – gewaltfrei und ungehorsam gegen Castor und Atomkraft“. Auf den Seiten von [gorleben 365](http://gorleben365.de) (www.gorleben365.de) sind Informationen zu Gorleben, zu den Initiatoren sowie zu den geplanten Aktionen versammelt.

Nachwuchspreis der „Arbeitsstelle Neonazismus“

Erstmalig lobt die an der Fachhochschule Düsseldorf angesiedelte „Arbeitsstelle Neonazismus“ – Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA) – in diesem Jahr den FORENA-Nachwuchspreis aus. Ausgezeichnet werden Studienabschlussarbeiten und Dissertationen in deutscher Sprache, die sich im weiteren Sinne mit zeitgenössischen Phänomenen wie völkischem Nationalismus, der extremen Rechten, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder Rechtspopulismus nach 1945 befassen. Die Auszeichnung, die in Zukunft alle zwei Jahre verliehen werden wird, ist mit 1.000 Euro für den ersten und 500 Euro für den zweiten Preis dotiert. Akzeptiert werden Arbeiten, die nach dem 30.09.2009 als Qualifikationsarbeit eingereicht worden sind.

AbsolventInnen können sich selbst bewerben oder von HochschullehrerInnen vorgeschlagen werden. Eine unabhängige Jury bewertet Originalität und wissenschaftliche Relevanz der Arbeiten sowie das Niveau der wissenschaftlichen Analyse. Abgabefrist ist der 30.11.2011. Weitere Informationen zur Preisvergabe unter www.arbeitsstelle-neonazismus.de/news_more.php?ind=134.

Die 1987 von Christiane Rajewsky gegründete und seit März 2010 von Fabian Virchow geleitete Einrichtung beobachtet rechtsextreme Aktivitäten, erforscht ideengeschichtliche Hintergründe von Nazismus sowie zeitgenössische Formen des Rassismus und gibt Informationen und praktische Hilfe zum Umgang mit der extremen Rechten.

Recht auf Stadt

Freiburg hat eine neue „Freiraum-Show“: Unter dem Motto „Freiburg sucht den Supersquat“ läuft aktuell eine Online-Sendung, die sich dem Aufspüren von leer stehendem Wohnraum in Freiburg widmet, das für unkommerzielle Zwecke besetzt werden könnte. In jeder Episode werden zwei potenzielle Squats – also besetzbarer Wohnraum – präsentiert und gleichzeitig die Freiburger Stadtplanung einer kritischen Würdigung unterzogen. Unter <http://supersquat.org> kann man die Episoden ansehen und für seinen Lieblingssquat stimmen. Hintergrundinformationen zu den Recht-auf-Stadt-Bewegungen u.a. in Berlin, Hamburg und Bremen, einen Überblick über kommende Aktivitäten sowie allgemeine Artikel bietet der Wiki <http://wiki.rechtaufstadt.net>.

Erster Gleichstellungsbericht

Am 15. Juni 2011 hat das Bundeskabinett eine Stellungnahme zum Gutachten der unabhängigen Sachverständigenkommission „Neue Wege – gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf“ beschlossen. Die vom Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) erarbeitete Stellungnahme bildet nun zusammen mit dem Gutachten den ersten Gleichstellungsbericht. Der Bericht vergleicht

systematisch Lebensphasen und Lebensläufe von Männern und Frauen und stellt heraus, welche Gleichstellungspolitik sich bewährt hat und in welchen Bereichen Verbesserungen angebracht sind. Auf Grundlage der Untersuchung soll insbesondere der gleichstellungspolitische Handlungsbedarf an den Übergängen zwischen einzelnen Lebensphasen identifiziert werden – so etwa bei der ersten beruflichen Orientierung, bei der Familiengründung oder beim Wiedereinstieg in den Beruf. Gutachten wie Stellungnahme sind auf den Internetseiten des BMFSFJ als pdf-Datei zur freien Verfügung bereitgestellt unter www.bmfsfj.de/BMFSFJ/gleichstellung_did=172978.html.

Soziale Gerechtigkeit trotz Eurokrise

„Europa braucht einen Richtungswechsel“ – konstatieren die EU-Abgeordneten Sven Giegold (Bündnis 90/Die Grünen) und Udo Bullmann (SPD) und haben unter diesem Titel einen fraktionsübergreifenden Aufruf für eine neue, europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik gestartet. Angesichts der inzwischen sogar die Existenz des Euros bedrohenden Krise ist zu befürchten, dass die nun anstehenden Regelungen zur Stabilisierung des Euros maßgeblich auf Kosten der sozial Schwachen gehen werden. Die bislang zur wirtschaftspolitischen Steuerung eingebrachten Gesetzesvorschläge, so die Initiatoren des Aufrufs, „stellen in beispielloser Weise die Prinzipien unserer Wertegemeinschaft in Frage: Solidarität, soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und nachhaltige Entwicklung.“ Die weltweite Finanzkrise hat die europäischen Staatshaushalte schwer belastet; der öffentliche Sektor trägt hierfür zwar eine Mitschuld, zentral sei aber das Agieren des Privatsektors, der von wachsender Lohnungleichheit, exzessiver Verschuldung und verantwortungsloser Finanzwirtschaft gekennzeichnet sei. Dies müsse realisiert werden und in die Entscheidungen des Europäischen Parlaments einfließen und produktive öffentliche Investitionen an die Stelle der (bisher avisierten) Sparpolitik treten, so Giegold und Bull-

mann. Der Aufruf ist unter www.changeforeurope.eu u.a. in deutscher, englischer und französischer Sprache nachlesbar und kann dort mitunterzeichnet werden. Zu den Erstunterzeichnern des fraktionsübergreifenden Papiers gehören u.a. Daniel Cohn-Bendit, Sigmar Gabriel, Claudia Roth, die Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes Bernadette Ségol und Jürgen Trittin.

Fürsorgliche Beobachtung?

Im Zweifelsfall war Unverhältnismäßigkeit gegeben, als die Dresdner Polizei bei Antinazi-protesten am 19. Februar 2011 eine weiträumige Funkzellenauswertung (FZA) durchführte und damit Mobilfunkverbindungen tausender Demonstranten, Anwohnern oder auch Passanten der Südvorstadt von Dresden „belauschte“. Neben sämtlichen ein- wie ausgehenden Anrufen und Kurznachrichten wurden auch die exakten Positionsdaten der Handybesitzer erfasst. So konnte von den Betroffenen ein genaues Bewegungsprofil erstellt werden. 20.000 Personen haben an der Demo teilgenommen, 12.000 Menschen leben in dem ausgespähten Bereich. Auslöser der FZA war die Suche nach „bestimmten Personen“, die die Polizei unter den Demonstranten wählte. Verhältnismäßig war dies vermutlich kaum, denn die Strafprozessordnung, die die FZA nur indirekt thematisiert, hält diese nur für zulässig, wenn jede andere Methode der Erfassung aussichtslos sei. Die Anwältin des Bündnis „Dresden Nazifrei“ Kristin Pietrzyk äußerte sich zu den Mitte Juni bekannt gewordenen Vorgängen sehr deutlich und spricht von einer „Rasterfahndung per Handy“. Dies sei nicht nur unverhältnismäßig, sondern auch rechtlich unhaltbar. Umfängliche Informationen zu Funkzellenauswertung sowie zum Thema Datenschutz allgemein bietet das virtuelle Datenschutzbüro (www.datenschutz.de).

Aktives Altern 2012

2012 wird das Europäische Jahr für „aktives Altern und die Solidarität zwischen den Generationen“. Das von der EU-Kommission angestoßene Projekt zielt nicht nur auf gesellschaftliches Engagement ab, sondern nimmt auch die Förderung von Arbeitsbedingungen für ältere Menschen in den Blick. Das europäische Jahr 2012 soll insbesondere PolitikerInnen für Veränderungen in den Bereichen Beschäftigung und Gesundheitswesen ebenso wie IT-Dienstleistung, Erwachsenenbildung und Freiwilligentätigkeit sensibilisieren, die für die Realisierung eines aktiven Alters notwendig sind. Weiteres zum kommenden Europäischen Jahr unter <http://ec.europa.eu/social/cy2012main.jsp?catId=971&clangId=de>.

Friedensgutachten 2011

Das Ende Mai erschienene Friedensgutachten 2011 widmet sich zentral „Europa in der Krise“. Ein weiterer Fokus liegt auf dem „Aufbruch in der arabischen Welt“. Darüber hinaus zieht das Jahrbuch Bilanz hinsichtlich der militärischen Intervention in Afghanistan und weiteren bewaffneten Konflikten und humanitären Katastrophen. Das Gutachten wird jährlich herausgegeben von den fünf deutschen Friedens- und Konfliktforschungsinstituten und erscheint seit 1987.

Weitere Informationen, das Inhaltsverzeichnis sowie einzelne Beiträge finden sich im Wortlaut unter www.friedensgutachten.de. Dort ist auch die Stellungnahme der HerausgeberInnen des Gutachtens nachlesbar.

Johannsen, Margret/Schoch, Bruno/Hauswedell, Corinna/Debiel, Tobias/Fröhlich, Christiane (Hg.) 2011: *Friedensgutachten 2011*. Münster u.a.: Lit Verlag, 404 Seiten, 12,90 Euro.

REZENSIONEN

Die Bewahrung des Sozialstaats als Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft

Everts, Adalbert/Heinze, Rolf G./Olk, Thomas (Hg.) 2011: Handbuch Soziale Dienste. Wiesbaden: VS Verlag.

Nullmeier, Frank 2010: Kritik neoliberaler Menschen- und Gesellschaftsbilder und Konsequenzen für ein neues Verständnis von „sozialer Gerechtigkeit“. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Priller, Eckhard/Alscher, Mareike/Dathe, Dietmar/Speth, Rudolf (Hg.) 2011: Zivilengagement. Herausforderungen für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft. Berlin: Lit.

Die soziale Marktwirtschaft und das Versprechen auf Wohlstand und Chancengleichheit für alle waren identitätsstiftend für die Bundesrepublik Deutschland. Sowohl die SPD als auch die CDU garantierten bis in die 1970er Jahre hinein mit ihrer Politik diese beiden Grundfesten. Doch mit der Erkenntnis, dass Wachstum endlich und Vollbeschäftigung keineswegs selbstverständlich sind, geriet dieses Weltbild ins Wanken. Die sozialen Systeme rutschten in eine Krise, die bis heute noch nicht überwunden ist. Leere öffentliche Kassen machen es nicht mehr ohne weiteres möglich, Defizite in den Sozialversicherungskassen auszugleichen. Der demografische Wandel stellt zudem den Generationenvertrag auf den Kopf, nach dem eigentlich viele junge Menschen für wenige Ältere sorgen sollen. In dieser Dauerkrise singen Politiker gern ein Loblied auf das Ehrenamt. Mit zivilgesellschaftlichem Engagement sollen die Löcher gestopft werden, die die leeren Kassen in das Sozialwesen reißen. Doch dass auch dieses Modell an Grenzen stößt, zeigen die nachfolgend besprochenen Publikationen übereinstimmend.

Neoliberalismus und soziale Gerechtigkeit

Frank Nullmeier setzt sich in seiner Expertise „Kritik neoliberaler Menschen- und Gesellschaftsbilder und Konsequenzen für ein neues Verständnis von ‚sozialer Gerechtigkeit‘“, die er für die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellt hat, damit auseinander, wie soziale Gerechtigkeit heute interpretiert werden kann. Dabei reibt er sich an den führenden Theoretikern des Neoliberalismus, allen voran an Friedrich August von Hayek. Nullmeier macht die Hochzeit des Neoliberalismus in der Zeit von 1998 bis 2008 aus und unterteilt sie in fünf Phasen. Von 1998 bis zum Frühjahr 2005, also in der Zeit der rot-grünen Bundesregierung, beherrschte nach seiner Einschätzung das neoliberale Denken auch die Bundespolitik. Das macht er vor allem an der Agenda 2010 fest. Denn sie ist für ihn das Symbol dafür, den Gerechtigkeitsbegriff, wie er bislang vorherrschte, „zu überprüfen und stärker auf eine Marktgemeinschaft abzustellen“ (8). Dies führte dazu, dass der Gerechtigkeitsbegriff fortan mit Beinamen versehen wurde wie soziale Gerechtigkeit, Generationen- oder Teilnahmegerechtigkeit. „Diese Pluralisierung der Gerechtigkeitsbegriffe bot die Möglichkeit der wechselseitigen Relativierung von Gerechtigkeiten, so konnte zum Beispiel der Vorrang der Generationen- vor der Verteilungsgerechtigkeit eingefordert werden“, argumentiert Nullmeier (8).

Der Niedergang der rot-grünen Regierung und die Große Koalition ermöglichten eine Form der Kapitalismuskritik, die Nullmeier an der Metapher der Heuschrecken festmacht. Diese Kritik verschärfte sich mit der Finanzkrise und deren offenem Ausbruch im September 2008 und ermöglichte eine Rückkehr zum Keynesianismus. Erst die Opel-Krise, bei der es um die Rettung eines einzelnen Unternehmens ging, markierte aus Nullmeiers Sicht einen Wendepunkt. Die Konjunkturprogramme hatten allerdings zu einer Überschuldung der öffentlichen Haushalte geführt, die dem Staat seine Grenzen aufzeigten. Nach der Bundestagswahl

2009 konzentrierte sich Schwarz-Gelb auf eine Klientelpolitik zugunsten bestimmter Branchen und Unternehmen und brach damit auf ihre Art mit der reinen Lehre des Neoliberalismus „als Marktförderung und weniger Staatlichkeit“ (7).

Drei Folgeprobleme

Im Folgenden setzt sich Nullmeier damit auseinander, welche grundlegenden Widersprüche es zwischen dem Gerechtigkeitsbegriff und dem neoliberalen Denkansatz von Hayek gibt. Zunächst konstatiert Nullmeier, dass Märkte nicht das Leistungsprinzip realisieren und sich auch nicht mit dem Begriff der Leistungsgerechtigkeit begründen lassen. „Hayek zeigt, dass die Löhne und Gewinne sich in einer Marktwirtschaft aus der Nachfragesituation ergeben und in keiner Relation zu Verdiensten oder Leistungen stehen.“ (10) Als zweites Problem macht er die „Banalität des Erfolges“ aus. „Das Hayeksche Marktverständnis führt Ungleichheiten auf Erfolg am Markt und diesen wiederum nur auf Zufälle der Nachfrage und Aufmerksamkeit zurück“, so Nullmeier (12). „Eine Substantialisierung der Unterschiede in Verdiensten und Leistung findet gerade nicht statt. Die Hayeksche Argumentation zerstört damit den zentralen Hintergrundglauben einer Leistungsgesellschaft, den Glauben an die durch Leistung gerechtfertigten Unterschiede.“ (12) Weiter argumentiert Nullmeier mit einem Zitat von Norbert Bolz: „Und man muss sich damit abfinden, dass nicht die Anstrengung oder das Talent an sich belohnt wird, sondern das Resultat auf dem Markt. Weder Geschäftserfolg noch Prestige lassen sich aus Verdiensten ableiten.“ (12) Und was letztlich für Nullmeier noch schwerer wiegt: „Die Freiheitsbotschaft, die der Neoliberalismus gegen autoritäre und totalitären Planwirtschaften verkörpert hatte, weicht der Anpassung an Marktrealitäten, die über die Forderung nach mehr Eigenverantwortung bis hin zum Marktfatalismus gesteigert wird. Damit aber steht der Neoliberalismus in Gefahr, seine stärkste Wertbasis zu

verlieren, den Freiheitsbegriff“ (16). Als drittes Folgeproblem macht Nullmeier einen „Markt ohne Loyalitäten“ aus. Dabei arbeitet Nullmeier zunächst das Dilemma heraus, sich als politischer Akteur einerseits mit dem Nationalstaat zu identifizieren, sich andererseits aber auch international im Wettbewerb beweisen zu müssen. In diesem Zusammenhang setzt sich Nullmeier auch mit den Theorien von Thilo Sarrazin auseinander, der sich auf „einen radikalisierten Neoliberalismus“ beruft, „der die Bevölkerungsgruppen in ihrer ökonomischen Nützlichkeit vergleicht“. Dabei bringt Nullmeier Sarrazins Argumentation auf folgenden Nenner: „Werden die Deutschen mengenmäßig ‚gewinnen‘, dann sind auch die Bildungsqualität und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes gesichert. Nimmt dagegen der Anteil der bildungsschwachen Moslems zu, schafft sich Deutschland durch das Schwinden und Verschwinden der Deutschen ab, aber auch durch den Niedergang von Bildung und Wirtschaftskraft.“ (24) Diese drei Folgeprobleme münden laut Nullmeier in einer Motivationskrise der Gesellschaft, sich einzubringen und für das Allgemeinwohl zu engagieren.

Wege zu einem neuen Gerechtigkeitsverständnis

Nullmeier zeigt in seinem Schlusskapitel Wege zu einem neuen Verständnis von sozialer Gerechtigkeit auf. Nullmeier plädiert dafür, den Begriff der sozialen Gerechtigkeit unbedingt beizubehalten. Als Achillesferse des Neoliberalismus macht er die Negierung der Leistungsgerechtigkeit aus. Der Neoliberalismus habe außerdem zunehmend Schwierigkeiten, „seine prinzipielle Unterstützung des Marktes mit dem Begriff der Freiheit in Deckung zu bringen“, so Nullmeier. „Damit bietet sich die Chance, Freiheit und soziale Gerechtigkeit nicht als Gegensätze, sondern Freiheit als Kern sozialer Gerechtigkeit zu definieren.“ (30) Freiheit brauche allerdings auch einen Bezugsrahmen. Hier fordert Nullmeier „eine gleichzeitige Ausrichtung auf mehrere politische Ebenen

(...): die nationale, die EU-Ebene, die Weltebene“ (30). Nullmeier stellt auch einen direkten Zusammenhang zwischen Grundrechten und Freiheitsrechten her: „Grundrechte sind nun eine Anforderung zur Herstellung der sozialen Voraussetzungen zur Nutzung der Freiheitsrechte. (...) Als Teilhaberecht interpretiert, gewähren Grundrechte Ansprüche auf jene staatlichen Leistungen oder Interventionen, die erforderlich sind, um an der Nutzung von Freiheitsrechten überhaupt teilhaben zu können.“ (33) Nullmeier hebt auch den Zusammenhang zwischen Teilhabe und Integration hervor und bedauert, dass der Begriff der Integration „ganz auf die Debatte um Migration, Islam, Multikulturalismus, Bildung, deutsche Sprache, Staatsangehörigkeit etc. festgelegt ist.“ (35) Er fordert deshalb eine Verbindung von Leistungs- und Integrationsbereitschaft: „Soziale Gerechtigkeit kann aber nur auf der Gegenseitigkeit in Leistungs- und Integrationsbereitschaft beruhen und das schließt die Bereitschaft zur Teilhabe gemäß Leistungs- und Integrationsfähigkeit mit ein.“ (35) Nullmeier macht deutlich, dass in der Debatte um die sozialen Sicherungssysteme letztlich unterstellt werde, dass diejenigen, die nicht integriert sind, nicht etwa leistungsunfähig seien, sondern ihre Leistung schlichtweg verweigern. Das führe zu einer „Kontrollpolitik“, versehen mit entsprechenden Sanktionen. Eine neue Gerechtigkeitspolitik müsse jedoch „ein umfassendes Verständnis von Leistungsbereitschaft und Leistungsgerechtigkeit entfalten“, fordert Nullmeier (37). Soziale Gerechtigkeit ist deshalb für ihn der Schlüssel zur Freiheitsverbürgung: „Soziale Gerechtigkeit ist der entscheidende Schritt, um überhaupt Freiheit und Autonomie zu ermöglichen (...) Soziale Gerechtigkeit schafft Freiheit, indem es allen die gleiche Freiheit gibt, ihr Leben selbstständig zu gestalten, ohne sich in extreme Abhängigkeit der Märkte zu begeben.“ (40)

Diese theoretischen Ausführungen greifen das „Handbuch Soziale Dienste“ und der Sammelband zum Thema „Zivilengagement“ auf ihre Art und Weise auf.

Soziale Dienstleistungen im Wandel

Manchmal wecken die Titel von Büchern andere Ansprüche, als sie letztlich befriedigen. So richtet sich das „Handbuch Soziale Dienste“ nur bedingt an den Praktiker, der im Bereich der Sozialen Dienste tätig ist oder diese organisiert. Die Beiträge haben einen hohen theoretischen Anspruch und sind gespickt mit wissenschaftlichem Fachvokabular, was für den Akteur in den Sozialen Diensten eher hinderlich als dienlich ist. Die Herausgeber sehen zwei Gesichtspunkte, unter denen Soziale Dienste analysiert werden können: zum einen als Arenen, die der allgemeinen sozialwissenschaftlichen Debatte unterzogen werden können, zum anderen als Impulsgeber für gesellschaftlichen Wandel. Zunächst einmal definieren die Herausgeber, was sie unter Sozialen Diensten verstehen: Sie sind Teil des Dienstleistungssektors, unterliegen aber nur bedingt den Möglichkeiten der Produktivitätssteigerung, da sie eine soziale Komponente haben. Diese erwächst auch einer „Institutionalisierung in einer sozialen Beziehung“ und einem öffentlichen Interesse an der „verlässlichen Erbringung“ dieser Dienstleistungen (11). Den theoretischen Einstieg in die Debatte macht Martin Baethge zum Thema „Die Arbeit in der Dienstleistungsgesellschaft“. Hartmut Häusermann und Walter Siebel stellen danach Theorien der Dienstleistungsgesellschaft vor. Merkmale, Aufgaben und Entwicklungstrends Sozialer Dienste aus der Perspektive soziologischer Theorien beschreibt Anja Hartmann in ihrem Beitrag. Dabei betont sie die Rolle Sozialer Dienste, Hilfsbedürftige in Lebenskrisen zu unterstützen, ihnen aber auch das Werkzeug in die Hand zu geben, sich selbst helfen zu können.

Neben dem Begriff und der Theorie beschreibt das erste Großkapitel des Sammelbands auch die historische Entwicklung der Sozialen Dienste, die seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stetig expandierten. Die Geschichte der Sozialen Dienste in Deutschland beleuchtet Christoph Sachße in

seinem Beitrag, Josef Schmid beschäftigt sich mit Sozialen Diensten und der Zukunft des Wohlfahrtsstaats. Arne von Boettcher und Johannes Mündner untersuchen die Professionalisierung und Ausdifferenzierung Sozialer Dienste mit Blick auf die rechtlichen Fragen. Mit der Herausbildung des deutschen Nationalstaats übernimmt dieser auch immer mehr Regulierungs- und Finanzierungsaufgaben. Gleichzeitig bilden sich soziale Verbände und Organisationen heraus, die Dienstleistungen übernehmen. Diese werden teilweise vom Staat über Sozialversicherungssysteme und direkte Subventionen, teilweise aber auch privat finanziert. Wie sich die Beschäftigung im Bereich der Sozialen Dienste entwickelt hat, untersucht Rolf G. Heinze. Die „Interaktion mit dem Klienten“ stellt Wolfgang Dunkel in dem Mittelpunkt seines Aufsatzes zur Arbeit in sozialen Dienstleistungsorganisationen.

Demografischer Wandel als Herausforderung

Auf der Nachfrageseite stellt der demografische Wandel eine der größten Herausforderungen an die Sozialen Dienste dar. Er wird von Klaus-Peter Strohmeier und Marc Neu untersucht. Aber auch der soziale und kulturelle Wandel wie die Auflösung der Großfamilie und die steigende Berufstätigkeit von Frauen führen zu einer deutlichen Ausweitung der Sozialen Dienste in verschiedenen Politikfeldern und Sektoren, die in einem eigenen Großkapitel untersucht werden. Dabei geht es beispielsweise um Soziale Dienste am Arbeitsmarkt (Ingo Bode), Familie und Soziale Dienste (Karin Jurcyk/Barbara Thiessen), Soziale Dienste im Bereich der Hauswirtschaft (Wolfgang Glatzer), Soziale Dienste zur frühkindlichen Bildung und Betreuung (Sybille Stöbe-Blossey), Soziale Arbeit und Soziale Dienste (Fabian Kessel/Hans Uwe-Otto), Soziale Dienste für ältere Menschen (Gerhard Naegele) und um Soziale Dienste im Feld der Unterstützung von Menschen mit Behinderungen (Alfred Rohrmann/Johannes Schädler).

Auf der Angebotsseite müssen sich die Sozialen Dienste ebenfalls verschiedenen Aufgaben stellen. Zum einen wächst die Gruppe der hauptamtlich Tätigen stetig, ebenso wie der Bedarf an Sozialen Dienstleistungen. Der medizinisch-technische Fortschritt ermöglicht dabei eine Intensivierung des Angebots. Außerdem erhält die „aktivierende Rolle des Sozialstaats“ ein immer größeres Gewicht. Deren Ziel ist es, den Schadensfall durch vorbeugende Maßnahmen zu vermeiden. Aus diesem Spannungsfeld ergeben sich zentrale Fragen für die Entwicklung und Planung Sozialer Dienste. Dazu zählt beispielsweise der Wandel vom Klienten und Patienten hin zum Mitentscheider und Koproduzenten, wie ihn Thomas Olk in seinem Beitrag zu Dienstleistungsbeziehungen zwischen Bürger, Nutzer, Konsumenten und Koproduzenten beschreibt. Eng damit verwoben ist die Frage, wie man Soziale Dienste passgenau anbieten kann, obwohl die Hilfeleistungen immer mehr standardisiert werden. Damit setzt sich Oliver Fehren in seinem Aufsatz zur Sozialraumorientierung sozialer Dienste auseinander. Aber auch Thomas Klie greift das Thema in seinem Beitrag zu Case Management und Sozialen Diensten auf. Ilona Ostner setzt dem die Diskussion um „Care Cultures“ entgegen, die Hilfeleistungen je nach Einstellung als willkommene Unterstützung oder als Einmischung in private Angelegenheiten bewerten. Daraus folgt die zentrale Frage nach Konzepten der Gestaltung des Wohlfahrtsmix im Bereich Sozialer Dienste, mit dem sich Adalbert Evers auseinandersetzt. Hier stellt sich die Herausforderung, Wohlfahrtsverbände zu „sozialen Unternehmen“ auszubauen. Aber auch zivilgesellschaftliche Elemente sollen integriert werden, was Joachim Merchel in seinem Beitrag „Wohlfahrtsverbände, Dritter Sektor und Zivilgesellschaft“ ausarbeitet. Dagegen wird der Trend, soziale Dienste als Aktionsfeld für kommerzielle Anbieter zu öffnen, unter anderem von Stephan Grohs und Jörg Bogumil kritisch diskutiert.

Auf der Suche nach politischen Konzepten

Letztlich stellt sich aber die Frage nach den Konzepten der Politik und wie „Leitbilder von der Zukunft von Gesellschaft, Sozialstaat und Demokratie mit Vorstellungen von sozialen Diensten verwoben werden“ (27). Dabei spielt die Diskussion um Soziale Dienste als „Öffentliches Gut“, die Dieter Grunow führt, ebenso eine Rolle wie die „Governance sozialer Dienste“, die Frank Nullmeier beleuchtet. Zunächst ging es um den „wohlfahrtsstaatlichen Diskurs“ (27), der allen Bürgern die gleichen Rechte und den gleichen Zugang zu sozialen Dienstleistungen garantieren soll. In den 1960er Jahren wurde dies ergänzt durch den „partizipativen Diskurs“, der dem Bürger Mitgestaltungsrechte, Engagement und Selbstorganisation ermöglichte, dies zugleich aber auch einforderte (28). Der Wohlfahrtsstaat entwickelte sich zur „zivilen Wohlfahrts-gesellschaft“, in der die Organisationen des Dritten Sektors staatliche Regulierung zurückdrängen. (28). Darauf folgte der „Diskurs zu mehr Markt, Wettbewerb und Kundenorientierung“, der den Adressaten der sozialen Dienstleistungen auch als Konsumenten ernst nimmt und die „Nachfragemacht“ als weiteres Korrektiv sieht (28f). Mit der aktuellen Sozialstaatsdebatte verbunden ist der „Diskurs um soziale Investitionen und einen wettbewerbsfähigen Sozialstaat“, der darauf abzielt, dass Soziale Dienste „effizient geführt“ werden und sich „gesamtwirtschaftlich rechnen sollen“ (29). Damit stellen die Herausgeber folgende Frage an die Politik: „Wer bietet mehr, genauer ein anderes, integratives und insgesamt überzeugungsfähigeres Programm, das die Hegemonie eines vorhandenen Praxisbilds herauszufordern vermag?“ (30) Und an die Sozialwissenschaft richtet sich die Aufforderung, die Widersprüchlichkeiten und Resultate für die Politik zu bewerten und einen „offenen Dialog über die Stimmigkeit und theoretischen Grundlagen der Diskurse, auf die Politiker im Bereich sozialer Dienste heute Bezug nehmen“, zu führen (30f).

Förderung und Erforschung von Zivilengagement

Diesen Ball nehmen die Autoren des Sammelbands „Zivilengagement“, der sich vor allem an die Wissenschaft und die Politik wendet, auf. Sie argumentieren sehr praxisnah und bieten einen klaren Baukasten an, wie und wo Zivilengagement gefördert und besser erforscht werden könnte. Dabei wird wissenschaftlich argumentiert, aber auf den Duktus der Wissenschaftssprache weitgehend verzichtet, was die Texte wesentlich anschaulicher macht. Allerdings gibt es in den einzelnen Beiträgen des Sammelbandes auch Redundanzen, durch die die gemeinsame Stoßrichtung der Autoren andererseits aber auch klar herausgearbeitet wird.

Die Autoren des Sammelbandes, der anlässlich einer internationalen Konferenz im November 2009 am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung entstanden ist, machen deutlich, dass der Ruf nach ehrenamtlichem Engagement immer lauter wird und die Politik inzwischen ganz selbstverständlich mit den Ressourcen der Zivilgesellschaft plant, um Lücken zu stopfen, die der Staat selbst nicht mehr füllen kann. Andererseits konstatieren die Autoren auch, dass es für die „Entwicklung einer fundierten Engagementpolitik“ unbedingt auch „zuverlässige(n) und differenzierte(n) wissenschaftliche(n) Ergebnisse(n)“ zur Lage und Ausprägung des Engagements braucht (7). Die Wissenschaft sei gefordert, „Konzepte und methodische Ansätze zu liefern, wie die Engagementthematik eine Weiterentwicklung erfahren kann. (...) In ihre Analysen sind Indikatoren aufzunehmen, die nach dem Nutzen oder den Grenzen des Engagements fragen und eine Frühwarnfunktion ausüben, indem sie beginnende Veränderungen rechtzeitig signalisieren.“ (7) Ziel der Autoren ist es, „eine Programmatik der Engagementforschung in Deutschland zu entwickeln.“ (8) Dabei stelle die Forschung zunächst einmal Ansprüche an sich selbst, aber auch an die Politik und an die gesellschaftliche Praxis.

In fünf Großkapiteln erläutern die Autoren den aktuellen Stand der Zivilengagementberichterstattung. Dabei stellt Eckhard Priller zunächst fest, dass es eine „starke Zunahme von zivilgesellschaftlichen Organisationen“ und ein „beträchtliches Anwachsen des Engagements der Bürger“ gibt (11). Die Ursache dafür sieht Priller in einem politischen Paradigmenwechsel. Statt nur auf die Kräfte von Markt und Staat zu setzen, habe die Politik inzwischen die Potenziale des bürgerschaftlichen Engagements „als Grundlage für das Funktionieren einer modernen Gesellschaft“ erkannt (11). Dietmar Dathe untersucht in seinem Beitrag, ob das Engagement tatsächlich eine unbegrenzte Ressource für die Zivilgesellschaft ist. Er kommt zu dem Schluss, dass sich Engagement auf die „bürgerliche Mitte“ konzentriert, was kein positiver Impuls für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sei, vor allem angesichts der Tatsache, dass „jenem Teil der Bevölkerung, der in Armut- und prekären Lagen lebt, die gesellschaftliche Teilhabe via Engagement verschlossen bleibt.“ (53) Mareike Alscher konzentriert sich in ihrem Beitrag auf die Familie als Adressaten und Akteur zivilgesellschaftlichen Engagements und untermauert die Erkenntnisse der beiden vorigen Autoren an diesem Fallbeispiel. Rudolf Speth schließlich spannt den Bogen von der Engagementpolitik zur Engagementforschung. Dabei konstatiert er, dass bürgerschaftliches Engagement sozial erwünscht sei und in vielen Kontexten prämiert werde. Doch Speth warnt zugleich davor, ein Engagementgesetz zu verabschieden, da das vielgestaltige Engagement dann in ein rechtliches Schema gepresst und wichtige Aspekte ausgegrenzt würden. Engagement müsse vor allem durch die Kommunen gefördert werden, diese bräuchten jedoch auch die Mittel dazu. Speth fordert außerdem eine wissenschaftliche Beratung der Politik und der zivilgesellschaftlichen Akteure ein und betont die Notwendigkeit einer „Intensivierung der wissenschaftlichen Forschung“ (112).

Strategien der Engagementforschung

Die Grundsätze und unterschiedlichen Strategien für eine Engagementforschung sind Gegenstand des zweiten Großkapitels. Helmut K. Anheier, Konstantin Kehl, Georg Mildenberger und Normann Spengler ziehen zunächst eine Zwischenbilanz. Zum Abschluss stellen sie drei Fragen für die Zukunft: „Ist Engagement immer gut? (...) Wie viel Engagement ‚braucht‘ Deutschland? (...) Wie verhält es sich mit dem ‚bonding social capital‘ und der ‚dunklen Seite der Zivilgesellschaft‘?“ (130) Sie kommen zu folgendem Schluss: „Nur wenn das Phänomen des bürgerschaftlichen Engagements und seines Umfelds – der Zivilgesellschaft – vorurteilslos und nüchtern beschrieben und analysiert wird, kann die Engagementforschung auch ein solides, belastbares theoretisches Gerüst und verlässliche empirische Auskünfte anbieten.“ (131) Adalbert Evers umreißt in seinem Beitrag zunächst den Bezugsrahmen Zivilgesellschaft und diskutiert die unterschiedlichen Definitionen und ihre Konsequenzen für Konzepte der Engagementforschung. Thomas Gensicke hält ein Plädoyer für die Notwendigkeit einer integrierten Theorie für die Beschreibung der Zivilgesellschaft. Und Annette Zimmer betrachtet die Zivilgesellschaftsorganisationen, zu denen sie die Gewerkschaften, Kirchen und Parteien ebenso zählt wie die Wohlfahrtsverbände. Sie konstatiert dabei „die Erosion der Mitgliederbasierung unserer Demokratie, die Verbetriebswirtschaftlichung der sozialen Dienstleister (und) die Prekarisierung der Arbeitswelt mit besonders negativen Auswirkungen für weibliche Arbeitnehmer.“ (191) Sie sieht im Wesentlichen drei Aufgaben für die Forschung, um die Politik richtig beraten zu können: „Neben der Gesamterfassung und der Durchführung von Lokalstudien, die auch die spezifische Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen in unterschiedliche Policy-Bereiche thematisieren, sind Fallstudien von Einzelorganisationen notwendig.“ (192) Im dritten Kapitel geht es um Datenquellen und Datenbasen. Norbert Schwarz untersucht die wirtschaftliche Bedeutung des Dritten Sek-

tors und geht dabei auf das Projekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“ ein. Susanne Strauß zeigt Potenziale und Grenzen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) als Datenquelle für die Engagementforschung auf. Internationale Erfahrungen und Tendenzen reflektiert das vierte Großkapitel. Herbert Ammann stellt das Projekt „Forschung Freiwilligkeit“ in der Schweiz vor. Paul Dekker berichtet über Perspektiven des freiwilligen Engagements und der Engagementforschung in den Niederlanden. Paul Ramender, Eva More-Hollerweger und Michael Meyer stellen den ersten Freiwilligenbericht für Österreich vor.

Finanzierung künftiger Engagementforschung

Das fünfte und letzte Großkapitel setzt sich mit der Planung und Finanzierung künftiger Engagementforschung auseinander. Thomas Klie schreibt über die Landesberichterstattung zum bürgerschaftlichen Engagement in Baden-Württemberg, wo es ein Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement gibt. Klie konstatiert, dass die Berichterstattung die Grundlagen für die weitere Engagementförderung in Baden-Württemberg bildet und empfiehlt deshalb auch auf Bundesebene und in anderen Bundesländern eine Dauerbeobachtung der Entwicklungen und eine enge Kooperation zwischen den Wissenschaftspartnern. Alfred Schmidt berichtet in seinem Beitrag über die Erfahrungen mit langfristigen Forschungsprogrammen aus Sicht der Förderverwaltung. Als Beispiel bedient er sich der Förderprogramme der Volkswagen-Stiftung, geht aber auch auf die Kriterien der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) ein. Die Geldgeber initiieren dabei selbst wissenschaftliche Projekte, greifen aber auch Ideen von außen auf. Sie setzen auf eine Mischung aus Wettbewerb zwischen konkurrierenden Lösungsmodellen und Kooperation zwischen Einrichtungen, die sich mit ähnlichen Problemen beschäftigen. Loring Sittler ergänzt diese Ausführungen schließlich mit seinem Aufsatz zur „Engagementforschung aus Sicht eines Forschungsförderers“.

Grundsätze der künftigen Forschung

Der Sammelband endet mit einem Entwurf einer Forschungsprogrammatische „Engagement“, den Mareike Alscher, Dietmar Dathe, Eckhard Priller und Rudolf Speth verfasst haben. Zunächst wird eine allgemeingültige Definition von Engagement eingefordert. Mitgestaltungsmöglichkeiten in zivilgesellschaftlichen Organisationen und Veränderungen der Öffentlichkeit wie den Medienwandel sollen stärker in den Blick genommen werden. Die Forschung muss der Themenvielfalt und der Veränderung thematischer Schwerpunkte gerecht werden. Das Engagement spezieller Bevölkerungsgruppen soll besser untersucht werden, ebenso der Motiv- und Wertewandel. Die Forschung soll das Verhältnis von Angebot und Nachfrage von Engagementleistungen stärker in den Blick nehmen. Auch das Engagement von Unternehmen soll besser untersucht werden. Die Autoren fordern eine Verbesserung der Datenlage ein, um die Veränderungen und die Dynamik des individuellen Engagements analysieren zu können. Dabei setzen sie auf eine Kooperation mit der amtlichen Statistik sowie auf interdisziplinäre Ansätze bei der Engagementforschung. Außerdem soll die Schlüsselrolle von Organisationen und Institutionen mehr in den Blick rücken. Erforderlich seien auch qualitative Studien, die Lebensläufe und Biographien von Personen und Gruppen als dynamische Prozesse abbilden. Zudem halten die Autoren eine Verstärkung der Grundlagenforschung für nötig und wollen die Förderorganisationen sensibilisieren, diese anzustoßen.

Karin Urich, Mannheim



Dynamik und Struktur des freiwilligen Engagements

Ehrhardt, Jens (2011): Ehrenamt. Formen, Dauer und kulturelle Grundlagen des Engagements. Frankfurt am Main (u.a.): Campus.

Fast alle quantitativ orientierten empirischen Forschungsbeiträge zum freiwilligen oder bürgerschaftlichen Engagement teilen – ohne dass ihr Wert geschmälert werden soll – einen Makel: Sie betrachten das Engagement aus der Querschnittsperspektive. Es resultieren Momentaufnahmen, die keine Erkenntnisse zum individuellen Verlauf ermöglichen. Jens Ehrhardts Dissertationsschrift sucht dem abzuwehren. Dabei ist seine Leitfrage, wie sich die Dauer eines Engagements sowie sein Ende beschreiben und erklären lassen: Über welche Zeiträume sind Menschen in Deutschland engagiert? Gibt es Engagementfelder, in denen mit einer höheren Engagementdauer gerechnet werden kann und welche Faktoren beeinflussen die Engagementdauer? Auf Basis der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) untersucht er über mehrere Jahre hinweg individuelle Engagementverläufe.

Allerdings, und Ehrhardt ist sich dessen klar, stellt das SOEP seiner Arbeit auch einige Hürden entgegen, insbesondere, weil es ehrenamtliche und ähnliche Tätigkeiten in nur zwei Kategorien erfasst, woraus Verzerrungen resultieren können. Wegen dieser methodischen Einschränkungen können die Ergebnisse nur *cum grano salis* gelesen und interpretiert werden. Zusammen mit den theoretischen Überlegungen nimmt die Auswertung daher eher den Charakter einer explorativen Vermessung als einer exakten Bestimmung an, wie Ehrhardt selbst einräumt. Dass die Wahl dennoch auf die Daten des SOEP fällt, begründet Ehrhardt mit wenig adäquaten Erhebungsdesigns oder schwerer wiegenden methodischen Mängeln anderer Erhebungsinstrumente. Trotz dieser Einschränkungen bleibt seine Studie hoch at-

traktiv, birgt großen Erkenntnisgewinn und ihre Ergebnisse sind von Relevanz für Politik und Wissenschaft.

Statistisch ungeübte LeserInnen werden wahrscheinlich einen etwas höheren Zeitaufwand benötigen, um die Konstruktion und die Logik der von Ehrhardt verwendeten Instrumente nachzuvollziehen, was keinesfalls den de facto einleuchtenden Darstellungen, sondern der anspruchsvollen Methodik geschuldet ist. Ehrhardt verwendet Hazard- und Survivalfunktionen, um bivariate Zusammenhänge beim Zugang zum Engagement und seiner Dauer darzustellen. Um einen multivariaten Einfluss sozioökonomischer Variablen zu prüfen und um ihre Stärke in Modellen zu schätzen, kommt eine zeitdiskrete logistische Regression zum Einsatz.

Für einen Teil der Datenanalyse bildet Ehrhardt verschiedene Kohorten. Die Wahl dieser Perspektive erlaubt ihm, den individuellen Engagementverlauf innerhalb eines definierten Zeitraums für verschiedene Gruppen zu bestimmen. Hierbei kommt er zu seinem zentralen Befund: Die generell hohe Fluktuation im Engagement. Er spricht von gewaltigen Umschichtungen und meint damit, dass schon im Zeitraum eines Jahres bis zu 50 Prozent der politisch Engagierten und bis zu 25 Prozent der ehrenamtlich Engagierten in Vereinen und Verbänden durch neue ersetzt sind. Das statische Bild, das die nur leicht schwankenden Engagementquoten etwa des Freiwilligenurveys zeichnen, wird so durch eine höchst dynamische interne Bewegung im Engagement relativiert. Engagement ist nach Ehrhardt von ständigen großen Zugängen und Abflüssen geprägt. Eine erste Konsequenz: Die stete Fluktuation verweist darauf, dass Zugangshürden zum Engagement kaum Bedeutung haben. In diesem Zusammenhang führt Ehrhardt den zu Klages' Konzept differierenden Begriff *Engagementreservoir* ein, aus dem sich ständig Engagierte rekrutieren und das sich durch ehemalige Engagierte nährt. Bei insgesamt konstanten oder leicht steigendem Engagement – so wie es der Freiwilligenur-

vey attestiert – und gleichzeitiger hoher Fluktuationen, muss gemäß Erhardt ein enormes Reservoir von Engagierten existieren.

Um die Größe des Reservoirs näher zu bestimmen, betrachtet Ehrhardt die Gruppe der nicht aktiv Engagierten über fünf Zeitintervalle hinweg und verwendet dabei die bereits erwähnten Methodiken. Seine Auswertung differenziert er dabei einmal nach den zwei Engagementformen „ehrenamtliche Tätigkeiten“ und „politisches Engagement“ sowie nach den beiden Landesregionen der neuen und alten Länder. Unterschiede findet Erhardt hierbei nur hinsichtlich der Variablen Schulbildung und Erwerbsstatus, die einmal für die Aufnahme ehrenamtlicher Tätigkeiten und zum anderen für die Aufnahme von politischen Engagement in den neuen Ländern eine weitaus höhere Einflussstärke als in den alten Ländern besitzen.

Bei der Betrachtung der Engagementdauer geht Ehrhardt identisch vor. Entsprechend seinen theoretischen Überlegungen im ersten Teil des Buches bestätigt sich eine geringere Engagementdauer im politischen Engagement sowie eine hohe Einflussstärke der Faktoren Frömmigkeit, operationalisiert als Kirchenbindung und Besuch religiöser Veranstaltungen, und beruflicher Bildungsabschluss. Insbesondere letzterer ist ein weiterer Hinweis auf den „Mittelstandsbias“ im Engagement. Ehrhardt zeigt, dass, entgegen üblicher Annahmen, Mitglieder des Mittelstandes keine größere Bereitschaft aufweisen, ein Engagement zu beginnen, als die übrigen BürgerInnen. Aber die Chance auf eine längere Dauer des Engagements steigt mit den Merkmalen Beschäftigung, Einkommen und insbesondere Bildung. Dieser empirische Befund ist eine wertvolle Erkenntnis.

Thesen zur Engagementdauer

Nun begnügt sich Ehrhardt aber nicht allein mit der Analyse der SOEP Daten. Vielmehr ist seine Intention, eine Theorie mittlerer Reichweite zu entwickeln, welche die Bildung von Hypothesen zur Engagementdauer ermög-

lichen sollte. Rückgriff nimmt er hierfür auf austauschtheoretische Ansätze. Das ist durchaus gewagt, hängen doch gerade dem Engagement Attribute wie Altruismus oder Gemeinwohlorientierung an. Ehrhardt ist sich dessen bewusst, wenn er die mit der Austauschtheorie einhergehenden Probleme sowie die theoretischen Grundlagen und Prämissen diskutiert. Besonders herausfordernd sei es, religiöses und karitatives Engagement als Austausch zu rekonstruieren. Doch mit Rekurs auf eine religionssoziologische Betrachtung von Barmherzigkeit und Nächstenliebe gibt er hierfür Antworten. Neben religiös karitativen Engagement beleuchtet Ehrhardt drei weitere Bereiche: das prestigeträchtige politische Engagement in Form eines Honoratioren-Amtes, das Engagement in der Gemeinschaft und das Engagement als den Kettentausch in Zweckvereinen. Diese vier Engagementformen diskutiert er dabei entlang der zwei zuvor hergeleiteten Dimensionen Tauschformen, mit den Ausprägungen „egalitär“ und „hierarchisch“, sowie Handlungstypen, mit den Ausprägungen „Vergesellschaftung“ und „Vergemeinschaftung“. Beide Dimensionen mit ihren Ausprägungen bilden eine Vierfeldermatrix, denen sich jeder der vier Engagementbereiche mit ihren spezifischen Tauschlogiken idealtypisch zuordnen lässt. Zusätzlich zu diesen vier Idealtypen führt Ehrhardt eine fünfte Engagementform an: Der Tausch Arbeitszeit gegen Wissen. Dieses oftmals von jungen Menschen ausgeführte Engagement ordnet Ehrhardt der Dimension der Vergesellschaftung zu, ohne dass es einer spezifischen Austauschform entspreche. Für die empirische wie theoretische Arbeit besitzt diese Engagementform allerdings wenig Relevanz, da ihr Nutzen mit der Zeit abflacht und sie somit nicht stetig sein kann.

Die austauschtheoretische Fundierung der Engagementdauer ergänzt Ehrhardt durch die Bestimmung verschiedener Kontextbedingungen, die ebenfalls Einfluss auf die Engagementdauer nehmen. So vermutet Ehrhardt – obgleich es teilweise empirisch nicht umsetzbar ist –

einen Zusammenhang zum organisationalen Rahmen der Engagementtätigkeit, zum biographischen Ort des Engagements sowie der Herkunft der Engagierten aus den „neuen“ oder „alten“ Ländern.

Dynamik erklärt Mittelstandsbias

Nur selten werden im deutschen Wissenschaftsraum Ehrenamt und freiwilliges Engagement in seinen verschiedenen Formen und Bereichen theoretisch auf gleichem Niveau durchdrungen. Gewiss hat seine Arbeit auch Mängel. Aufgrund der oben genannten statistischen und methodischen Restriktionen, die mit dem SOEP verbunden sind, reicht das theoretische Konzept weit über die Möglichkeiten des Datensatzes hinaus, dessen Ehrhardt sich auch bewusst ist. Insgesamt sind der theoretische und der empirische Teil nicht so verbunden, wie man es gerne sähe. Hinzu kommt, dass erhebungsbedingt seine Untersuchung leider nur den Zeitraum zwischen 1994 und 1999 betrachten kann.

Dennoch: Ohne Zweifel ist seine Arbeit ein Gewinn an theoretischer Fundierung wie an empirischen Erkenntnissen. Ehrhardt gibt mit seinen Untersuchungen interessierten LeserInnen aus Wissenschaft, Politik und Praxis tiefe Einblicke in die Struktur und Dynamik freiwilligen Engagements. Die Schlussfolgerung, dass die Mittelstandsbias des Engagements nicht darin begründet liegt, dass andere Schichten weniger Zugang zum Engagement finden, sondern darin, dass sie Engagements früher beenden, zeigt deutlich, dass allzu harmonische Vorstellungen vom Engagement nicht angebracht sind. Auch hier finden wir Prozesse von Schließung und Selektion, deren Funktionsweisen noch aufzuklären sind.

Georg Mildenberger/Stefan Tominski,
Heidelberg



Eine erfolgreiche transnationale Koalition von Koalitionen

Herkenrath, Mark (2011): Die Globalisierung der sozialen Bewegungen. Transnationale Zivilgesellschaft und die Suche nach einer gerechten Weltordnung. Wiesbaden: VS Verlag. Online verfügbar unter www.worldcat.org/oclc/699810452.

Mark Herkenrath will mit seiner Studie einen Beitrag zum Forschungsstand erfolgreicher transnationaler Koalitionsbildungen liefern, nicht zuletzt um andere Bewegungskoalitionen zu inspirieren. Damit verortet er sich im Bereich der *transnational social movement coalition* (TSMC). Konkret wird die *Allianza Social Continental* (ASC) untersucht, eine Koalition aus nord-, mittel- und südamerikanischen Bewegungen, die sich in erster Linie gegen das (gesamt)amerikanische Freihandelsabkommen *Free Trade Area of the Americas* (FTAA) richtet. Der Fokus der Untersuchung liegt auf Kohäsionskräften und Mechanismen der Konfliktbearbeitung, die dem Zusammenhalt von TSMC zu- oder abträglich sind. Als Datengrundlage dient eine vom Autor durchgeführte ethnographische Fallstudie zur ASC, die mit Methoden wie der teilnehmenden Beobachtung, qualitativen Interviews und Dokumentenanalyse erhoben wurde. Ergänzend dazu werden Daten aus einer quantitativen Befragung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Weltsozialforen 2005 in Porto Alegre und 2007 in Nairobi, die von der *Research Working Group on Transnational Social Movements* der *University of California-Riverside* erhoben wurden, ausgewertet.

Das Buch beginnt mit einem knappen, aber fundierten Überblick über Grundbegriffe, Theorien und empirische Befunde der Bewegungsforschung und transnationalen Bewegungskoalitionen. Für das eigene Forschungsvorhaben verwendet der Autor einen multiperspektivischen Zugang, der interne und externe Einflüsse auf die Entwicklungsdynamik von Koalitionen mitberücksichtigen soll. Im Fol-

genden analysiert der Autor, wie und in welchem Ausmaß transnationale Bewegungskollektive Einfluss auf ihr globales Umfeld nehmen. Vorgestellt werden der *Wallersteinsche Weltsystemansatz*, der *World Polity Ansatz* und abschließend der *Neogramscianismus*. Da der erste Ansatz zu stark die ökonomische und der zweite die kulturelle Dimension der Stabilisierung globaler Machtverhältnisse in den Vordergrund stelle, plädiert der Autor für die Wahl des *Neogramscianismus*, da dieser mit dem Hegemoniebegriff nicht nur beide Positionen eine, sondern auch den sozialen Bewegungen durch den Legitimationsverlust neoliberaler Ideologien einen größeren Handlungsspielraum einräume. Als besondere Herausforderung für Aktivistinnen und Aktivisten wird die aktuelle Rolle des Nationalstaates gesehen. „Listige Staaten“ können weiterhin neoliberale Reformen legitimieren, indem sie auf ihren durch globale Prozesse nun angeblich stark eingeschränkten Handlungsspielraum verweisen.

Nach dieser knappen, kritischen Analyse der Chancen und Herausforderungen einer transnationalen Zivilgesellschaft steigt der Autor in die Analyse der quantitativ erhobenen Daten auf den Weltsozialforen ein. Hier zeigt sich zum einen, dass die in der Literatur angenommene Nord-Süd-Konfliktlinie nicht existiert. Beide Gruppierungen möchten voneinander lernen und sind bereit, ohne vorgefertigte Meinungen in die Diskussionen einzusteigen. Zum anderen sind die Konflikte innerhalb des Südens, zwischen Peripherie und Semiperipherie, weitaus bedeutender.

Erfolgsfaktoren für transnationale Koalitionsbildungen

Im Anschluss wird das Fallbeispiel transnationaler Koalitionsbildung der ASC vorgestellt und analysiert. Als Erfolg wertet Herkenrath das 13jährige Bestehen der Koalition, in welcher Gruppierungen aus unterschiedlichen welt-systemischen Zonen sowie mit höchst unterschiedlichen Organisationstypen, wie Gewerkschaf-

ten, NGOs, Basisgruppen u.a. teilhaben. Nach einer ausführlichen Darstellung ihrer Entstehungsgeschichte, versucht der Autor anhand von Statistiken einen Erfolg der Aktivitäten der ASC nachzuweisen. Die Statistiken beziehen sich dabei auf Messungen, die die Veränderungen der Bevölkerungseinstellung zum Freihandelsabkommen *FTAA* darstellen. Die Ergebnisse seien trotz der sichtbaren Einstellungsänderungen nicht eindeutig den Aktivitäten der ASC zurechenbar, resümiert der Autor.

Im Weiteren werden Faktoren für das dauerhafte Bestehen transnationaler Koalitionsbildung aufgeführt und am Fall ASC erläutert. Während das Subsidiaritätsprinzip sowie eine größtmögliche Autonomie und Flexibilität notwendige organisatorische Voraussetzungen bilden, bedroht diese dezentrale Ausrichtung gleichsam die Koalition vor einem Zerfall in ihre Einzelteile. Enge persönliche Beziehungen, diplomatisches Geschick und interkulturelle Kompetenz der Koordinatorinnen und Koordinatoren sowie der kontinuierliche Kontakt auf internationalen Basistreffen helfen daher der Koalition ihren Zusammenhalt zu stärken. Diese aus der Studie gewonnen Erkenntnisse spiegeln sich ebenso im Forschungsstand wider. Die Untersuchung erweitert diesen aktuellen Stand um zwei bislang kaum berücksichtigte Perspektiven. Einerseits konstruiert die ASC in den Dokumenten und Ansprachen gezielt eine kollektive Identität (*collective action frames*), die von einem heroischen Unabhängigkeitskampf in Lateinamerika erzählt. Eine Brücke zur Gegenwart schlägt die ASC, indem dieser Kampf nun gegen die imperialistischen, neoliberalen Kräfte fortgeführt wird. Zudem liefern die deliberativ-demokratischen Debatten mit Konsensentscheid einen wichtigen Beitrag zur Beständigkeit der Koalition, da dadurch das gegenseitige Verständnis sowie die Suche nach Gemeinsamkeiten und inneren Zusammenhalt gefördert wird. Herkenrath merkt an, dass dies im besonderen Fallbeispiel der ASC gut funktioniere, da die im *NAFTA-Widerstand*

aktiven Bewegungen ihren Erfahrungsschatz einbrachten, der das Finden eines Basiskonsenses erleichterte.

Nebst den Erfolgen macht der Autor im folgenden Kapitel durch eine genauere Betrachtung eines Mitglieds der ASC, der *Autoconvocatoria No al ALCA*, ein Partizipationsproblem auf den nationalen Treffen sichtbar. Dadurch, dass die Treffen ausschließlich in der Hauptstadt und an einem Wochentag stattfinden, können Aktivistinnen und Aktivisten aus den ländlichen Gebieten kaum an den Treffen teilnehmen. Dennoch müsse hier nicht zwingend von einem Demokratiedefizit ausgegangen werden, da die ländlichen Aktivistinnen und Aktivisten die Arbeit der Zentrale durchaus würdigen und sich auch mit den Entscheidungen generell einverstanden erklären.

Neue Konfliktlinien

Es folgt ein weiterer Exkurs, der zunächst den politischen Linksruck in Lateinamerika insgesamt thematisiert und anschließend auf den spezifischen Fall Argentiniens eingeht. Sichtbar wird dabei eine neue Konfliktlinie, die sich zwischen den sozialen Bewegungen abzeichnet und die quer zu anderen strukturellen Trennlinien, wie z.B. Stadt-Land, Nord-Süd oder NGOs und Basisbewegungen, ver-

läuft. Sie teilt in diejenigen, die die Regierungen unterstützen (wollen) und diejenigen, die noch mehr Veränderungsschritte fordern und daher regierungskritisch bleiben. Die Regierungen ihrerseits unterstützen regierungskonforme Bewegungen, zunehmend auch mit Geldern und Regierungsposten. Damit verschärft sich der Konflikt.

Im abschließenden Kapitel werden die analysierten Themen noch einmal in acht Thesen zusammengefasst. Im Anhang des Buches werden zudem die methodischen Zugänge genauer erläutert.

Die Kapitel bauen im Allgemeinen gut aufeinander auf, wenngleich einige sehr ausführliche und detailreiche Exkurse den roten Faden kurzzeitig etwas missen lassen. Eine gelegentliche Auflistung oder graphische Darstellung der Ergebnisse sowie ein Abkürzungsverzeichnis würden zudem zum besseren Lesefluss beitragen. Das Buch bietet insgesamt einen gelungenen Einstieg ins Themenfeld transnationaler Bewegungskonkationen. Darüber hinaus enthält es vielfältige spannende und empirisch gestützte Analysen, die einen wichtigen Beitrag zum Forschungsstand zu globalisierungskritischen Bewegungen liefern.

Christian Schröder, Hildesheim

Dieter Rucht: *Zum Stand der Forschung zu sozialen Bewegungen* (FJ SB 3/2011, S. 20-47). In seinem Beitrag reflektiert Dieter Rucht den derzeitigen Stand der Bewegungsforschung mit einem besonderen Fokus auf den deutschen Sprachraum. Er schildert die Anfänge der Bewegungsforschung in der Bundesrepublik, ihre weitere Entwicklung und ihre Erträge. Er schildert den unterschiedlichen Zugriff verschiedener Wissenschaftsdisziplinen auf das Thema soziale Bewegungen und analysiert verschiedene theoretische Zugänge. Rucht bilanziert Stärken und Schwächen der Bewegungsforschung und schließt mit vier Herausforderungen, die speziell die deutsche Bewegungsforschung zu bewältigen habe.

Dieter Rucht: *The state of the art of research on social movements* (FJ SB 3/2011, pp. 20-47). In his essay Dieter Rucht reflects the state of the art of the research on social movements. He refers to the beginnings of social movement research in Germany and analyzes its development and its findings. He describes the varying approaches used by the different scientific disciplines and analyzes different analytical and theoretical approaches. Rucht balances strengths and weaknesses of research on social movements and concludes his article with four challenges posed on especially the German social movement research.

Chantal Munsch: *Engagement und Ausgrenzung – theoretische Zugänge zur Klärung eines ambivalenten Verhältnisses* (FJ SB 3/2011, S. 48-55). Sozial Benachteiligte sind im Engagement deutlich unterrepräsentiert. Beschränkt sich das Integrationspotential des Engagements auf gute Absichten? Werden hier über Ausgrenzungsprozesse nicht vielmehr soziale Hierarchien reproduziert? Die Autorin analysiert aus unterschiedlichen Blickwinkeln das Missverhältnis zwischen empirischer Realität und normativem Anspruch des Engagements. Mit diversitätstheoretischen, biographischen, lebensweltlichen und ethnographischen Zugängen führt sie Erklärungsmuster für den Zusammenhang zwischen sozialer Benachteiligung und Ausgrenzungsprozessen im Engagementkontext an. Während hier auf kulturelle Aspekte fokussiert wird, wirft die strukturelle Perspektive Fragen nach Ressourcen, eingeschränkten Zugängen und nach sozialer Ungleichheit auf. Dominanzkulturen oder Ressourcen: Das Grundverständnis, wie Ausgrenzung und Engagement zusammenhängen, hat Auswirkungen auf die Vorgehensweise und die Methoden der Sozialen Arbeit, die bürgerschaftliches Engagement unterstützen und aktivieren will.

Chantal Munsch: *Engagement and Exclusion – Theoretical Approaches to an Ambivalent Relationship* (FJ SB 3/2011, pp. 48-55). Socially excluded people are less engaged in society. Is engagement's potential for integration just confined to good intentions? And do exclusion processes not rather reproduce social hierarchies? The author analyzes the discrepancy between empirical reality and normative claims from different perspectives. Drawing on diversity, biographical, life world and ethnographic approaches she describes the connection between social exclusion and exclusion processes in the context of engagement. While the focus lies on cultural aspects, the structural perspective raises questions concerning resources, restricted opportunities, and social inequalities. Cultures of dominance or resources: the way of understanding the connection between exclusion and engagement determines the methods of social work in supporting and activating engagement.

Marion Bradl/Torsten Groß: *Bürgerschaftliches Engagement und die Gestaltung von Integrationsprozessen – Das Kooperationsprojekt gemeinsam engagiert als gutes Praxisbeispiel* (FJ SB 3/2011, S. 56-64). Was Bürgerschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund betrifft, so ist in Deutschland ein Paradigmenwechsel festzustellen: von einem karitativen,

auf die Mehrheitsgesellschaft ausgerichteten und damit eher paternalistischem Ansatz der Engagementförderung hin zu einem Konzept, das die aktive Rolle von Migrant/innen ernst nimmt, auf ihre gleichberechtigte Teilhabe und auf die erforderliche Wechselseitigkeit der Gestaltung von Integrationsprozessen setzt. Der Beitrag verdeutlicht die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements von Migrant/innen in diesem Kontext, skizziert grundlegende Aspekte der Fachdiskussion hierzu und stellt das bayerische Kooperationsprojekt *gemeinsam engagiert* der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migrantinnen- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY) und des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Bayern (LBE) vor. Im Ergebnis wird u.a. deutlich, dass es zur Gestaltung von Integrationsprozessen mit Blick auf das Engagement von Migrant/innen verbesserter Rahmenbedingungen, einer gesteigerten Anerkennungskultur, der Interkulturellen Öffnung von Einrichtungen der Mehrheitsgesellschaft sowie eines Ausgleichs struktureller Ungleichheiten bedarf.

Marion Bradl/Torsten Groß: *Civil engagement and the shaping of integration processes – the cooperation project jointly engaged as good practical example* (FJ SB 3/2011, pp. 56-64). A paradigm shift can be made out in Germany concerning civil engagement of people with migrant backgrounds: from a charity-focused approach of promoting engagement which, due to its focus on the societal majority, is largely paternalistic in nature towards a concept which takes the active role of migrants serious and emphasises their equal participation and the necessary reciprocity in the shaping of integration processes. The essay illustrates the significance of civil engagement by migrants in this context, outlines fundamental aspects of the professional discussion on this issue and presents the Bavarian cooperation project jointly engaged of the advisory boards on foreigners, migrants and integration of Bavaria (AGABY) and the State network Civil Engagement Bavaria (LBE). The results make clear that, among others, improved frameworks, an enhanced culture of recognition, the opening of majority society institutions as well as an evening out of structural inequalities are necessary for the engagement of migrants in shaping integration processes.

Wiebken Düx: *Gesellschaftliches Engagement von Kindern und Jugendlichen* (FJ SB 3/2011, S. 65-70). Engagement im Jugendalter zu fördern, schafft eine Grundlage für die Bürgergesellschaft von morgen. Das Engagement als Lernfeld bietet Gelegenheiten für Persönlichkeitsentwicklung und Kompetenzerwerb, aber auch für das Erlernen und Reflektieren demokratischer Beteiligungsformen. Der Beitrag fasst Forschungsergebnisse zum Bildungspotential des Engagements zusammen und skizziert auf dieser Grundlage die zentralen Herausforderungen für die Jugendverbände und die „klassische“ Jugendarbeit insgesamt. Die Autorin führt aus, was die zunehmende Heterogenität - die Vielfalt jugendlicher Milieus und Subkulturen - für die Jugendarbeit bedeutet, wie sich die zeitliche Verdichtung im formalen Bildungssystem auswirkt und welche Konkurrenz sich aus kommerziellen Angeboten ergibt. Die traditionell von ehrenamtlichen Strukturen geprägte Jugendverbandarbeit steht vor neuen Problemen, weil die genannten Herausforderungen zunehmend fachlich-professionelles Handeln und eine entsprechend finanziell abgesicherte Infrastruktur erfordern.

Wiebken Düx: *Societal engagement of children and adolescents* (FJ SB 3/2011, pp. 65-70). Promoting engagement in youth creates a basis for tomorrow's civil society. Engagement as a learning area offers opportunities for personality development and the acquisition of competences, but also for learning and reflecting on democratic forms of participation. The essay summarises scientific findings on the educative potential of engagement and on this basis outlines the major challenges for youth associations and the „classical“ youth work as a whole. The

author elaborates on what the increasing heterogeneity – the multitude of youth environments and subcultures – means for working with young people, the impacts the reduction of years spent in formal education and the competition emanating from commercial offers. Youth association work, traditionally informed by volunteer structures, faces new problems as the challenges identified increasingly demand professional approaches and an appropriately financially stable infrastructure.

Bernhard Jirku: *Ist sozial, was Arbeit schafft? Zivilgesellschaft und soziale Arbeit* (FJ SB 3/2011, S. 71-76). Prozesse der Dequalifizierung, Deprofessionalisierung und Prekarisierung in den Feldern der Sozialen Arbeit haben sich im Zuge der Agenda-Politik weiter verstärkt. Die neoliberalen Leitideen von mehr Eigenverantwortung, von Privatisierung, Wettbewerb, Niedrigsteuern und einem schlanken Staat haben zu drastischen Mittelkürzungen im sozialen Bereich sowie zum Rückgang und zur Abwertung professionell erbrachter sozialer Dienstleistungen geführt. Der Beitrag prangert aus gewerkschaftlicher Sicht die Folgen an. Mehr Druck und Arbeitsverdichtung für die im sozialen Bereich Beschäftigten bedeuten, dass die Qualität Sozialer Arbeit unter Druck gerät, Notwendiges unerledigt bleibt. Der Blick des Autors richtet sich außerdem auf das nicht gelingende Nebeneinander von Haupt- und Ehrenamt, Freiwilligendienst- und Zivildienstleistenden, von prekär Beschäftigten im Niedriglohnbereich oder in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Vor diesen Hintergrund befindet sich das freiwillige Engagement in der Instrumentalisierungsfalle. Der Autor erkennt ungute Tendenzen einer Zwei-Klassen-Bildung in der Sozialen Arbeit: die von freien Trägern ausgeführte Soziale Arbeit auf der einen Seite und die Notversorgung von Armen, wie sie von wohltätigen Einrichtungen und freiwillig Engagierten mit Suppenküchen, Tafeln und Kleiderkammern übernommen wird, auf der anderen Seite. Er schlägt eine Repolitisierung des Engagements vor, das auf aktuelle Missstände hinweist und Veränderungen anmahnt. Der Autor plädiert für die Abgrenzung zwischen freiwilligem Engagement und guter, existenzsichernder Arbeit – als Basis für mehr und bessere soziale Dienstleistungen.

Bernhard Jirku: *Is social that which creates employment? Civil society and social work* (FJ SB 3/2011, pp. 71-76). Processes of de-qualification, de-professionalisation and precarisation in the social work area have further increased in the course of the „agenda“ policy. The neo-liberal guiding principles of more self-responsibility, of privatisation, competition, low taxes and a lean state led to drastic reductions in funds in the social area as well as to the decline and devaluation of professional social services. The essay criticises the implications from a trade union perspective. More pressure and the compression of work for those employed in the social area mean that the quality of social work comes under pressure and necessary things remain undone. The author also looks at how professional and honorary actors, volunteers and civilian servants in lieu of military service and those precariously employed in the low wage sector or labour market measures unsuccessfully work side by side. Against this background, volunteer engagement has become instrumentalised. The author notes disconcerting tendencies of a two-class-education in social work: the social work carried out by recognised independent associations on the one hand and basic care for the poor as carried out by charity institutions and volunteers with soup kitchens and organisations for the free distribution of food and clothing for people in need on the other hand. He proposes a re-politicisation of such engagement which points out current deficits and calls for change. The author argues for making a distinction between volunteer engagement and good, existence-securing work – as a basis for more and better social services.

Elke Becker: *Engagement und Partizipation in der Stadtentwicklung* (FJ SB 3/2011, S. 76-82). Die betroffenen Akteure einzubeziehen, Selbstverantwortung und aktive Beteiligung zu fördern, gehört zu den zentralen Anliegen der integrierten Stadtentwicklung. Dieser interdisziplinäre Ansatz hat sich in der Planungspraxis durchgesetzt und ist zu einem wichtigen Ausbildungsbestandteil der Stadt- und Regionalplaner geworden. Die Autorin zeigt am Programm „Soziale Stadt“, wie sich damit Selbstverständnis, Rolle und Aufgaben der Planer verändern. Dabei wirft sie aber auch einen skeptischen Blick auf Beteiligung, die zwar demokratisches Handeln unterstützt, aber zugleich auf hohen Voraussetzungen beruht und oft genug Überforderung auslösen kann. Elke Becker plädiert dafür, die Aufgaben von Staat/Verwaltung und Zivilgesellschaft gut voneinander abzugrenzen. Die Kürzungen im Programm „Soziale Stadt“ nimmt sie kritisch ins Visier und konstatiert, dass der Protest dagegen zu einer bisher beispiellosen Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Akteure geführt hat.

Elke Becker: *Engagement and participation in urban development* (FJ SB 3/2011, pp. 76-82). One of the central concerns of integrated urban development is the integration of affected actors and the promotion of self-responsibility and active participation. This inter-disciplinary approach has become accepted in practical planning and is by now an important aspect of in the training of urban and regional developers. Using the example of the program „social city“, the author demonstrates how this affects the self-concept, role and tasks of planners. But she also casts a skeptical eye on participation, which may support democratic activity, but at the same time is based on high preconditions and often creates a sense of being at loss. Elke Becker argues for a clear distinction between the tasks of state/administration and those of civil society. She critically looks at cuts in the program „social city“ and states that protest against them has led to an unprecedented mobilisation of civil society actors.

Serge Embacher: *Wenig Staat, zu viel Regierung. Irrungen und Wirrungen aktueller Engagementpolitik* (FJ SB 3/2011, S. 82-89). Mit Blick auf die „Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung“ kommt die kritische Analyse zu dem Schluss, dass die aktuelle Engagementpolitik nicht länger die Stärkung des demokratischen Gemeinwesens und die Förderung partizipativer Impulse im Rahmen einer partnerschaftlichen Verständigung zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft verfolgt. Vielmehr konzentriert sie sich auf die Indienstnahme vermeintlich unpolitischer, ehrenamtlicher „Helfer“ für staatliche Zwecke und orientiert sich an Prozesskontrolle und Machterhalt. Der Kurswechsel im Umgang des Bundesfamilienministeriums mit dem „Nationalen Forum für Engagement und Partizipation“ und seinen Akteuren belegt dies. Die Idee der solidarischen Bürgergesellschaft geht davon aus, dass sich staatliches Handeln und bürgerschaftliches Engagement nicht nur ergänzen, sondern aufeinander angewiesen sind. Vor diesem Hintergrund mahnt der Autor, dass der Trend zu mehr Partizipation und Verständigung im Verhältnis von Staat und Gesellschaft irreversibel ist und diejenigen überholen wird, die ihn ignorieren.

Serge Embacher: *Little of the state, too much of government. Trials and tribulations of current engagement policy* (FJ SB 3/2011, pp. 82-89). With a view to the federal government's „national engagement strategy“, this critical analysis finds that current engagement policy no longer aims at strengthening democratic communities and promoting participative impulses in the framework of a cooperative understanding between state, industry and civil society. It rather focuses on making use of supposedly apolitical voluntary „helpers“ for state purposes and is geared towards controlling processes and maintaining power. The change of tack in the way the federal family ministry engages with the „national forum for engagement and participation“ is

proof of this. The idea of solidary civil society supposes that state activity and civil engagement not only complement each other, but are mutually dependent on one another. Against this background, the author cautions that the trend towards more participation and understanding in the relationship between state and society is irreversible and will overtake those who ignore it.

Berit Sandberg: *Stiftungen als Trabanten der Engagementpolitik? Zum Versuch der Quangoisierung des Stiftungswesens durch die Nationale Engagementstrategie* (FJ SB 3/2011, S. 90-96). Quangos (Quasi-Non-Governmental Organizations) sind Hybride, die einerseits in der Sphäre des Privatrechts angesiedelt sind, andererseits aber staatliche Aufgaben erfüllen und insofern maßgeblich unter dem Einfluss der öffentlichen Hand stehen. Der Wortlaut der Nationalen Engagementstrategie liefert Indizien für eine Quangoisierung von Stiftungen und verweist damit auf eine Abkehr von der Idee der Aktivierung der organisierten Zivilgesellschaft. Anhand der von der Bundesregierung formulierten Erwartungen an Funktionen von Stiftungen und mit Bezug auf einen vermuteten Einfluss von Stiftungen auf die Engagementpolitik zeigt der Beitrag Parallelen zu korporatistischen Arrangements zwischen Staat und freien Trägern auf. Angesichts der demokratiepolitischen Problematik einer Quangoisierung von Stiftungen werden die Grenzen dieser „Strategie innerhalb der Engagementstrategie“ deutlich: Dieser Versuch deklariert zivilgesellschaftliche Impulse innerhalb und außerhalb des Stiftungswesens und widerspricht einer Vorstellung von Staat als einem Ermöglicher originär zivilgesellschaftlicher Lösungen. Zudem privilegiert und instrumentalisiert er Stiftungen zugleich und „spaltet“ damit die Stiftungslandschaft.

Berit Sandberg: *Foundations as satellites of engagement policy? On the attempt of quangoising foundations through the national engagement strategy* (FJ SB 3/2011, pp. 90-96). Quangos (Quasi-Non-Governmental Organisations) are hybrids which on the one hand are subject to private law but on the other hand take on state tasks and as such are strongly under the influence of public authorities. The wording of the national engagement strategy provides evidence that foundations are becoming quango-ised and thus points to a renunciation of the idea that organised civil society should be activated. On basis of the expectations voiced by the federal government concerning functions of foundations and with recourse to a supposed influence of foundations on engagement policy, the essay shows parallels to corporatist arrangements between state and recognised independent institutions. In view of the problems which a quango-isation of foundations would entail in terms of democracy policy, the limits of this „strategy within the engagement strategy“ become apparent: this attempt devalues civil society impulses within and outside of foundations and runs counter to a concept of state as enabler of genuinely civil society solutions. In addition, it privileges and instrumentalises foundations at the same time, thus „splitting“ the foundation landscape.

Helmut K. Anheier/Annelie Beller/Rabea Haß: *Accountability und Transparenz des Dritten Sektors in Deutschland: Ein Paradox?* (FJ SB 3/2011, S. 96-105) Eine aktuelle Studie zu Accountability und Transparenz im Dritten Sektor in Deutschland kommt zu dem vorläufigen Schluss, dass sich in der Aufmerksamkeit, die deutschen NPO entgegengebracht wird, weder deren sozialpolitische noch ihre wirtschaftliche Bedeutung widerspiegeln: Die Anforderungen an sie in Bezug auf Accountability und Transparenz bleiben weit hinter denen an private und staatliche Organisationen, aber auch hinter denen an NPO in anderen Ländern zurück. Sie begründen sich weniger auf eine fragende zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit als auf ein relativ stabiles staats- und steuerzentriertes System, dem branchenspezifische Accountability- und Be-

richtspflichtigen nachgeschaltet sind. Gleichwohl kann zum gegenwärtigen Forschungsstand kein Transparenz- und Accountability-Problem des Dritten Sektors in Deutschland nachgewiesen werden. Abzuwarten bleibt jedoch, inwieweit dieses System auch zukünftig Veränderungen infolge der zunehmenden Delegation staatlicher Aufgaben an NPO („Neue Subsidiarität“) und des postulierten Wandels eines staatszentrierten Accountability-Regimes hin zu ausgeweiteten inter- und intrasektoralen Partnerschaften („Governance-Hypothese“) genügen wird.

Helmut K. Anheier/Annelie Beller/Rabea Haß: *Accountability and transparency of the third sector in Germany: a paradox?* (FJ SB 3/2011, pp. 96-105) A current study on accountability and transparency in the third sector comes to the provisional conclusion that the attention which German non profit organisations currently enjoy reflects neither their social nor their economic significance: the requirements which they face in the areas of accountability and transparency are far lesser than those faced by private and state organisations, but also far lesser than those faced by non profit organisations in other countries. They are not as based on a questioning civil society public as on a relatively stable state and taxes oriented system which also entails field-specific accountability and reporting requirements. However, the current state of research does not permit to assert a transparency and accountability problem of the third sector in Germany. It remains to be seen whether this system will be able to accommodate future changes as a result of the increasing delegation of state tasks to non profit organisations („new subsidiarity“) and the stated shift of a state-focused accountability regime towards expanded inter and intrasectional partnerships („governance hypothesis“).

Holger Krimmer/Jana Priemer: *Zivilgesellschaft in Deutschland – eine Standortbestimmung in Zahlen* (FJ SB 3/2011, S. 105-114). Auch wenn das Konzept einer starken Zivilgesellschaft in aller Munde ist: Die empirische Datenlage zur gesellschaftlichen und ökonomischen Bedeutung des zivilgesellschaftlich organisierten Dritten Sektors bleibt weit hinter dem Bedarf zurück. Die Autoren stellen erste Ergebnisse des Projekts „Zivilgesellschaft in Zahlen“ vor, mit dem eine Lücke bei der datenbasierten Vermessung und Beschreibung des Sektors geschlossen werden soll. In einem ersten Schritt wurden Daten aus dem vom Statistischen Bundesamt geführten Unternehmensregister ausgewertet. So lassen sich interessante Aussagen treffen etwa über den Zusammenhang von Organisationsgrößen, Beschäftigtenzahlen und Tätigkeitsbereichen und über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Sektors. Allerdings machen die Autoren auch klar, dass die Klassifikationsgrundlagen der Unternehmensdaten nur einen eingeschränkten Blick auf die Zivilgesellschaft ermöglichen. Künftige Organisationserhebungen müssen Aussagen zur sozialintegrativen und demokratiepolitischen Bedeutung der Zivilgesellschaft erbringen.

Holger Krimmer/Jana Priemer: *Civil society in Germany – an assessment in numbers* (FJ SB 3/2011, pp. 105-114). Even if much is made of the concept of a strong civil society: empirical data on the social and economic significance on the third sector structured in terms of civil society is severely lacking. The authors present initial findings of the project „civil society in numbers“ which aims at closing a gap in the data-based measuring and description of the sector. As a first step, data from the company register managed by the federal office for statistics is evaluated. This allows for interesting observations on the relation between organisation size, employee numbers and activities and about the economic performance of the sector. But the authors also make clear that the basic classification data of companies only shed a limited light on civil society. Future projections need to provide information on the importance of civil society for social integration and democracy policy.

Joachim Raschke/Ralf Tils: *Jetzt ist die Praxis dran! Über die Wechselwirkungen von Theorie und Praxis in Strategiefragen* (FJ SB 3/2011, S. 115-119). In ihrem Einführungsbeitrag skizzieren die Politikwissenschaftler Joachim Raschke und Ralf Tils das Verhältnis von Theorie und Praxis in politischen Strategiefragen. Dabei gehe es um eine dialektische Wechselwirkung zwischen den Polen impliziten und expliziten Strategiewissens. Erfahrungen und Reflexion in Theorie und Praxis bedürfen eines engen Zusammenspiels, um eine erfolgreiche Strategieentwicklung zu ermöglichen.

Joachim Raschke/Ralf Tils: *It's Time for Praxis! On Reciprocity of Theory and Praxis in Questions of Strategy* (FJ SB 3/2011, pp. 115-119). In their introductory article Joachim Raschke and Ralf Tils retrace the relationship between theory and praxis in questions of political strategy. For them there is a dialectical reciprocity between implicit and explicit knowledge on strategy. Experience and reflection in theory and praxis need interact closely to enable a successful strategy development.

Elmar Wiesendahl: *Ist das Strategie? Strategische Richtungssuche von CDU und SPD zwischen den Wahlen* (FJ SB 3/2011, S. 119-129). In seiner schonungslosen Analyse zur strategischen Richtungssuche von Union und SPD erkennt der Politikwissenschaftler Elmar Wiesendahl zwar eine Modernisierungsstrategie der Union innerhalb einer Führungsgruppe um Angela Merkel. Diese forciert allerdings einen forschen Modernisierungskurs. Doch nur wenn sie diesen Kurs auch mit den Traditionsmilieus der Union in Einklang bringt, droht sie nicht in einer verlustreichen Modernisierungsfalle zu enden, wie seinerzeit Gerhard Schröder mit der Agenda 2010 und die SPD. Diese wiederum leidet, so der Autor, an einer parteiinternen Lähmung zwischen Befürwortern und Gegnern der Agenda 2010, die zu einer strategischen Selbstblockade führt. Solange diese Blockade – personell wie inhaltlich – nicht abschließend geklärt ist, droht der SPD eine erneute Wahniederlage wie schon 2009.

Elmar Wiesendahl: *Is this strategy? The search for a strategic bearing in SPD and CDU between elections* (FJ SB 3/2011, pp. 119-129). In his unsparing analysis of the search for a strategic bearing in SPD and CDU, the political scientist Elmar Wiesendahl concedes a strategy of modernization in the CDU brought forth by a circle of leadership around Angela Merkel. But only if they succeed to engulf the more traditional milieus in the CDU, they will avoid entering a costly modernization trap – which is what happened to Gerhard Schröder's SPD and the 'Agenda 2010'. The SPD, in turn, is suffering from a logjam between members approving and members disapproving of the Agenda 2010-reforms. This leads to a strategic blockade. Unless this blockade is solved – on a policy and personnel level – the SPD is in line for another election loss not much unlike 2009.

Matthias Machnig: *Wie strategiefähig ist Politik heute?* (FJ SB 3/2011, S. 129-134) Angesichts eines sich verfestigenden Fünf-Parteiensystems konstatiert der thüringische Wirtschaftsminister Matthias Machnig in seinem Beitrag, dass die Parteien darauf noch nicht vorbereitet sind. Es dränge sich der Eindruck auf, dass die Politik insgesamt strategie-, konzeptions- und führungslos sei.

Matthias Machnig: *How capable of being strategic is today's politics?* (FJ SB 3/2011, pp. 129-134) Matthias Machnig, Secretary of Commerce in Thuringia, states that political parties in Germany have not yet adapted to a solidified 5-party system. Rather, it seems that politics as a whole is lacking strategies, plans, and leadership.

Reinhard Bütikofer: *Wie geht's Grün?* (FJ SB 3/2011, S. 135-140) In den Augen des grünen Europaparlamentarier Reinhard Bütikofer ist der durchgesetzte Atomausstiegsbeschluss für die Grünen deshalb von strategischer Bedeutung, weil sie hier in einer zentralen ökonomischen und politischen Frage über viele Jahre eine Position vertreten haben, die sich letztlich durchgesetzt hat. Sie haben glaubwürdig eine politische Richtung vorgegeben, die sich als richtig erwiesen hat. Die Grünen seien weiterhin gut positioniert im Parteienwettbewerb. Angesichts dessen sollte die Partei, so Bütikofer, nicht versuchen, ihre aktuell komfortable Lage bis zur Bundestagswahl 2013 hinüberzuretten, sondern vielmehr thematisch weiter Akzente setzen, etwa in Frage, wie Deutschland in Europa Führungsverantwortung wahrzunehmen habe.

Reinhard Bütikofer: *How Do the Greens Do It?* (FJ SB 3/2011, pp. 135-140) For Reinhard Bütikofer, Member of the European Parliament, the German nuclear phase-out is strategically important for the Greens because they have fought for this position, which eventually prevailed, for a long time. Thus, a policy which they have supported has now been proven right. Furthermore, the Greens are well-off in the competition with other parties. Nonetheless, Bütikofer pleads, the Greens should not try to preserve this comfortable position until the federal elections in 2013, but rather try to focus on policies, e.g. Germany's leading role in Europe.

Richard Meng: *Qualen des Erfolgs. Die neuen Strategiefragen der Grünen* (FJ SB 3/2011, S. 140-143). Richard Meng vermag einen Widerspruch zwischen der inneren Verfasstheit der Grünen und der von außen aufgekommene Erwartungshaltung an die Partei erkennen. Für den Sprecher der Regierenden Berliner Bürgermeisters müssen die Grünen, je mehr sie in politischer Verantwortung stehen, beweisen, wie glaubwürdig und beständig ihre Programmatik im Alltag letztlich ist; ob Erwartungshaltung von außen mit der parteiinternen Verfasstheit in Einklang zu bringen sind.

Richard Meng: *The Agony of Success. New Strategic Challenges for the Greens* (FJ SB 3/2011, pp. 140-143). Richard Meng notices a contradiction between the internal state of the Green party and the external expectations placed on them. Meng, Speaker of the Lord-Mayor of Berlin, states that the more the Greens are part of acting governments, the more they will have to prove how credible and reliable their platform is; and, how internal state and external expectations can be brought into accord.

Hubert Kleinert: *Die Zukunft der Grünen* (FJ SB 3/2011, S. 143-145). Für den Politikwissenschaftler und langjährigen Parlamentarier der Grünen Hubert Kleinert hat eine Mischung aus längerfristigen, kulturell und sozialstrukturellen verwurzelten Entwicklungstrends, Unzufriedenheit mit anderen Parteien und einen politische Gelegenheitsstruktur dazu geführt, dass die Grünen derzeit so erfolgreich sind. Ob diese drei Voraussetzungen auch weiter so wirken können, bleibe jedoch ungewiss. Sicher blieben die Grünen absehbar die dritte politische Kraft in Deutschland, aber ob für sie weiter die Bäume in den Himmel wuchsen, bleibe mehr fraglich.

Hubert Kleinert: *The Future of the Greens* (FJ SB 3/2011, pp. 143-145). For Hubert Kleinert, political scientist and longtime Member of Parliament for the Greens, the current success of the Greens can be ascribed to long-lasting cultural and socio-structural trends as well as a current discontent with other parties and current opportunity structures. However, it is unclear if all three conditions will remain the same. Surely, the Greens will stay the third power in Germany's party system; but if they will be able to remain as successful as today is questionable.

Dietmar Bartsch: *Strategische Herausforderungen für „DIE LINKE“* (FJ SB 3/2011, S. 145-147). Der ehemalige Bundesgeschäftsführer und Bundestagsabgeordnete Dietmar Bartsch konstatiert für seine Partei DIE LINKE eine schwierige Situation. Zukunftsfähig bleibe sie in seinen Augen nur dann, wenn sie den Menschen eine überzeugende Antwort auf die Fragen „Was kann sich mit der Wahl der LINKEN auch für meine Lebenssituation ändern? Was ist der ‚Gebrauchswert‘ der LINKEN?“ Die Partei dürfe daher nicht nur vernachlässigte Themen anderer Parteien aufgreifen, sondern müsse auch ihre politische Eigenständigkeit herausarbeiten und kommunizieren.

Dietmar Bartsch: *Strategic Challenges for „DIE LINKE“* (FJ SB 3/2011, pp. 145-147). The former federal manager of DIE LINKE and Member of Parliament, Dietmar Bartsch, sees his party in a difficult position. In his eyes, it will only stay fit for the future if they can answer these questions of the voters: „What changes in my situation if I vote for „DIE LINKE“? What is their ‘practical value’?“ Thus, the party should not only take on issues which are neglected by other parties, but should also shape its political originality and communicate it.

Jens König: *Die Linke. Fünf schnelle Thesen* (FJ SB 3/2011, S. 148-149). Der Journalist Jens König stellt der Linken ein schlechtes Zeugnis in Fragen ihres politischen Kurses, ihrer Führung und Strategie aus. Eigentlich liege es in allen Punkten im argen. Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 bleibe das sogenannte linke Lager, so König, blockiert: SPD und Grüne können mit der Linken nichts anfangen – und die Linke will mit SPD und Grüne nichts anfangen.

Jens König: *Die Linke. Five short assumptions* (FJ SB 3/2011, pp. 148-149). The journalist Jens König criticizes the party „Die Linke“ for their political course, their leadership, and their strategy. Concerning the federal election in 2013, the left camp is blocked: Social Democrats and Greens cannot cooperate with the Linke – and the Linke is not inclined to cooperate with them.

Thomas Olk/Mirko Schwärzel: *Die Europäische Bürgergesellschaft. 6. Forum Bürgergesellschaft 2011* (FJ SB 3/2011, S. 150-153). Im Europäischen Jahr der Freiwilligen 2011 widmete sich das 6. Forum Bürgergesellschaft der Stiftung Bürger für Bürger am 6. und 7. Mai 2011 der Perspektive einer europäischen Bürgergesellschaft. Thomas Olk und Mirko Schwärzel zeichnen in ihrem Einführungsbeitrag den Diskussionsverlauf des Forums nach. Das Entstehen einer europäischen Bürgergesellschaft könne erst durch den grenzüberschreitenden Austausch, also durch die kontinuierliche „Europäisierung“ der nationalen Bürgergesellschaften im Dialog hervorgebracht werden. Zwar mangle es hier noch an gemeinsamen Begriffsverständnissen und einem Konsens über ordnungspolitische Konzepte, dennoch sei eine europäische bereichsübergreifende Agenda der Bürgergesellschaft bereits nachzuweisen.

Thomas Olk/Mirko Schwärzel: *European Civil Society. 6th „Forum Bürgergesellschaft“ (Forum Civil Society) 2011* (FJ SB 3/2011, pp. 150-153). In the European Year of Volunteering 2011 the 6th „Forum Bürgergesellschaft“ which was held on May 6 and 7, 2011, focused on the perspective of a European civil society. In their lead article, Thomas Olk and Mirko Schwärzel retrace the discussions of the forum. The emergence of a European civil society can only be facilitated by border-crossing activities, by a continuing „Europeanization“ of the national civil societies. While there is still a lack of a common understanding of terms and of political concepts, a sector transgressing European agenda of civil society can be accounted for.

Dirk Jarré: *Bürgergesellschaft in der Europäischen Union* (FJ SB 3/2011, S. 154-164). In seinem Beitrag gibt Dirk Jarré einen Überblick über wichtige europäische bürgerschaftliche Akteure und Netzwerke sowie Verfahren der Interessenaggregation, -vermittlung und Beteiligung im politischen System der EU. Nach einführenden Bemerkungen zur Begründung des Interesses der Zivilgesellschaft am europäischen Integrationsprozess werden relevante europäische Plattformen und Netzwerke aus dem Bereich der Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) kurz portraitiert, die Rolle und Zusammensetzung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses analysiert und Bestrebungen zur Entwicklung einer „Charta der zivilgesellschaftlichen Mitwirkung in der Europäischen Union“ skizziert. Entscheidend für die Zukunft bürgerschaftlicher Beteiligung in der Europäischen Union sei eine zeitnahe Ausgestaltung der partizipativen Demokratie, wie sie Artikel 11 des EU-Vertrages vorsieht.

Dirk Jarré: *Civil Society in the European Union* (FJ SB 3/2011, pp. 154-164). In his article Dirk Jarré provides an overview on important actors and networks of European civil society and on methods of aggregation and agency of interest, and participation in the political system of the EU. After making clear why civil society is interested in the European integration, Jarré portrays relevant European NGO platforms and networks, analyzes the role and the composition of the European Economic and Social Committee, and traces efforts to develop a „Charter on Civil Society Participation in the European Union“. Decisive for the future participation of civil society will be the arrangement of participatory democracy which is described in Article 11 of the EU contract.

Brigitte Russ-Scherer: *Europa eine Seele geben – Eine Herausforderung für die Städte und Regionen und für ihre BürgerInnen* (FJ SB 3/2011, pp. 164-167). Die europäische Idee wird weiter an Überzeugungskraft verlieren, solange der EU und ihren Institutionen kein „Europa der Bürger“ gegenübersteht. Am Beispiel der Initiative „A Soul for Europe“ diskutiert Brigitte Russ-Scherer in ihrem Beitrag, welche Verantwortung und Handlungsmöglichkeiten auf Seiten der Städte und Gemeinden liegen, dem europäischen Einigungsprozess unter Einbeziehung der Bürgerschaft neue Impulse zu geben. Aus ihrer Sicht biete die Kultur dabei eine geeignete Zugangsebene, in der sich Tradition und Gegenwart grenzübergreifenden Austauschs und gegenseitige Beeinflussung spiegele. Städte und Regionen wären nicht nur wegen ihrer originären Zuständigkeit für die Kultur geeigneter Kristallisationspunkte einer europäischen Bürgergesellschaft, sondern auch wegen ihrer Erfahrungen in Bürgerbeteiligungsprozessen.

Brigitte Russ-Scherer: *Giving Europe a Soul – a Challenge for Cities and Regions and their Citizens* (FJ SB 3/2011, pp. 164-167). The European idea will lose more and more of its appeal as long as the European Union and its institutions are not matched by a „Europe of Citizens“. Recurring on the example of the initiative „A Soul for Europe“ Brigitte Russ-Scherer discusses which responsibilities and possibilities cities and municipalities have for giving the European integration process a lift by involving the citizens. In her view, culture is a fitting level in which tradition and present of border-crossing exchange and mutual influence are to be found. Cities and regions would be a point of focus not only because of their original competence for cultural policies, but also because of their experience in citizens' participation.

Forschungsjournal Soziale Bewegungen

bis 2010: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen

Gegründet 1988, Jg. 24, Heft 3, September 2011

Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft m.b.H. • Gerokstraße 51 • 70184 Stuttgart

Fax 0711/242088 • e-mail: lucius@luciusverlag.com • www.luciusverlag.com

Für die Forschungsgruppe *SB* herausgegeben von PD Dr. Ansgar Klein; Jupp Legrand; Prof. Dr. Thomas Leif; Jan Rohwerder

Redaktion: Vera Faust, Aachen; Alexander Flohé, Düsseldorf; PD Dr. Ansgar Klein, Berlin; Dr. Ludger Klein, Frankfurt M.; Peter Kuleba, Berlin; Jupp Legrand, Wiesbaden; Prof. Dr. Thomas Leif, Wiesbaden; Dr. Albrecht Lüter, Berlin; Tobias Quednau, Berlin; Dr. Markus Rohde, Bonn; Jan Rohwerder, Aachen; Prof. Dr. Jochen Roose, Berlin; Gabriele Schmidt, Berlin; Stephanie Schmoliner, Hamburg; PD Dr. Rudolf Speth, Berlin; Dr. Karin Urich, Mannheim

Redaktionelle Mitarbeit: Regina Vierkant, Berlin; Mirko Schwärzel, Berlin

Gastherausgeberin für den Themenschwerpunkt: Susanne Rindt, Berlin

Verantwortlich für den Themenschwerpunkt: Dr. Ludger Klein (V.i.S.d.P.); verantwortlich für den Sonderschwerpunkt: Peter Kuleba; verantwortlich für den Pulsschlag-Schwerpunkt: Alexander Flohé, Bagelstr. 129, 40479 Düsseldorf, e-mail: alex.flohe@web.de; für *Treibgut*: Vera Faust, Hubertusplatz 8, 52064 Aachen, e-mail: vera.faust@gmx.de; für *Literatur*: Tobias Quednau, Sonnenallee 26, 12047 Berlin, e-mail: t.quednau@gmx.de

Beratung und wissenschaftlicher Beirat: Dr. Karin Benz-Overhage, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Andreas Buro, Grävenwiesbach; Volkmar Deile, Berlin; Dr. Warnfried Dettling, Berlin; Prof. Dr. Ute Gerhard-Teuscher, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Robert Jungk (†); Ulrike Poppe, Berlin; Prof. Dr. Joachim Raschke, Hamburg; Prof. Dr. Roland Roth, Berlin; Prof. Dr. Dieter Rucht, Berlin; Dr. h. c. Wolfgang Tierse, Berlin; Dr. Antje Vollmer, Berlin; Heidemarie Wieczorek-Zeul, Berlin

Redaktionsanschrift: Forschungsgruppe SB, c/o Jan Rohwerder, Hubertusplatz 8, 52064 Aachen, e-mail: jan.rohwerder@gmx.de

Homepage: www.forschungsjournal.de

Förderverein: *Soziale Bewegungen e.V.*, c/o PD Dr. Ansgar Klein, Morusstraße 16, 12053 Berlin, e-mail: ansgar.klein@snafo.de; *Spendenkonto:* Sparkasse KölnBonn, BLZ: 370 501 98, Konto-Nr: 751 460 7

Bezugsbedingungen: Jährlich erscheinen 4 Hefte.

Jahresabonnement 2011: Bibliotheken € 54,-, persönliches Abonnement € 42,-, für Studierende gegen Studienbescheinigung € 30,-, Einzelheft € 16,-, jeweils inkl. MwSt. (Versandkosten Inland € 4,-/Ausland € 8,-), elektronisches Abonnement € 15,- (nur in Verbindung mit Jahresabonnement).

Alle Bezugspreise und Versandkosten unterliegen der Preisbindung. Abbestellungen müssen spätestens 3 Monate vor Ende des Kalenderjahres schriftlich beim Verlag erfolgen.

Abonnenenverwaltung (zuständig für Neubestellungen, Adressänderungen und Reklamationen) bitte direkt an die Verlagsauslieferung:

Brockhaus/Commission • Postfach • 70803 Kornwestheim
Tel. 07154/1327-37 • Fax 07154/1327-13

Anzeigenverwaltung beim Verlag (Anschrift wie oben)

Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2011.

© 2011 Lucius & Lucius Verlagsges. mBH, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter diesen Vorbehalt fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronischen Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-ROM und allen anderen elektronischen Datenträgern. Das Forschungsjournal wird durch SOLIS, IPSA (International Political Science Abstracts), IBSS (International Bibliography of the Social Sciences), sociological abstracts und BLPEP (International Bibliography of Sociology) bibliographisch ausgewertet.

Karikaturen: Gerhard Mester, Wiesbaden

Umschlag: Nina Faber de.sign, Wiesbaden

Satz: com.plot Klemm & Leiby, Mainz

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Rosch-Buch, Scheßlitz

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.

Printed in Germany

ISSN 2192-4848